Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3550

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
III/3 — 60006 — 6174/68

Bonn, den 2. Dezember 1968

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich das

Jahresgutachten 1968 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Das Gutachten wird vom Sachverständigenrat gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) gleichzeitig mit der Zustellung an die gesetzgebenden Körperschaften veröffentlicht.

Kiesinger

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Sachverständigenrat
zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Jahresgutachten 1968

November 1968

Corrigenda

Seite 19, Ziffer 68, 4. Zeile von unten:

statt „1968" muß es heißen „1969".

Seite 19, Ziffer 69,

a) 2. Zeile von oben:
statt „100 000" muß es heißen „60 000".

b) 4. Zeile von oben:
statt „1,8" muß es heißen „1,4".

Seite 51, Tabelle 16,

a) Zeile „Bauten", Spalte „1968":
statt „+ 10,0" muß es heißen „+ 11,0".

b) Zeile „Gesamtnachfrage",

(1) Spalte „1969":
statt „+ 7,5" muß es heißen „+ 8,5".

(2) Spalte „1969, 1. Hj.":
statt „+ 8,5" muß es heißen „+ 9,5".

(3) Spalte „1969, 2. Hj.":
statt „+ 7,0" muß es heißen „+ 7,5".

Seite 63, Ziffer 207, 3. Absatz, 4. Zeile von oben:

statt „doch" muß es heißen „noch".

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat hiermit sein fünftes Jahresgutachten vor [2]).

2. In den nachstehenden Ziffern 3 bis 16 dieses Vorwortes behandelt der Sachverständigenrat folgende Punkte:

3 und 4 Auftrag und Ziele des Gesetzes,
5 Empfehlungsverbot,
6 Rechtliche Stellung des Rates,
7 Veröffentlichung der Gutachten,
8 Interpretation der Ziele,
9 Konzertierte Aktion,
10 Natur der Projektionen,
11 Statistik der Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungen,
12 Schwierigkeiten für den Rat bei der Darstellung der außenwirtschaftlichen Anpassung,
13 Ausscheiden zweier Mitglieder des Rates,
14 bis 16 Dank für Hilfe und für Mitarbeit.

3. Das Gesetz beauftragt den Sachverständigenrat, „die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darzustellen" und zu untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig

Stabilität des Preisniveaus,
hoher Beschäftigungsstand und
außenwirtschaftliches Gleichgewicht
bei stetigem und angemessenem Wachstum

gewährleistet werden können".

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 (im folgenden Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannt) und die §§ 1—3 dieses Gesetzes sind als Anhang angefügt.

[2]) Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates erschienen das Jahresgutachten 1964 — nachfolgend zitiert: JG 64 — unter dem Titel: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" am 11. Januar 1965, das Jahresgutachten 1965 — JG 65 — unter dem Titel: „Stabilisierung ohne Stagnation" am 13. Dezember 1965, das Jahresgutachten 1966 — JG 66 — unter dem Titel: „Expansion und Stabilität" am 30. November 1966, ein Sondergutachten: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967" am 28. März 1967 — SG März 67 — und das Jahresgutachten 1967 — JG 67 — unter dem Titel: „Stabilität im Wachstum" am 6. Dezember 1967 (alle fünf im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz).

Diese Ziele bezeichnet das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) als maßgebend für die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen, die Bund und Länder um des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts willen zu treffen haben (§ 1; das gleiche gilt nach § 16 für die Gemeinden und Gemeindeverbände); sie haben damit erhöhte Bedeutung gewonnen. Gemäß § 12 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), nach dem die Bundesbank verpflichtet ist, „unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen", gelten sie auch für die Bundesbank.

4. Da das Gesetz vorsieht, daß die Ziele gleichzeitig erreicht werden sollen, sind sie für den Sachverständigenrat grundsätzlich gleichrangig. Aus dem Prinzip der Gleichrangigkeit folgt, daß der Sachverständigenrat immer jenen Zielen die größte Aufmerksamkeit zuwenden muß, die in der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage und deren absehbarer Entwicklung am wenigsten verwirklicht sind. Das ist in diesem Jahre das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

5. Mit der Einschränkung des Auftrages (§ 2 letzter Satz), daß der Sachverständigenrat „keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen" soll, hat der Gesetzgeber unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die politische Verantwortung ausschließlich bei den verfassungsmäßig zuständigen Organen liegt; er will nicht einmal Empfehlungen, die diese Verantwortung nach außen hin abschwächen könnten.

Bei seinen Versuchen, Möglichkeiten zur Vermeidung und Beseitigung von Fehlentwicklungen aufzuzeigen, hat der Rat stets vermieden, „bestimmte" wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zu empfehlen; vielmehr hat er in jedem Jahresgutachten alternative Maßnahmen und Mittel erörtert. Weil es aber in jeder konjunkturellen Situation in aller Regel nur eine optimale Konzeption gibt, die der Sachverständigenrat darzustellen hat, ist immer wieder der Eindruck entstanden, hierbei handele es sich um Empfehlungen für bestimmte Maßnahmen.

6. Über die rechtliche Stellung des Sachverständigenrates herrscht in der Öffentlichkeit nach wie vor Unklarheit. Er ist — entgegen einer weitverbreiteten Vorstellung — kein Beratergremium der Bundesregierung. Zwar schlägt die Bundesregierung dem Bundespräsidenten die Mitglieder zur Berufung vor; der Sachverständigenrat ist aber nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes — und das unterstreicht die Berufung durch den Bundespräsidenten — „ein Rat von unabhängigen Sachverständigen" und nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes „nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig".

Der Sachverständigenrat soll nach dem Gesetz nicht beraten, sondern die „Urteilsbildung" erleichtern — durch „die periodi-

sche Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" ebenso wie durch das Aufzeigen von „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung" —, und zwar nicht nur „bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen", sondern auch „in der Öffentlichkeit". Hieran ändert es nichts, daß die Bundesregierung Adressat der Gutachten ist; denn nur sie kann die Gutachten den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Sie hat dies nach dem geänderten Gesetz unverzüglich zu tun (§ 6 Abs. 1 Satz 2).

7. Der Sachverständigenrat veröffentlicht seine Gutachten selbst (§ 6 Abs. 1). Dies gilt, weil die Urteilsbildung in der Öffentlichkeit erleichtert werden soll, unverändert seit dem Inkrafttreten des Gesetzes sowohl für das Jahresgutachten nach § 6 Abs. 1 wie für etwaige Sondergutachten nach § 6 Abs. 2.

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung [1]) bestimmt das Gesetz für das Jahresgutachten, daß der Sachverständigenrat es zum gleichen Zeitpunkt veröffentlicht, zu dem die Bundesregierung es den gesetzgebenden Körperschaften zuleitet, und für etwaige Sondergutachten, daß der Rat wegen des Zeitpunktes der Veröffentlichung Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbeizuführen hat.

8. Weil das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz die im Gesetz über den Sachverständigenrat genannten Ziele zu Grundsätzen für die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Bundes und der Länder erklärt hat — auch die Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände hat diesen Zielen Rechnung zu tragen (§ 16) —, hat der Sachverständigenrat im JG 67 versucht, Gesichtspunkte für die Interpretation der Ziele aufzuzeigen: der Vollbeschäftigung (Ziffern 247 ff.), der Stabilität des Preisniveaus (Ziffern 258 ff.), des Preisniveaus und des Beschäftigungsgrades (Ziffern 270 ff.), des angemessenen Wachstums (Ziffer 278), des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes (Ziffern 304 ff.).

9. Nachdem der Sachverständigenrat in seinem zweiten Gutachten (JG 65 Vorwort 8 c) eine konzertierte Aktion als Weg zur „Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise" durch aufeinander abgestimmtes Handeln aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten angeregt und auf die besondere Rolle hingewiesen hatte, die dabei der Bundesregierung zukommt, finden nunmehr regelmäßig unter dem Vorsitz des Bundesministers für Wirtschaft Gespräche der Sozialpartner und weiterer Vertreter der Wirtschaft statt. An dieser „Konzertierten Aktion" nimmt der Sachverständigenrat regelmäßig teil.

10. Der Sachverständigenrat möchte auch in diesem Jahre auf die Natur und die Bedingungen der Projektionen hinweisen, die er nach dem Gesetz zu erstellen hat. Dabei handelt es sich um nicht mehr als um eine hypothetische Aussage, „der wir

[1]) Die Bestimmung über den Zeitpunkt der Veröffentlichung wurde verschiedentlich geändert (JG 67 Vorwort Ziffer 7).

zwar eine größere Wahrscheinlichkeit beimessen als allen anderen; aber sie braucht noch nicht einmal eine hohe Wahrscheinlichkeit zu besitzen" (JG 66 Ziffer 214). Mit besonderer Zurückhaltung legt der Rat die Alternativrechnungen vor, die sich von Projektionen dadurch unterscheiden, daß ihnen wirtschaftspolitische Maßnahmen unterstellt sind; derartige Rechnungen können nur die Größenordnungen und die Richtungen charakterisieren. Abgesehen davon haben die Projektionen und die Alternativen im Jahresgutachten den Nachteil, daß sie auf Statistiken beruhen, die bestenfalls den Monat September vor Abgabe des Gutachtens betreffen.

11. Im Vorwort des vierten Jahresgutachtens (Ziffer 12) hatte der Sachverständigenrat der Hoffnung Ausdruck gegeben, der dem Bundestag vorliegende „Entwurf eines Gesetzes über eine Statistik der Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungen" werde bald verabschiedet werden und in Kraft treten. Um seiner gesetzlichen Aufgabe (§ 2), „auch die Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen" zu untersuchen, nachkommen zu können, hatte der Rat, unterstützt vom Statistischen Bundesamt und sodann von den zuständigen Bundesministerien, die die Notwendigkeit dieser Statistik durchaus anerkannten, dieses Gesetz mit eigenen Vorschlägen zur Verbesserung der Einkommensstatistik angeregt (JG 64; JG 65 Anhang III); es ging dabei um „brauchbare Unterlagen . . ., die nicht schon veraltet und überholt sind, wenn sie aufbereitet vorliegen" (JG 66 Vorwort Ziffer 11). „Die Aufwendungen, die die Durchführung des Gesetzes erfordert", so konnte der Sachverständigenrat aufgrund der Erfahrungen des Statistischen Bundesamtes schreiben (JG 67 Vorwort Ziffer 12), „und die von den Finanzämtern zu leistenden Arbeiten werden verhältnismäßig gering sein und in keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten stehen, die die aufgrund des Gesetzes erstellte Statistik bietet". Den von dem Bundesrat abgelehnten Gesetzentwurf der Bundesregierung (314. Sitzung vom 13. Oktober 1967) nahm zwar der Bundestag in drei Lesungen an (13. Dezember 1967 und 27. März 1968, Drucksache V/2360; V/2580; V/2581; Bundesanzeiger 63 vom 29. März 1968); er lehnte auch noch — am 10. Mai 1968 — den ablehnenden Antrag des vom Bundesrat angerufenen Vermittlungsausschusses ab (BR-Drucksache 170/68; Drucksache V/2887). Doch nachdem der Bundesrat erneut Einspruch eingelegt hatte (Drucksache V/2899), scheiterte das Gesetz, weil im Bundestag die qualifizierte Mehrheit für die Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates nicht erreicht wurde. So wird das statistische Bild über die Einkommen, insbesondere aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, unvollkommen bleiben, obwohl es mit einem verhältnismäßig geringen Kosten- und Arbeitsaufwand hätte verbessert, insbesondere beschleunigt werden können (auf dieses letztere wesentliche Argument ist der Berichterstatter des Bundesrates in der entscheidenden Sitzung am 13. Oktober 1967 überhaupt nicht eingegangen). Der Rat bemerkt ausdrücklich, daß ihm die von ihm vorgeschlagene Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungsstatistik nach wie

vor höchst wichtig erscheint. Er stimmt darin mit dem Statistischen Bundesamt überein.

Darüber hinaus sei wiederholt, daß für die Konjunkturbeobachtung der Ausbau der Arbeitsmarktstatistik und der Ausbau der Investitionsstatistik, insbesondere der Lagerstatistik, und für eine rationalere Lohnpolitik umfassendere und tiefergehende Lohn- und Produktivitätsstatistiken, als sie gegenwärtig vorliegen, erforderlich zu sein scheinen (JG 67 Vorwort 12).

12. Als im Verlauf des ersten Halbjahres 1968 immer deutlicher zutage trat, daß die außenwirtschaftlichen Überschüsse trotz der inneren Expansion weit über das hinausgingen, was mit dem Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts vereinbar ist, hatte sich der Sachverständigenrat mit der Frage zu beschäftigen, welche Möglichkeiten bestehen, dieser Entwicklung und den Gefahren zu begegnen, die für den Geldwert darin zum Ausdruck kommen. Er hat seine damaligen Überlegungen nach vorhergehenden Aussprachen mit dem Bundesminister der Finanzen am 10. Mai 1968 und mit dem Bundesminister für Wirtschaft am 15. Juni 1968 dem Bundeskanzler am 3. Juli 1968 vorgetragen; an dieser Besprechung nahmen der Bundesminister für Wirtschaft, der Bundesminister der Finanzen und der Präsident der Deutschen Bundesbank teil.

Schneller als der Rat noch im Juli 1968 erwartete, haben im Sommer die Kräfte an Intensität zugenommen, die eine möglichst rasche Entscheidung der Wirtschaftspolitik in der Frage der außenwirtschaftlichen Absicherung der inneren Stabilität notwendig erscheinen ließen. In Übereinstimmung mit einer Anregung des Bundeskanzlers bat daher der Sachverständigenrat in einem Schreiben vom 27. September 1968 erneut den Bundeskanzler um eine Aussprache. Der Rat glaubte, die Bundesregierung rechtzeitig, also bevor die dem Geldwert drohende Gefahr in eine echte Anpassungsinflation mündete, vor „zu milden Maßnahmen" ebenso wie vor einer „Schocktherapie mit Rücksicht auf die exportorientierten Industrien und auf die Landwirtschaft" warnen zu müssen. Der Sachverständigenrat wollte, wie er dem Bundeskanzler gegenüber schriftlich zum Ausdruck brachte, vermeiden, daß die Bundesregierung durch die sich möglicherweise ergebende Spekulation unter Handlungszwang geriete.

Gleichzeitig hat der Sachverständigenrat in diesem Schreiben dem Bundeskanzler vorgetragen, in welchem Konflikt sich daher jedes seiner Mitglieder bei der Erörterung der heiklen Frage der außenwirtschaftlichen Absicherung befinde.

In zwei Besprechungen, die der Bundeskanzler dem Sachverständigenrat am 10. und am 19. Oktober 1968 gewährte, und an denen wiederum der Bundesminister für Wirtschaft, der Bundesminister der Finanzen und der Präsident der Deutschen Bundesbank teilnahmen, wurden die anstehenden Fragen eingehend und in aller Offenheit erörtert. Die Besprechungen haben dem Rat bestätigt, daß er auch in einer Situation, die zur Diskussion währungspolitischer Fragen zwingt, allein seinem

gesetzlichen Auftrag zu folgen hat; dieser gebietet ihm, Fehlentwicklungen rückhaltlos aufzuzeigen und in Form von Alternativen freimütig die Möglichkeiten zu erörtern, die sich zu deren Beseitigung und Vermeidung anbieten.

Der Rat unterzieht sich auch in diesem Gutachten dieser Aufgabe ohne jede „Vorliebe" für irgendeine der Alternativen, es sei denn für die, die die gesetzlichen Ziele gleichzeitig zu erfüllen die Chance böten. Vor allem hat der Sachverständigenrat mit Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen — insbesondere in seinem ersten und in seinem dritten Jahresgutachten (JG 64 und JG 66) —, welche Nachteile ein System hat, das abrupte Wechselkursänderungen unvermeidlich macht, weil die Wirtschaftspolitik in den verschiedenen Ländern den Zielen der Geldwertstabilität, der Vollbeschäftigung und des Wachstums unterschiedliches Gewicht gibt oder geben muß. Auch in der internationalen Währungsdiskussion wird in zunehmendem Maße nach elastischen Lösungen gesucht, die die Folgen dieser Unterschiede erträglicher machen.

13. Nach der Abgabe des vierten Jahresgutachtens schied, der gesetzlichen Regelung entsprechend, Staatssekretär a. D. Dr. Paul Binder, Wirtschaftsprüfer in Stuttgart, aus dem Sachverständigenrat aus, dem er seit dessen Bildung angehört hatte. An seine Stelle berief der Bundespräsident, auf Vorschlag der Bundesregierung, nachdem diese den Sachverständigenrat im Sinne des Gesetzes (§ 7 Abs. 2) angehört hatte, Staatsminister a. D. Dr. Manfred Schäfer, persönlich haftenden Gesellschafter der Gebr. Röchling Bank in Saarbrücken.

Mitte September 1968 schied Dr. Wolfgang Stützel, Professor an der Universität des Saarlandes, aus dem Sachverständigenrat aus. Der Rat teilte hierzu „im Einvernehmen mit Herrn Professor Dr. Stützel" mit, „daß der Grund in unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Sachverständigenrates über die zweckmäßige Arbeitsweise zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages liegt".

14. Der Sachverständigenrat dankt dem Bundeskanzler, den Bundesministern für Wirtschaft und der Finanzen, deren Mitarbeitern, den Vertretern der Deutschen Bundesbank, des Sozialbeirates, der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sowie Vertretern der Wirtschaftswissenschaft an den Hochschulen und in den Forschungsinstituten. Mit ihnen allen konnte sich der Sachverständigenrat aussprechen; die in diesen Aussprachen gewonnenen Erkenntnisse bilden einen wertvollen Beitrag zu diesem Gutachten.

Der Sachverständigenrat hat auf eine Reihe für seine Arbeit wichtiger Fragen, die er schriftlich einer Anzahl von Unternehmen aus fast allen Wirtschaftszweigen vorgelegt hatte, umfassende und sachdienliche Antwort bekommen; verschiedene dieser Fragen und Antworten konnten in persönlichen Gesprächen vertieft und ergänzt werden. Allen, die hierbei

mitgewirkt haben, sagt der Sachverständigenrat besonderen Dank.

Darüber hinaus dankt der Sachverständigenrat wiederum besonders seinem früheren Generalsekretär Dr. Olaf Sievert, Professor an der Universität Dortmund, der bei der Abfassung des Gutachtens wertvolle Hilfe geleistet hat. Auch Dr. Hans Besters, Professor an der Ruhruniversität Bochum, und Dr. Kurt Schmidt, Professor an der Universität Mainz, haben uns bei der Arbeit dankenswerterweise unterstützt. Ökonometrische Vergleichsrechnungen für verschiedene Strategien der außenwirtschaftlichen Anpassung hat Dr. Wilhelm Krelle, Professor an der Universität Bonn, für den Sachverständigenrat durchgeführt; ihm danken wir, wie auch Diplom-Volkswirt Gerhard Fels, der für uns Analysen über die zyklische Natur des Wachstumsprozesses in der Bundesrepublik erstellt hat.

Die Volkswirtschaftliche und Statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank hat freundlicherweise für den Sachverständigenrat statistische Arbeiten (Saisonbereinigungen und Trendberechnungen) übernommen, die uns sehr geholfen haben.

15. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war gut; viele Angehörige des Amtes haben durch besonderen persönlichen Einsatz die Arbeiten des Rates sehr erleichtert.

16. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Hilfe seiner Mitarbeiter nicht fertigstellen können. Ein besonderes Maß an Verantwortung hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Horst Schulmann, zu tragen. Alle Fehler und Mängel, die dieser Bericht enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 17. November 1968

W. Bauer *H. Giersch* *H. Koch* *M. Schäfer*

Inhalt

Verzeichnis der Schaubilder

Verzeichnis der Tabellen im Text

Verzeichnis der Tabellen im Anhang

Statistische Materialquellen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt. Angaben für die Industrie gelten für Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Vereinte Nationen, Internationaler Währungsfonds). Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Abkürzungen

Hj. = Halbjahr
Vj. = Vierteljahr
Mill. = Millionen
Mrd. = Milliarden

JG = Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB = Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
SG = Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

BBk = Deutsche Bundesbank
CST = Classification for Statistics and Tariffs — Classification Statistique et Tarifaire
DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EWG = Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EFTA = Europäische Freihandelszone
Ifo = Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IWF = Internationaler Währungsfonds
OECD = Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
RWI = Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
UN = Vereinte Nationen
VDMA = Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Frankfurt/M.
WWI = Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Köln

Zeichenerklärung

— = nichts
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
. = kein Nachweis
... = Angaben fallen später an

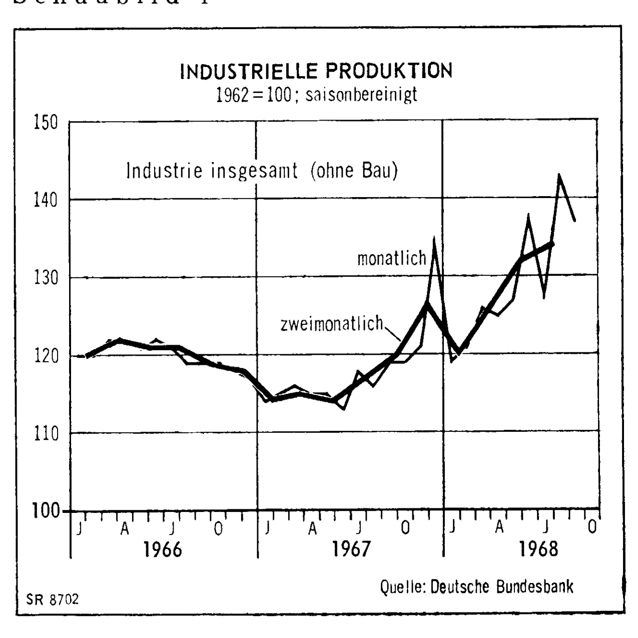
ERSTES KAPITEL

Zur Konjunkturlage

I. Überblick

1. Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich im Herbst 1968 in der fünften Aufschwungsphase der Nachkriegszeit. Der Aufschwung folgte auf den bisher schärfsten Konjunktureinbruch, der im Frühjahr 1967 seinen Tiefpunkt erreicht hatte. Unterstützt durch konjunkturfördernde Maßnahmen des Bundes gewannen die expansiven Kräfte im Frühsommer 1967 wieder die Oberhand (Schaubild 1).

Schaubild 1



Im Spätherbst 1967 setzte sich der neue Aufschwung immer stärker durch, nachdem ein zweites öffentliches Expansionsprogramm zu wirken begonnen und ein außenwirtschaftlicher Nachfragesog die internen Auftriebskräfte verstärkt hatte. Nach einer vorübergehenden Abschwächung im Winter trägt sich der Aufschwung inzwischen aus eigener Kraft: Nicht mehr von den konjunkturpolitischen Maßnahmen und nicht mehr allein vom Ausland gingen 1968 die entscheidenden Nachfrageimpulse aus, sondern auch — und vor allem — von der Wiederauffüllung der Läger und den Ausrüstungsinvestitionen.

2. Vergleicht man die gegenwärtige Aufschwungsphase mit den beiden vorangegangenen, so zeigt sich das Bild einer außergewöhnlich starken Industriekonjunktur, hinter der die Baukonjunktur und die Verbrauchskonjunktur mehr als früher zurückbleiben. Gemeinsam hat der gegenwärtige Aufschwung mit den vorangegangenen, daß Löhne und Preise der Nachfrageentwicklung erheblich verzögert folgen. Ein oberer Wendepunkt der Konjunktur steht nicht unmittelbar bevor. Vielmehr deuten die meisten Informationen darauf hin, daß sich der Aufschwung in den nächsten Monaten noch mit etwa gleicher Intensität wie bisher fortsetzen wird.

3. Das Ziel eines angemessenen Produktionswachstums hat unsere Wirtschaft 1968 erreicht; das reale Bruttosozialprodukt wird voraussichtlich um 6½ vH über dem von 1967 liegen. Die Auslastung der Sachkapazitäten in der Gesamtwirtschaft war im Jahresdurchschnitt 1968 etwa so hoch wie 1966, jedoch noch um 2 bis 2½ vH niedriger als im Hochkonjunkturjahr 1965. Da kurzfristig weniger Arbeitskräfte verfügbar sind, als Arbeitsplätze aufgrund der sachlichen Kapazitätsreserven bereitgestellt werden könnten, dürfte der Auslastungsgrad von 1965 auch 1969 kaum erreicht werden.

4. Was das Beschäftigungsziel anlangt, so waren im Oktober 1968 nur noch 180 000 Arbeitslose (0,9 vH der abhängigen Erwerbstätigen) registriert, halb so viele wie im Oktober 1967. Im Jahresdurchschnitt 1968 dürfte sich jedoch noch eine Arbeitslosenquote von 1,6 vH ergeben. Die Anzahl der Arbeitskräfte, die 1969 ohne zusätzliche arbeitsmarktpolitische Anstrengungen gewonnen werden könnten, schätzen wir auf etwa 450 000 (Jahresdurchschnitt gegen Jahresdurchschnitt), darunter 150 000 Ausländer (Ziffern 63 ff.). Im Jahresdurchschnitt 1969 könnte der Beschäftigungsstand mithin um 1½ vH höher sein als 1968. Somit ergäbe sich für 1969 ein Expansionsspielraum, der um etwa 1½ Prozentpunkte größer ist als die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (etwa 4 vH).

Diese Zahlen vermitteln nur einen Eindruck von den Produktionsreserven unserer Wirtschaft. Es bleibt allerdings zu fragen, ob es gesamtwirtschaftlich überwiegend vorteilhaft wäre, die inländischen Produktionsmöglichkeiten so weit zu nutzen. Die Antwort wird auch davon abhängen, welches Maß an Geldwertstabilität die Wirtschaftspolitik anstrebt und wie sie das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen will.

5. Kennzeichnend für die außenwirtschaftliche Situation 1968 ist ein Leistungsbilanzüberschuß von voraussichtlich 16,5 Mrd. DM. Das ist etwa ebensoviel wie im Rezessionsjahr 1967, nämlich etwa 3 vH des Sozialprodukts, und doppelt so viel wie die mittelfristige Zielprojektion der Bundesregierung vorsieht. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Einfuhr ihren konjunkturellen Höhepunkt noch nicht erreicht hat und daß die Weltkonjunktur im Jahre 1968 verhältnismäßig günstig war, sind die anhaltend hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse nur durch das internationale Kosten- und Preisgefälle zu erklären.

6. Die inländische Kostenentwicklung bleibt seit der Rezession hinter der ausländischen zurück (Ziffer 111). Solange die Kapazitäten unzureichend ausgelastet waren, sahen sich viele inländische Unternehmen veranlaßt, ihre Preise niedrig zu halten. Die im Aufschwung sinkenden Stückkosten ermöglichten es ihnen, ohne Preiserhöhungen auszukommen und ihre Position gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten zu verbessern. Trotz der Abwertung des englischen Pfundes im November 1967 und ihrer Folgewirkungen ist das internationale Preisgefälle noch nicht geringer geworden. Durch die jüngste Preisentwicklung im Ausland, insbesondere in den Vereinigten Staaten und in Frankreich, hat sich der Abstand eher noch vergrößert (Ziffern 152 ff.). Die internationale Marktlage dürfte es somit vielen Unternehmen erlauben, ihre Preise nach oben anzupassen und selbst kräftige Lohnerhöhungen zu überwälzen. Die Gefahr, daß derartige Anpassungsprozesse in Gang kommen, wird um so größer, je mehr am Arbeitsmarkt und in einzelnen Produktionsbereichen Engpässe entstehen.

7. Der Preisauftrieb war im Jahre 1968 mäßig. Daß der Preisindex für die Lebenshaltung im Durchschnitt der Monate August bis Oktober 1968 um 1,5 vH höher war als zur gleichen Zeit des Vorjahres, hängt wohl überwiegend mit der Umsatzsteuerreform und mit der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes am 1. Juli 1968 zusammen. Daß zu Beginn eines Aufschwungs die Preise nur wenig steigen, ist nicht ungewöhnlich; dies liegt vor allem daran, daß Kapazitätsreserven vorhanden sind, die den Unternehmen eine zurückhaltende Preispolitik nahelegen und daß die Gewerkschaften infolge des nachwirkenden Rezessionsschocks in ihrer Lohnpolitik mehr darauf bedacht sind, die Arbeitsplätze zu sichern als die Einkommen zu erhöhen. Angesichts des Preisgefälles gegenüber dem Ausland ist es jedoch wenig wahrscheinlich, daß die Bilanz für den weiteren Aufschwung noch ebenso günstig ausfallen wird. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Gewerkschaften 1969 wesentlich stärkere Lohnerhöhungen als 1968 fordern werden und bei der vorherrschenden Marktlage wohl auch durchsetzen können. Die Preiserwartungen der Unternehmen zeigen bereits seit dem Sommer 1968 wieder eine deutliche Aufwärtstendenz. Für die Lebenshaltungskosten ist von Bedeutung, daß die Agrarpreise in Zukunft nicht mehr fallen, sondern eher steigen dürften.

8. Die Weichen der Finanzpolitik für 1968 waren schon vor Ende 1967 endgültig gestellt. Finanzpolitische Maßnahmen von Bedeutung wurden danach nicht getroffen. Da das Produktionswachstum in den Haushaltsplänen für 1968 unterschätzt worden ist, haben die öffentlichen Haushalte 1968 nicht expansiv gewirkt. Sie haben insofern auch dazu beigetragen, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht fortdauern zu lassen. Da die Steuereinnahmen mit dem Aufschwung reichlicher als veranschlagt ausfielen, hat sich die öffentliche Hand weniger verschuldet als vorgesehen war.

9. Wie immer in Zeiten erheblicher internationaler Verzerrungen bei Preisen und Zinsen und einer damit zusammenhängenden Währungsspekulation hat die monetäre Seite den Kontakt mit der Gütersphäre fast vollständig verloren. Die Kreditpolitik muß sich um die Ordnung von Zahlungsströmen bemühen, die mit den realen Vorgängen nichts zu tun haben. Es ist eine offene Frage, wie lange ihr selbst das noch gelingt.

II. Der neue Aufschwung

10. Die Wende zum neuen Aufschwung (Schaubild 2) vollzog sich beim Auftragseingang in der Industrie im Frühsommer 1967.
Schon kurz vorher hatte sich die Tendenzwende bei der Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern, die im Abschwung scharf zurückgegangen war, abgezeichnet. Die Auslandsnachfrage dagegen, die bis Anfang 1967 ungebrochen expandiert und damit den Abschwung gemildert hatte, schwächte sich im Frühjahr 1967 vorübergehend ab; danach hat sie sich aber ebenfalls belebt. Gleichzeitig haben die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand sprungartig zugenommen. Bei den Baugenehmigungen für Hochbauten ist erst im Herbst 1967 eine Tendenzwende eingetreten.

Entscheidende Anregungen von den Konjunkturprogrammen

11. Der Konjunkturumschwung war somit das Resultat von Nachfrageimpulsen aus drei Richtungen. Gemeinsam gewannen die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern, die Auslandsnachfrage und die Tiefbaunachfrage der öffentlichen Hand im Frühsommer 1967 die Oberhand über die rezessiven Tendenzen. Die entscheidenden Anregungen scheinen dabei von den konjunkturfördernden Maßnahmen des Bundes ausgegangen zu sein. Die Auftragsvergabe aus dem ersten Investitionshaushalt des Bundes hatte im März 1967 begonnen; Ende April 1967 waren Aufträge in Höhe von etwa einer Milliarde DM vergeben, bis Ende Mai 1967 bereits in Höhe von 2,3 Mrd. DM. Von den primären Ausgabenwirkungen entfielen schätzungsweise zwei Drittel auf das Baugewerbe, insbesondere den Tiefbau, und etwa ein Drittel auf die Grundstoff-, Produktionsgüter- und die Investitionsgüterindustrien. Außerdem wurde die Nachfrage nach Investitionsgütern von Januar bis Oktober 1967 durch steuerliche Abschreibungserleichterungen angeregt.

12. Die Nachfragebelebung ließ die Produktion sehr rasch wieder steigen (Schaubild 3). Das reale Sozialprodukt hat bereits im zweiten Vierteljahr 1967 wieder leicht zugenommen, die Industrie- und Bauproduktion etwas später. Auch die gewerblichen Importe reagierten schon im Frühsommer auf die Konjunkturbelebung. Zugleich hat sich die Auslandsnachfrage in den letzten Monaten des Jahres 1967 zügig expandierte.

Schaubild 2

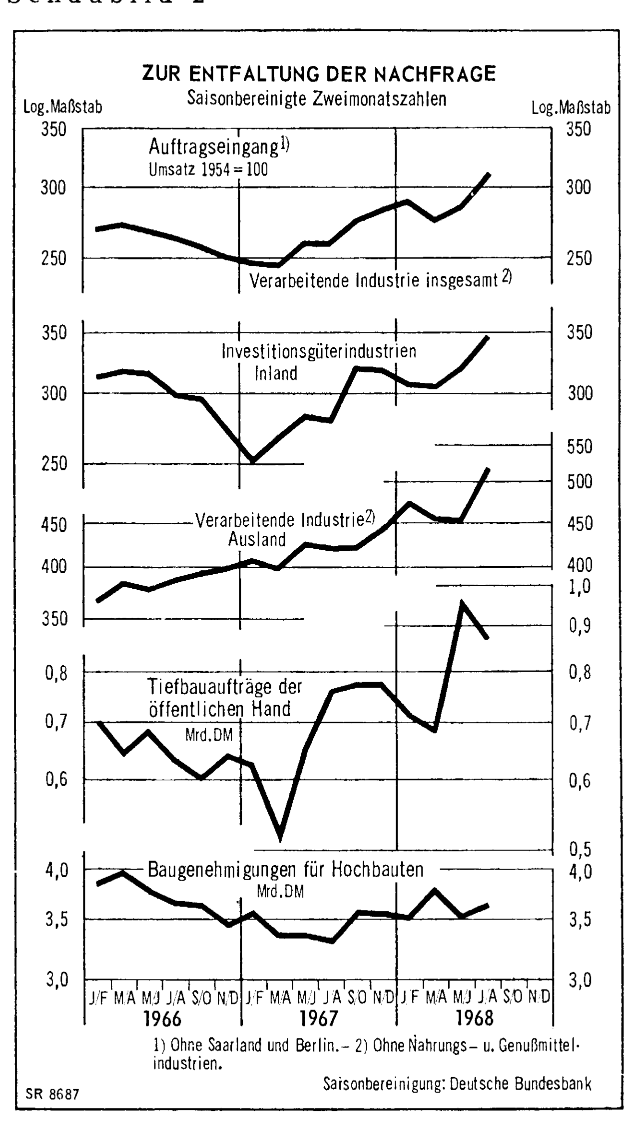
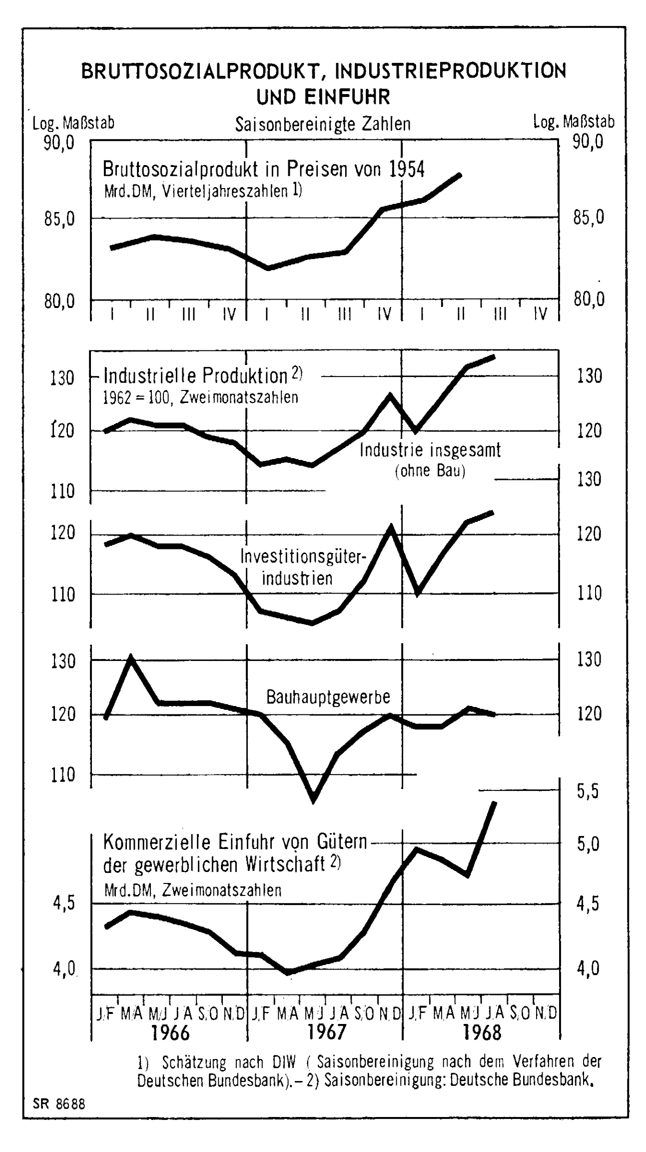


Schaubild 3



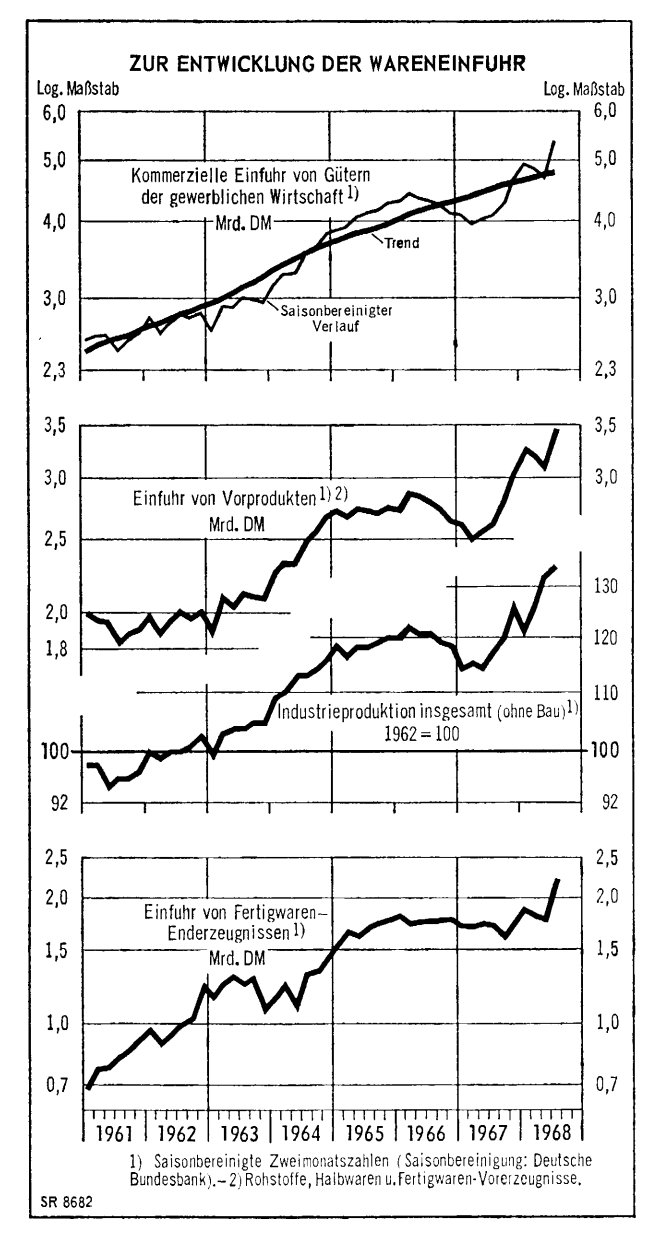
13. Der Aufschwung beschleunigte sich im Herbst 1967, und noch vor dem Jahresende überschritt die Industrieproduktion den Stand von Anfang 1966. Entscheidend für die weitere schnelle Konjunkturerholung war wahrscheinlich, daß die Bundesregierung im Juli 1967 zusätzlich zu den Maßnahmen des Frühjahrs ein zweites Konjunktur- und Strukturprogramm beschlossen hatte. Bis Anfang 1968 ließ dies eine zusätzliche Nachfrage in Höhe von rund 5 Mrd. DM wirksam werden. Hinzu kam, daß die Frist für Sonderabschreibungen am 31. Oktober 1967 auslief und viele Investitionsprojekte offenbar noch vor diesem Termin in Angriff genommen oder in Auftrag gegeben wurden. Verstärkend wirkte ferner, daß die Auslandsnachfrage in den letzten Monaten des Jahres 1967 zügig expandierte. Bis zum Jahresende mögen viele Investoren ihre Investitionsprojekte vorgezogen haben, weil sie mit höheren Investitionsgüterpreisen als Folge der Reform des Umsatzsteuersystems rechneten. Um den zusätzlichen Aufträgen kurzfristig nachkommen zu können, hatten die Produzenten den Anteil der Fertigstellungen an der Produktion vorübergehend erhöht.

Der Lageraufbau als Verstärker

14. Sieht man von den Sondereinflüssen im Winter 1967/68 ab, die das konjunkturelle Bild am Jahresanfang ungünstig erscheinen ließen — vor allem die Reaktion auf die vorgezogenen Bestellungen und Fertigstellungen —, so setzte sich der Aufschwung im weiteren Verlauf des Jahres 1968 ungebrochen fort. Die stärksten Impulse gingen nun von den Lagerinvestitionen aus: Vom Zuwachs des realen Sozial-

produkts, der im ersten Halbjahr 1968 gegenüber dem Vorjahr erzielt wurde, beruhte die Hälfte auf der Wiederauffüllung der Läger. Die Unternehmen haben in diesem Zeitraum den Lagerbestand fast um so viel wieder aufgefüllt, wie sie ihn in den vorangegangenen eineinhalb Jahren abgebaut hatten. Die Läger waren nicht nur aus konjunkturellen Gründen abgebaut worden, sondern auch deshalb, weil 1967 lange Zeit Unsicherheit darüber geherrscht hatte, in welchem Umfang die Altvorräte beim Übergang zur Mehrwertsteuer entlastet werden würden; diese Unsicherheit schwand, als das Bundeskabinett im Juli 1967 einer durchschnittlichen Entlastung von 85 vH zustimmte. Schon im Herbst 1967 wurden vermutlich die Läger wieder aufgefüllt. Zunächst führte dies vor allem zu einer Zunahme der Importe von Rohstoffen, Halbwaren und Vorerzeugnissen, die über die Produktionssteigerung hinausging. Für Einfuhren bestand vor der Jahreswende ein besonderer Anreiz, weil zu erwarten war, daß die Reform des Umsatzsteuersystems die Importe verteuern werde. So überrascht es nicht, daß im ersten Halbjahr 1968 die Vorprodukteinfuhren zeitweise rückläufig waren (Schaubild 4). Der starke Lageraufbau im ersten Halbjahr bedeutete daher eine außerordentliche Zunahme der Nachfrage nach inländischen Erzeugnissen.

Schaubild 4



1) Saisonbereinigte Zweimonatszahlen (Saisonbereinigung: Deutsche Bundesbank). – 2) Rohstoffe, Halbwaren u. Fertigwaren-Vorerzeugnisse.

15. Die Auslandsnachfrage hat den Aufschwung in den ersten Monaten 1968 kräftig unterstützt. Allgemein unerwartet nahmen die Auftragseingänge aus dem Ausland von Oktober 1967 bis Januar 1968 mit einer Jahresrate von über 50 vH zu. Überwiegend geht dieser Schub auf die Nachfrage aus den Vereinigten Staaten zurück, während die Nachfrage aus den europäischen Partnerländern langsamer stieg. Bald danach verlagerte sich jedoch der Schwerpunkt: Vom Sommer 1968 ab nahmen die Exporte in die EWG- und EFTA-Länder stark zu, während die Exporte in die Vereinigten Staaten das hohe Niveau hielten, das sie im Frühjahr erreicht hatten.

Daß die Nachfrage aus dem Ausland im Frühsommer 1968 vorübergehend leicht zurückging und danach wieder um so kräftiger zunahm, ist wohl hauptsächlich der Reflex einer zeitlichen Verlagerung, die durch Zollsenkungen zum 1. Juli 1968 verursacht wurde.

16. 1968 trug sich die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern in zunehmendem Maße selbst, nachdem sie 1967 durch die konjunkturpolitischen Maßnahmen angeregt worden war. Zwar gingen die inländischen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterindustrien aufgrund der oben erwähnten Sondereinflüsse Anfang des Jahres 1968 zunächst zurück. Doch schon vom Frühjahr ab stiegen die Bestellungen wieder steil an, vor allem im Maschinenbau und im elektrotechnischen Investitionsgüterbereich. Im September 1968 sicherten die Bestände an inländischen und ausländischen Aufträgen der Investitionsgüterindustrien eine Produktion von über vier Monaten. Die Reichweite ist damit fast so groß wie im September 1965.

Die Ausrüstungsinvestitionen waren im ersten Halbjahr 1968 um 7 vH, im zweiten Halbjahr 1968 schätzungsweise um 8 vH höher als im Vorjahr.

17. Das Bauhauptgewerbe plant für 1968 einen Investitionszuwachs von 25 vH. Dies dürfte in erster Linie die Folge der staatlichen Nachfrage nach Tiefbauleistungen sein. Die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand waren (saisonbereinigt) im zweiten Quartal 1968 um fast 30 vH höher als im ersten Quartal 1968 und um rund 50 vH höher als im zweiten Quartal 1967. Die Reichweite des Auftragsbestandes betrug im September 1968 dreieinhalb Monate; sie war damit wieder ebensogroß wie Anfang 1966.

18. Im Gegensatz zum Tiefbau wurde der Hochbau vom Aufschwung nur zögernd erfaßt. Eindeutig expansive Impulse gingen nur vom öffentlichen und gewerblichen Hochbau aus. Die Genehmigungen

für Wohnbauten — über die Hälfte des Hochbaus — überstiegen dagegen das Rezessionsniveau nur geringfügig; das gilt auch dann, wenn man die Genehmigungen für Fertigteile-Hochbauten einbezieht. Die Wohnungsbauförderung im Rahmen des zweiten Konjunkturprogramms hat vermutlich gerade ausgereicht, einen weiteren Schrumpfungsprozeß im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau zu verhindern. Die Wohnungsbauinvestitionen sind 1968 um schätzungsweise 7 vH gestiegen. Dies hängt vornehmlich damit zusammen, daß die „Überhänge" an begonnenen, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen am Jahresende 1968 wieder größer sein werden als am Jahresende 1967 und die Modernisierungen anteilmäßig wohl zugenommen haben. Die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen dagegen dürfte 1968 um rund 40 000 geringer sein als 1967 und um rund 70 000 geringer als 1966; insgesamt ist damit zu rechnen, daß 1968 rund 520 000 Wohnungen fertiggestellt werden.

19. Eine besonders starke Investitionstätigkeit haben 1968 — wie auch in früheren Aufschwungsphasen — die Investitionsgüterindustrien selbst entfaltet. Die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeugen, die als typische Investitionsgüter für die Investitionsgüterindustrien gelten, ist im Verlauf des Jahres weit stärker gestiegen als die Nachfrage nach den übrigen Maschinenbauerzeugnissen (Schaubild 5). Nach den Ifo-Erhebungen planen die Investitionsgüterindustrien für 1968 einen Investitionszuwachs von 11 vH.

20. Als Hauptziel ihrer Investitionen im Jahre 1968 nannten im Frühjahr 59 vH der Industrieunternehmen Rationalisierung und 15 vH Ersatzbeschaffung; nur 26 vH investieren hauptsächlich deshalb, weil sie ihre Kapazitäten erweitern wollen (Tabelle 1). Der Anteil der Industrieunternehmen, die mit dem Ziel einer Kapazitätserweiterung investieren, ist 1968 um 10 Prozentpunkte niedriger als im Aufschwungsjahr 1964. Das läßt vermuten, daß Kapazitätsengpässe in nennenswertem Umfang noch nicht aufgetreten sind. Besonders niedrig ist die Neigung zu Erweiterungsinvestitionen in den Investitionsgüterindustrien; mehr als in den anderen Zweigen steht hier das Rationalisierungsziel im Vordergrund.

21. Die Einfuhr ist der Produktionsentwicklung im ersten Halbjahr 1968 nicht gefolgt. Zwar lag die gewerbliche Wareneinfuhr in der ersten Jahreshälfte um etwa 20 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand. Der Anstieg fällt aber überwiegend in die zweite Jahreshälfte 1967 (Schaubild 4); von Anfang bis Mitte 1968 ist die Einfuhr von Vorprodukten, die im Zuge des Lageraufbaus bis zum Jahresanfang 1968 sehr kräftig zugenommen hatte (Ziffer 14), dagegen gesunken. Auch die Einfuhr von Enderzeugnissen, die sich im Herbst 1967 ebenfalls erhöht hatte, schwächte sich im Verlauf des ersten Halbjahres wieder ab. Neben der vorübergehenden Produktionsstockung am Jahresanfang mag für die Einfuhrzurückhaltung bestimmend gewesen sein, daß zum 1. Juli 1968 Zollsenkungen bevorstanden.

Schaubild 5

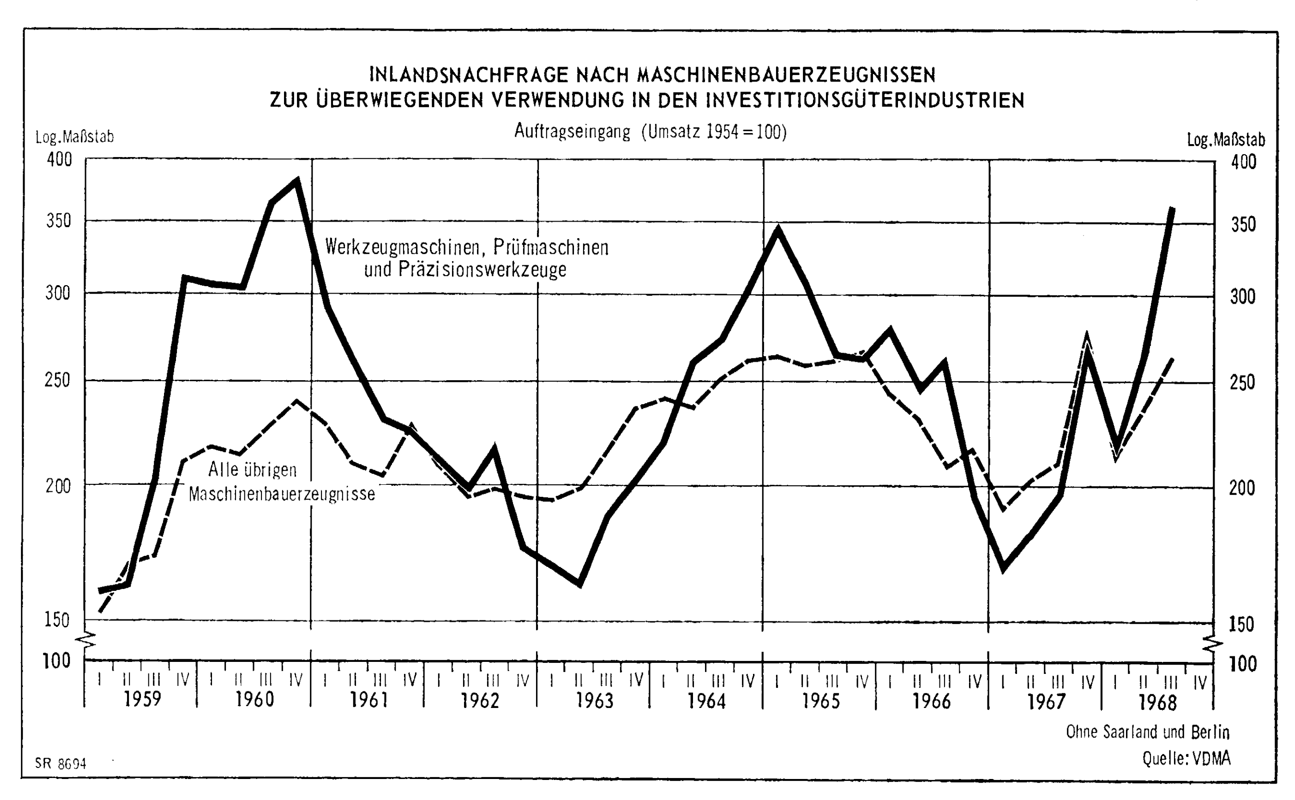


Tabelle 1

Investitionsziele in der Industrie

Bereich	Als Hauptziel ihrer Investitionen nannten								
	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968 [1]
	... vH der Firmen								
	Kapazitätserweiterung								
Verarbeitende Industrie [2]	39	40	36	35	36	40	37	29	26
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	37	37	36	41	39	42	37	39	33
Investitionsgüterindustrien [2]	49	49	39	31	35	40	41	16	14
Verbrauchsgüterindustrien	23	25	25	22	27	33	31	23	26
	Rationalisierung								
Verarbeitende Industrie [2]	49	50	55	54	53	47	51	59	59
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	50	52	55	49	52	45	51	55	51
Investitionsgüterindustrien [2]	41	42	52	58	55	41	47	68	71
Verbrauchsgüterindustrien	66	65	65	66	58	60	56	62	59
	Ersatzbeschaffung								
Verarbeitende Industrie [2]	12	10	9	11	11	13	12	12	15
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	13	11	9	10	9	13	12	6	16
Investitionsgüterindustrien [2]	10	9	9	11	10	19	12	16	15
Verbrauchsgüterindustrien	11	10	10	12	15	7	13	15	15

[1]) Geplant (Befragung vom Frühjahr 1968).
[2]) Bis 1966 ohne Luftfahrzeugbau.

Quelle: Ifo

Dafür spricht jedenfalls die steile Einfuhrzunahme kurz danach. Im Sommer 1968 hat die gewerbliche Wareneinfuhr ihren mittelfristigen Trend deutlich überschritten. Zu einer anhaltend starken Zunahme der Fertigwareneinfuhr wie in der Hochkonjunktur 1965 ist es aber noch nicht gekommen. Auch dies spricht dafür, daß der Aufschwung noch keine größeren Engpässe hat entstehen lassen. Der inländische Markt ist bei den gegenwärtigen Preisen für ausländische Anbieter offenbar noch vergleichsweise wenig lukrativ.

Verzögerter Lohn- und Preisanstieg

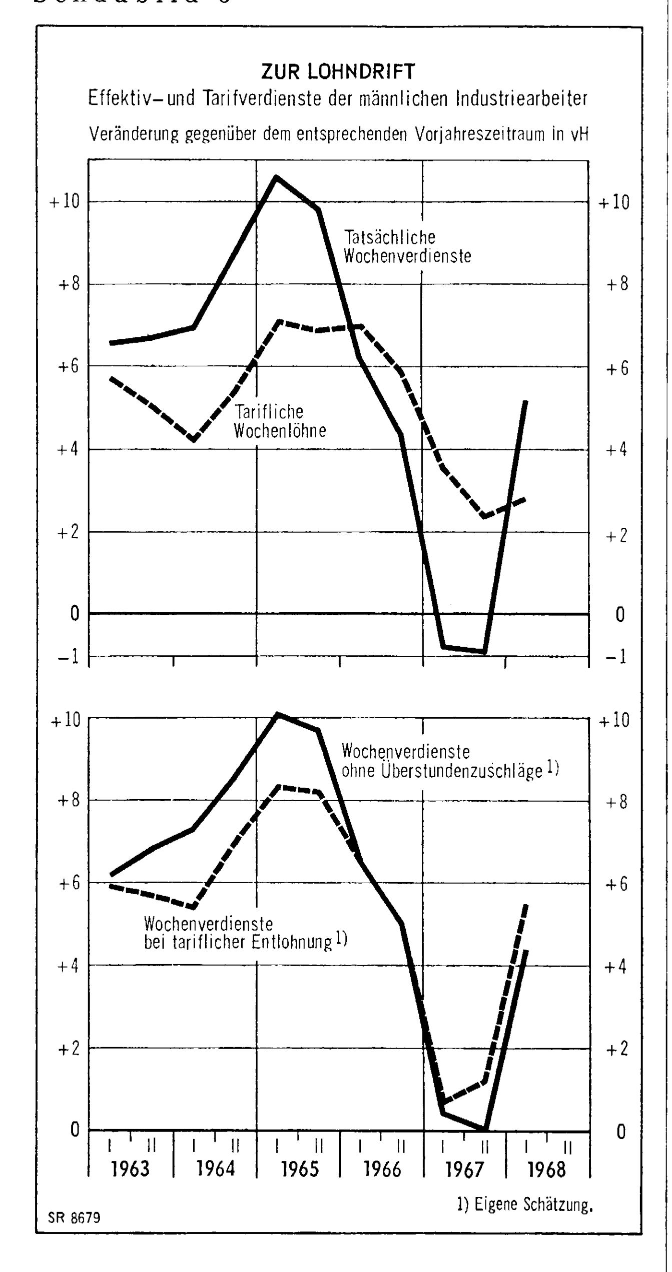
22. Während die Produktion schon wieder zügig expandierte, wurde die Lohn- und Preisentwicklung immer noch von den Nachwirkungen der Rezession geprägt. In der Rezession waren die tariflichen und effektiven Stundenlöhne ungeachtet des Nachfragerückgangs bis ins Jahr 1967 hinein gestiegen. Zur Jahresmitte 1967 trat eine „Lohnpause" ein.

Im Laufe des Jahres 1968 wurden in den Tarifabschlüssen die Löhne nur um 4 bis 5 vH angehoben; bei den entscheidenden Tarifverhandlungen im Frühjahr standen noch Rationalisierungsschutzabkommen im Vordergrund. Das tarifliche Lohn- und Gehaltsniveau dürfte im Jahresdurchschnitt 1968 gerade um 4 vH über 1967 liegen.

Die Effektivlöhne begannen gegen Jahresende 1967 wieder allmählich zu steigen, und zwar im Verlauf des Jahres 1968 stärker als die Tariflöhne. Im Jahresdurchschnitt 1968 liegt das Effektivlohnniveau vermutlich um 5 vH über dem des Vorjahres. Da der Preisindex für die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt 1968 um etwa 1,3 vH höher sein dürfte als 1967, bedeutet dies für die Reallöhne nur einen Anstieg von 3,7 vH.

23. Die Lohndrift, gemessen an den Wochenververdiensten der männlichen Industriearbeiter, ist 1968 wieder gestiegen, nachdem sie 1967 — vor allem bedingt durch Kurzarbeit und den Abbau von Überstunden — zurückgegangen war (Schaubild 6).

Schaubild 6

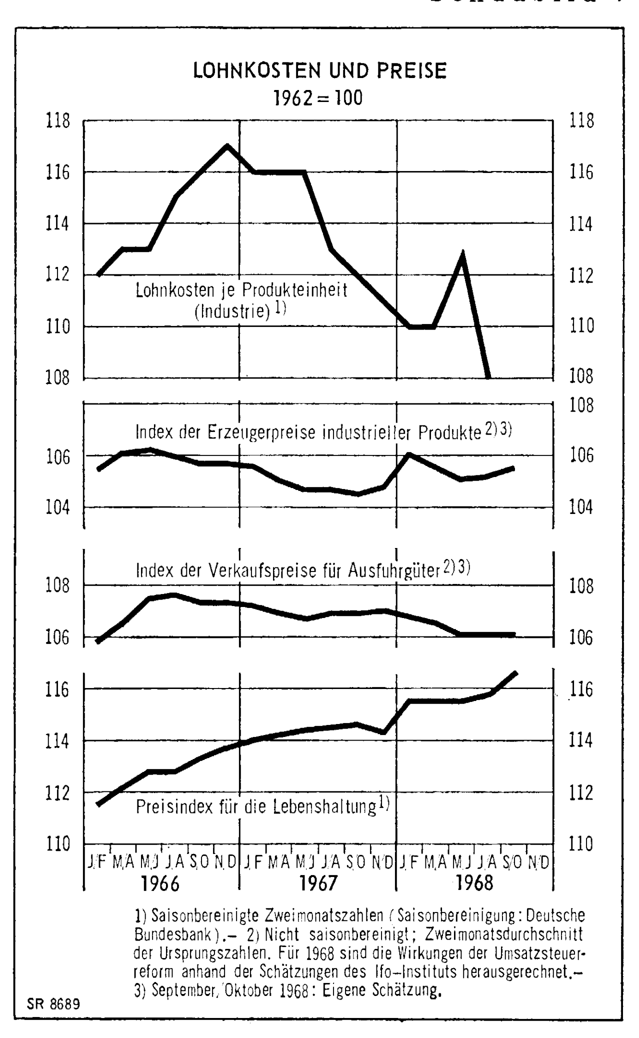


Das Vorauseilen der Effektivverdienste im ersten Halbjahr 1968 läßt sich allein durch die Zunahme der effektiven Arbeitszeit erklären. Dies zeigt sich, wenn man die Überstundenverdienste aus den Wochenverdiensten herausrechnet. Die Tarifverdienste weisen dann 1968 sogar einen stärkeren Anstieg auf als die Effektivverdienste. Die Lohndrift, soweit sie nicht auf Veränderungen der Arbeitszeit beruht, war also im ersten Halbjahr 1968 noch negativ. Dies gilt um so mehr, als in der Rechnung aus statistischen Gründen nicht berücksichtigt werden konnte, daß die steigende Kapazitätsauslastung vermutlich zu höheren Stundenverdiensten in Leistungslohnsystemen führte. Eine positive arbeitsmarktbedingte Lohndrift dürfte sich erst im zweiten Halbjahr 1968 herausgebildet haben, als qualifizierte Arbeitskräfte knapper wurden.

24. Mäßigen Lohnerhöhungen standen im bisherigen Verlauf des Aufschwungs kräftige Produktivitätssteigerungen gegenüber, die in erster Linie auf die zunehmende Auslastung der Betriebe zurückgingen. Die Lohnstückkosten in der Industrie sind vom Frühjahr 1967 bis zum Frühjahr 1968 gesunken; ihren unteren Wendepunkt erreichten sie wohl im Sommer 1968, also mehr als ein Jahr später als die Nachfrageentwicklung (Schaubild 7). Sie waren im Frühjahr 1968 ebenso hoch wie Ende 1965.

25. Ähnlich den Lohnkosten haben die Preise auf die Rezession verspätet reagiert (Schaubild 7). Die industriellen Erzeugerpreise sind erst nach dem konjunkturellen Tiefpunkt im Frühjahr 1967 gesunken; die Exportpreise sind im Verlauf des Jahres 1967 praktisch konstant geblieben und dann Anfang 1968 leicht zurückgegangen. Der Preisindex für die Lebenshaltung ist ungeachtet der Rezession und trotz des Einbruchs bei den Erzeugerpreisen der Landwirtschaft bis zum Herbst 1967 gestiegen — wenn auch seit Anfang 1967 wesentlich verlangsamt.

Schaubild 7



Der konjunkturelle Wendepunkt der Preisentwicklung liegt ebenso wie der der Kostenentwicklung im Frühjahr 1968. Im Herbst 1968 zeichnen sich wieder deutliche Preissteigerungstendenzen ab.

Dem Wendepunkt vorausgegangen waren einige Sonderbewegungen: Die industriellen Erzeugerpreise und die Preise für die Lebenshaltung sind im Januar 1968 ruckartig gestiegen. Diese Preissprünge stehen wohl mit der Umsatzsteuerreform im Zusammenhang. Zwar sind die dargestellten Reihen insofern „bereinigt", als von den Meßziffern, soweit sie die Zeit nach der Umsatzsteuerreform betreffen, ein Schätzwert für die Mehrwertsteuerbelastung abgezogen und ein Schätzwert für die kumulierte Umsatzsteuerbelastung hinzugerechnet worden ist [1]). Die Reform des Umsatzsteuersystems war jedoch mit systemfremden Übergangsregelungen wie der Doppelbesteuerung der Altinvestitionen und der Sonderbesteuerung der Neuinvestitionen verbunden, deren Preiseffekte schwer abzugreifen sind (JG 67 Ziffern 471 ff.). Es liegt deshalb durchaus im Bereich des Möglichen, daß die Preissprünge auf nicht erfaßbare Sekundärwirkungen der Steuerreform zurückgehen, obwohl man nicht ausschließen kann, daß die Unternehmen gelegentlich der Steuerreform auch ihre Nettopreise nach oben korrigiert haben.

26. *Die Umsatzsteuerreform hat sowohl das Niveau als auch die Struktur der Steuerbelastung verändert.*

Allein der Doppelbesteuerung der Altinvestitionen und der Sonderbesteuerung der Neuinvestitionen wäre — hätte man anzunehmen, daß sie voll preiswirksam geworden sind — eine Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um etwa 1 vH zuzurechnen. Hinzu kommt die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze auf 11 beziehungsweise 5,5 vH zum 1. Juli 1968, die Verbrauchsgüter und Dienstleistungen um durchschnittlich 0,6 vH zusätzlich belastete.

Bedeutsamer noch als die Änderung im Niveau der Steuerbelastung war die Änderung der Belastungsstruktur nach Güterarten — eine teils beabsichtigte, teils unvermeidbare Folge der Reform. Inwieweit die Änderung der Preisstruktur im Jahre 1968 hiermit erklärt werden kann, zeigt Tabelle 2. Hierfür haben wir — ausgehend von Belastungsschätzungen nach Gütergruppen, die das Ifo-Institut vorgenommen hat — Änderungen der Teil-Preisindizes für die Lebenshaltung errechnet, wie sie aufgrund der Umsatzsteuerreform er-

[1]) Bei den Erzeugerpreisen beträgt die Differenz der Schätzwerte 3,4 vH. Beim Preisindex für Ausfuhrgüter hat sich eine Differenz von 0,6 vH ergeben (JG 67 Ziffer 466). Beim Preisindex für die Lebenshaltung ist die Differenz unbedeutend. Die Schätzwerte für die Mehrwertsteuer umfassen auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer vom 1. Juli 1968.

Tabelle 2

Preisindex für die Lebenshaltung und Mehrwertsteuereffekte

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Bedarfsgruppe	Tatsächliche	Rechnerische [1])	Bereinigte	Nachrichtlich: Durchschnittliche jährliche Veränderung 1962 bis 1967
	Veränderung Oktober 1968 gegenüber Oktober 1967			
Verbrauchs- und Gebrauchsgüter				
Nahrungsmittel (ohne Gaststättenleistungen)	−1,0	−2,2	+1,2	+2,1
Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter (einschließlich Energie)	+1,4	+0,9	+0,5	+1,7
Dienstleistungen (einschließlich Gaststätten- und Beherbergungsleistungen) und Reparaturen	+5,9	+3,5	+2,4	+4,0
Wohnungsnutzung (einschließlich Garagennutzung)	+8,5	—	+8,5	+6,6
Gesamtlebenshaltung	+2,0	−0,0	+2,0	+2,7
Lebenshaltung ohne Nahrungsmittel	+3,9	+1,4	+2,5	+3,1
Lebenshaltung ohne Nahrungsmittel, Wohnungsnutzung und Garagennutzung	+2,8	+1,7	+1,1	+2,4

[1]) Preisveränderung durch Umsatzsteuerreform und Mehrwertsteuererhöhung. — Eigene Schätzung nach Berechnungen des Ifo-Instituts (ohne Berücksichtigung der Besteuerung des Selbstverbrauchs und der Nichtentlastung der Altinvestitionen).

wartet werden durften, und haben diese den tatsächlich verzeichneten Änderungen gegenübergestellt. Die oben erwähnten Doppelbesteuerungseffekte der Übergangsregelungen sind dabei allerdings nicht berücksichtigt.

Abgesehen von der bekannten Überanpassung im Dienstleistungsbereich, ist bemerkenswert, daß die Steuerentlastung der Ernährungsgüter, die die Umsatzsteuerreform mit sich gebracht hat, tatsächlich von einem Rückgang der Nahrungsmittelpreise begleitet war. Zugleich sind jedoch auch die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte weiter gefallen, und zwar sehr stark. Insoweit ist offen, ob der Rückgang der Nahrungsmittelpreise nicht nur vorübergehender Natur ist, da mit einer Umkehr bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise gerechnet werden muß.

27. Vergleicht man die Preisentwicklung mit der Kostenentwicklung, so zeigt sich, daß die Industrieunternehmen nur einen geringen Teil der Kostensenkung, die sie im Anschluß an die Rezession erzielen konnten, in Preissenkungen weitergegeben haben. Die Nachfrageausweitung hat den Unternehmen also nicht nur höhere Umsätze, sondern auch höhere Stückgewinne gebracht. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die im ersten Halbjahr 1967 fast 7 vH unter den entsprechenden Vorjahresstand gesunken waren, gingen bereits im zweiten Halbjahr 1967 über den Vorjahresstand hinaus und lagen im ersten Halbjahr 1968 rund 15 vH [1]) über dem Rezessionsniveau vom ersten Halbjahr 1967. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit übertrafen den Vorjahresstand im ersten Halbjahr 1968 dagegen nur um 5 vH; diese Einkommen waren allerdings im Verlauf des Jahres 1967 nur leicht zurückgegangen. Auch den gegenwärtigen Aufschwung kennzeichnet also ein Nachhinken der Arbeitnehmereinkommen (Lohn-Lag).

28. Die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer, von denen die Verbrauchskonjunktur vor allem abhängt, haben sich noch weniger erhöht als die Bruttoeinkommen, weil die Lohnsteuerbelastung wie bei jeder Einkommenssteigerung überproportional zugenommen hat und die Beiträge zur Sozialversicherung erhöht worden sind (Tabelle 63 im Anhang). Die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit übertrafen daher den Vorjahresstand im ersten Halbjahr 1968 nur um knapp 3 vH. In derselben Zeit waren die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte insgesamt um etwa 5 vH, das sind 7,4 Mrd. DM, höher als im Vorjahr; auf die Zunahme der entnommenen Gewinne und der Vermögenseinkommen (3 Mrd. DM) entfiel dabei der größte Teil, während die Zunahme der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 2,4 Mrd. DM und die der laufenden Übertragungen vom Staat 1,8 Mrd. DM betrug. Diese Einkommensentwicklung hat die Verbrauchskonjunktur nicht entscheidend anregen können. Vor allem die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter haben in der ersten Hälfte des Jahres 1968 stagniert. Belebt hat sich die Verbrauchskonjunktur erst in der zweiten Jahreshälfte. Im dritten Vierteljahr 1968 waren die realen Umsätze des Einzelhandels, soweit die amtliche Statistik sie bei dem stürmischen Vordringen neuer Handelsformen noch richtig erfaßte, um 4,8 vH höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres; die Neuzulassungen von Personenwagen für Arbeitnehmer lagen im gleichen Zeitraum um 14 vH höher als im Vorjahr. Im September rechnete der Konsumgüterhandel mit weiteren konjunkturellen Umsatzsteigerungen für die folgenden Monate.

29. Daß die Verbrauchskonjunktur so schwach war, zeigt sich auch in der Zunahme der Sparneigung. Die privaten Haushalte haben im ersten Halbjahr 1968 rund 17 Mrd. DM gespart; das sind 12 vH mehr als ein Jahr zuvor. Die Sparquote, die in derselben Zeit 11,1 vH erreichte, dürfte 1968 — erstmals seit 1965 — wieder merklich höher sein als im Vorjahr. Dies scheint nicht nur mit der vergleichsweise starken Zunahme der Gewinneinkommen zusammenzuhängen. In der Vergangenheit hat sich die Sparquote bei den Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen in der gleichen Richtung entwickelt wie bei den Arbeitnehmern. Danach müßten auch viele Arbeitnehmerhaushalte 1968 ihre Sparquote wieder erhöht haben. Verständlich wäre dies, soweit sie 1967 trotz Einkommenseinbußen ihren Konsumstandard aufrechterhalten haben.

III. Ein neuer Konjunkturzyklus?

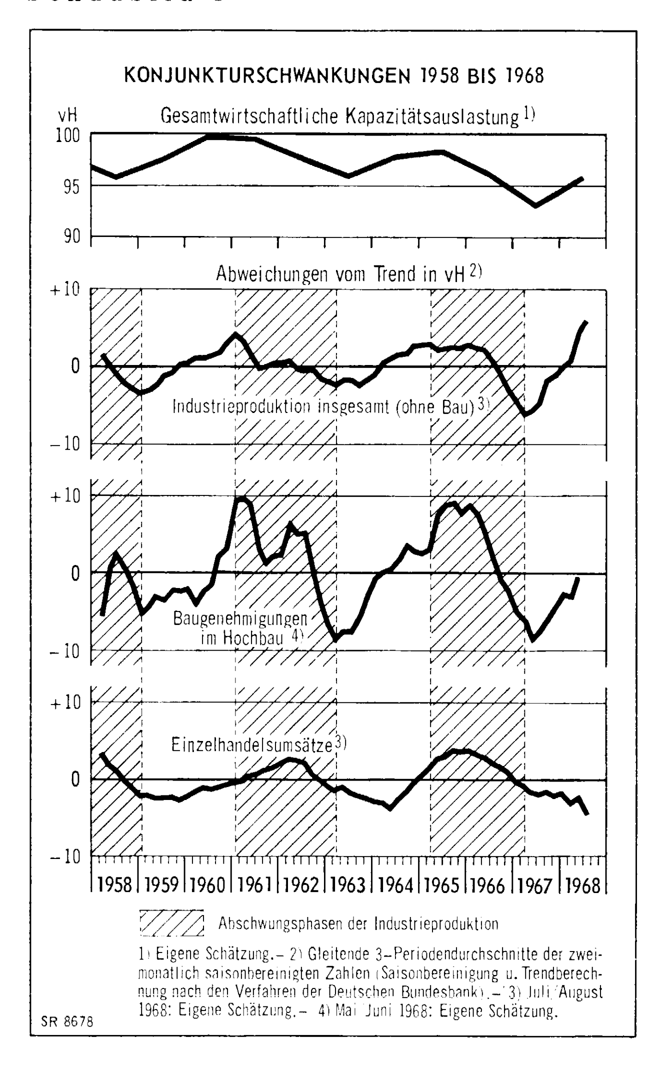
30. Es stellt sich die Frage, ob der gegenwärtige Aufschwung in eine stetige Expansion parallel zum Wachstum des Produktionspotentials übergeführt werden kann oder ob er dem Muster der bisherigen Konjunkturzyklen folgen wird. Wie weit die Entwicklung zu einer neuen Übersteigerung, die die Gefahr des Abschwungs in sich trägt, hindrängt, läßt sich am ehesten abschätzen, wenn man den bisherigen Verlauf des Aufschwungs mit den Aufschwungsphasen früherer Zyklen vergleicht. Wir beschränken uns dabei auf die beiden letzten Konjunkturzyklen, weil in ihnen die Arbeitskräfteknappheit und die außenwirtschaftliche Integration schon einen Grad erreicht hatten, der mit dem heutigen einigermaßen vergleichbar ist.

31. Konjunkturschwankungen sind Schwankungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. An den Auslastungsschwankungen lassen sich seit 1958 zwei vollständige Zyklen beobachten (Schaubild 8); die unteren Wendepunkte fallen in die Jahre 1958, 1963 und 1967, die oberen Wendepunkte in die Jahre 1960 und 1965. Die Zyklen dauerten demnach vier bis fünf Jahre; davon entfielen jeweils zwei Jahre auf die Aufschwungsphasen.

32. Ein Vergleich der jahresdurchschnittlichen Auslastungsgrade des Produktionspotentials gibt nur ein sehr grobes Bild der Konjunktur. Genauer lassen sich die konjunkturellen Verläufe und Wirkungsverzögerungen erfassen, wenn man Indikatoren auf Monatsbasis verwendet. Deshalb sind in Schaubild 8

[1]) Einschließlich der im ersten Halbjahr 1968 erstatteten Umsatzsteuer zur Entlastung der Altvorräte (etwa 2,8 Mrd. DM) beträgt der Zuwachs 19,4 vH.

Schaubild 8



— neben dem gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrad — die Zyklen der Industrieproduktion, der Baugenehmigungen und der Einzelhandelsumsätze dargestellt [1]). Die Zyklen der Industrieproduktion und der Baugenehmigungen decken sich weitgehend mit dem Gesamtzyklus. Der Zyklus der Einzelhandelsumsätze folgt dem Gesamtzyklus dagegen mit einer erheblichen Verzögerung.

33. Die Industriekonjunktur hatte ihre unteren Wendepunkte im Winter 1958/59, im Frühjahr 1963 und im Frühjahr 1967. Die oberen Wendepunkte fielen in den Winter 1960/61 und ins Frühjahr 1965. Die Zykluslänge — von Tiefpunkt zu Tiefpunkt gemessen — betrug also vier Jahre im letzten Zyklus und etwas mehr als vier Jahre im vorletzten Zyklus. Da die Aufschwungsphasen jeweils zwei Jahre dauerten, geht der Unterschied in der Zykluslänge darauf zurück, daß der vorletzte Abschwung sich etwas länger hinzog als der letzte, der nach zwei Jahren beendet war. Im letzten Zyklus setzte der eigentliche Abschwung erst ein Jahr nach dem konjunkturellen Höhepunkt ein. Er brachte allerdings dann sehr rasch einen Einbruch der Industrieproduktion, der viel schärfer war als 1958/59 und 1962/63.

34. So steil wie der Abschwung, so steil war der Aufschwung. Es dauerte auch diesmal nicht mehr als 12 Monate, bis die Industrieproduktion vom unteren Wendepunkt aus ihren mittelfristigen Trendwert überschritt. 14 Monate nach dem konjunkturellen Tiefpunkt — im Sommer 1968 — war der Trend schon so weit überschritten wie im Höhepunkt 1961; der Abstand war schon größer als im Höhepunkt 1965. Zum Teil mag dies damit zusammenhängen, daß die Rezession von 1967 so scharf war und daher der errechnete Trend etwas zu stark abgeflacht erscheint. Aber auch wenn man die Rezession 1967 im Trend nicht berücksichtigt, überschreitet die Industrieproduktion im Sommer 1968 den Trendwert mehr als im Frühjahr 1965. Da nach bisherigen Erfahrungen die Industriekonjunktur entscheidend für die Gesamtkonjunktur ist, stellt sich die Frage, ob der gegenwärtige Aufschwung seinen Höhepunkt nicht schon erreicht hat.

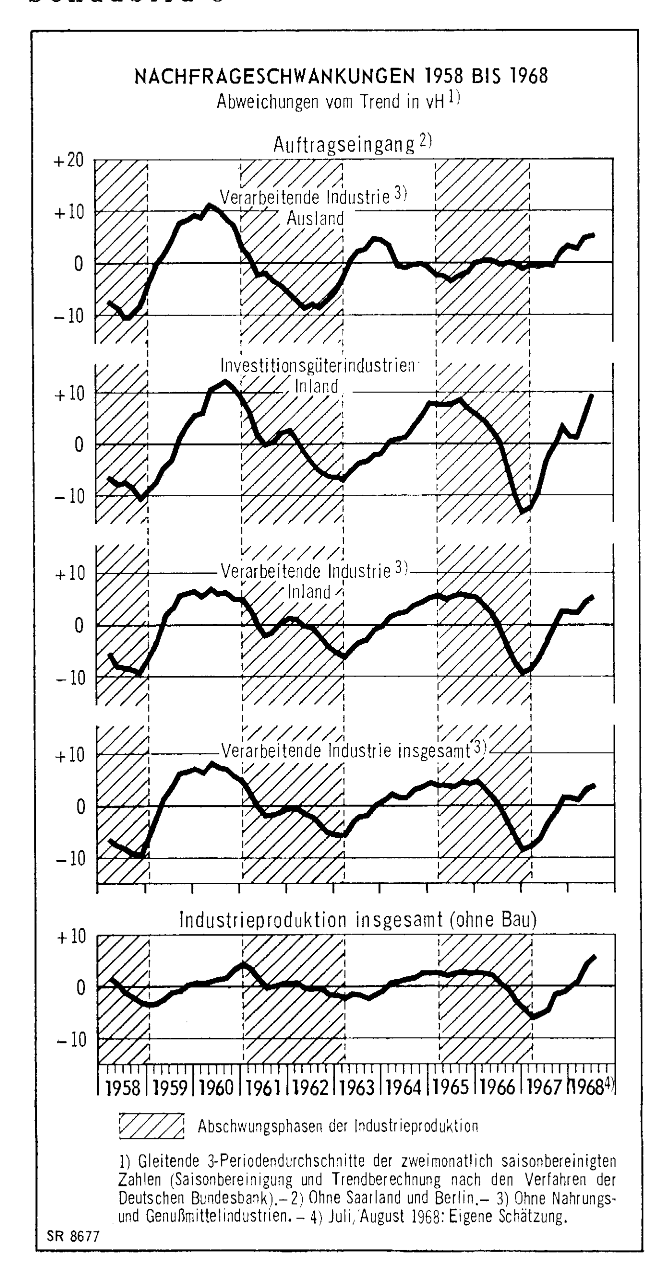
35. Im Gegensatz zur Industriekonjunktur kommen die Baukonjunktur und die Verbrauchskonjunktur noch nicht an die Position heran, die sie in dieser Phase des Aufschwungs in den beiden früheren Zyklen erreicht hatten (Schaubild 8). Die Genehmigungen für Hochbauten, die 1961 ihren Höhepunkt gleichzeitig mit der Industriekonjunktur und 1965 einige Monate danach erreichten, lagen im Sommer 1968 noch knapp unter ihrem mittelfristigen Trend. Ähnliches gilt für die Einzelhandelsumsätze. Sie waren 1961 schon 14 Monate und 1965 schon acht Monate vor dem Höhepunkt stärker als der Trend gestiegen. Im Sommer 1968 dagegen befanden sie sich offenbar noch nicht einmal am unteren Tiefpunkt. Daraus ergibt sich mehr als sonst das Bild eines industriebetonten Aufschwungs, ganz im Einklang mit der Beobachtung, daß die Auftriebskräfte vornehmlich von den Lagerinvestitionen, der Auslandsnachfrage und den Ausrüstungsinvestitionen ausgehen (Ziffern 14 ff.).

36. Wie weit der Höhepunkt noch entfernt ist, hängt unter anderem von den Angebotsreserven ab. Sowohl die Sachkapazitäten als auch die Arbeitskraftreserven lassen, wie unsere Schätzungen des gegenwärtigen Produktionspotentials ergeben haben (Ziffern 50 ff.), 1969 noch reale Expansionsraten zu, die über den Anstieg des mittelfristigen Trends hinausgehen. Den weiteren Konjunkturverlauf wird deshalb vorläufig noch allein die Entwicklung der Nachfrage bestimmen.

37. Die Exportnachfrage — gemessen am Auftragseingang der verarbeitenden Industrie aus dem Ausland — hatte in den beiden letzten Zyklen ihre unteren und oberen Wendepunkte stets vor der Industrieproduktion durchlaufen (Schaubild 9). Man kann daraus schließen, daß die Auslandsnachfrage die Schwankungen und die Wendepunkte der Binnenkonjunktur jeweils entscheidend mitbestimmt hat. Dieses Phänomen hat sich in der Rezession von 1966/67 allerdings nicht wiederholt. Weder den letz-

[1]) Die zyklischen Schwankungen sind durch Trendbereinigung isoliert worden. Nähere Einzelheiten im Anhang IV.

Schaubild 9



ten Abschwung noch die Frühphase des jetzigen Aufschwungs haben zyklische Schwankungen der Auslandsnachfrage verstärkt. Vielmehr stiegen die Auftragseingänge aus dem Ausland von Anfang 1966 bis Mitte 1967 etwa so, wie es dem mittelfristigen Trend entsprach. Sechs Monate nach dem konjunkturellen Tiefpunkt hat sich die Expansion der Auslandsnachfrage erheblich beschleunigt; sie hat im Verlauf des Jahres 1968 allem Anschein nach wesentlich dazu beigetragen, daß die Industrieproduktion ihren steilen Anstieg von 1967 fortsetzen konnte. Ein oberer Wendepunkt zeichnet sich bei der Auslandsnachfrage im Herbst 1968 noch nicht ab.

38. Anders als die Auslandsnachfrage ist die Inlandsnachfrage nach Industrieerzeugnissen nur 1960 der Produktion stark vorausgeeilt, als Inlandsnachfrage und Auslandsnachfrage gleichzeitig stürmisch zunahmen und dadurch offenbar einen Auftragsstau in der Industrie verursachten. 1965 kam es überhaupt nicht zu einer solchen zeitlichen Verschiebung von Nachfrage und Produktion, was sich auch daran zeigt, daß die Sachkapazitäten damals weniger ausgelastet waren als 1960 (Schaubild 8).

Das zyklische Ab und Auf der Industrieproduktion von Mitte 1966 bis Ende 1967 läßt sich eindeutig auf die Inlandsnachfrage zurückführen, da sich, wie bereits dargelegt, die Auslandsnachfrage in dieser Zeit trendmäßig entwickelte. Erst seit Ende 1967 kam ein steiler Anstieg der Auslandsnachfrage hinzu.

39. Zwei Indizien sprechen dafür, daß ein oberer Wendepunkt der Industriekonjunktur vorläufig noch nicht zu erwarten ist:

— Bezogen auf die Produktionskapazität steigen die Auftragseingänge noch immer stark an (Schaubild 10). Hierbei handelt es sich um eine Kennziffer für die erwartete Kapazitätsauslastung; sie stieg in den beiden vorangegangenen Zyklen etwa ein Dreivierteljahr vor den Ausrüstungsinvestitionen am steilsten an und überschritt ebensoviel früher ihren Höhepunkt (JG 67 Ziffer 67).

— Nach dem Ifo-Investitionstest planen die Industrieunternehmen für 1969 einen fast doppelt so hohen Investitionszuwachs wie für 1968.

Hinzu kommt, daß die Verbrauchsnachfrage, insbesondere nach dauerhaften Gütern, sich in den letzten Monaten offenbar belebt hat (Ziffer 28).

40. Es ist demnach wenig wahrscheinlich, daß die Konjunktur noch 1968 ihren Höhepunkt erreichen wird. Hielte man sich lediglich an die Aufschwungsdauer in den beiden vorangegangenen Zyklen, so

Schaubild 10



käme man zu dem Schluß, daß der Höhepunkt im Frühjahr 1969 zu erwarten sei; ob ein solcher Schluß gerechtfertigt ist und ob nach Erreichen des Höhepunkts wieder ein Abschwung beginnt oder ob der dann erreichte Auslastungsgrad gehalten werden kann, läßt sich aufgrund der Erfahrungen mit den zyklischen Verläufen nicht ohne weiteres sagen. Denn abgesehen davon, daß hier nur zwei Zyklen analysiert werden konnten, ist zu bedenken, daß der Verlauf dieser Zyklen durch wirtschaftspolitische Entscheidungen stark bestimmt worden ist. Kurz nach dem Höhepunkt von 1961 wurde die DM aufgewertet. Dies hat sicher dazu beigetragen, daß der Abschwung, der sich schon kurz vorher in der Entwicklung der Nachfrage abgezeichnet hatte, verstärkt worden ist. Im letzten Zyklus hatte die Bundesbank schon vor dem Höhepunkt 1965 einen restriktiven Kurs eingeleitet, den sie im Verlauf des Jahres 1965 spürbar verschärfte.

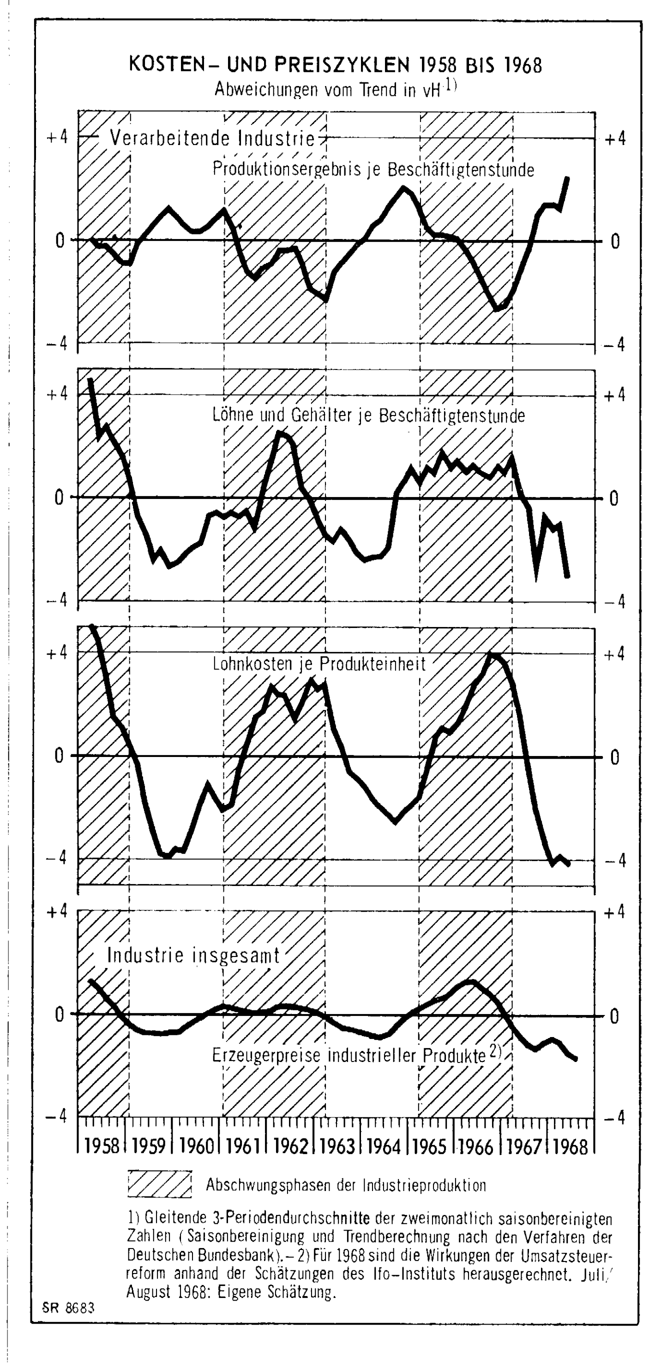
Nicht zuletzt aufgrund der exzessiven Haushaltsgebarung der öffentlichen Hand im Wahljahr 1965 begann die Abschwungsphase in der Industrie eigentlich erst Anfang 1966. Für den künftigen Konjunkturverlauf wird wohl ebenfalls entscheidend sein, wie sich die öffentlichen Haushalte verhalten, zu welchen stabilitätspolitischen Maßnahmen sich Bundesregierung und Bundesbank veranlaßt sehen und mit welchen Verzögerungen diese Maßnahmen wirken.

41. Sollen stabilitätspolitische Maßnahmen künftig vorbeugend ergriffen werden, damit drastische Restriktionsmaßnahmen entbehrlich sind, so ist die Frage zu stellen, inwieweit im bisherigen Aufschwung schon künftige Kosten- und Preisauftriebstendenzen angelegt sind.

Die Kostenentwicklung ist vor allem das Ergebnis von Produktivitätsentwicklung und Lohnentwicklung. Für den Produktivitätszyklus ist typisch, daß er in seinen Höhepunkten dem Produktionszyklus vorauseilt (Schaubild 11). Am schnellsten stieg die Produktivität jeweils im frühen Aufschwung, als die Kapazitätsauslastung kräftig zunahm. Die konjunkturellen Tiefpunkte des Produktions- und Produktivitätszyklus fielen 1959 und 1963 zusammen. In der letzten Rezession hat sich die Produktivitätskurve etwas früher als die Produktionskurve nach oben gewendet, da damals in größerem Umfang als in früheren Abschwungsphasen Arbeitskräfte freigesetzt worden sind.

42. Eilt die Produktivitätsentwicklung dem Konjunkturzyklus häufig voraus, so folgt ihm die Lohnentwicklung regelmäßig nach (Schaubild 11). In dieser Verzögerung tritt das zyklische Bewegungsgesetz der Löhne hervor: Der Lohn-Lag, der seine wichtigste Ursache wohl darin hat, daß das öffentliche Bewußtsein und damit auch die Lohnpolitik, die zudem durch die Fristen der Tarifverträge gebunden ist, der Konjunktur stets um mehrere Monate verzögert folgen. Der Lohn-Lag dauerte je zehn Monate von den Tiefpunkten 1959 und 1963, 14 Monate vom Höhepunkt 1960 und je sechs Monate vom Höhepunkt 1965 und vom Tiefpunkt 1967 an gerechnet. In den

Schaubild 11



1) Gleitende 3-Periodendurchschnitte der zweimonatlich saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung und Trendberechnung nach den Verfahren der Deutschen Bundesbank). – 2) Für 1968 sind die Wirkungen der Umsatzsteuerreform anhand der Schätzungen des Ifo-Instituts herausgerechnet. Juli/August 1968: Eigene Schätzung.

letzten Jahren hat sich die Lohnanpassung somit verkürzt. Dennoch war der Lohn-Lag im gegenwärtigen Aufschwung immer noch so stark ausgeprägt, daß in der Industrie die Lohnkosten je Produkteinheit erst 1968 ihren konjunkturellen Tiefpunkt erreichten (Ziffer 24). Vergleicht man die gegenwärtige Situation mit der vom Herbst 1960 oder mit der vom Herbst 1964, so hätte man 1969 mit einem steilen Lohnkostenanstieg zu rechnen.

43. Ebenso wie die Kosten schwankten auch die Preise zyklisch. Die zyklischen Ausschläge waren bei den industriellen Erzeugerpreisen um über die Hälfte geringer als bei den industriellen Lohnkosten. Darin zeigt sich, daß die Unternehmen konjunkturelle Veränderungen des Lohnkostenniveaus nur teilweise

in Preisänderungen weitergeben, so daß entsprechende Schwankungen der Gewinnmargen entstehen. Diese Schwankungen überlagern den mittelfristigen Zusammenhang zwischen Kostenniveau und Preisniveau.

44. Der Zyklus der Erzeugerpreise folgte dem Produktionszyklus mit einer etwas geringeren Verzögerung als der Kostenzyklus. Der erste Anstoß zu den konjunkturbedingten Preisbewegungen kam also offenbar von den Gütermärkten. Besonders frühzeitig haben die Erzeugerpreise im Boom von 1960 reagiert, als sie einen ersten konjunkturellen Höhepunkt gleichzeitig mit dem Produktionszyklus überschritten. Wohl unter dem verschärften Druck der Importkonkurrenz, den die Aufwertung von 1961 herbeigeführt hatte, schwächte sich der Preisanstieg danach vorübergehend etwas ab.

Offenbar ist jedoch der Einfluß der Kosten auf die Preise stärker als der der Marktlage. Dafür spricht, daß die Höhepunkte der Preiszyklen ebenso wie die der Kostenzyklen in die Abschwungsjahre 1962 und 1966 fallen. Ihre Tiefpunkte hatten die Kosten- und Preisverläufe in den Aufschwungsjahren 1959, 1964 und 1968. Zyklisch gesehen scheinen die Unternehmen somit eine überwiegend kostenorientierte Preispolitik zu verfolgen: Sie haben ihre Preise nicht dann am stärksten erhöht, wenn es die Nachfrageentwicklung am ehesten erlaubt hätte, sondern erst, nachdem unter dem Einfluß zunehmender Arbeitskräfteknappheit die Löhne ihren zyklischen Höhepunkt erreicht hatten und nachdem der Produktivitätsanstieg sich im beginnenden Abschwung verlangsamt hatte.

Extrapoliert man den Kosten- und Preisverlauf des letzten Aufschwungs, so wäre mit dem Höhepunkt des Preisanstiegs im Jahre 1970 zu rechnen; geht man von den Verläufen des vorletzten Zyklus aus, so fiele der Höhepunkt ins Jahr 1971. Ob es überhaupt noch einmal zu so ausgeprägten Kosten- und Preiswellen wie in früheren Zyklen kommt, hängt in hohem Maße von den weiteren Erfolgen der konzertierten Aktion und den künftigen währungspolitischen Bedingungen ab.

IV. Produktion und Produktionspotential

45. Stärker als allgemein erwartet, hat sich die gesamtwirtschaftliche Expansion seit dem Herbst 1967 beschleunigt. Das reale Sozialprodukt nahm (saisonbereinigt) im zweiten Halbjahr 1967 gegenüber dem vorangegangenen Halbjahr um 2,5 vH und in den beiden Halbjahren 1968 jeweils um 3½ vH zu. Damit ist das Sozialprodukt 1968 um etwa 6½ vH größer als 1967. Ähnlich hohe Zuwachsraten wurden zuletzt in den Aufschwungsjahren 1959/60 und 1964 erreicht.

46. Trotz der starken Produktionssteigerung im Verlauf des Jahres 1968 ist die Wirtschaft noch nicht auf den Expansionspfad zurückgekehrt, der sich bei Vollauslastung des sich ständig erweiternden Produktionspotentials ergibt. Das wachsende Produktionspotential ist aber nicht nur die Obergrenze, sondern auch Orientierungshilfe für den anzustrebenden Expansionspfad.

Um wieviel das Produktionspotential (gesamtwirtschaftliches Leistungsvermögen) jährlich zunimmt, hängt ab vom Zuwachs des Sachkapitals und dessen Kapazitätseffekt (Kapitalproduktivität) sowie von der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots und der Arbeitsproduktivität.

47. Der Sachverständigenrat hatte in seinem Jahresgutachten 1967/68 den nichtausgenutzten Produktionsspielraum für 1967 auf etwa 30 Mrd. DM geschätzt (JG 67 Ziffer 83). 1968 sind die noch verbleibenden Expansionsmöglichkeiten schwieriger abzuschätzen als in der Rezession. Strittig ist vor allem, inwieweit das Arbeitskräftepotential bereits ausgeschöpft ist.

48. Die Produktionslücke wäre noch größer geblieben, hätte nicht die ausländische Nachfrage einen unverhältnismäßig hohen Anteil des inländischen Produktionspotentials in Anspruch genommen. Dieser Anteil war jedoch zu groß im Hinblick auf das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, weil das ausländische Angebot vom Inland zu wenig genutzt worden ist. Aus dem inländischen Nachfragemangel ist, mit anderen Worten, nicht nur eine Produktionslücke, sondern außerdem eine Absorptionslücke entstanden: Die Bundesrepublik produziert nicht nur weniger als sie könnte, sie verwendet auch weniger für sich als sie produziert.

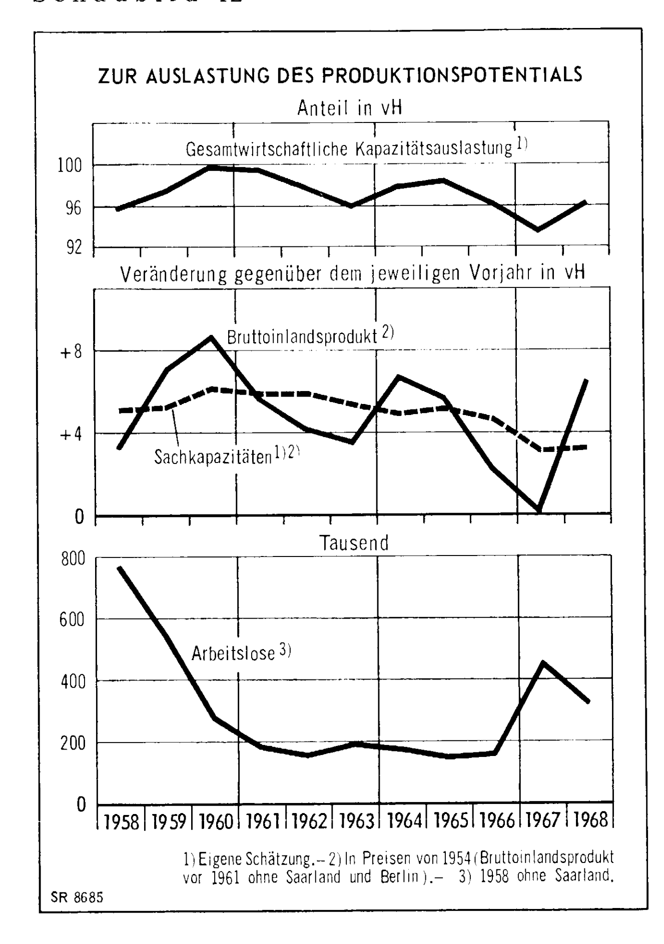
49. Die Kritik, die in der Öffentlichkeit gegenüber den am Produktionspotential orientierten Überlegungen des Sachverständigenrates geübt worden ist, veranlaßt uns, noch einmal darauf hinzuweisen, daß es sich bei derartigen Potentialrechnungen weder um eine Prognose der wahrscheinlichen Entwicklung noch um eine kurzfristige Zielprojektion des Sozialprodukts, sondern um eine Schätzung des möglichen Sozialprodukts handelt. Bei dieser Schätzung wird eine Auslastung der personellen und sachlichen Ressourcen angenommen, wie sie sich unter normalen Beschäftigungsbedingungen ergibt. Es ist also falsch, wenn dem Sachverständigenrat entgegengehalten wird, eine Orientierung des Expansionsspielraums am Produktionspotential laufe auf eine Überforderung der Produktivkräfte hinaus.

Sachkapazitäten und Auslastungsgrad

50. Das Wachstum der Sachkapazitäten wird bestimmt von den Bruttoinvestitionen, deren Produktivität und den Verschrottungen. Die Kapazitäten sind auch in der Rezession gewachsen, allerdings — wie das bei der Stärke des konjunkturellen Abschwungs nicht anders zu erwarten war — etwas weniger als in früheren Jahren (Schaubild 12): Bereits 1966 hatten die realen Bruttoanlageinvestitionen nicht mehr zugenommen, 1967 waren sie sogar um mehr als 7 vH gesunken. Bei dem günstigen Altersaufbau des Anlagevermögens in der Bundesrepublik — bedingt

durch die starke Investitionstätigkeit in den letzten 15 Jahren — wird aber der Abgang alter Anlagen auch dann noch vom Zugang neuer Anlagen bei weitem übertroffen, wenn die Investitionen stagnieren oder sinken.

Schaubild 12



51. Unsere Schätzung des sachlichen Produktionspotentials geht von der Entwicklung des Bruttoanlagevermögens und dem Trend der durchschnittlichen Kapitalproduktivität aus (Anhang IV). Dabei haben wir angenommen, daß die durchschnittliche Kapitalproduktivität ab 1960 etwas stärker gesunken ist, als es dem Trend der Jahre 1955 bis 1965 entsprochen hätte, und daß als Folge der Rezession im Jahre 1967 mehr Produktionsanlagen verschrottet wurden, als normalerweise zu erwarten gewesen wäre.

Die Sachkapazitäten der westdeutschen Wirtschaft dürften danach 1966 um 4½ vH und 1967 um 3 vH gewachsen sein. Da das reale Sozialprodukt 1966 nur wenig und 1967 überhaupt nicht mehr zugenommen hat, ist der Auslastungsgrad des Sachkapitals in diesen Jahren entsprechend niedrig gewesen. Ein Auslastungsgrad von 96 vH für 1966 und von 93 vH für 1967 errechnet sich, wenn man davon ausgeht, daß die Kapazitäten in den Jahren 1960/61 zu 100 vH genutzt wurden.

52. Im Jahre 1968 ist voraussichtlich etwa 8 vH mehr investiert worden als 1967. Daraus ergibt sich nach unserer Rechnung ein Kapazitätswachstum von rund 3 vH. Da das reale Bruttosozialprodukt um mehr als 3 vH zugenommen hat, waren die Sachkapazitäten im Durchschnitt des Jahres 1968 wieder besser ausgelastet als im Vorjahr. Der Auslastungsgrad war 1968 aber erst wieder so groß wie 1966, einem Jahr, das bereits von der Rezession überschattet war.

53. Vor allem in der verarbeitenden Industrie hat im Laufe des Jahres 1968 die Auslastung der Kapazitäten stark zugenommen. Im dritten Vierteljahr 1968 waren die Produktionsanlagen im Durchschnitt (saisonbereinigt) annähernd wieder so hoch wie 1965 (wenngleich nicht ganz so hoch wie 1960) ausgelastet (Schaubild 13). In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie in den Verbrauchsgüterindustrien ist die rezessionsbedingte Minderauslastung der Kapazitäten bereits vollständig überwunden; in den Investitionsgüterindustrien dürfte dagegen noch immer ein erheblicher Teil der Produktionsmöglichkeiten ungenutzt sein.

Arbeitskräftepotential und Beschäftigungsstand

54. Zur Bestimmung des Produktionspotentials der westdeutschen Wirtschaft sind gegenwärtig die verfügbaren Arbeitskräfte wichtiger als die freien Sachkapazitäten. Seit dem Herbst 1967 ist die Anzahl der Arbeitslosen (saisonbereinigt) stark zurückgegangen, gleichzeitig hat sich die Anzahl der offenen Stellen kräftig erhöht. Es gibt kaum noch Kurzarbeit

Ende Oktober 1968 betrug die Anzahl der Arbeitslosen nur noch 180 000 (saisonbereinigt: 252 000), die der offenen Stellen 582 000 (saisonbereinigt: 608 000). Die Arbeitslosenquote ging auf 0,9 vH (saisonbereinigt: 1,2 vH) zurück. Damit dürfte sich für 1968 — den üblichen Saisonverlauf unterstellt — eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl von 335 000 Personen und eine Arbeitslosenquote von 1,6 vH ergeben. Zum weit überwiegenden Teil ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit dem Sommer 1968 auf den Saisonfluß zurückzuführen. Wäre das Ziel der Bundesregierung, eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 1,2 vH (mittlere Variante) erreicht worden, hätte bis Ende Oktober 1968 die Anzahl der Arbeitslosen auf 135 000 und die Arbeitslosenquote auf 0,6 vH zurückgehen müssen (Schaubild 14).

55. Die Zahlen der Arbeitsmarktstatistik verleiten zu dem Schluß, daß nur noch geringe Arbeitsmarktreserven verfügbar sind. Vor allem die hohe Anzahl an offenen Stellen scheint zu beweisen, daß auch die registrierten Arbeitslosen zum großen Teil kaum noch vermittelbar sind. Es wäre jedoch unzureichend, eine Schätzung des ungenutzten Arbeitskräftepotentials allein auf die Angaben der Arbeitsmarktstatistik zu stützen. Bereits die heimische Arbeitsmarktreserve dürfte erheblich größer sein, als aus der Anzahl der registrierten Arbeitslosen hervorgeht. Dies läßt sich daraus schließen, daß in der zurückliegenden Rezession die Anzahl der Beschäftigten wesentlich stärker abgenommen, als die An-

Schaubild 13

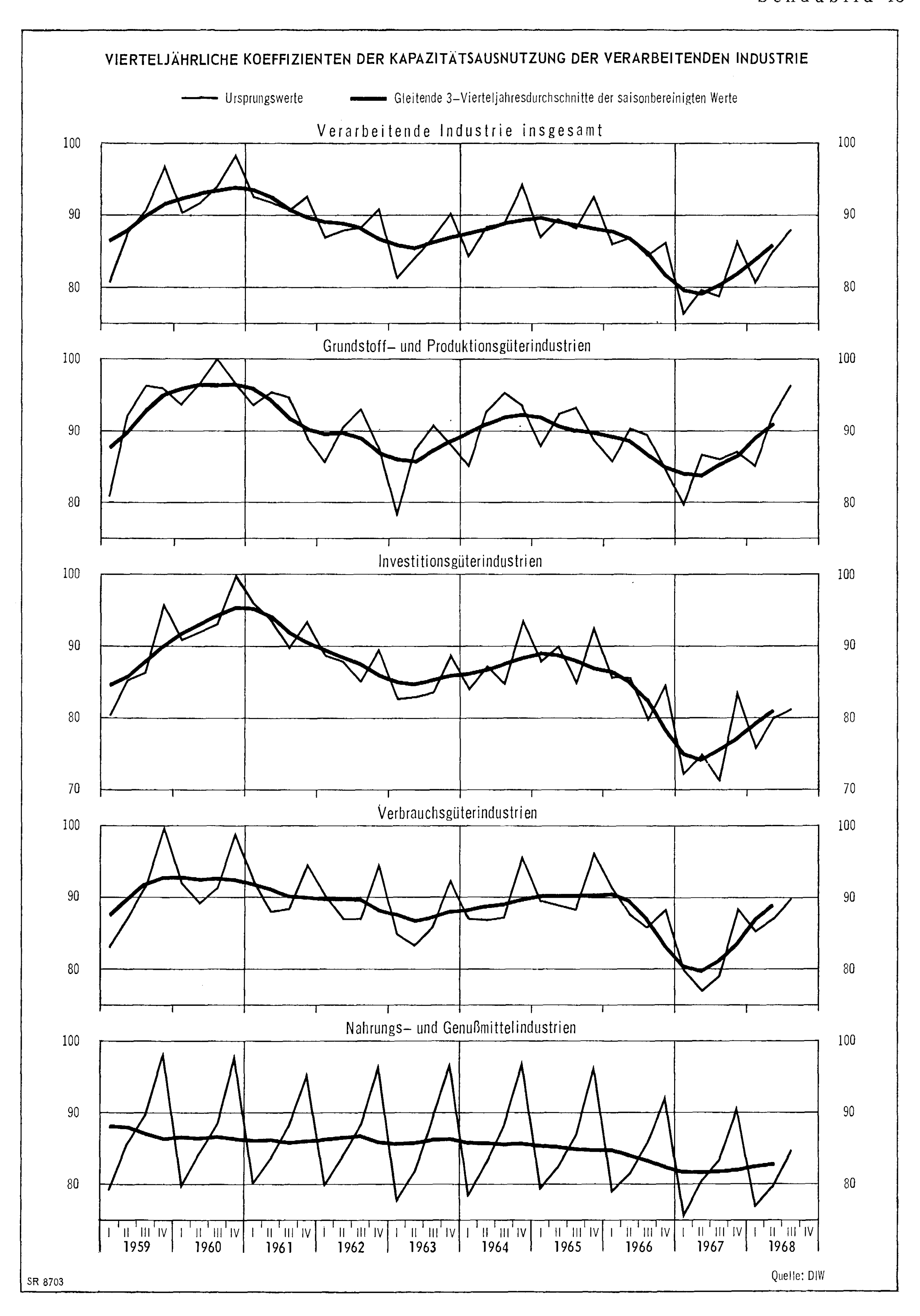
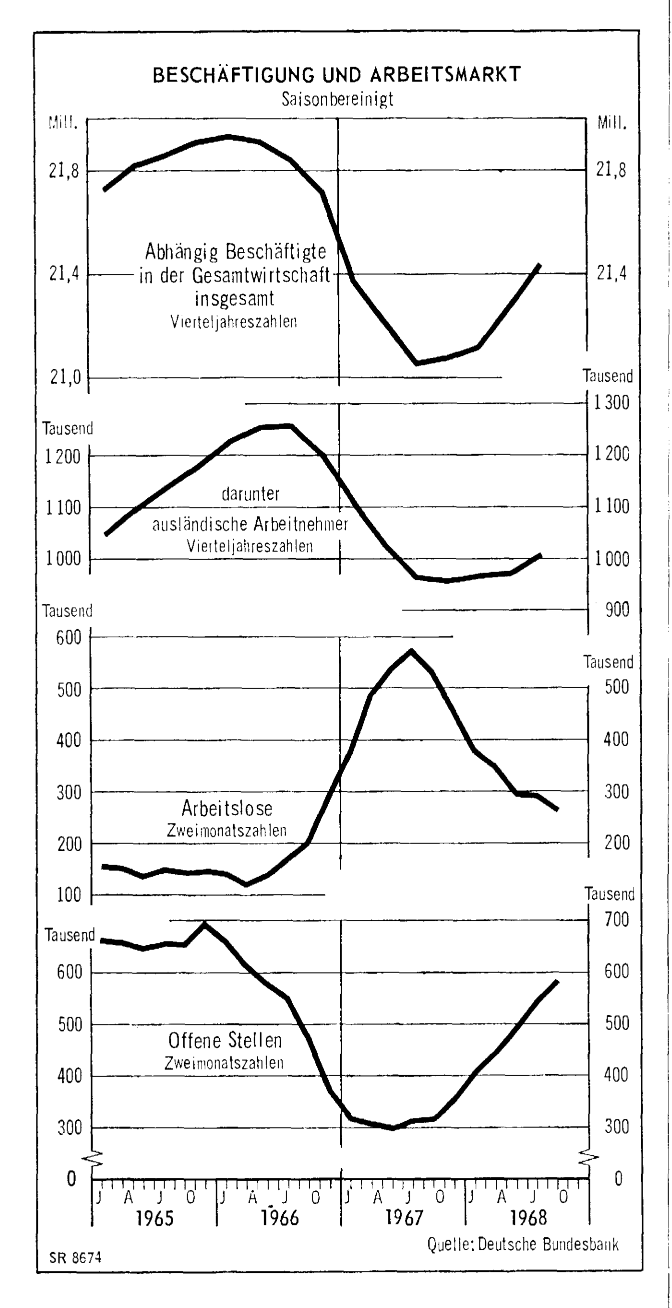


Schaubild 14



zahl der — registrierten — Arbeitslosen zugenommen hat. Außerdem können neben inländischen auch weitere ausländische Arbeitskräfte gewonnen werden.

56. Tabelle 3 liefert einige Anhaltspunkte über das ungenutzte Arbeitskräftepotential. Von Mitte 1966 bis Mitte 1967 schieden aus konjunkturellen Gründen fast eine Million Arbeitskräfte aus dem Erwerbsprozeß aus. Im einzelnen stieg die Anzahl der registrierten Arbeitslosen um 350 000, die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte ging um 300 000 zurück. Daraus folgt, daß 300 000 Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz verloren haben, ohne daß sie in den Statistiken als Arbeitslose erscheinen (JG 67 Ziffer 78).

57. Nach unseren Schätzungen gehören zu den 300 000 Personen 50 000 Männer über 65 Jahre und mindestens 200 000 verheiratete Frauen [1]). Dies schließen wir daraus, daß die altersspezifischen Erwerbsquoten dieser Bevölkerungsgruppen in der Rezession stark gesunken sind, während sie in den Jahren 1960 bis 1965 im Trend leicht zugenommen haben.

58. Nicht alle, die während der Rezession ihren Arbeitsplatz verloren haben, können kurzfristig als vollwertige Arbeitskräfte wieder eingestellt werden. So dürften die über 65 Jahre alten Personen, die noch tätig waren, endgültig aus dem Erwerbsprozeß ausgeschieden sein. Es verbleibt eine „stille Reserve" von mindestens 250 000 Personen, wovon ein Teil — schätzungsweise 100 000 Personen — wegen zu geringer Qualifikation nur beschränkt einsatzfähig oder aber aus anderen Gründen zu einer Arbeitsaufnahme nicht sofort wieder bereit sein dürfte. Fraglich ist auch, wie viele von den registrierten Arbeitslosen wieder vermittelt werden können.

Alters-, Berufs- und Regionalstruktur der Arbeitslosigkeit

59. *Während die Anzahl der offenen Stellen (saisonbereinigt) weiterhin kräftig angestiegen ist, hat die Anzahl der Arbeitslosen (saisonbereinigt) seit Mai 1968 nur noch leicht abgenommen. Das kann als ein Zeichen für die zunehmenden Unterschiede zwischen der Angebots- und der Nachfragestruktur auf dem Arbeitsmarkt gewertet werden. Von den in der Rezession freigesetzten Arbeitskräften sind es vor allem ältere und weniger qualifizierte, die heute kaum noch oder nur schwer zu vermitteln sind. Dies erschwert es, die Arbeitslosigkeit auf das Niveau der Jahre vor 1967 zurückzuführen.*

60. *Eine Analyse der Arbeitslosen nach Alter, Geschlecht, sozialer Stellung und Beruf zeigt recht deutlich, daß die Arbeitslosigkeit gegenwärtig kein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem ist.*

---

[1]) Für eine Beurteilung der Frage, ob diese Frauen wieder ins Erwerbsleben zurückkehren werden, fehlen gegenwärtig ausreichende statistische Unterlagen. Es zeigt sich erneut, daß die vorhandenen Beschäftigtenstatistiken für die Arbeitsmarktforschung nicht ausreichen. Eine Verbesserung dieser Statistiken scheint daher dringend geboten (JG 66 Ziffer 80). Hierbei ist mehr anzustreben als nur eine Statistik der Beschäftigtenzahl. Die neue Statistik sollte Auskunft geben über die erwerbsfähige Bevölkerung, das heißt die Aktiven, über die Nicht-Aktiven und die mobilisierbaren Arbeitskräfte. Periodische Erhebungen mit geringer Merkmalstiefe, dafür aber mit hoher Aktualität, wie sie für die laufende Konjunkturbeobachtung benötigt werden, sollten in größeren Zeitabständen durch tiefgegliederte Erhebungen ergänzt werden, die es ermöglichen, individuelle Bildungs- und Berufswege zu verfolgen, und die damit langfristige Strukturwandlungen im Erwerbsleben sichtbar werden lassen. Dabei könnte man stärker als bisher von der Möglichkeit Gebrauch machen, Statistiken auf Längsschnittbasis zu erheben.

— *Von der Arbeitslosigkeit betroffen sind bei den Männern vor allem ältere, bei den Frauen dagegen jüngere Arbeitskräfte. Unter den arbeitslosen Männern ist jeder zweite, unter den Frauen jede vierte Arbeitslose älter als 55 Jahre.*

— *Gemessen an der Anzahl der Beschäftigten ist der Anteil von Arbeitern an den Arbeitslosen größer als von Angestellten; das gilt für Männer wie für Frauen.*

— *Etwa jeder zweite Arbeitslose muß als unqualifizierte Hilfskraft angesehen werden. Die Anzahl der Unqualifizierten ist unter den arbeitslosen Frauen größer als unter den Männern. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt der Anteil der Qualifizierten ab. Die ungelernten Hilfskräfte bilden bei weitem die größte Berufsgruppe unter den Arbeitslosen.*

— *Mit steigendem Alter nimmt die Anzahl der Männer und Frauen zu, die schon längere Zeit arbeitslos sind. Allerdings ist bei den Frauen der Anteil der längerfristig Arbeitslosen bei weitem nicht so groß wie bei den Männern.*

— *Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich überwiegend auf das Ruhrgebiet und auf einige Randbezirke in Bayern, im Saarland und in Niedersachsen. Dagegen ist in fast allen Großstadtbezirken außerhalb des Ruhrreviers die Arbeitslosenquote bereits wieder auf den Vorrezessionsstand zurückgegangen. Der regionale Arbeitsmarktausgleich bereitet jedoch zunehmend Schwierigkeiten (mit Ausnahme des Randausgleichs).*

Tabelle 3

Erwerbstätigkeit

	1965	1966	1967	1968	1968
	2. Vj.	2. Vj.	2. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
	in 1000				
Erwerbstätige	27 188	27 207	26 237	26 198	.
darunter Abhängige	21 863	21 970	21 115	21 180	21 480 a)
Beschäftigte					
in der Industrie	8 482	8 459	7 826	7 811	7 958
im Bauhauptgewerbe	1 688	1 679	1 477	1 499	1 531
im Handwerk	3 846	3 871	3 732	3 751	.
nichtdeutsche Arbeitnehmer [1])	1 164	1 314	1 024	1 015	1 090
Arbeitslose	127	117	483	313	197
Offene Stellen	676	608	306	474	590
Kurzarbeiter	1	3	188	10	1
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in 1000				
Erwerbstätige	+191	+ 19	−970	− 39	.
darunter Abhängige	+313	+107	−855	+ 65	+272 a)
Beschäftigte					
in der Industrie	+189	− 23	−633	− 15	+159
im Bauhauptgewerbe	− 5	− 9	−203	+ 22	+113
im Handwerk	− 10	+ 25	−139	+ 19	.
nichtdeutsche Arbeitnehmer [1])	+231	+150	−290	− 9	+ 99
Arbeitslose	− 21	− 10	+366	−170	−172
Offene Stellen	+ 48	− 68	−302	+168	+252
Kurzarbeiter	− 2	+ 2	+185	−178	− 64

[1]) 2. Vierteljahr: Juni; 3. Vierteljahr: September.
a) Eigene Schätzung.

61. *Von Ende September 1967 bis Ende April 1968 nahm der Anteil der Personen, die bereits länger als ein Jahr arbeitslos sind, bei Männern und bei Frauen zu (Tabelle 4); leicht gestiegen ist auch der Anteil der älteren Arbeitslosen — mit Ausnahme der über 65jährigen, von denen ein Teil nicht mehr in den Karteien der Arbeitsämter geführt wird, weil ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld infolge Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften erloschen ist.*

62. *Aus der Struktur des Arbeitslosenbestands muß man schließen, daß nur noch ein Teil der als arbeitslos registrierten Personen vermittelt werden kann und damit dem Arbeitskräftepotential zuzurechnen ist. Die Anzahl der alters- und qualifikationsbedingt arbeitslosen Personen ist damit größer als vor der Rezession. Dort, wo grundsätzlich eine Vermittlungsmöglichkeit besteht, scheitert die Arbeitsaufnahme meist an der unzureichenden Mobilität. Im allgemeinen haben die Arbeitsämter bei ihren Bemühungen, Arbeitslose in andere Bezirke zu vermitteln, nur wenig Erfolg. Das hohe Alter vieler Arbeitslosen, zum Teil auch der Besitz von Eigenheimen, wirken sich hemmend auf die Mobilitätsbereitschaft aus.*

63. Die Anzahl derer, die sich wieder in den Arbeitsprozeß eingliedern lassen, hängt ab von dem verfügbaren Anpassungszeitraum und von der Stärke des Nachfragesogs. Wir schätzen, daß von den im zweiten Halbjahr 1968 durchschnittlich registrierten 220 000 Arbeitslosen nahezu jeder vierte, also etwa 50 000, noch zum Arbeitskräftepotential zu rechnen ist. Dabei haben wir angenommen, daß etwa 110 000 Arbeitslose wegen normaler Friktionen und saisonaler Einflüsse in unserer Rechnung nicht in Ansatz gebracht werden können. Weitere 60 000 sehen wir als nicht vermittelbar an. Da im ersten Halbjahr 1968 die Anzahl der registrierten Arbeitslosen noch um 230 000 höher als im zweiten Halbjahr 1968 gewesen ist, dürfte das nichtgenutzte heimische Arbeitskräftepotential 1968 — auf das ganze Jahr gerechnet — mit mindestens 300 000 Personen (einschließlich der „stillen Reserve" von 150 000 Personen) zu veranschlagen sein.

64. Die heimischen Arbeitsmarktreserven dürften auch im zweiten Halbjahr 1968 nicht kleiner geworden sein. Zwar hat die Anzahl der abhängig Beschäftigten im dritten Quartal gegenüber dem zweiten Quartal um schätzungsweise 300 000 zugenommen, jedoch ist zu berücksichtigen, daß infolge von

Tabelle 4

Arbeitslose nach Geschlecht, Altersgruppen und Dauer der Arbeitslosigkeit

vH

Altersgruppe Dauer der Arbeitslosigkeit	Ende September 1966		Ende September 1967		Ende April 1968	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Altersgruppe von ... bis ... unter Jahren						
unter 25	7,4	21,7	10,0	18,6	8,4	19,2
25 bis 45	18,2	40,7	27,3	40,9	28,1	39,3
45 bis 55	9,1	14,8	12,0	18,6	13,5	18,6
55 bis 60	11,4	8,2	12,6	10,8	12,2	11,3
60 bis 65	18,7	9,8	20,9	8,3	28,4	9,2
65 und mehr	35,2	4,8	17,2	2,8	9,4	2,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Dauer der Arbeitslosigkeit von ... bis ... unter Monaten						
unter 1	32,1	48,3	20,1	27,2	17,1	26,9
1 bis 3	26,5	28,0	26,5	27,4	16,7	21,7
3 bis 6	24,6	15,1	25,1	22,9	26,4	25,3
6 bis 12	9,5	7,1	23,2	21,2	21,1	20,3
12 und länger	7,3	1,5	5,1	1,3	18,7	5,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Schulentlassungen erheblich mehr Personen in das Erwerbsleben eingetreten (etwa 500 000) als durch Alter, Tod und Invalidität ausgeschieden sind (etwa 150 000). Außerdem hat sich die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer im gleichen Zeitraum um 75 000 erhöht. Ein Teil des Beschäftigungsanstiegs kann schließlich auf den weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit zurückgeführt werden.

65. Vornehmlich nachfragebedingt ist auch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland. In den Jahren 1960 bis 1965 nahm die Ausländerbeschäftigung um durchschnittlich 168 000 zu. Mindestens ein Zugang in dieser Größenordnung hätte sicherlich auch 1968 erreicht werden können, zumal während der Rezession die Anzahl der Gastarbeiter um rund 300 000 gesunken war. Tatsächlich hat aber die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte im Jahresdurchschnitt 1968 gegenüber 1967 nicht zugenommen. Insgesamt kann demnach die nichtausgenutzte Arbeitskraftreserve für 1968 (im Jahresdurchschnitt) auf etwa 450 000 Personen geschätzt werden.

Bevölkerung und Arbeitskräftepotential bis 1975

66. *Die „ungünstige" demographische Entwicklung läßt befürchten, daß in Zukunft in der Bundesrepublik nicht genügend Arbeitskräfte für die wachsenden Sachkapazitäten verfügbar sein werden. Es ist daher mit einem weiteren Zustrom ausländischer Arbeitskräfte zu rechnen, es sei denn,*

— *der technische Fortschritt wäre stärker arbeitssparend als in der Vergangenheit,*

— *die konservierende Strukturpolitik würde aufgegeben und*

— *die Erwerbsbeteiligung der heimischen Bevölkerung nähme weniger ab als bisher.*

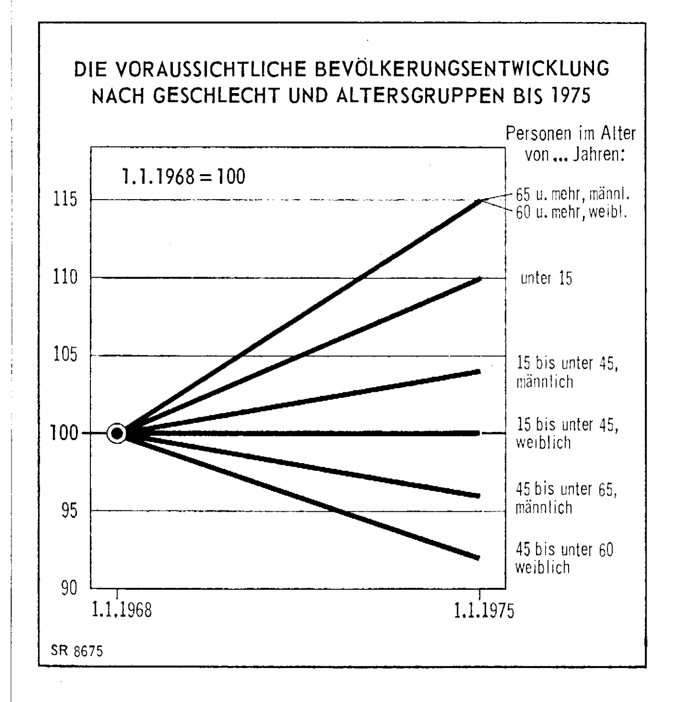
67. *Für das inländische Arbeitskräfteangebot zeichnet sich bis Mitte der siebziger Jahre folgende Entwicklung ab: Die Wohnbevölkerung wird nach den Vorausschätzungen des Statistischen Bundesamtes bis 1975 um 2,51 Millionen auf 62,68 Millionen Einwohner zunehmen; das entspricht einer jährlichen Zuwachsrate von 0,6 vH. Trotz wachsender Bevölkerung wird die Anzahl der Erwerbspersonen zurückgehen. Dieser Rückgang hängt allerdings — entgegen einer weitverbreiteten Ansicht — nur zu einem geringen Teil mit der ungünstigen Altersstruktur zusammen.*

a) *Bis 1975 nimmt die Anzahl der Kinder und der Jugendlichen unter 15 Jahren um 1,36 Millionen, die Anzahl der Personen im Rentenalter um 1,43 Millionen zu. Die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter geht um 277 000 zurück. Da sich jedoch dieser Rückgang ausschließlich auf Frauen und Männer über 45 Jahre erstreckt, während die Anzahl der unter 45 Jahre alten Männer wieder steigen wird (Schaubild 15), dürfte sich aufgrund der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung der Rückgang in der Anzahl der Erwerbspersonen — konstante altersspezifische Erwerbsquoten vorausgesetzt — nur auf etwa 60 000 Personen belaufen.*

b) *Nach den bisherigen Beobachtungen muß man allerdings damit rechnen, daß sich auch die altersspezifischen Erwerbsquoten verändern. Wir schätzen, daß dies das Arbeitskräftepotential in den Jahren 1968 bis 1975 um insgesamt 75 000 Personen verringern wird. Dabei gehen wir von folgenden Annahmen aus: Bei den Männern zwischen 25 und 45 Jahren und bei den Frauen zwischen 25 und 40 Jahren rechnen wir mit gleichbleibenden Erwerbsquoten, bei den Frauen zwischen 40 und 60 Jahren mit einem leichten Anstieg. Dagegen ist bei den Männern zwischen 45 und 65 Jahren und noch stärker bei den Frauen zwischen 60 und 65 Jahren ein Rückgang der Erwerbsquote wahrscheinlich.*

c) *Tatsächlich wird der Rückgang der Erwerbspersonen weniger durch demographische Faktoren als durch die Verlängerung der Schulausbildung bestimmt werden. Bis 1975 rechnen wir — entsprechend dem Trend der letzten Jahre — mit einer jährlichen Steigerung der „Schulbesuchsquote" bei den 15- bis 25jährigen um 1 vH. Das bedeutet, daß sich die Anzahl der neu ins Erwerbsleben eintretenden Personen in jedem Jahre um durchschnittlich 70 000, gegenüber dem Stand von 1968 also insgesamt um 500 000 verringert.*

Schaubild 15



68. *Selbst wenn man berücksichtigt, daß von den im Durchschnitt des Jahres 1968 vorhandenen heimischen Arbeitsmarktreserven 300 000 Personen wieder in den Erwerbsprozeß eingegliedert werden können (Ziffer 63), dürfte das heimische Arbeitskräfteangebot — keine grundlegende Veränderung in den altersspezifischen Erwerbsquoten vorausgesetzt — in den Jahren 1968 bis 1975 jährlich um 60 000 Personen zurückgehen. Damit würden 1975 knapp eine halbe Million Arbeitskräfte weniger zur Verfügung stehen als 1968 (Tabelle 5).*

69. *Falls der Rückgang der Anzahl deutscher Erwerbstätigen durch die Zuwanderung von jährlich 100 000 Ausländern ausgeglichen werden sollte, wären 1975 in der Bundesrepublik etwa 1,8 Millionen ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Gegen eine solche Zunahme wird vor allem eingewandt,*

— *daß es schwierig, wenn nicht gar unmöglich sei, so viele ausländische Arbeitnehmer anzuwerben,*

— *daß zusätzliche ausländische Arbeitskräfte hohe Kosten verursachten und*

— *daß mit sozialen Spannungen, vor allem in einer Rezession, zu rechnen sei.*

70. *Der Einwand, daß kaum noch ausländische Arbeiter hinzugewonnen werden könnten, gilt nicht, solange noch ein erhebliches Lohngefälle zwischen der Bundesrepublik und den potentiellen Herkunftsländern besteht und/oder solange in diesen Ländern offene und versteckte Arbeitslosigkeit herrscht.*

Zur Zeit scheint es noch einfach zu sein, ausländische Arbeitskräfte zu bekommen, weil die Arbeitslosigkeit nicht nur in den Herkunftsländern, sondern auch in den mit uns um ausländische Arbeitskräfte konkurrierenden Ländern (Frankreich, Schweden und den Beneluxländern) verhältnismäßig groß ist; dort wurden 1967 — ebenso wie in der Bundesrepublik — ausländische Arbeitskräfte freigesetzt.

71. *Wer argumentiert, durch die Anwesenheit der Gastarbeiter entstünden zusätzliche soziale Kosten für die Allgemeinheit — Kosten für Schulen und für andere Infrastrukturinvestitionen — übersieht, daß Gastarbeiter, abgesehen davon, daß sie Steuern zahlen, auch Vorteile für die gesamte Volkswirtschaft bringen:*

— *Bei den ausländischen Arbeitskräften handelt es sich zu einem großen Teil um ungelernte Arbeiter, die weniger produktive, aber nicht weniger notwendige Tätigkeiten übernehmen. Dies ermöglicht es den deutschen Arbeitnehmern, in qualifiziertere Berufe aufzusteigen.*

— *Die ausländischen Zuwanderer decken einen großen Teil des Bedarfs der Wirtschaft an regionaler Mobilität.*

72. *Die Befürchtung, eine hohe Ausländerbeschäftigung bei zunehmender Arbeitslosigkeit beschwöre soziale Konflikte herauf, hat sich auch in der Rezession nicht bestätigt, denn solche Konflikte sind — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — ausgeblieben. Der Rückgang der Beschäftigung hat zwar ausländische Arbeitskräfte stärker getroffen als deutsche, doch ging der Beschäftigungsrückgang nicht allein zu Lasten der Ausländer. Fast eine Million ausländische Arbeitnehmer blieben in der Bundesrepublik. Der Rückgang von 300 000 Personen entsprach der üblichen Bruttorückwanderung. Die Unternehmen haben also — per Saldo — nur auf die sonst üblichen Neueinstellungen verzichtet [1]).*

73. *Außer durch verstärkte Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften kann der Rückgang in der Anzahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik auch durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung aufgefangen werden. Die Erwerbsbeteiligung nimmt zu, wenn die altersspezifischen Erwerbsquoten steigen oder wenn, bei konstanten Erwerbsquoten, die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nach Alter und Geschlecht „günstiger" wird (Struktureffekt).*

Ein solch günstiger Struktureffekt ist erst für die Zeit nach 1975 zu erwarten, weil dann starke Jahrgänge ins Erwerbsleben eintreten und der Anteil der Männer an

[1]) Für 1967 weist die Wanderungsstatistik einen Rückgang der ausländischen Erwerbstätigen von 485 000 und einen Zugang von 260 000 Personen aus. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Wanderungsstatistik Doppelzählungen enthält und keinesfalls zuverlässig ist. Immerhin kann sie eine Vorstellung von den Größenverhältnissen der Ein- und Auswanderung von Arbeitskräften über die Grenzen des Bundesgebietes geben. In den Jahren vor der Rezession schwankte die Zahl der Zugänge zwischen 450 000 und 635 000, die der Abgänge zwischen 250 000 und 460 000.

Tabelle 5

Quellen des heimischen Arbeitsmarktes bis 1975

Komponenten des Arbeitsangebots	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000						
Erwerbstätige	+100	−30	−95	−110	−110	−100	−80
Natürliche Bevölkerungsbewegung [1])	− 20	−30	−20	− 10	± 0	+ 10	+30
Veränderung der altersspezifischen Erwerbsquoten [2])	+ 80	+10	− 5	− 20	− 30	− 30	−30
Veränderung der Schulbesuchsquote	− 60	−60	−70	− 80	− 80	− 80	−80
Arbeitslose [3])	+100	+50	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0
	in 1000						
Erwerbstätige [4])	26 412	26 382	26 287	26 177	26 067	25 967	25 887

[1]) Bei konstanten altersspezifischen Erwerbsquoten.
[2]) Ohne Veränderung der Schulbesuchsquote.
[3]) Zunahme (—), Abnahme (+).
[4]) Jahresdurchschnitte.

der Erwerbsbevölkerung wieder ansteigt. Dagegen sollte es nicht schwierig sein, die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen nicht nur wieder auf den Vorrezessionsstand zu bringen, sondern sogar etwas darüber hinaus. Der zunehmende Einsatz arbeitssparender Maschinen im Haushalt gibt den Frauen mehr Freizeit und damit die Möglichkeit zu beruflicher Tätigkeit. Die Unternehmen könnten diesen Frauen mehr Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung stellen.

74. Das Arbeitspotential (potentielles Arbeitsvolumen) wird nicht nur durch die Anzahl der Arbeitskräfte, sondern auch durch die durchschnittliche Arbeitszeit, mit der bei hohem Beschäftigungsstand gerechnet werden kann, bestimmt.

1967 ist die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen gesunken, weil

— für mehr als 6 Millionen Arbeitnehmer Arbeitszeitverkürzungen wirksam wurden, die teilweise 1965 und 1966 vereinbart worden waren,

— die Zahl der Überstunden, die bereits im zweiten Halbjahr 1966 rückläufig war, 1967 noch weiter abgenommen hat und

— zeitweilig über 300 000 Beschäftigte zu Kurzarbeit übergehen mußten.

Trotz hoher witterungsbedingter Ausfälle in der Bauwirtschaft hat die durchschnittliche Arbeitszeit 1968 in der Gesamtwirtschaft wieder zugenommen. Es wurden wieder mehr Überstunden geleistet; Kurzarbeit gab es kaum noch. Damit wurde der konjunkturbedingte Rückgang zum großen Teil wettgemacht, wenn auch nicht vollständig. Die tarifliche Arbeitszeit blieb im allgemeinen unverändert.

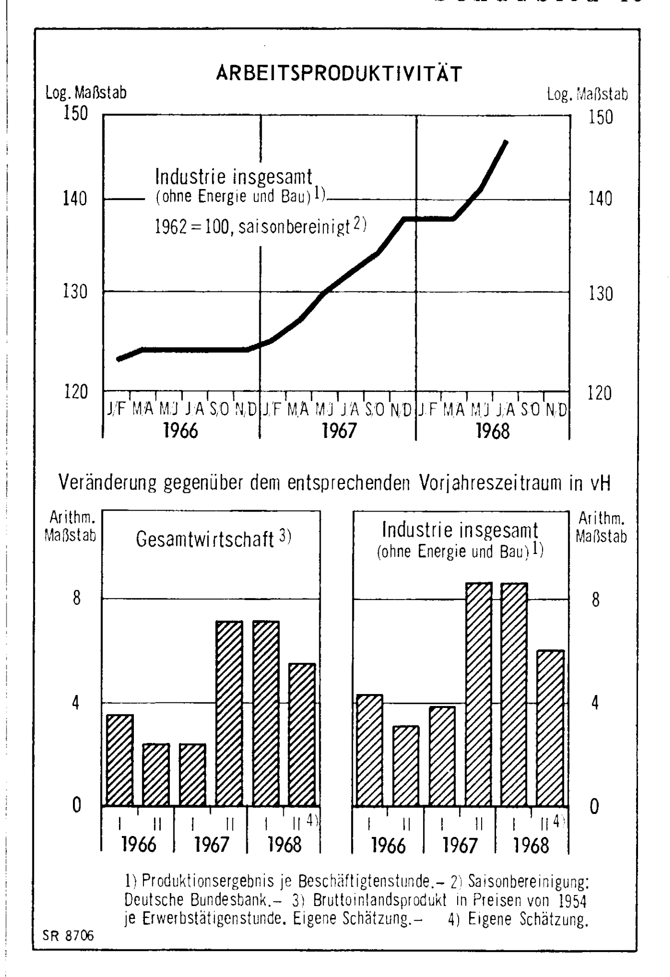
Sieht man die Zahl der 1965 in der Industrie geleisteten Überstunden als Obergrenze an, so hätte bei entsprechender Nachfrage die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sogar noch etwas höher sein können, als sie es 1968 war.

Arbeitsproduktivität

75. Mit dem Konjunkturaufschwung hat sich der Produktivitätsanstieg stark beschleunigt. Die Produktionsleistung je Erwerbstätigenstunde ist im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum im zweiten Halbjahr 1967 und im ersten Halbjahr 1968 um jeweils 7,1 vH gestiegen. In der Industrie waren die Produktivitätszuwächse wie üblich größer als in der Gesamtwirtschaft. Die Stundenproduktivität erhöhte sich hier im zweiten Halbjahr 1967 und im ersten Halbjahr 1968 um jeweils 8,6 vH. Diese Produktivitätszuwächse entsprechen denen der Jahre 1959/60 und 1964.

Obwohl die Auslastung der Kapazitäten weiter zugenommen hat, dürften im zweiten Halbjahr 1968 nicht ganz so hohe Zuwachsraten erreicht worden sein. Insgesamt rechnen wir für 1968 mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Stundenproduktivität von 6½ vH (Schaubild 16).

Schaubild 16



1) Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde.– 2) Saisonbereinigung: Deutsche Bundesbank.– 3) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954 je Erwerbstätigenstunde. Eigene Schätzung.– 4) Eigene Schätzung.

Der nichtausgenutzte Produktionsspielraum im Jahre 1968

76. Wie groß der nichtausgenutzte Produktionsspielraum auch 1968 noch gewesen ist, ergibt sich aus dem Vergleich der tatsächlichen Produktion mit den Schätzungen des Produktionspotentials, wie sie in den Ziffern 50 ff. dargelegt worden sind.

Die Obergrenze des Produktionspotentials war 1968 von den Arbeitskräften, nicht von den Sachkapazitäten gegeben. Von den Sachkapazitäten her wäre 1968 ein Zuwachs der Produktion von 10 vH möglich gewesen. An Arbeitskräften hätten nach unseren Schätzungen 450 000 Personen zusätzlich zur Verfügung gestanden. Nimmt man an, daß die durchschnittliche Arbeitszeit etwas höher hätte sein können, als sie tatsächlich war, und berücksichtigt man, daß die zusätzlichen Arbeitskräfte weniger produktiv arbeiten, so wäre von den Arbeitskräften her 1968 ein Sozialproduktswachstum von etwa 8 vH möglich gewesen. Bei einem Zuwachs des realen Sozialprodukts um 6½ vH waren im Jahresdurchschnitt 1968 demnach 3½ vH der Sachkapazitäten und 1½ vH des Arbeitskräftepotentials nicht ausgelastet.

77. Die Zuwachsrate des realen Sozialprodukts im Jahre 1968 erreichte etwa den Wert, wie ihn der

Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten unter den Bedingungen eines „Rahmenpaktes für Expansion und Stabilität" zur Diskussion gestellt hatte. Zwar hielten wir vom Produktionspotential her ein stärkeres Wachstum als 6½ vH für möglich. Doch sahen wir es damals für zweckmäßig an, das Produktionspotential erst 1969 — nach einem abermaligen Zuwachs des Sozialprodukts um gut 6 vH — wieder so stark auszulasten wie 1966. Tatsächlich wurden die Sachkapazitäten bereits im Jahresdurchschnitt von 1968 so stark ausgelastet wie im Jahre 1966. Einmal haben wir die Expansion des Sozialprodukts im letzten Vierteljahr von 1967 unterschätzt. Zum anderen sind die Sachkapazitäten in den Jahren 1967 und 1968 etwas langsamer gewachsen, als wir damals angenommen hatten, unter anderem auch deshalb, weil die Expansion im Jahre 1968 stärker von den Exporten und weniger von den Investitionen getragen wurde, als im „Rahmenpakt" vorgesehen war.

78. Im Jahre 1969 wird sich unsere Wirtschaft bei den Sachkapazitäten dem Auslastungsgrad des Jahres 1965 weiter annähern (Schaubild 17). Dies sollte allerdings solange keine stabilitätspolitischen Bedenken hervorrufen, wie noch Arbeitsmarktreserven vorhanden sind. Das ist — was 1969 anbetrifft — der Fall. Für 1969 sind allein die noch verfügbaren heimischen Arbeitsmarktreserven auf etwa 200 000 Personen zu veranschlagen. Was die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte angeht, so sind die Zahlen früherer Jahre nicht als Obergrenze anzusehen. Noch immer sind gegenwärtig fast 225 000 ausländische Arbeitnehmer weniger in der Bundesrepublik beschäftigt als vor der Rezession.

V. Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht

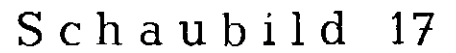
79. Trotz der kräftigen Expansion der Binnennachfrage dürfte sich der „Außenbeitrag" — der Saldo zwischen allen Verkäufen und allen Käufen im Verkehr mit dem Ausland — 1968 auf etwa 16½ Mrd. DM belaufen, etwas mehr als im Rezessionsjahr 1967. Er wird damit auch 1968 rund 3 vH des Sozialprodukts ausmachen.

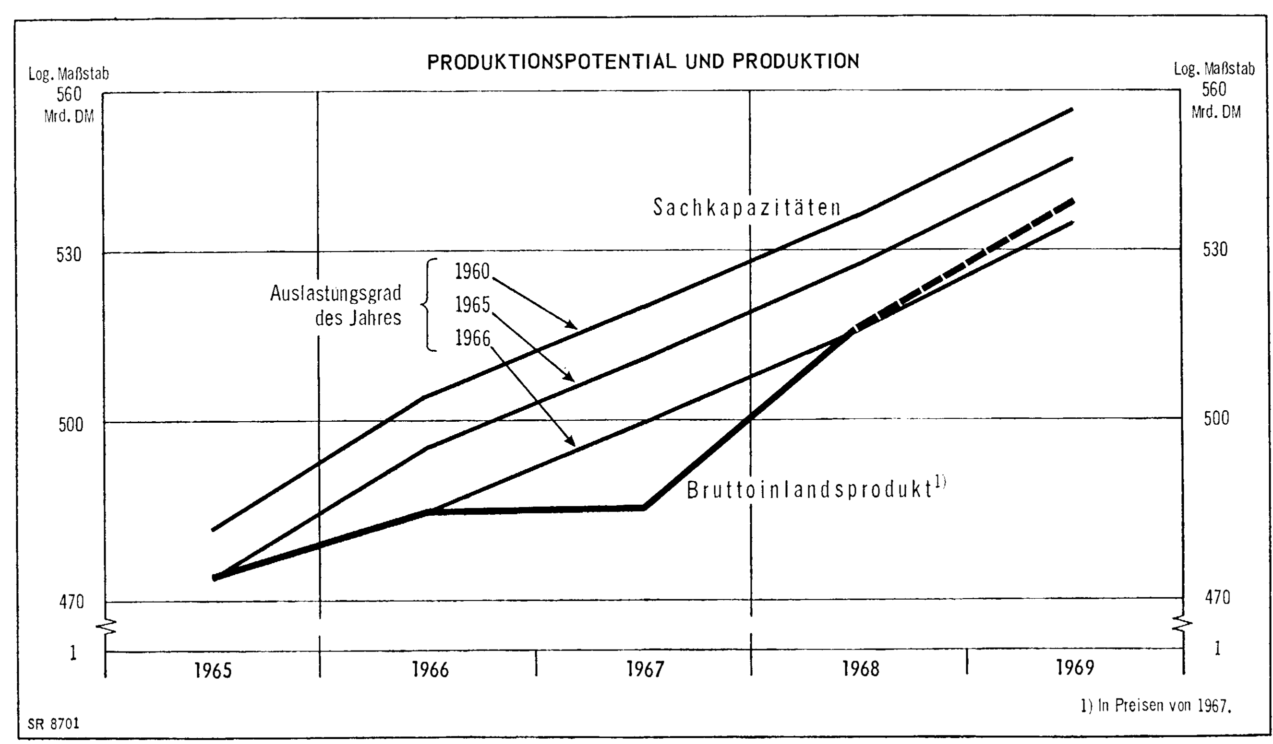
Gemessen an der mittelfristigen Zielsetzung der Bundesregierung ist der außenwirtschaftliche Überschuß bei weitem zu groß. Die Bundesregierung hat in ihrer mittelfristigen Projektion angegeben, daß sie „außenwirtschaftliches Gleichgewicht" als erreicht ansieht, wenn der Außenüberschuß — unabhängig von konjunkturellen Schwankungen — auf mittlere Sicht jene 1,5 vH des Bruttosozialprodukts erreicht, die auf die Dauer erforderlich zu sein scheinen, um das Defizit der Übertragungen (vor allem Gastarbeitertransfers, Nettoleistungen an den EWG-Agrarfonds, Wiedergutmachung und Entwicklungshilfe) und des auf mittlere Sicht wünschenswerten Kapitalexports auszugleichen (Ziffern 192 ff.).

80. Wenn ein Land so viel exportiert und so wenig importiert, daß es zu Leistungsbilanzüberschüssen neigt, so kann das darauf beruhen,

- daß im Inland der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials geringer ist als im Ausland (Konjunkturgefälle) oder/und
- daß im Inland das Kosten- und Preisniveau unter dem des Auslandes liegt (Preisgefälle).

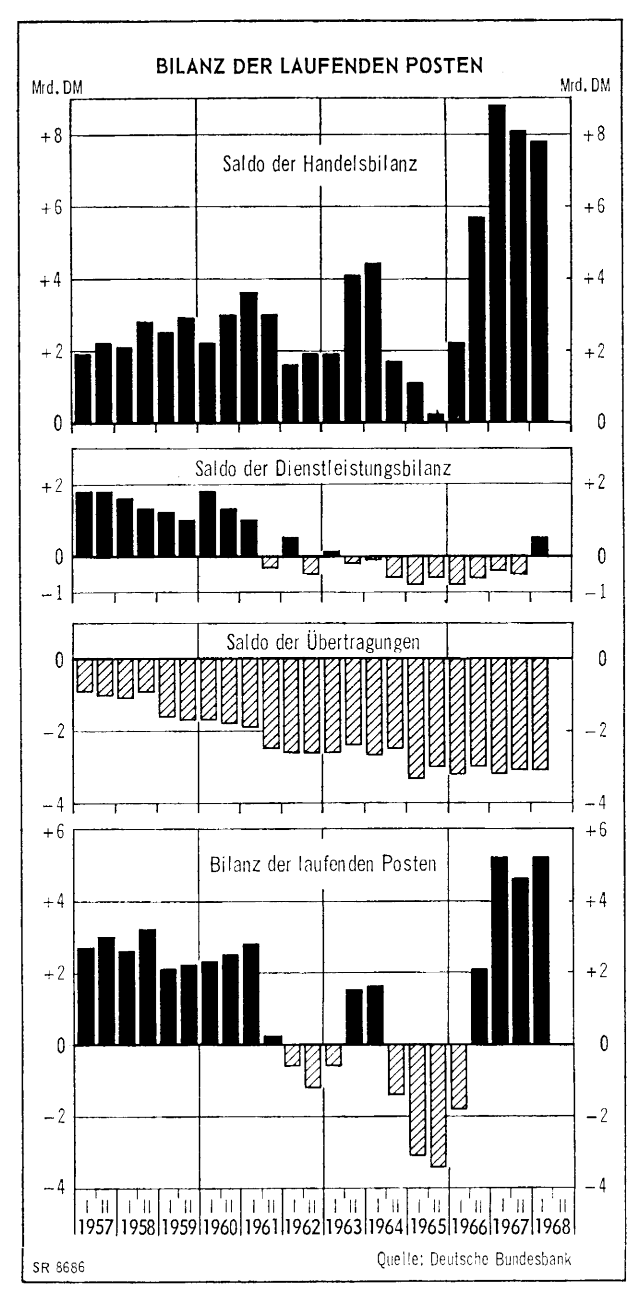
Betrachtet man die Entwicklung der westdeutschen Leistungsbilanz seit der Rezession, so finden sich


Schaubild 17



1) In Preisen von 1967.

Schaubild 18



Anhaltspunkte für die Vermutung, daß beide Faktoren, wenn auch im Zeitablauf mit unterschiedlichem Gewicht, wirksam waren: Im Rezessionsjahr 1967 dominierte das internationale Konjunkturgefälle. Danach schlug das internationale Preisgefälle stärker durch, das sich in der Rezession herausgebildet hatte. Anders ausgedrückt: Durch die Rezession hat sich die Bundesrepublik vom internationalen Konjunkturzusammenhang gelöst; damit hat sich dann auch der internationale Preiszusammenhang gelockert. Dies findet seinen Niederschlag in unseren übermäßigen außenwirtschaftlichen Überschüssen.

Der hohe Überschuß in der laufenden Rechnung

81. Der Überschuß in der Bilanz der laufenden Posten hat 1968 gegenüber 1967 nicht abgenommen (Schaubild 18). Maßgeblich war dabei der anhaltend hohe Überschuß in der Handelsbilanz: Die Ausfuhr ist auch nach Überwindung der Rezession ungebrochen weiter gestiegen, zeitweise sogar rascher, als es dem mittelfristigen Trend entsprochen hätte (Ziffer 15). Die Einfuhr, die frühzeitig und heftig auf die Rezession reagiert hatte, ist — freilich von dem niedrigen Niveau aus — mit dem neuen Aufschwung wieder gestiegen; während des ersten Halbjahres 1968 blieben die Einfuhren jedoch vorübergehend hinter dem zurück, was konjunkturell zu erwarten gewesen wäre (Ziffer 21).

82. Was die Industrie anlangt, so läßt sich das Zusammenspiel dieser Entwicklung des Außenhandels mit der Inlandskonjunktur anhand der Export- und Importquoten darstellen (Schaubild 19).

— Wenn die Exportquoten seit der konjunkturellen Abschwächung rascher zunahmen als es dem längerfristigen, integrationsbedingten Trend entsprochen hätte, so spiegelte dies zunächst lediglich den Ausgleich des Konjunkturgefälles wider. Wenn sie aber auch während des internen Wiederaufschwungs so hoch blieben und in wichtigen Exportbranchen sogar weiter stiegen, so deutet das auf Exportlastigkeit hin.

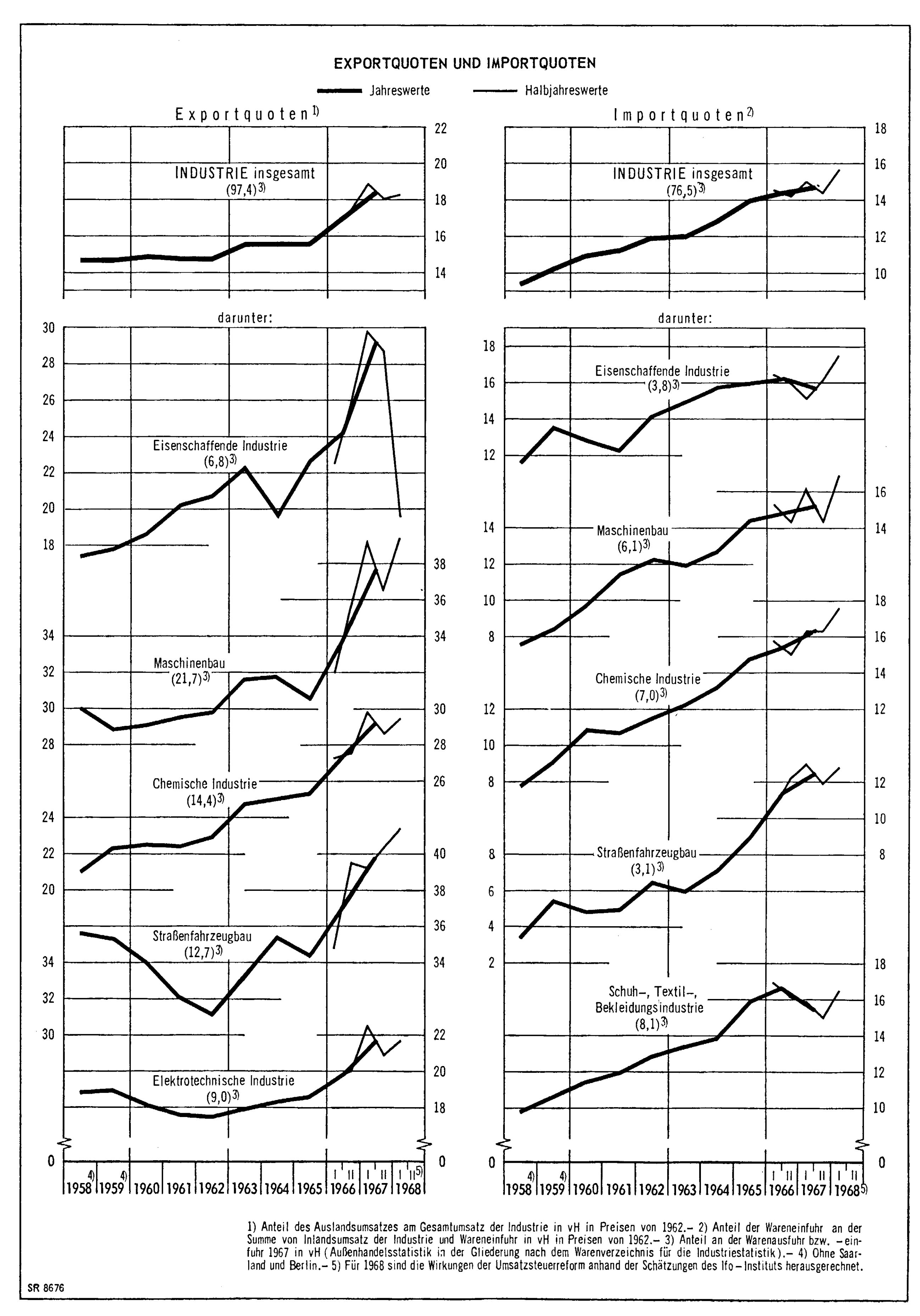
— Auf der Importseite verlangsamten der Nachfragemangel und der verschärfte Wettbewerbsdruck durch inländische Anbieter ab 1966 den Prozeß der Durchdringung des westdeutschen Marktes mit ausländischen Industrieerzeugnissen. Erst ab 1968 nahmen die Importquoten wieder durchweg zu.

83. Die Defizite im Außenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen waren in den beiden vergangenen Jahren nicht mehr so hoch wie 1966 (Schaubild 20).

Gute Ernten im Inlande minderten 1967 und 1968 den Importbedarf an Agrarerzeugnissen. Daneben scheint auch längerfristig von der Agrarbilanz ein Beitrag zum Überschußungleichgewicht auszugehen; seit 1962, als die ersten EWG-Marktordnungen erlassen wurden, erhöhte sich die Agrareinfuhr nicht mehr so stark wie früher; unsere Agrarexporte hingegen sind seither erheblich stärker gestiegen, als nach der Entwicklung in den fünfziger Jahren zu erwarten gewesen wäre. Früher wurde der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht nennenswert durch Exportsubventionen gefördert. Jetzt wird der Agrarexport mit Mitteln aus dem Agrarfonds der EWG subventioniert. Die Bundesrepublik stellte 1968 dem EWG-Agrarfonds für die Exportstützung schätzungsweise 450 Mill. DM zur Verfügung (1966: 60 Mill. DM).

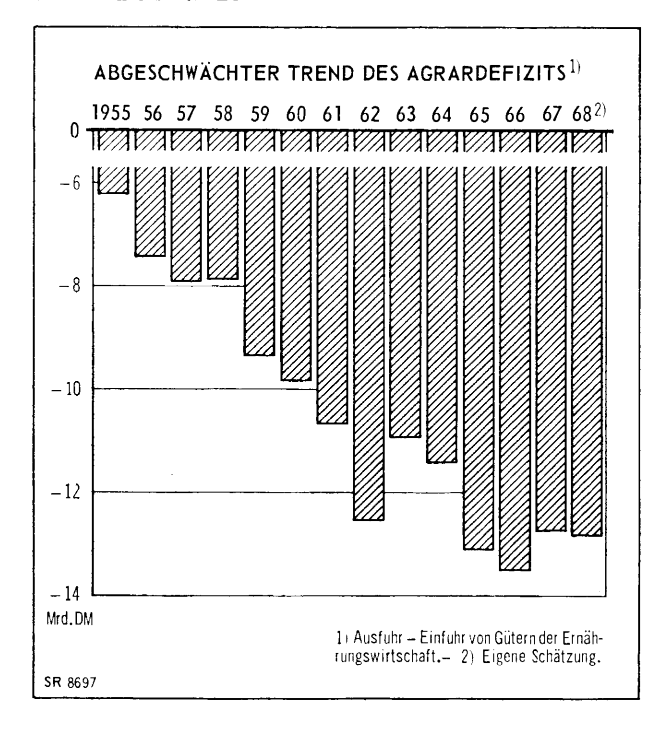
Der Agrarexport aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft muß subventioniert werden, weil die Agrarpolitik sowohl die Produktion fördert als auch das Niveau hoher Agrarpreise stützt, was sich widerspricht. So werden in der Landwirtschaft Produktivkräfte auch noch für den Export gebunden, obwohl von den Kostenverhältnissen her die Vorteile der Bundesrepublik beim Export von Industrieprodukten liegen.

Schaubild 19



1) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Industrie in vH in Preisen von 1962.– 2) Anteil der Wareneinfuhr an der Summe von Inlandsumsatz der Industrie und Wareneinfuhr in vH in Preisen von 1962.– 3) Anteil an der Warenausfuhr bzw. -einfuhr 1967 in vH (Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik).– 4) Ohne Saarland und Berlin.– 5) Für 1968 sind die Wirkungen der Umsatzsteuerreform anhand der Schätzungen des Ifo-Instituts herausgerechnet.

Schaubild 20



84. In der Dienstleistungsbilanz zeigen sich 1968 erstmals seit 1961 wieder merkliche Überschüsse (Schaubild 18). Die Rezessionswirkungen scheinen die Periode einer zumeist passiven Dienstleistungsbilanz, die nach der Aufwertung von 1961 begonnen hatte, vorerst beendet zu haben. Gegenüber 1967, als die Dienstleistungsbilanz ein Defizit von fast 900 Mill. DM aufwies, wird der außenwirtschaftliche Überschuß durch den Umschwung im Dienstleistungsverkehr um über 1 Mrd. DM vergrößert.

85. Das Defizit in der Übertragungsbilanz ist schon seit 1965 nicht mehr größer geworden; von 1960 bis 1965 hatte es sich fast verdoppelt. Im Zusammenhang mit der Rezession sind die Transfers ausländischer Arbeitskräfte zurückgegangen. In der Bilanz der öffentlichen unentgeltlichen Leistungen ist eine Umschichtung eingetreten: Die Wiedergutmachungszahlungen an Israel sind ausgelaufen; dagegen entstanden neue Verpflichtungen, vor allem gegenüber dem Agrarfonds der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Bruttozuweisungen an den Fonds dürften sich nach unserer Schätzung 1968 auf 1,6 bis 1,8 Mrd. DM belaufen (1967: 0,2 Mrd. DM); nach Verrechnung der westdeutschen Forderungen an den Fonds dürfte die Zahlungsbilanz 1968 mit 0,5 bis 1,0 Mrd. DM belastet werden.

Labiler Kapitalexport

86. Die markanteste Veränderung in der Zahlungsbilanz seit Anfang 1967 besteht in der Zunahme des privaten langfristigen Nettokapitalexports: Während in den Jahren 1960 bis 1966 noch jährlich netto etwa 1,5 Mrd. DM langfristiges Kapital importiert wurden, exportiert die Bundesrepublik seit Anfang 1967 von Vierteljahr zu Vierteljahr in zunehmendem Maße langfristiges Kapital (Tabelle 35 im Anhang). Dies hat verhindert, daß die Bundesrepublik dem Ausland aufgrund der hohen Überschüsse in der Bilanz der laufenden Posten in großem Umfange Liquidität entzogen hat. Zu dem Einkommenseffekt der Auslandsnachfrage im Inland ist also ein ins Gewicht fallender Liquidisierungseffekt nicht hinzugekommen.

87. Soll beurteilt werden, ob dieser Kapitalexport — wie vielfach angenommen wird — als echter Ausgleich für die hohen Überschüsse in der laufenden Rechnung angesehen werden kann und ob er in Zukunft ein stetiges Element des Ausgleichs sein wird, so ist es notwendig zu trennen zwischen

— dem Teil des Kapitalexports, der den auf mittlere Sicht herrschenden Marktverhältnissen und den öffentlichen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland entspricht („autonomer Kapitalexport"), und

— dem Teil des Kapitalverkehrs, der ein Reflex des Konjunkturgefälles zwischen dem Inland und dem Ausland ist („konjunkturabhängiger Kapitalexport") oder der in der Absicht herbeigeführt wird, Zahlungsbilanzungleichgewichte zu kompensieren („zahlungsbilanzbedingter Kapitalexport").

Nicht-autonome Transaktionen bedeuten, auch wenn sie von der Statistik als „langfristiger privater Kapitalexport" erfaßt werden, keine Lösung des Problems eines Überschußungleichgewichtes in der laufenden Bilanz (Ziffer 195).

Autonome und nicht-autonome Transaktionen lassen sich statistisch nicht streng trennen, zumal hierbei an kaum erfaßbare Motive für den Kapitalexport angeknüpft werden müßte. Doch läßt sich ein Fächer von nahezu unzweideutig autonomen bis hin zu rein zahlungsbilanzbedingten Transaktionen aufzeigen.

88. Zu den autonomen Kapitalexporten zählen in erster Linie

— langfristige Kapitalexporte der öffentlichen Hand, vor allem die Darlehen an Entwicklungsländer und an internationale Geberorganisationen,

— private Direktinvestitionen (einschließlich Grunderwerb) und Beteiligungen im Ausland, sofern sie nicht um des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts willen gefördert werden.

Die Kapitalexporte dieser Art haben, wie Tabelle 6 zeigt, seit Anfang 1967 brutto um kaum mehr zugenommen, als den längerfristigen Fortschritten in der internationalen Integration und dem wachsenden Kapitalreichtum in der Bundesrepublik entspricht. Dagegen haben Ausländer 1968 nicht mehr so viel in der Bundesrepublik direkt investiert. Dies dürfte in erster Linie zusammenhängen mit dem Zahlungsbilanzprogramm des amerikanischen Präsidenten und mit der Erfahrung ausländischer Investoren, daß es auch in der Bundesrepublik zu einem wirtschaftlichen Rückschlag kommen kann. Der Saldo dieser autonomen Kapitaltransaktionen ist 1968 erstmals seit fünf Jahren passiv, wenn auch nur geringfügig.

Tabelle 6

Kapitalverkehrsbilanz

Mill. DM, Vierteljahreswerte

Zeitraum	Öffentliche langfristige Kapitalanlagen im Ausland	Private Direktinvestitionen und privater Grundbesitz			Private langfristige Kredite und Portfolioinvestitionen		
	Saldo (Kapitalexport: −)	inländische (Zunahme: −)	ausländische (Zunahme: +)	Saldo (Kapitalexport: −)	inländische (Zunahme: −)	ausländische (Zunahme: +)	Saldo (Kapitalexport: −)
1960	−231	−158	+154	− 4	− 196	+508	+ 312
1961	−476	−218	+225	+ 7	− 67	+313	+ 246
1962	−271	−284	+242	− 42	− 94	+385	+ 291
1963	−280	−203	+363	+160	− 158	+752	+ 594
1964	−292	−253	+509	+256	− 256	+ 92	− 164
1965	−304	−298	+794	+496	− 188	+256	+ 68
1966	−754 a)	−341	+828	+487	− 290	+265	− 25
1967	−345	−307	+673	+366	− 539	−254	− 793
1967 1. Vj.	−212	−308	+672	+364	− 429	− 63	− 492
2. Vj.	−306	−233	+449	+216	− 509	−337	− 846
3. Vj.	−296	−409	+858	+449	− 578	−312	− 890
4. Vj.	−565	−279	+714	+435	− 638	−305	− 943
1968 1. Vj.	−174	−463	+341	−122	−1 390	− 71	−1 461
2. Vj.	−248	−373	+330	− 43	−2 363	−142	−2 505
3. Vj.	−341	−332	+322	− 10	−3 656	+ 89	−3 567

Zeitraum	Privater kurzfristiger Kapitalverkehr			Restposten der Zahlungsbilanz	Öffentlicher kurzfristiger Kapitalverkehr	Devisenbilanz	nachrichtlich: Bilanz der laufenden Posten
	inländische Forderungen (Zunahme: −)	inländische Verbindlichkeiten (Zunahme: +)	Saldo (Kapitalexport: −)	Saldo (Kapitalexport: −)	Saldo (Kapitalexport: −)	Saldo (Überschuß: +)	Saldo (Überschuß: +)
1960	+ 255	+ 456	+ 711	+ 372	−255	+2 002	+1 199
1961	− 466	+ 537	+ 71	+ 103	−331	− 482	+ 735
1962	− 6	+ 96	+ 90	+ 261	+ 41	− 138	− 446
1963	− 35	+ 220	+ 185	− 130	− 44	+ 643	+ 228
1964	− 230	+ 299	+ 69	+ 480	−366	+ 3	+ 39
1965	− 136	+ 297	+ 161	+ 650	+208	− 378	−1 631
1966	+ 46	+ 328	+ 374	+ 110	+266	+ 258	+ 75
1967	−1 240	+ 27	−1 213	− 358	+ 48	+ 103	+2 428
1967 1. Vj.	−2 558	− 130	−2 688	+ 887	−347	+ 142	+2 645
2. Vj.	−1 350	+ 92	−1 258	− 855	−335	− 926	+2 506
3. Vj.	− 603	− 38	− 641	+ 34	+628	+ 801	+1 540
4. Vj.	− 449	+ 184	− 265	−1 499	+247	+ 396	+3 022
1968 1. Vj.	−1 831	+ 46	−1 783	+1 864	+166	+1 543	+3 110
2. Vj.	+1 067	+ 458	+1 525	+ 494	− 7	+1 190	+2 045
3. Vj.	−1 440	+2 727	+1 287	+1 278	+812	+1 297	+1 866

a) Ohne die Quotenerhöhung beim Internationalen Währungsfonds im 2. Vierteljahr 1966 (1 648 Mill. DM).

Quelle: Deutsche Bundesbank

89. Der Umschwung im gesamten privaten langfristigen Kapitalverkehr geht auf den Kapitalexport durch Darlehen und Portfolioinvestitionen zurück. In diesen Formen investierten inländische Banken, Unternehmen und Haushalte während der ersten neun Monate 1968 etwa ebensoviel wie in allen Jahren von 1960 bis 1967 zusammengenommen. Umgekehrt bauten Ausländer ihre Portefeuilles deutscher Wertpapiere und ihre langfristigen Darlehen an Inländer von Herbst 1966 bis Mitte 1968 laufend ab; mit den Gerüchten von einer DM-Aufwertung hörte dieser Prozeß im Herbst 1968 jedoch wieder auf.

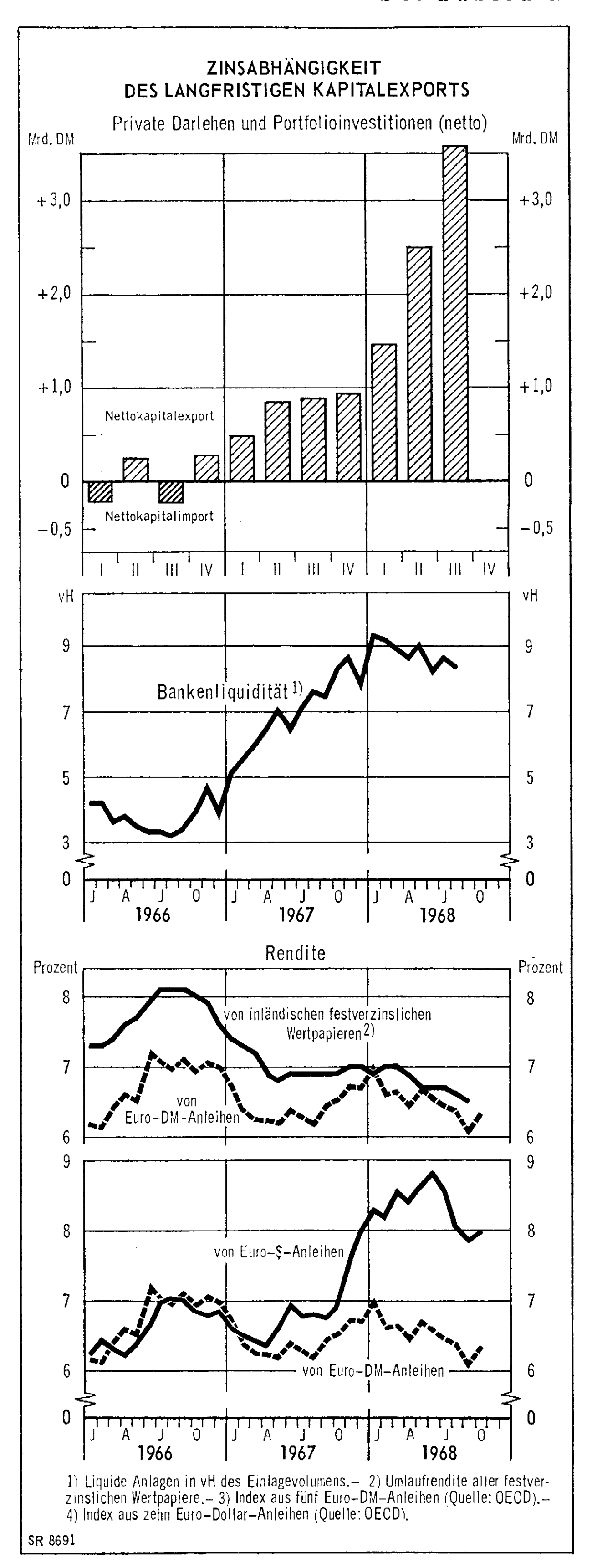
Dieser Teil des privaten Kapitalexports ist weitgehend nicht als autonom anzusehen[1]): Wieviele ausländische Wertpapiere von Inländern gekauft und wieviele langfristige Kredite Ausländern gewährt werden, hängt bei der erreichten Integration der Kapitalmärkte überwiegend von unterschiedlichen Kurserwartungen im In- und Ausland sowie vom internationalen Zins- und Liquiditätsgefälle ab. Diese Faktoren werden durch die Geldpolitik unter den Gesichtspunkten der Konjunktursteuerung und des Zahlungsbilanzausgleichs beeinflußt.

90. Kapitalströme in Form von Portfolioinvestitionen können sich, auch wenn sie in der Zahlungsbilanzstatistik als „langfristiger" Kapitalexport verbucht werden, rasch umkehren, wenn sich die Marktverhältnisse ändern. Dies gilt für den Kapitalexport im Jahre 1968 um so mehr, als inländische Banken etwa zwei Drittel der von Inländern erworbenen Portefeuilles ausländischer Wertpapiere aufnahmen. Die Banken pflegen auf Verschiebungen im Liquiditätsgefälle, auf Veränderungen bei den Zinsrelationen und Kurserwartungen sowie auf Währungsrisiken besonders rasch und massiv zu reagieren.

91. Die langfristigen Nettokapitalexporte folgten seit 1966 dem — rasch veränderlichen — Zins- und Liquiditätsgefälle (Schaubild 21). Als die Bundesbank die inländische Liquidität anreicherte und die Inlandszinsen herunterbrachte, um die inländische Konjunktur wieder zu beleben, ging ein Teil der zusätzlichen Mittel — wie auf international integrierten Kapitalmärkten zu erwarten — ins Ausland (Ziffer 140).

92. Die Tendenz zum Kapitalexport wurde noch dadurch verstärkt, daß die Zinsen im Ausland, vor allem in den Vereinigten Staaten und auf den Eurodollarmärkten, von Mitte 1967 bis Mitte 1968 stiegen und daß die Möglichkeiten zur Aufnahme von Kapital im Ausland begrenzter wurden. Der deutsche Kapitalmarkt, zu dem leichter Zugang besteht, war zu einer Zeit ergiebig, in der die Pfundabwertung, die amerikanischen Eingriffe in den Kapitalexport zur Sanierung der Zahlungsbilanz und die Unruhen in Frankreich wichtige alternative Kapitalmärkte für ausländische Emittenten weniger attrak-

Schaubild 21



---

[1]) Eindeutig nicht autonom ist jener private Kapitalexport, der auf die Abrede der Bundesregierung mit den Vereinigten Staaten zurückgeht, 1968 bei deutschen Banken für 500 Mill. DM (auf DM lautende) Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes unterzubringen.

tiv machten oder ganz versperrten. Insoweit deutsche Anleger und ausländische Emittenten durch den hohen Kapitalexport im Jahre 1968 aneinander gewöhnt wurden und insoweit die amerikanischen Eingriffe in den Kapitalexport anhalten, könnte die Tendenz, mehr Kapital zu exportieren als zu importieren, von Dauer sein, selbst wenn sich das Zins- und Liquiditätsgefälle etwas verringerte.

93. Die Tatsache, daß konkurrierende Kapitalmärkte im Ausland schwer zugänglich geworden sind, erklärt zum Teil auch, warum es deutschen Kapitalgebern gelungen ist, das Risiko einer Wechselkursänderung weitgehend auf die ausländischen Kapitalnehmer abzuwälzen. Der Anteil der auf DM lautenden Anleihen ausländischer Emittenten hat sich mit der Unruhe im internationalen Währungssystem von 40 vH im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 1967 auf fast 90 vH im ersten Halbjahr 1968 erhöht. Weil die Käufer von DM-Titeln das unmittelbare Währungsrisiko nicht tragen mußten, begnügten sie sich mit einer bis zu zwei Prozentpunkten niedrigeren Verzinsung, als sie auf im übrigen bonitätsmäßig ähnliche, aber auf Dollar lautende Papiere erzielt hätten. Ausländische Emittenten nahmen für den niedrigeren DM-Zinssatz das Risiko einer Paritätsänderung in Kauf.

94. Der kurzfristige Kapitalverkehr, ebenso wie der unter „Restposten" verbuchte, läuft seit dem Frühjahr 1968 den hohen Nettoexporten „langfristigen Kapitals" entgegen (Tabelle 6). Während der Rezession und der ersten Phase des Aufschwungs, als die Inlandsliquidität angereichert wurde, hatten Banken und Wirtschaftsunternehmen noch in großem Ausmaß kurzfristiges Kapital exportiert und kurzfristige Auslandsschulden, die sie in der Zeit geldpolitischer Restriktion aufgenommen hatten, getilgt. Dieser Prozeß lief jedoch in der ersten Hälfte 1968 aus und verkehrte sich mit der spekulativen Kapitalflucht aus Frankreich im Frühsommer 1968 und mit Gerüchten von einer DM-Aufwertung rasch ins Gegenteil, obwohl die Bundesbank dem durch verbilligte Kurssicherung entgegenzuwirken suchte. Sie nahm im Herbst 1968 den Deportsatz für die Kurssicherung von Transaktionen in US-Dollar von 4 % bis auf zeitweilig 2 % jährlich zurück. Zwischen Anfang September und Mitte November sicherte die Bundesbank sogar den Export von Geld, das bereits nach 30 Tagen wieder am Devisenmarkt zum Umtausch in DM präsentiert werden kann.

95. Insgesamt gesehen konnte der hohe langfristige Nettokapitalexport die laufenden Überschüsse und die seit Mitte 1968 hinzukommenden Zuflüsse kurzfristigen Kapitals nicht voll ausgleichen; die Gold- und Devisenreserven der Bundesbank erhöhten sich vom Jahresbeginn bis zum 7. November um 4,7 Mrd. DM auf über 33,3 Mrd. DM. Sie sind damit höher als jemals zuvor. Kein anderes großes Welthandelsland leistet sich im Verhältnis zu seinem Handelsvolumen derart hohe Bestände an vergleichsweise unrentabel angelegtem Volksvermögen.

Unruhe im Weltwährungssystem

96. Den wachsenden westdeutschen Überschüssen entsprachen größer werdende Defizite und zurückgehende Überschüsse anderswo (Tabelle 7). So große laufende Überschüsse, wie sie die Bundesrepublik erzielt, mußten gerade im Jahre 1968 vom Ausland als störend empfunden werden, weil das Weltwährungssystem mit der Pfundabwertung im November 1967 in Unruhe gekommen war und weil die spekulative private Goldhortung im Winter 1967/68 den Gesamtbestand an internationaler Liquidität bei den Notenbanken reduziert hatte. Zudem scheint in der fast fünfundzwanzigjährigen Geschichte des Bretton-Woods-Systems der Punkt erreicht, an dem die Leitwährungsländer kaum noch in der Lage sind, durch weitere Defizite ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten, und damit den Bestand an internationaler Liquidität, zu vergrößern.

97. Nach der englischen Abwertung ließ der Druck auf das Pfund trotz beträchtlicher zusätzlicher Stützungskredite nicht nach. Der Hauptgrund hierfür war, daß der britische Außenhandel weit weniger als erwartet auf die Paritätsänderung reagierte; die Importe stiegen trotz der abrupten Verteuerung bis zum Frühjahr 1968 unvermindert weiter, weil man Importkontingente befürchtete und weil die interne Wirtschaftspolitik die Wechselkursänderung nicht sofort wirksam flankierte. Der Außenhandel und auch die interne Preisentwicklung hätten wahrscheinlich rascher und deutlicher reagiert, wenn die Abwertung sofort durch eine restriktive Fiskal- und Einkommenspolitik ergänzt worden wäre, damit mehr Binnennachfrage zugunsten des Exports zurückgedrängt und mehr Importe durch Inlandsproduktion hätten ersetzt werden können. Zu solchen komplementären Maßnahmen kam es erst im März 1968. Der Preisanstieg, der zum Teil auch durch die Verteuerung der Importe bedingt war, setzte sich ungemindert fort. Hierzu dürfte wohl auch die Einkommenspolitik beigetragen haben [1]). Die Devisenreserven Großbritanniens nahmen angesichts dieser Entwicklung weiter ab. Die Bilanz der laufenden Posten dürfte 1968 nicht, wie ursprünglich erhofft, ausgeglichen sein, sondern ein Defizit von 350 Mill. Pfund ausweisen (Tabelle 7).

---

[1]) Die offizielle Lohnleitlinie beträgt für das Jahr 1968 3,4 vH. Die Lohnsteigerungen dürfen jedoch darüber hinausgehen, wenn sich die Produktivität der Branche oder des Betriebs um mehr als 3,4 vH erhöht. Den Preissteigerungen in Bereichen mit unterdurchschnittlicher Produktivität stehen daher nach diesem einkommenspolitischen Ansatz keine Spielräume für Preissenkungen in Bereichen mit überdurchschnittlicher Produktivität gegenüber. Durch die Forderung nach Zuschlägen für die Produktivitätszuwächse der Vergangenheit und dadurch, daß mächtige Gruppen die Anerkennung übersteigerter Produktivitätserwartungen durchsetzen konnten, hat sich der Lohnkampf in Großbritannien erheblich verschärft, und dies, obwohl die Zahl der Arbeitslosen 1968 höher ist als jemals seit der Weltwirtschaftskrise (im Herbst 1968 saisonbereinigt etwa 550 000).

Als der spekulative Druck auf das Pfund im Frühjahr 1968 anhielt, weil einige Länder, die einen großen Teil ihrer Devisenreserven in Pfund Sterling halten, diese wegen der Abwertungsverluste in andere Währungen zu konvertieren drohten, erklärten sich am 8. Juli 1968 zwölf der mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zusammenarbeitenden Notenbanken bereit, Großbritannien einen neuen Stützungskredit in Höhe von 2 Mrd. Dollar mit einer Laufzeit von zehn Jahren zu gewähren. Dies bedeutet, daß die Bank von England den Ländern des Sterlingraumes nicht mehr allein für deren Pfundguthaben bürgt, sondern daß ein Notenbankkonsortium einen Teil der Leitwährungsfunktion des Pfundes übernommen hat.

98. Die Zahlungsbilanzsituation der Vereinigten Staaten blieb wegen des im Herbst 1967 einsetzenden Nachfrageschubs und des sich beschleunigenden Preis- und Kostenauftriebs auch 1968 angespannt. Die kurzfristige Verschuldung der Vereinigten Staaten gegenüber den ausländischen Notenbanken war 1967 um 3,3 Mrd. Dollar gestiegen. Vor diesem Hintergrund kündigte der Präsident am 1. Januar 1968 ein Zahlungsbilanzprogramm an, das, wirksamer als die bisherige Politik der Appelle, Zahlungsbilanzdefizite verhindern sollte. Vor allem die hohen Kapitalexporte in die entwickelten Länder, besonders nach Kontinentaleuropa, sollten durch direkte Kontrollen beschnitten und die staatlichen Ausgaben im Ausland gekürzt werden; neue Maßnahmen zur

Tabelle 7

Zahlungsbilanzsalden wichtiger Welthandelsländer

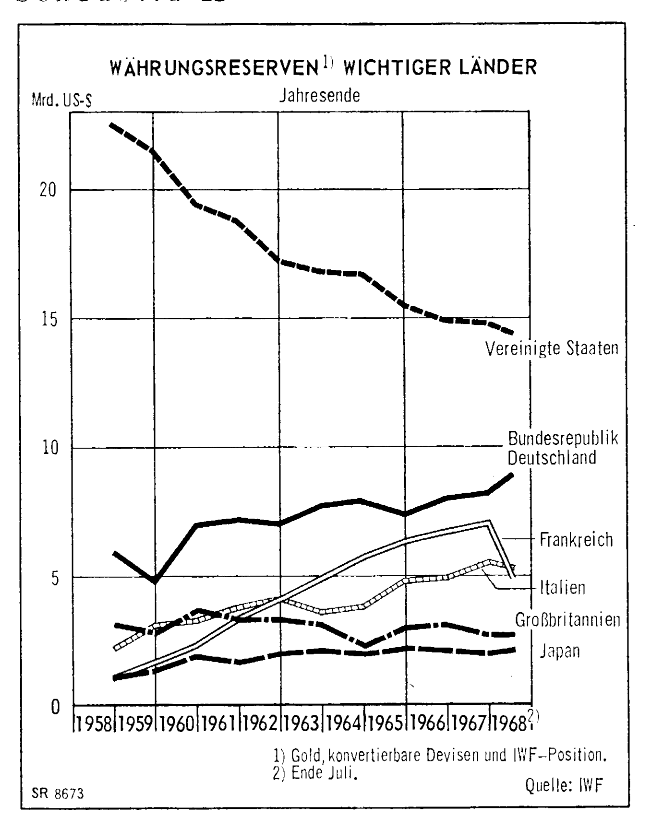
Mrd. US-$

Jahr	OECD								
				EWG					
	insgesamt	Vereinigte Staaten	Großbritannien	zusammen	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Belgien, Niederlande, Luxemburg	übrige OECD
	Handelsbilanz								
1965	+2,7	+4,8	−0,8	+1,2	+0,3	+0,6	+0,7	−0,4	−3,5
1966	+2,6	+3,4	−0,3	+1,7	+2,0	+0,1	+0,4	−0,8	−3,5
1967	+3,3	+3,5	−1,7	+4,2	+4,2	+0,2	+0,1	−0,4	−4,0
1968 [1])	.	+0,6	−2,0	.	+4,0	−0,1	+1,0	.	.
	Bilanz der laufenden Posten								
1965	+3,6	+4,1	−0,3	+1,6	−1,6	+0,8	+2,2	+0,2	−1,8
1966	+2,9	+2,2	+0,0	+2,1	+0,1	+0,2	+2,2	−0,3	−1,4
1967	+3,0	+1,7	−1,0	+4,2	+2,4	−0,0	+1,7	+0,1	−1,9
1968 [1])	+3,3	−0,5	−1,3	.	+2,5	−0,6	+2,5	.	.
	Langfristiger Kapitalverkehr								
1965	−4,9	−6,1	−0,7	+0,2	+0,2	+0,1	−0,1	+0,0	+1,6
1966	−4,0	−4,0	−0,4	−1,6	−0,6	±0	−1,0	−0,1	+1,6
1967	−5,3	−5,3	−0,4	−1,8	−0,8	+0,1	−1,0	−0,1	+2,2
	Devisenbilanz								
1965	+0,1	−1,3	−0,5	+1,5	−0,4	+0,7	+1,0	+0,2	+0,4
1966	−0,2	+0,3	−1,5	+1,0	+0,3	+0,4	+0,3	+0,1	+0,1
1967	−3,1	−3,4	−1,3	+1,4	+0,1	+0,3	+0,5	+0,4	+0,2

[1]) Eigene Schätzung.

Quelle: OECD (Bundesrepublik Deutschland: Deutsche Bundesbank)

Schaubild 22



Exportförderung wurden eingeleitet. Das Programm scheint — soweit die ersten vorliegenden Daten ein solches Urteil erlauben — die privaten Kapitalexporte einzuschränken; 1968 hat sich aber der seit vielen Jahren aktive Handelsbilanzsaldo mit der konjunkturellen Anspannung erheblich vermindert (Tabelle 7). Die Devisenreserven haben weiter abgenommen (Schaubild 22).

99. Die Unruhen in Frankreich im Mai und Juni 1968, die einen Anstieg der Löhne und Preise auslösten, brachten den französischen Franken unter Druck. Von Anfang Mai bis Ende Oktober 1968 verlor die Bank von Frankreich 2,7 Mrd. Dollar (40 vH) ihrer Gold- und Devisenreserven, obwohl die französische Regierung vorübergehend in den freien Waren-, Reise- und Kapitalverkehr eingriff, sich die Bank von Frankreich Devisen im Werte von 745 Mill. Dollar beim Internationalen Währungsfonds lieh und sich — abweichend von der früheren Opposition Frankreichs gegen jegliche „Aufweichung" des Weltwährungssystems — Kreditzusagen in Höhe von 1,3 Mrd. Dollar von anderen Notenbanken einräumen ließ.

100. Als angesichts der Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Leitwährungsländer die internationale Goldspekulation 1967/68 einen Höhepunkt erreichte, wurden Maßnahmen ergriffen, die die Rolle des Goldes im Weltwährungssystem relativierten.

Im Winter 1967/68 setzte eine neue Welle der Spekulation auf einen höheren Goldpreis ein. Private Käufer begannen Gold in großen Mengen zum offiziellen Fixpreis zu erwerben und zu horten. Seit Jahren war die Goldproduktion immer weniger rasch gestiegen, der Bedarf an Gold für industrielle Zwecke aber hatte sich stark erhöht. Um den fixen Goldpreis zu halten, den die Vereinigten Staaten seit 1936 und die im „Goldpool" zusammengeschlossenen Länder seit 1961 garantierten, mußten die Notenbanken im Jahre 1967 für 1,6 Mrd. Dollar Gold aus ihren Reserven abgeben (Bestand Anfang 1967: 28 Mrd. Dollar). In den ersten Monaten 1968 folgten neue, noch viel stärkere Wellen der Goldspekulation. Um dem ein Ende zu setzen, beschlossen die am „Goldpool" beteiligten Zentralbanken am 17. März 1968, den alten Fixpreis zwar für Verrechnungen untereinander aufrechtzuerhalten, den Kurs am privaten Goldmarkt aber freizugeben und zusätzliches Gold weder zu kaufen noch zu verkaufen. Diese Abrede wurde im Herbst 1968 auf Betreiben Südafrikas wieder etwas gelockert.

Für den Devisenbilanzausgleich zwischen den Defizit- und den Überschußländern bedeutete die Welle der privaten Goldkäufe, daß die insgesamt zentral verfügbaren Goldreserven nicht mehr wie früher laufend (um etwa 500 Mill. Dollar jährlich) zunahmen, sondern zurückgingen (von Anfang 1967 bis März 1968 um insgesamt über 3 Mrd. Dollar). Dies hat die internationalen Liquiditätsprobleme verschärft.

101. Am 31. März 1968 billigte der Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds die Schaffung von „Sonderziehungsrechten", die neben Gold und Devisen als zusätzliche internationale Liquidität gelten sollen. Die neue Regelung tritt in Kraft, wenn 65 Mitgliedsländer des IWF zugestimmt haben. Sie soll dem Fonds erlauben, so viel internationale Zahlungsmittel neu zu schaffen, wie notwendig sind, um wirtschaftliche Stagnation und Deflation zu vermeiden. Allerdings soll die neue Liquidität auch keine Übernachfrage und Inflation in der Welt ermöglichen. An diesen „Sonderziehungsrechten" ist neu, daß hierdurch die internationale Liquidität durch Mehrheitsbeschluß (85 vH der Stimmrechte im Währungsfonds) vermehrt werden kann, daß also der Internationale Währungsfonds die Notenbanken der Welt — ähnlich wie in den einzelnen Ländern die Notenbanken die Wirtschaft — mit Liquidität ausstatten kann. Und ähnlich wie die nationale Geldpolitik in einem Land kontraktiv oder expansiv wirken kann, könnte durch die „internationale Buchwährung" in Zukunft das internationale Expansionstempo mitbestimmt werden.

102. Schatten fallen auf diesen Reformversuch dadurch, daß bei der internationalen Zusammenarbeit in Währungsfragen in den Jahren 1967 und 1968 die Praxis im Vordergrund stand, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht wichtiger Länder durch Kredite von Notenbank zu Notenbank zu finanzieren, ohne daß die Auflagen bei der Kreditgewährung eine grundlegende Stabilisierung in den Defizitländern erzwangen.

So hat die Bundesrepublik, soweit dies bekannt wurde, seit der Pfundabwertung Kredite und Kreditversprechen für rund 2,3 Mrd. Dollar an die Notenbanken der Defizitländer abgegeben:

— Großbritannien erhielt eine direkte Kreditzusage über 350 Mill. Dollar und weitere 400 Mill. Dollar indirekt über den Internationalen Währungsfonds.

— Dem Federal Reserve Board sagte die Deutsche Bundesbank Eventualkredite (Swaps) in Höhe von 1 Mrd. Dollar zu.

— Die Bank von Frankreich erhielt nach der innenpolitischen Krise Devisenkredite und Swapzusagen im Gegenwert von 520 Mill. Dollar.

Zu diesen Kreditzusagen, die im Rahmen multilateraler Hilfsaktionen gegeben wurden, kamen bilaterale Devisenhilfen für die Leitwährungsländer hinzu. Von Mitte 1967 bis Mitte 1968 gewährte die Bundesrepublik im Rahmen der Absprachen über die Truppenstationierung der amerikanischen Regierung für 2 Mrd. DM und der britischen für 200 Mill. DM Kredit. Es steht bereits fest, daß die Vereinigten Staaten bis Mitte 1969 weitere 2 Mrd. DM Kredit erhalten werden.

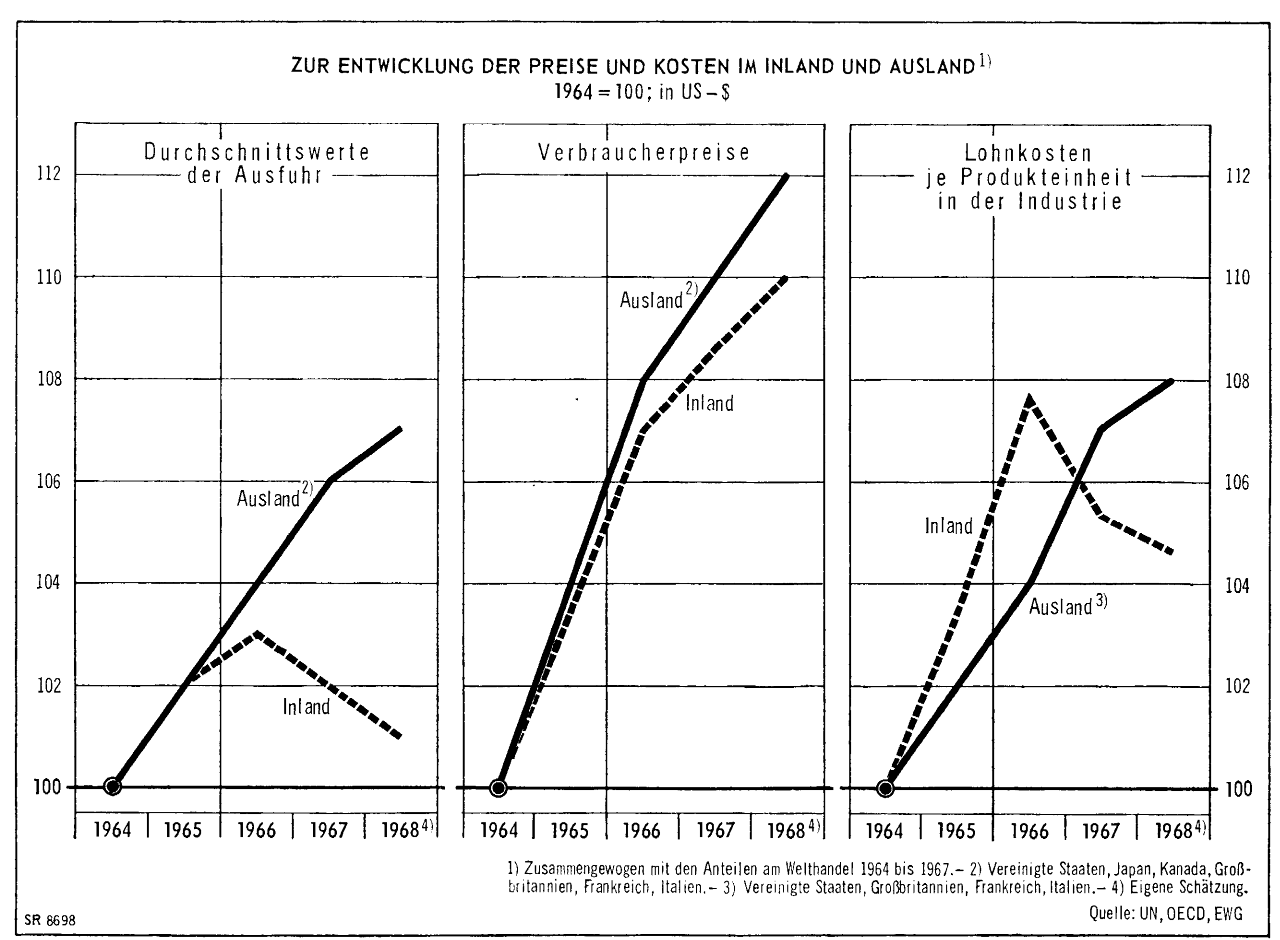
103. Die Währungsgeschichte des Jahres 1968 mit den spekulativen Fluchtbewegungen aus dem Pfund und aus dem Dollar in das Gold, in den Schweizer Franken und in die DM zeigt, welchen Spannungen das Bretton-Woods-System ausgesetzt ist, nachdem die Waren- und Kapitalmärkte weitgehend integriert sind und in weiten Bereichen freie Konvertibilität herrscht.

Die französische Regierung mußte vorübergehend Importkontingente, Exportsubventionen und Devisenkontrollen anordnen. Die Vereinigten Staaten führten einen Abwehrzoll gegen exportsubventionierte französische Waren ein und beschränkten den freien Kapitalverkehr. Dem steht gegenüber, daß die europäische Integration durch den vorzeitigen Beginn der europäischen Zollunion vorangetrieben wurde und daß Zölle in der Kennedy-Runde weltweit gesenkt wurden.

Weitgehend stabile Inlandspreise, steigende Auslandspreise

104. Das Überschußungleichgewicht der Bundesrepublik hält schon über zwei Jahre an, trotz Konjunkturaufschwung ungemindert. Daß die Exporte weiter so stark zunahmen und die Importe so wenig aufholten, kann zu einem wesentlichen Teil dadurch erklärt werden, daß sich die Schere der Inlands- und Auslandspreise öffnete. Während im Inland das Preisniveau stabil blieb, stiegen die Preisniveaus im Ausland weiter (Schaubild 23). Durch die Rezession

Schaubild 23



1) Zusammengewogen mit den Anteilen am Welthandel 1964 bis 1967.– 2) Vereinigte Staaten, Japan, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien.– 3) Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien.– 4) Eigene Schätzung.

Quelle: UN, OECD, EWG

ist die Bundesrepublik aus dem internationalen Geldentwertungsgleichschritt somit erneut ausgeschert [1]).

105. Wie groß der Wettbewerbsvorteil ist, den die Rezession den deutschen Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten verschafft hat, läßt sich genau nicht quantifizieren. Einen ersten Hinweis erhält man, wenn man die Entwicklung der westdeutschen und der ausländischen Exportpreise vergleicht.

106. Während die westdeutschen Exportpreise seit Mitte 1966 zurückgingen, sind die Exportpreise unserer wichtigsten Partnerländer weiter gestiegen [2]). Seit 1964 — dem Jahr, in dem das außenwirtschaftliche Gleichgewicht annähernd erreicht war — haben sich die Durchschnittswerte der Ausfuhr unserer wichtigsten Partnerländer zusammengenommen um 7 vH erhöht, in der Bundesrepublik dagegen ist das Exportpreisniveau 1968 kaum höher als 1964. Dabei ist bereits berücksichtigt, daß die Pfundabwertung die britischen Exportpreise schlagartig senkte. In Frankreich haben zudem Exportsubventionen verhindert, daß die internen Preissteigerungen im Jahre 1968 sich alsbald auf die französischen Exportpreise übertrugen.

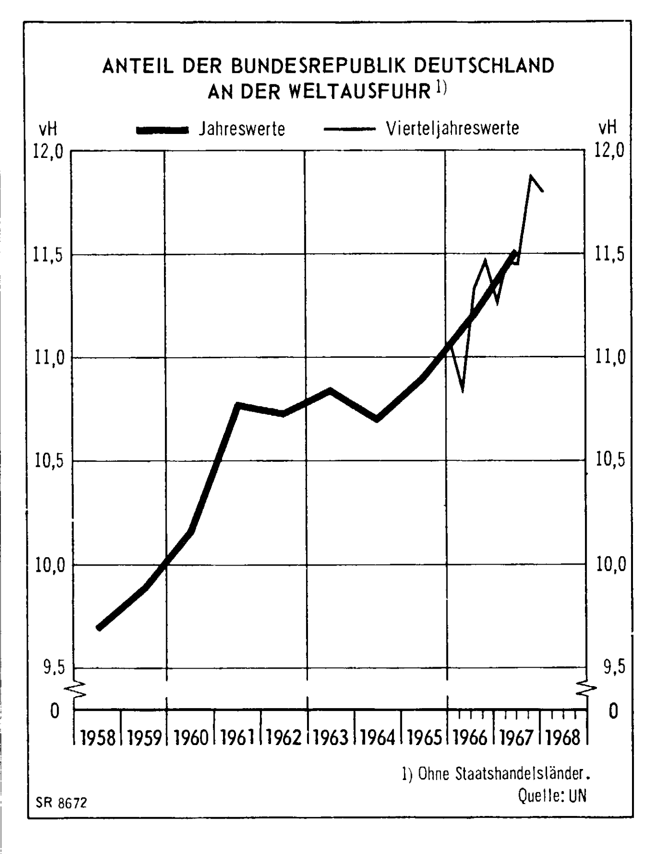
Von besonderem Gewicht für die Preisentwicklung in den westlichen Industrieländern dürfte sein, daß die amerikanischen Exportpreise für Industriegüter von 1964, als die Phase stabiler Preise in den Vereinigten Staaten endete, bis 1967 um 9,5 vH stiegen. Westdeutsche Industrieerzeugnisse waren in der gleichen Zeit auf den Exportmärkten um rund 1,5 vH teurer.

Viele deutsche Firmen scheinen, als der Rezessionsdruck zunahm, auch verstärkt Absatz- und Serviceorganisationen im Ausland errichtet zu haben. Diesen Schluß legt eine Befragung ausgewählter Unternehmen in der Industrie nahe (Vorwort Ziffer 14). Insoweit hierdurch deutsche Anbieter beschleunigt auf den Auslandsmärkten Fuß faßten, hat sich die Wettbewerbsposition der westdeutschen Anbieter auch auf mittlere Sicht verbessert.

107. Der Anteil westdeutscher Waren am Weltexport nimmt seit der Rezession beschleunigt zu, und zwar ähnlich stark wie vor der DM-Aufwertung im Jahre 1961 (Schaubild 24). Neue Marktanteile gewannen die deutschen Exporteure vor allem auf dem amerikanischen Markt. Der Anteil westdeutscher Waren an den gesamten Einfuhren der Vereinigten Staaten nahm seit Herbst 1967 rascher zu als der irgendeines konkurrierenden Anbieterlandes. In der ersten Hälfte 1968 importierten die Vereinigten Staaten aus der Bundesrepublik um 45 vH mehr als ein Jahr zuvor. Selbst bei britischen Waren, denen die Abwertung des Pfundes einen erheblichen Preisvorteil gebracht hatte, war die Zunahme bei weitem nicht so groß (+ 16 vH).

108. Vergleicht man die Entwicklung der Verbraucherpreise in der Bundesrepublik und in den wichtigsten Konkurrenz- und Absatzländern, so

Schaubild 24



zeigt sich — gleichviel welches Jahr zwischen 1963 und 1967 man als Basisjahr wählt —, daß in der Bundesrepublik die Verbraucherpreise fast durchweg am wenigsten gestiegen sind (Schaubild 25).

109. Im Ausland hat sich der interne Preisanstieg fortgesetzt. Beschleunigt hat er sich vor allem in den

---

[1]) Internationale Preisvergleiche sind problematisch, weil es keine Preisindizes gibt, die voll vergleichbar wären. Abweichungen in der Preisentwicklung, wie sie das Schaubild 23 zeigt, dürfen jedoch als signifikant angesehen werden. Der Sachverständigenrat hat das Statistische Bundesamt gebeten, Informationen über Inhalt und Abgrenzung wichtiger Preisreihen in der ausländischen Statistik zusammenzustellen (Anhang V).

[2]) Für solche Preisvergleiche ist man auf die „Durchschnittswerte der Ausfuhr" angewiesen, die allerdings den Nachteil haben, daß sie nicht die „reine" Preisentwicklung, sondern auch Veränderungen in der Warenstruktur und Warenqualität widerspiegeln. Allerdings kann man wohl darauf vertrauen, daß diese Faktoren die Durchschnittswerte der Gesamtausfuhr viel weniger beeinflussen als beispielsweise die Durchschnittswerte der Ausfuhr einzelner Warengruppen, etwa von Maschinen, da sich in einem größeren Aggregat viele der sprunghaft auftretenden Einzeleinflüsse weitgehend ausgleichen. Ein „echter" Exportpreisindex wird hingegen nur für wenige Länder berechnet. Der vom Statistischen Bundesamt ermittelte „Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter" ist ein solcher Index; er zeigt an, wie sich die Exportpreise des Warensortiments entwickeln, das die Bundesrepublik im Basisjahre 1962 ausgeführt hat (Tabelle 57 im Anhang).

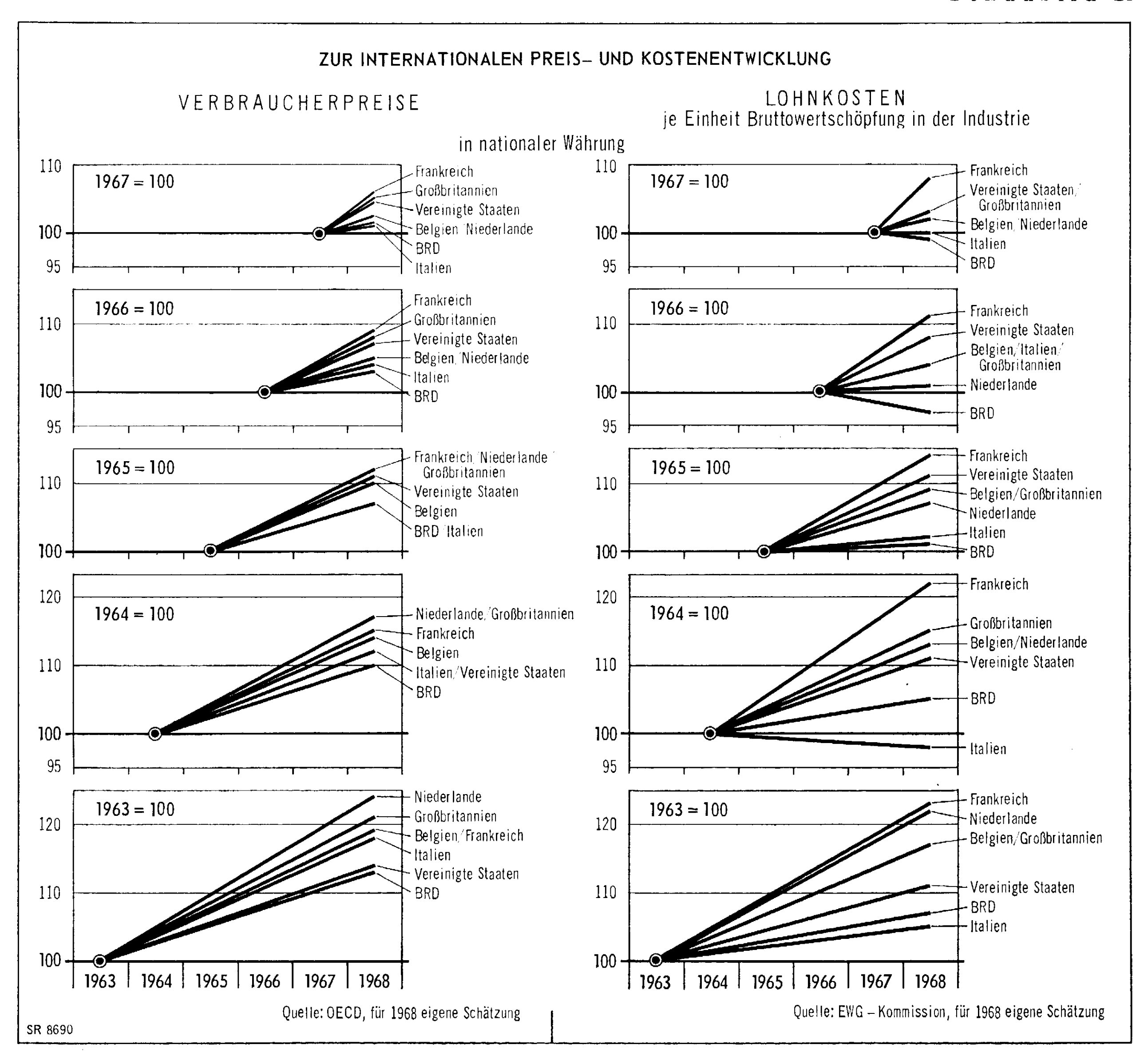
Vereinigten Staaten. Auf die Phase weitgehender Preisstabilität von 1961 bis 1964 folgte ab 1965, unter dem Einfluß der Ausgaben für den Krieg in Vietnam, ein Prozeß kräftiger und anhaltender Preissteigerungen; seit dem Herbst 1967 steigen die amerikanischen Verbraucherpreise mit einer Jahresrate von über 4 vH. Immer mehr schlägt dieser Preisanstieg auch auf die Löhne durch.

In Frankreich, dem neben den Vereinigten Staaten wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik, dürften sich 1968 die Löhne im Gefolge der Unruhen im Mai und Juni um schätzungsweise 12 bis 15 vH erhöhen. Da der Konjunkturaufschwung, der im Herbst 1967 begann und sich nach den Unruhen mit Kraft fortsetzte, kurzfristig auslastungsbedingte Produktivitätsfortschritte ermöglichte, dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise 1968 gegenüber 1967 nicht viel mehr als 6 vH ausmachen (Tabelle 64 im Anhang). Dies wird die Löhne weiter ansteigen lassen, weil in großen Bereichen Gleitklauseln in die Lohnverträge eingebaut sind.

Lediglich von Italien und, infolge der Pfundabwertung, von Großbritannien sind 1968 keine preissteigernden Effekte ausgegangen.

110. Wenn die westdeutschen Exporteure ihre Verkaufspreise im Ausland 1967 und 1968 nicht an die höheren Preise der ausländischen Konkurrenz anpaßten, so lag das daran, daß sie wegen des Nachfragerückgangs im Inland ihre Chancen, den Export auszuweiten, durch Preiserhöhungen nicht gefährden wollten. Im Aufschwung ließen die auslastungsbedingten Produktivitätssteigerungen eine zurückhaltende Preispolitik zu. Beginnen die Unternehmen, der Marktlage folgend, auf breiter Front die Preiserhöhungsspielräume auszunutzen, so dürften auch die außenwirtschaftlichen Überschüsse zurückgehen; gleichzeitig bedeutet dies den Beginn des Inflationsimports (JG 67 Ziffern 456 ff.).

Schaubild 25



111. Im Sommer 1968 produzierte die verarbeitende Industrie wieder zu den gleichen Lohnstückkosten wie während der zweiten Hälfte 1965. Die Lohnstückkosten unserer wichtigsten Konkurrenten auf den Weltmärkten — mit Ausnahme Italiens — hatten sich seither aber um 5 bis 10 vH erhöht (Schaubild 25).

112. Wann sich das deutsche Preisniveau aufgrund des internationalen Preiszusammenhangs wieder an das — höhere — internationale Preisniveau anzupassen beginnen und mit welcher Geschwindigkeit dieser Prozeß ablaufen wird, ist mit Bestimmtheit nicht zu sagen. Erfahrungen anderer Länder in vergleichbaren Situationen gestatten jedoch einige Rückschlüsse:

— In Italien folgte in den Jahren 1961 bis 1963 auf eine Phase mit weitgehend stabilen Inlandspreisen und einer Aktivierung der Leistungsbilanz ein Prozeß starker Lohn- und Preissteigerungen. Die industriellen Stundenlöhne stiegen in den Jahren 1961 bis 1963 um 16 vH jährlich, die Geldentwertungsrate erreichte 1963 einen Satz von 6 vH.

— In den Niederlanden, die auch nach der Guldenaufwertung von 1961 noch als „Niedrigpreisland" galten und ein anhaltendes Überschußungleichgewicht hatten, folgte 1964 auf Jahre mit relativ geringen Preissteigerungen und mit einer auf Stabilität gerichteten Einkommenspolitik ein Inflationsschub (JG 67 Ziffern 390 ff.): die Lohnsätze in der Industrie stiegen von 1964 bis 1966 mit einer Jahresrate von 12,5 vH, die Verbraucherpreise mit einer Rate von 5,7 vH.

VI. Öffentliche Finanzen

Keine Expansionswirkung der öffentlichen Haushalte

113. Schon Ende 1967 waren die Weichen der Finanzpolitik für 1968 endgültig gestellt. Im Gegensatz zum Vorjahr wurden 1968 finanzpolitische Entscheidungen, die für das laufende Jahr von Bedeutung gewesen wären, nicht getroffen.

Weil der Expansionsspielraum unserer Wirtschaft entweder den Haushaltsplanungen nicht zugrunde gelegt oder weil er unterschätzt worden war, wurden die Haushalte allgemein auf eine weit geringere Zunahme des Sozialprodukts hin geplant, als sie sich jetzt abzeichnet (Tabelle 65 im Anhang). Die öffentlichen Haushalte haben deshalb 1968 nicht expansiv gewirkt.

114. Nach einer Schätzung des Bundesfinanzministeriums vom Oktober 1968 wird die öffentliche Hand [1]) im laufenden Haushaltsjahr 162,5 Mrd. DM, rund 4,5 vH mehr als im Vorjahr, ausgeben [2]) (Tabelle 8). Die im Inland nachfragewirksamen Ausgaben sollen etwa gleich stark zunehmen. Die laufenden Einnahmen werden auf 148,2 Mrd. DM, etwa 5 vH mehr als im Vorjahr, geschätzt. Entsprechend beliefe sich der Nettofinanzierungsbedarf des Staates auf etwa 14 Mrd. DM, fast ebensoviel wie 1967. Das Steueraufkommen dürfte jedoch unterschätzt und die Ausgabenexpansion überschätzt sein, so daß sich der Staat 1968 merklich weniger zusätzlich verschulden wird als im Vorjahr (Ziffer 125).

115. Ob die öffentlichen Haushalte 1968 die Konjunktur gefördert oder gedämpft haben, läßt sich nur ermessen, wenn man die tatsächliche Haushaltsgebarung mit dem vergleicht, was konjunkturneutral gewesen wäre.

Konjunkturneutral nennen wir einen Staatshaushalt, der für sich allein den Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials im Laufe der Haushaltsperiode weder erhöht noch senkt. Ein Budget ist im Prinzip dann konjunkturneutral, wenn der Staat seine realen Ausgaben in dem Maße erhöht, in dem das Produktionspotential wächst, und seine Einnahmen so gestaltet, daß die Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den privaten Sektor weder zusätzlich zurückgedrängt noch gefördert wird. Auf die Steuern bezogen ist letzteres dann der Fall, wenn deren Sätze [3]) so festgelegt werden, daß bei einem Wachstum des Sozialprodukts proportional zum Wachstum des Produktionspotentials die Steuereinnahmen mit derselben Rate zunehmen wie das Sozialprodukt. Ein Steuersystem, in dem wesentliche Steuern eine Progressionswirkung haben, ist bei wachsendem Produktionspotential nur konjunkturneutral, wenn zum Ausgleich Steuersenkungen vorgenommen werden.

Wenn der Staat, wie 1968, die Steuern erhöht, so muß er, um sich konjunkturneutral zu verhalten, die Ausgaben um das geplante Mehraufkommen zusätzlich erhöhen.

Alle diese Regeln gelten natürlich nur global, das heißt bei konstanter Struktur der Ausgaben und Einnahmen. Wenn sich diese Struktur ändert, sind die daraus resultierenden konjunkturellen Wirkungen zu berücksichtigen.

116. Die Steuereinnahmen dieses Jahres wurden von wichtigen Steuerrechtsänderungen beeinflußt: Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, Änderungen des Körperschaftsteuergesetzes und Einführung der Mehrwertsteuer.

Aufgrund der Änderungen im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht werden für 1968 Steuermehreinnahmen von etwa 1,1 Mrd. DM erwartet. Außerdem ist der Progressionswirkung des Steuersystems — bei einer Zunahme des Sozialprodukts parallel zum Wachstum des Produktionspotentials — ein

---

[1]) Gebietskörperschaften einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

[2]) Ausgaben und Einnahmen sind um die Zuweisungen, Darlehen und Darlehensrückflüsse von Gebietskörperschaften bereinigt. Nicht einbezogen sind die Zuführungen an und Entnahmen aus Rücklagen sowie die den Bundeshaushalt nur durchlaufenden Zahlungen, die mit der Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Internationalen Währungsfonds und im Europäischen Fonds zusammenhängen.

[3]) Bei gegebenem Steuersystem und gegebenen Vorschriften über die Bemessungsgrundlagen.

Tabelle 8

Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1966 bis 1968

Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder und Gemeinden (Gv.)

Art der Ausgaben	1966 [1]	1967 [2]	1968 [2]	1966 [1]	1967 [2]	1968 [2]
	Mrd. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Staatsverbrauch						
Personalausgaben	38,4	40,9	43,4	+11,3	+ 6,6	+ 6,2
Käufe von Gütern und Diensten [3]	30,6	33,8	32,3	+ 5,4	+10,3	− 4,4
Zusammen	69,0	74,7	75,7	+ 8,5	+ 8,3	+ 1,3
Einkommens- und Vermögensübertragungen						
Einkommensübertragungen	23,1	24,6	28,0	+ 3,3	+ 6,5	+13,8
Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung [4]	10,0	11,0	11,2	+ 9,9	+10,0	+ 1,8
Vermögensübertragungen	3,7	3,5	4,1	−15,4	− 6,0	+18,9
Zinsen	4,2	5,3	6,0	+25,4	+25,2	+13,3
Zusammen	41,0	44,4	49,3	+ 4,7	+ 8,3	+11,0
Investitionen und Investitionsförderung						
Sachinvestitionen	22,9	22,5	23,9	− 0,9	− 1,7	+ 6,2
Investitionszuschüsse	3,5	3,8	4,0	− 0,4	+ 6,7	+ 7,0
Gewährung von Darlehen	8,6	9,6	8,9	− 8,9	+12,7	− 7,4
Beteiligungen	0,6	0,6	0,6	− 6,2	− 1,9	+ 2,1
Zusammen	35,6	36,5	37,4	− 3,0	+ 2,5	+ 2,5
Ausgaben ohne Schuldentilgung insgesamt	145,5	155,6	162,5	+ 4,5	+ 6,9	+ 4,4

[1]) Vorläufige Ergebnisse.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Einschließlich Bauten und Neuanschaffungen im Verteidigungsbereich.
[4]) Einschließlich Zuteilung von Schuldbuchforderungen (1966: 0,75 Mrd. DM, 1967: 1,45 Mrd. DM).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Steueraufkommen von etwa 0,4 Mrd. DM zuzurechnen [1]).

Insgesamt dürften die effektiven Steuermehreinnahmen durch die Steuerrechtsänderungen und die Progressionswirkung daher etwa 1,5 Mrd. DM betragen.

Will man den gesamten Entzugseffekt für 1968 ermitteln, muß man die effektiven Steuermehreinnahmen (durch Steuerrechtsänderungen), die Progressionswirkungen des Steuersystems und die Auswirkungen der Umsatzsteuerreform abschätzen. Nach unseren Berechnungen scheint es, daß 1968 eine stärkere Entzugswirkung als im alten Umsatzsteuersystem zu erwarten ist.

117. *Die konjunkturellen Wirkungen der Umsatzsteuerreform ergeben sich*

— *aus der Entlastung der Altvorräte,*

— *aus der Verlagerung der Steuerlast auf die Einfuhrgüter und*

— *aus dem möglichen Unterschied zwischen dem Aufkommen der Umsatzsteuer nach dem neuen System*

[1]) Aufgrund einer vorsichtigen Schätzung nehmen wir an, daß die Einkommenselastizität des gesamten Steueraufkommens gut 1,1 beträgt. Bei einem gesamten Steueraufkommen von rund 115 Mrd. DM (1967) und einem Wachstum des Produktionspotentials von 3 vH errechnet sich als Progressionswirkung des Steuersystems ein Betrag von 0,4 Mrd. DM.

und dem, was die Umsatzsteuer nach dem alten System 1968 erbracht hätte.

Die konjunkturelle Wirkung des Steuerausfalls infolge der Entlastung der Altvorräte (etwa 4,5 Mrd. DM) ist nicht so groß wie die einer gleich großen Steuersenkung. Aus der Sicht des einzelnen Unternehmens stehen den Erstattungsbeträgen Buchverluste gegenüber, weil die Kosten neuer Waren, die nicht mehr durch die alte Umsatzsteuer zusätzlich belastet sind, seit Anfang 1968 auf den Märkten preisbestimmend sind (JG 67 Ziffer 479). Der Verlust, den sich die Unternehmen aus der Neubewertung der Altvorräte ausrechnen können, ist sogar größer als der Erstattungsbetrag, da im Durchschnitt nur 85 vH der alten Umsatzsteuerbelastung vergütet werden.

Allerdings brachte die Umsatzsteuerreform den Unternehmen auch einen Liquiditätsvorteil. Während unter dem alten Umsatzsteuersystem die Lagerbestände einschließlich der Umsatzsteuer finanziert werden mußten, wird unter dem jetzigen System die auf den Vorratsgütern liegende Umsatzsteuer sofort von der Umsatzsteuerschuld der Unternehmen abgesetzt und erst bei der Veräußerung der Endprodukte wieder fällig. Somit verringert sich der laufende Finanzierungsbedarf der Unternehmen in dem Maße, wie früher die Vorratsgüter mit Umsatzsteuer belastet waren. Die entstehenden Zinsersparnisse führen zu einer dauernden Verbesserung der Rentabilität. Im Grenzfalle — bei wertmäßig konstantem Lagerbestand — stellt sich der Gegenwartswert der erst künftig anfallenden Ersparnisse auf den Erstattungsbetrag für die Altvorräte, also 4,5 Mrd. DM, für die Unternehmen insgesamt. Auf diese Effekte der Umsatzsteuerreform ist wohl auch zu einem großen Teil die starke Zunahme der Lagerbestände im Jahre 1968 zurückzuführen (Ziffer 14).

Es ist nicht anzunehmen, daß alle Unternehmen so gerechnet haben, aber es ist sicher auch nicht so, daß alle Unternehmen die Zinsersparnis nur in Höhe des auf das Jahr 1968 entfallenden Teiles veranschlagen. Wir schätzen den Entlastungseffekt der Erstattung auf etwa die Hälfte des gesamten Erstattungsbetrages (2,2 Mrd. DM), setzen diesen also insoweit einer echten Steuersenkung gleich [1]).

Infolge der Umsatzsteuerreform ist es zu einer Verlagerung der Steuerlast auf die Einfuhrgüter gekommen. Diese Mehrbelastung wurde von uns auf ungefähr 2,6 vH geschätzt (JG 67 Ziffer 470). Unter Berücksichtigung der Doppelbesteuerung der Investitionen ergibt sich eine relative Verteuerung der Einfuhren um 1,9 vH. Bei einem Einfuhrwert von insgesamt fast 100 Mrd. DM im Jahre 1968 und einer Preiselastizität der Einfuhr von −0,6 ist der Entzugseffekt der Umsatzsteuer, der das inländische Angebot trifft, um gut 1,1 Mrd. DM vermindert worden.

Das Bundesfinanzministerium hat im Frühjahr geschätzt, daß 1968 insgesamt 27,4 Mrd. DM Umsatzsteuer eingehen würden, verglichen mit den 27 Mrd. DM, die nach dem alten System zu erwarten gewesen wären. Da die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung stärker war, als in der Schätzung angenommen wurde, hätte nach dem alten System ein höheres Aufkommen als 27 Mrd. DM erwartet werden dürfen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das tatsächliche Aufkommen aus der Umsatzsteuer insgesamt unter dem Haushaltsansatz von 1968 liegen wird. Aber selbst wenn das Aufkommen gleich hoch oder höher sein sollte, müßte die sich noch ergebende Differenz zu dem, was nach dem alten System hätte erwartet werden können, von dem nach der bisherigen Rechnung verbliebenen Entzugseffekt abgesetzt werden (2,3 −1,1 Mrd. DM). Wir schätzen, daß der abzusetzende Betrag viel kleiner als 1,2 Mrd. DM ist, so daß insgesamt gesehen ein Entzugseffekt infolge der Umsatzsteuerreform eingetreten ist.

118. Zur konjunkturpolitischen Würdigung der öffentlichen Haushalte ist die Entwicklung der Ausgaben sowie die Veränderung des steuerlichen Entzugseffekts dem Wachstum des Produktionspotentials gegenüberzustellen.

Man kann davon ausgehen, daß das Produktionspotential 1968 um gut 3 vH größer ist als im Vorjahr (Ziffern 50 ff.). In der Jahresprojektion 1968 der Bundesregierung wurde ein Anstieg des Preisniveaus um 2,1 vH gegenüber 1967 für unvermeidlich gehalten. Gleiche Preisentwicklung bei den Staatsausgaben angenommen, hätte demnach eine Zunahme der nominalen Staatsausgaben um reichlich 5 vH eine konstante Beanspruchung des Produktionspotentials durch den Staat gesichert.

Zur Kompensation der Entzugswirkungen zusätzlicher Steuermehreinnahmen (infolge der Steuerrechtsänderungen und der Progressionswirkung) wäre eine zusätzliche Ausgabensteigerung von 1 vH erforderlich gewesen [2]). Eine Ausweitung des Volumens der öffentlichen Haushalte um 6 vH wäre also konjunkturneutral gewesen. Tatsächlich haben die Staatsausgaben 1968 jedoch höchstens um 4,5 vH zugenommen. In Höhe eines Betrages von gut 2,3 Mrd. DM hat also der Staat 1968 konjunkturdämpfend gewirkt. Dieser Betrag erhöht sich, wenn man auch den Entzugseffekt berücksichtigt, der sich aufgrund der Umsatzsteuerreform ergibt.

119. Für sich allein genommen hat der Staat 1968 also prozentual weniger zusätzlich absorbiert, als dem Wachstum des Produktionspotentials entspricht. Mit diesem Verhalten hat er bewirkt, daß

— der Auslastungsgrad unserer Wirtschaft nicht stärker gestiegen ist,

— der Importanstieg gebremst und

— die Exportzunahme begünstigt wurde.

Insoweit hat die öffentliche Hand zur Fortdauer des außenwirtschaftlichen Überschußungleichgewichts beigetragen.

120. Die Bundesregierung selbst stellte in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1968 fest, daß bei der von ihr projektierten Zunahme des Sozialprodukts das Produktionspotential 1968 kaum besser ausgelastet wäre als 1967. Sie erwartete auch ein Anhalten der außenwirtschaftlichen Überschüsse. Unter diesen Umständen hätte man von der öffentlichen Hand 1968 nicht nur eine konjunkturneutrale, sondern

---

[1]) Daß im neuen Umsatzsteuersystem die Steuerschuld wegen des Übergangs von der Ist- zur Soll-Besteuerung früher fällig wird als im alten, nämlich schon bei Rechnungsstellung, braucht hier nicht in Abzug gebracht zu werden. In die Schätzung des Umsatzsteueraufkommens für 1968 ist hierfür bereits ein Betrag von 1,3 Mrd. DM eingestellt worden.

[2]) Dabei ist davon abgesehen, daß die kontraktiven Wirkungen einer Steuererhöhung häufig geringer sind als die expansiven Wirkungen einer gleich großen Ausgabenerhöhung.

eher eine konjunkturfördernde Haushaltspolitik erwarten dürfen. Denn mit dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ist es nur vereinbar, einen konjunkturneutralen Haushalt zu planen, wenn man erwartet, daß das Produktionspotential weitgehend ausgelastet ist. Soll dies erst erreicht werden, muß der Staat über das konjunkturneutrale Maß hinaus seine Ausgaben erhöhen oder seine Steuersätze senken, wenn er den im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Normen genügen will.

Öffentliche Investitionen unter der Zielprojektion

121. In der Struktur ihrer Ausgaben hat die öffentliche Hand den freien Produktionskapazitäten nicht so Rechnung getragen, wie es möglich gewesen wäre. Das gilt vor allem für die Bauinvestitionen. Nachdem die öffentliche Hand schon 1967, als die Bauwirtschaft weitgehend unausgelastet war, versäumt hatte, den großen Nachholbedarf an Infrastrukturbauten nachhaltig zu vermindern, hat sie auch 1968 im Verhältnis zu den verfügbaren Produktionsreserven zu wenig Bauinvestitionen getätigt. Für eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts 1968 von 4 vH waren in der Zielprojektion der Bundesregierung staatliche Bruttoinvestitionen [1]) im Werte von 22,3 Mrd. DM vorgesehen. Wahrscheinlich werden es um 1 bis 1,5 Mrd. DM weniger sein, obwohl zumindest im Hochbau noch beträchtliche Produktionsreserven vorhanden sind [2]).

122. Für die konjunkturpolitische Beurteilung der Bautätigkeit der öffentlichen Hand kommt es nicht so sehr auf die Zahlungsströme als auf die ihnen vorangehenden Aufträge und die Produktionsströme an. So wurden in den ersten neun Monaten 1968 den öffentlichen Bauherren erheblich mehr Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahr, die Tiefbauaufträge erreichten einen neuen Höchststand (Tabelle 9). Auch die tatsächlichen Bauleistungen für die öffentliche Hand haben im ersten Halbjahr 1968 gegenüber 1967 kräftig zugenommen, dem Werte nach um etwa 10 vH.

Die kassenwirksamen Ausgaben des Bundes und der Länder für Bauinvestitionen lagen jedoch im ersten Halbjahr 1968 (weiterreichende Informationen liegen nicht vor) wesentlich unter dem Vorjahresstand (Tabelle 66 im Anhang). Über die Gründe für das erkennbare Auseinanderklaffen konnten wir zuverlässige Informationen nicht bekommen [3]).

123. Nach den Haushaltsansätzen und den Ausgaben für das erste Halbjahr 1968 zu urteilen, werden die Sachinvestitionen der Gemeinden im laufenden Jahre etwa wieder das Niveau von 1965/66 erreichen, aber auch nicht höher sein; damit bleiben sie erheblich hinter dem Ziel zurück, das in der Zielprojektion der Bundesregierung 1968 angestrebt wurde. Offenbar hat die Rezession die Investitionsentscheidungen der Kommunen auch noch 1968 stark beeinflußt, sei es,

— weil die Kommunen ihre Steuereinnahmen sehr vorsichtig eingeschätzt haben,

— weil die Zuweisungen der Länder kaum stiegen [4]),

— weil ihre Verschuldungsmöglichkeiten sehr begrenzt sind,

— weil die Unsicherheit über die Auswirkungen der anstehenden Finanzreform für die einzelne Gemeinde ein vorsichtiges Disponieren angeraten erscheinen ließ.

Konjunkturbedingter Anstieg des Steueraufkommens

124. Länder und Gemeinden werden 1968 ein höheres Steueraufkommen haben, als ihren Planungen zugrundeliegt (Tabelle 10). Bei den Ländern wirkt sich vor allem die konjunkturelle Elastizität der Einkommen- und Körperschaftsteuer aus, bei den Gemeinden die der Gewerbesteuer. Möglicherweise sind auch die Vorauszahlungen schneller angepaßt worden, als dies in früheren Aufschwungsphasen der Fall war.

Nach dem bisherigen Steueraufkommen zu urteilen, wird dagegen der Bund 1968 möglicherweise sein Einnahmensoll nicht überschreiten. Zwar geht auch beim Bund das Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen über den Haushaltsansatz hinaus, aber das Umsatzsteueraufkommen bleibt vermutlich wegen der Erstattungen im Zusammenhang mit der Entlastung der Altvorräte hinter den Ansätzen zu-

---

[1]) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

[2]) Der Anteil der Bauinvestitionen an den gesamten öffentlichen Investitionen beträgt rund 80 vH.

[3]) Informationslücken fallen im Bereich der öffentlichen Haushaltswirtschaft besonders ins Gewicht, weil die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz effizient gesteuert werden sollen.
Um die von den Haushalten während ihres Vollzugs ausgehenden ökonomischen Wirkungen genauer schätzen zu können, brauchte man vor allem Informationen
— über die Bestellungen und Auftragsvergaben, die bisher nur in den Haushaltsüberwachungslisten festgehalten werden und deren Gesamtvolumen unbekannt ist,
— über den Zeitpunkt und die Höhe der entstehenden Verpflichtungen und Forderungen und
— über den Zeitpunkt und die Höhe der Kassenaus- und -eingänge.
Würde die Haushaltsstatistik in dieser Weise ausgeweitet, könnte auch die Betriebsmittelpolitik der öffentlichen Hand verbessert werden. Zinskosten und störende Rückwirkungen auf den Geld- und Kapitalmarkt ließen sich vermeiden.

[4]) Die Verbundmasse wird überwiegend aus dem Länderanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer gespeist. Nun wird aber den Berechnungen — in den einzelnen Ländern unterschiedlich — teilweise das letzte oder vorletzte Jahr zugrunde gelegt. Im Konjunkturaufschwung bleiben daher in der Regel die Verbundleistungen der Länder an die Gemeinden hinter der Entwicklung des Steueraufkommens der Länder zurück.

Tabelle 9

Baunachfrage der öffentlichen Hand

Zeitraum	Öffentliche Aufträge für Tiefbauten insgesamt	darunter Bund	darunter Länder	darunter Gemeinden (Gv.)	Genehmigungen für öffentliche Hochbauten [1])
	Mill. DM				
1966 1. Vj.	1 445	609	273	379	1 455
2. Vj.	2 283	907	384	671	1 549
3. Vj.	2 350	913	384	677	1 764
4. Vj.	1 608	569	257	518	1 741
Jahr	7 686	2 998	1 298	2 245	6 509
1967 1. Vj.	1 196	389	298	327	1 339
2. Vj.	2 037	829	333	581	1 306
3. Vj.	2 851	1 004	439	866	1 607
4. Vj.	2 242	742	347	775	2 272
Jahr	8 326	2 964	1 417	2 549	6 523
1968 1. Vj.	1 405	513	219	469	1 336
2. Vj.	2 965	1 179	504	853	1 681
3. Vj.	3 541	1 260	580	1 033	1 244 a)
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH				
1966 1. Vj.	*+ 1,3*	*+14,9*	*− 7,2*	*−11,2*	*+14,2*
2. Vj.	*− 6,2*	*+17,3*	*−12,6*	*−17,1*	*− 3,6*
3. Vj.	*− 9,9*	*−11,5*	*−12,2*	*−11,6*	*−24,1*
4. Vj.	*−16,0*	*−11,8*	*− 7,3*	*−29,6*	*−13,0*
Jahr	*− 8,3*	*+ 0,6*	*−10,4*	*−18,0*	*− 9,7*
1967 1. Vj.	*−17,3*	*−36,2*	*+ 9,1*	*−13,8*	*− 8,0*
2. Vj.	*−10,8*	*− 8,6*	*−13,2*	*−13,5*	*−15,7*
3. Vj.	*+21,3*	*+10,0*	*+14,4*	*+27,9*	*− 8,9*
4. Vj.	*+39,4*	*+30,4*	*+35,0*	*+49,6*	*+30,5*
Jahr	*+ 8,3*	*− 1,1*	*+ 9,2*	*+13,5*	*+ 0,2*
1968 1. Vj.	*+17,5*	*+31,9*	*−26,5*	*+43,4*	*− 0,2*
2. Vj.	*+45,6*	*+42,2*	*+51,4*	*+46,8*	*+28,7*
3. Vj.	*+24,2*	*+25,5*	*+32,1*	*+19,3*	*+27,5* a)

[1]) Veranschlagte reine Baukosten.
a) Juli, August.

Tabelle 10

Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden

Steuerart	1967 Ist-	1968 vorläufiges		1967 Ist-	1968 voraussichtliches		1967	1968	
	Ergebnis						Haushalts-Soll		
	Mrd. DM		vH ¹)	Mrd. DM		vH ¹)	Mrd. DM		vH ¹)
	Januar bis September			Jahr					
Bundessteuern ²)	45,8	47,2	+3,0	62,8	66,4	+5,6	64,5	66,4	+2,9
darunter:									
Steuern vom Umsatz ²) ³)	18,7	18,4	−1,7	25,5	27,1	+6,1	26,6	27,4	+2,9
Mineralölsteuer	6,8	6,8	+0,1	9,4	9,5	+0,8	9,7	9,6	−0,5
Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ⁴)	11,9	13,0	+8,7	16,2	17,2	+6,0	16,6	16,8	+1,6
Ländersteuern ⁵)	26,6	28,7	+7,7	36,2	38,1	+5,2	37,9	37,4	−1,4
darunter:									
Kraftfahrzeugsteuer	2,3	2,4	+5,8	3,1	3,2	+4,6	3,1	3,2	−2,7
Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ⁴)	20,3	22,1	+8,7	27,6	29,3	+6,0	29,5	28,9	−2,3
	Januar bis Juni								
Gemeindesteuern	7,0	7,2	+3,4	14,1	14,5	+2,8	13,0 a)	13,1 a)	+0,2 a)
darunter:									
Grundsteuern	1,1	1,2	+4,8	2,4	2,5	+5,8	2,1	2,2	+8,1
Gewerbesteuer (einschließlich Lohnsummensteuer)	5,5	5,6	+3,1	11,0	11,3	+2,4	9,9	9,7	−1,8

¹) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
²) Ohne Einfuhrabgaben auf Regierungskäufe im Ausland.
³) Mehrwertsteuer/Umsatzsteuer, Beförderungsteuer, Einfuhrumsatzsteuer/Umsatzausgleichsteuer.
⁴) Anteilsatz: Bund = 37 vH, Länder = 63 vH.
⁵) Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten.
a) Einschließlich Gemeinden unter 10 000 Einwohnern und Ämter (geschätzt).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

rück, es sei denn, das Aufkommen steigt im letzten Vierteljahr kräftig an.

Nettokreditaufnahme weit geringer als veranschlagt

125. Da die Steuereinnahmen stärker als die Ausgaben gestiegen sind, haben Bund und Länder in den ersten neun Monaten erheblich weniger Kredite aufgenommen als in den gleichen Monaten des Vorjahres, nicht hingegen die Gemeinden (Tabelle 11). Die Neuverschuldung von Bund und Ländern hat trotzdem stärker zugenommen, als es angesichts der Kassenlage nötig gewesen wäre ¹).

Selbst wenn die öffentlichen Haushalte im letzten Vierteljahr, wie dies saisonüblich ist, hohe Defizite aufweisen, und diese das Ausmaß des Vorjahres erreichen sollten, wird ihnen angesichts der flüssigen Mittel, die angesammelt wurden, kein gleich hoher Kreditbetrag gegenüberstehen. 1967 hatte die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hand fast 15 Mrd. DM betragen; 1968 wird sie, obwohl die Haushaltsplanungen eine fast gleich hohe Neuverschuldung vorsahen, kaum über 10 bis 11 Mrd. DM hinausgehen.

Zur mittelfristigen Finanzplanung 1968 bis 1972

126. Anfang September 1968 hat die Bundesregierung die im vorigen Jahr erstmals aufgestellte mehrjährige Finanzplanung, wie dies das Stabilitäts-

¹) Ende September 1968 lagen die öffentlichen Einlagen allein bei der Bundesbank um 2,5 Mrd. DM über dem Stand des Vorjahres (Bund: + 1,6 Mrd. DM, Länder: + 1,0 Mrd. DM).

Tabelle 11

Entwicklung der öffentlichen Kreditaufnahme [1])

Mill. DM

Kreditnehmer	Stand am Jahresende		Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum		
			1967		1968 [2])
	1966	1967	Jahr	Januar bis September	
Bund [3])	35 606	43 493	+ 7 887	+ 3 988	+ 3 126
Lastenausgleichsfonds	6 358	6 828	+ 470	+ 391	+ 144
ERP-Sondervermögen	560	706	+ 146	− 2	+ 283
Länder	20 328	24 188	+ 3 860	+ 2 873	+ 1 681
Gemeinden	29 465	31 986	+ 2 522	+ 1 836	+ 1 764
Insgesamt	92 317	107 201	+ 14 884	+ 9 085	+ 6 998

[1]) Ohne Verschuldung der genannten Stellen untereinander.
[2]) Zum Teil geschätzt.
[3]) Ohne Kredite für Einzahlungen an den Internationalen Währungsfonds.

Quelle: Deutsche Bundesbank

und Wachstumsgesetz vorsieht, der laufenden Entwicklung angepaßt und bis einschließlich 1972 fortgeschrieben. Die Finanzplanung knüpft an eine mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an, nach der das Bruttosozialprodukt in den Jahren 1969 bis 1972 im Durchschnitt jeweils um 5,8 vH (real 4,3 vH) zunehmen soll. Demgegenüber sollen die Ausgaben des Bundes (ohne Tilgungen) langsamer (5,2 vH), die laufenden Einnahmen (ohne Kredite) etwas rascher (6,7 vH) steigen.

127. In den Jahren 1967 und 1968 hat der Bund im Zuge der beiden Konjunkturprogramme seine Ausgaben kräftig erhöht, während die laufenden Einnahmen — trotz mehrerer Steuererhöhungen — nicht so stark zugenommen haben (1967 wegen der konjunkturellen Steuerausfälle, 1968 wegen der Entlastung der Altvorräte im Zusammenhang mit der Umsatzsteuerreform). Die Niveauverschiebung der Ausgaben bewirkt, daß der Bund während der Laufzeit der gegenwärtigen Finanzplanung in jedem Jahre einen größeren Anteil des Sozialprodukts beanspruchen wird als vor der Rezession, obwohl, wie gesagt, die Zuwachsrate der Bundesausgaben geringer geplant ist als die des Sozialprodukts. Desgleichen wird die 1967/68 stark gestiegene Kreditfinanzierungsquote bis 1972 größer bleiben als 1966, obwohl die laufenden Einnahmen des Bundes stärker steigen als die Ausgaben (Tabelle 12).

128. Mit der mehrjährigen Finanzplanung für die Jahre 1968 bis 1972 setzt die Bundesregierung die Übung fort, das laufende Jahr als das erste Jahr der Finanzplanung anzusehen und für das zweite Jahr die Zahlen aus dem Haushaltsplanentwurf einzusetzen. Diese Praxis, die nun im § 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes verankert werden soll, bringt es mit sich, daß in der mittelfristigen Finanzplanung neben zwei konjunkturabhängigen Plangrößen drei Plangrößen stehen, die mittelfristig orientiert sind und konjunkturneutral sein sollten.

Diese Finanzplanung gibt zwar die tatsächlichen Absichten der Regierung wieder, es fehlt jedoch für die beiden ersten Jahre der Planungsperiode der Bezug auf Plangrößen, die konjunkturneutral wären, so daß nicht ohne weiteres zu erkennen ist, ob die Haushalte dieser beiden Jahre darauf angelegt sind, expansiv, kontraktiv oder konjunkturneutral zu wirken.

Als Maßstab für ein konjunkturneutrales Verhalten der öffentlichen Haushalte sollte die Entwicklung des Produktionspotentials der Volkswirtschaft angesehen werden. Diese wird durch den Wechsel der Konjunkturlage nur geringfügig beeinflußt (Ziffern 50 ff.). Die Bundesregierung hingegen neigt dazu, einen Haushalt als konjunkturneutral anzusehen, der in Einnahmen und Ausgaben von Jahr zu Jahr der Entwicklung des Sozialprodukts proportional folgt. Dies kann zu Fehlschlüssen bei der konjunkturpolitischen Würdigung der öffentlichen Haushalte führen; denn im konjunkturellen Aufschwung, das heißt auf dem Wege zu einer höheren Auslastung des Produktionspotentials, tragen die öffentlichen Haushalte schon zu eben diesem Aufschwung bei — sind nicht mehr nur konjunkturneutral —, wenn sie sich in Einnahmen und Ausgaben so entwickeln wie das Sozialprodukt, das im Aufschwung schneller wächst als das Produktionspotential. Umgekehrt verschärfen die öffentlichen

Haushalte im konjunkturellen Abschwung schon die rezessiven Tendenzen — sind nicht mehr nur konjunkturneutral —, wenn sie sich in Einnahmen und Ausgaben der verlangsamten Expansion des Sozialprodukts anpassen. Nur in dem — seltenen — Fall, in dem das Produktionspotential optimal ausgelastet ist und zu bleiben verspricht, führen beide Beurteilungskriterien (Wachstum des Produktionspotentials und Zunahme des Sozialprodukts) zu demselben Ergebnis.

129. Aus diesen Gründen erscheint es zweckmäßig, daß zumindest in den Erläuterungen zur jährlichen Anpassung und Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung ständig Bezug genommen wird auf eine (vorgestellte) Entwicklung der öffentlichen Haushalte, die der Entwicklung des Produktionspotentials folgt und daher — würde sie verwirklicht — nicht auf eine Änderung im Auslastungsgrad des Produktionspotentials hinwirkte (Ziffer 115).

130. Es ist unumstritten, daß es für die gesamtwirtschaftliche Beurteilung mehrjähriger öffentlicher Finanzplanungen wesentlich darauf ankommt, daß der gesamte öffentliche Sektor erfaßt ist.

Mit der Einrichtung eines demnächst gesetzlich zu verankernden Finanzplanungsrates der öffentlichen Hand ist in der Bundesrepublik ein weiterer Schritt getan worden, die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Leistungsvermögens und die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben über mehrere Jahre besser miteinander in Einklang zu bringen als bisher. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll es Aufgabe des Finanzplanungsrates sein, Empfehlungen für eine Koordinierung der Finanzplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) zu geben. Dabei sollen einheitliche Systematiken zugrunde gelegt und einheitliche volks- und finanzwirtschaftliche Annahmen sowie Schwerpunkte für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben ermittelt werden.

Allerdings ist wohl nicht damit zu rechnen, daß schon bald ein solcher Gesamtfinanzplan vorgelegt wird, in dem die Finanzbedürfnisse von Bund, Ländern, Gemeinden (Gemeindeverbänden) und Parafisci gegeneinander abgewogen und nach ihrer zeitlichen und sachlichen Dringlichkeit geordnet sind und mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen übereinstimmen. Ungelöst ist vor allem das Problem, wie ein konjunkturgerechtes Verhalten der Gemeinden gesichert werden kann (Ziffern 318 ff.). Auch haben sich die Länder mehrheitlich dagegen ausgesprochen, daß der Finanzplanungsrat über eine formale Abstimmung zwischen den öffentlichen Haushalten und bestimmten gesamtwirtschaftlichen Größen hinaus Empfehlungen über Schwerpunkte bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben abgeben darf. Der Sachverständigenrat verkennt nicht die rechtlichen und institutionellen Schwierigkeiten, die sich einem Gesamtfinanzplan, gar einem mit volkswirtschaftlich begründetem Ausgabenschwerpunkt entgegenstellen, er ist jedoch der Ansicht, daß angesichts des Gewichts der öffentlichen Haushalte im Wirtschaftsgeschehen ohne einen solchen Gesamtfinanzplan die großen wirtschaftspolitischen Ziele nicht auf die Dauer verwirklicht werden können.

Tabelle 12

Mittelfristige Finanzplanung des Bundes

Jahr	Gesamtausgaben [1])	Gesamteinnahmen [2])	Nettokreditaufnahme [3])	Kreditfinanzierungsquote [4])	Bruttosozialprodukt [5])
	Mrd. DM			vH	Mrd. DM
	Absolute Werte				
1966	67,8	66,0	1,9	*2,7*	480,8
1967	76,3	67,5	8,8	*11,6*	483,6
1968	78,2	70,8	7,3	*9,4*	517,0
1969	82,4	78,8	3,7	*4,5*	546,8
1970	86,8	83,2	3,6	*4,1*	578,5
1971	91,2	87,4	3,8	*4,2*	612,0
1972	95,9	91,8	4,1	*4,3*	647,2
	1966 = 100				
1967	113	102	489	.	102
1968	115	107	406	.	108
1969	122	119	206	.	114
1970	128	126	200	.	120
1971	135	132	211	.	127
1972	141	139	228	.	135

[1]) Ohne Schuldentilgung.
[2]) Ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel.
[3]) Einschließlich Münzgewinn.
[4]) Nettokreditaufnahme in vH der Gesamtausgaben.
[5]) In jeweiligen Preisen. — Projektion der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahre 1972.

Quelle: Finanzbericht 1969

131. Im Finanzplanungsrat sind offenbar schon gewisse Vorstellungen entwickelt worden, welche Aufgaben vordringlich sind, welche Gebietskörperschaften — bei der gegebenen Aufgabenverteilung — ihre Ausgaben in den nächsten Jahren überdurchschnittlich ausweiten sollen und in welchem Rahmen sich die gesamte Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hand bewegen soll. So scheint man davon auszugehen, daß der Bund, wie schon erwähnt, im Durchschnitt der Jahre 1969 bis 1972 jeweils etwa 5,2 vH mehr ausgibt, die Länder und Gemeinden hingegen etwa 6 vH mehr. Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger sollen noch stärker steigen. Die Summe der von den Gebietskörperschaften in Anspruch genommenen Nettokredite, die 1967 konjunkturbedingt fast 15 Mrd. DM betrug, soll sich im Jahre 1969 auf 10 Mrd. DM belaufen und dann bis 1972 auf 12 Mrd. DM jährlich ansteigen.

132. Um diese Zahlen besser beurteilen zu können, muß man auch hier die Ausgangslage berücksichtigen (Tabelle 13). Für 1972 ist ein Sozialprodukt projektiert, das um 35 vH größer ist als das des Jahres 1966. Bund, Länder und Gemeinden würden 1972 einen etwas größeren Anteil davon beanspruchen als 1966; die Ausgaben des Bundes würden aber — im Gegensatz zu der tatsächlichen Entwicklung von 1961 bis 1966 — der Zunahme des Sozialprodukts stärker voraneilen als die der Länder und Gemeinden.

Der mit Krediten finanzierte Teil der Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden würde in den Jahren 1969 bis 1972 mit rund 6 vH wieder den Stand von 1966 erreichen. Allerdings soll der Anteil des Bundes an der gesamten Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften, der in den Jahren 1961 bis 1966 bei gut einem Fünftel gelegen hatte, bis 1972 auf ein Drittel ansteigen.

133. Wenn insgesamt für die Gebietskörperschaften keine höhere Kreditfinanzierungsquote eingeplant worden ist, so scheint dies mit der Befürchtung zusammenzuhängen, daß die Kreditaufnahme des Staates die Deckung des Kreditbedarfs anderer Sektoren gefährdet. Die Bundesregierung weist zwar selbst darauf hin, daß eine höhere Steuerlastquote, zu der die geringe Neuverschuldung zwingt, die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen schmälert und einer stärkeren Vermögensbildung in privater Hand im Wege steht [1], sie sieht jedoch eine höhere Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte als noch weniger vertretbar an. Dies beruht offenbar auf der Annahme, daß aus der zu erwartenden Geldvermögensbildung aller Sektoren — der öffentlichen und privaten Haushalte, der Unternehmen und des Auslandes — zunächst einmal der Kreditbedarf der Unternehmen und die „Ansprüche des Auslandes" zu decken sind. Nur der verbleibende Rest darf nach dieser Auffassung von den öffentlichen Haushalten ohne Gefahren für die Geldwertstabilität in Anspruch genommen werden.

Tabelle 13

Ausgaben und Kredite der Gebietskörperschaften

Jahr	Gesamtausgaben [1]				Nettokreditaufnahme [2]	
	Bund		Länder und Gemeinden		insgesamt	darunter: Bund
	Mrd. DM	1966 = 100	Mrd. DM	1966 = 100	Mrd. DM	
1961	44,6	66	54,3	64	−1,0	0,4
1966 [3]	67,8	100	85,5	100	8,7	1,9
1967 [4]	76,3	113	87,8	103	14,7	8,8
1968	78,2	115	93,2	109	14,3	7,3
1969	82,4 a)	122	98,8 b)	116	10 b)	3,7 a)
1972	95,9 a)	141	117,7 b)	138	12 b)	4,1 a)

[1] Ohne Schuldentilgung und Rücklagenbildung.
[2] Einschließlich Münzgewinn.
[3] Vorläufige Ergebnisse.
[4] Schätzung nach Teilergebnissen.
a) Finanzplanung.
b) Zielsetzung.

Quelle: Finanzbericht 1969

134. Zunächst ist darauf hinzuweisen [2], daß die „Ansprüche des Auslandes" zum Teil mit der Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängen: Der „Außenbeitrag" soll — erst im Jahre 1972 — auf 1,5 vH des Bruttosozialprodukts zurückgeführt werden. Da den außenwirtschaftlichen Überschüssen ein erhöhter Kreditbedarf des Auslandes gegenübersteht, bleibt für die Geldvermögensbildung im Inland ein entsprechend geringer Anteil.

Zweitens: Die inländische Geldvermögensbildung der Privaten ist nicht unabhängig von der Verschuldungspolitik der öffentlichen Hand: Was der Bürger dem Staat in Form von Steuern geben muß, kann er nicht sparen und kann er dem Staat auch nicht in Form von Anleihen zur Verfügung stellen. So begrenzen hohe Steuern die Kreditfinanzierungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand.

Ähnlich ist der Zusammenhang mit den Eigenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen. Soll der „Außenbeitrag" nicht größer sein als geplant und die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte zunehmen, so können die Unternehmen nur dann einen größeren Anteil ihrer Nettoinvestitionen aus ihren Erträgen finanzieren, wenn der Staat mehr Kredite aufnimmt.

135. In den Zusammenhang der mittelfristigen Finanzplanung gehört auch die Finanzgebarung der Sozialversicherungsträger. Insbesondere müßte man ihre Überschüsse so anlegen, daß dies mit den allgemeinen Zielen der Finanzpolitik in Einklang steht.

Nach dem Entwurf eines Arbeitsmarktförderungsgesetzes hat die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Teil ihrer Rücklagen, mindestens zwei vH der Arbeitsentgelte eines Kalenderjahres als „Schwankungsreserve" zu halten, davon zwei Drittel in Geldmarktpapieren. Der übrige, fast gleich große Teil der Rücklagen soll in Form von langfristigen Darlehen angelegt werden, mit denen arbeitsmarkt- und strukturpolitisch wichtige Investitionen zu finanzieren sind.

Die geplante Gesetzesänderung ist sicherlich ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Regelung, denn die Bundesanstalt kann nunmehr im konjunkturellen Abschwung auf die „Schwankungsreserve", notfalls auf Kredite des Bundes, zurückgreifen. Damit ist Vorsorge getroffen, daß die Bundesanstalt nicht durch Verkäufe festverzinslicher Wertpapiere im Konjunkturabschwung den Kapitalmarkt belastet.

Was die längerfristigen Investitionsvorhaben der Bundesanstalt anlangt, die aus den übrigen Rück-

[1] Drucksache V/3299, Ziffer 39.
[2] Ausführlich: JG 67 Ziffern 482 ff.

lagen finanziert werden, so müßten sie im Rahmen einer erweiterten mittelfristigen Finanzplanung mit den Investitionsplänen der Gebietskörperschaften abgestimmt werden.

VII. Die Finanzierung des Aufschwungs

Geringe inländische Kreditnachfrage

136. Dem Aufschwung der inländischen Nachfrage und Produktion standen 1968 von der Finanzierungsseite keine Hindernisse entgegen. Vielmehr ging ein beträchtlicher Teil der im Inland verfügbaren Finanzierungsmittel ins Ausland.

Im einzelnen läßt sich die gesamtwirtschaftliche Finanzierungssituation im Jahre 1968 wie folgt kennzeichnen:

— Die privaten Haushalte bildeten wieder mehr Geldvermögen als im Vorjahr; ihre Sparquote erhöhte sich sogar (Ziffern 28 f.).

— Die Unternehmen hatten Sachinvestitionen zu finanzieren, die um gut 20 vH größer waren als 1967. Ihnen standen jedoch so hohe Eigenfinanzierungsmittel zur Verfügung, daß sie, gemessen an der Zunahme der Investitionen, nur wenig Fremdmittel aufnehmen mußten; die Eigenfinanzierungsquote blieb weit über dem Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1966 (Ziffern 143 f.).

— Die öffentliche Hand (einschließlich der Sozialversicherungen) machte einen Finanzierungsbedarf geltend, der, netto gerechnet, geringer war als im Vorjahr (Ziffer 125).

— Ausländer nahmen ebenso viele Kredite im Inland auf wie im Rezessionsjahr 1967 (Ziffern 86 ff.).

Der geringe Fremd-Finanzierungsbedarf der Inländer und die hohe Verschuldung des Auslandes sind das monetäre Äquivalent für den Mangel an binnenwirtschaftlicher Absorption, anders gesehen: für die außenwirtschaftlichen Überschüsse. Sollen die Überschüsse abgebaut werden, so bedeutet dies — bei gegebener Geldvermögensbildung — nichts anderes, als daß inländische Schuldner an die Stelle ausländischer treten, daß mithin entweder der staatliche oder der private Sektor seine Verschuldung erhöhen muß.

137. Ein höherer inländischer Kreditbedarf hätte 1968 ohne weiteres gedeckt werden können, da Leihgelder allenthalben reichlich und billig waren.

— Bei den Bankkrediten setzte sich die Zinssenkungstendenz des Jahres 1967 fort; seit dem Frühjahr 1968 haben auch die Renditen am Kapitalmarkt wieder fallende Tendenz.

— Die Liquidität der Banken hatte am Jahresanfang einen Stand erreicht wie seit vielen Jahren nicht. Im Verlauf des Jahres 1968 nahm sie ab (Tabelle 37 im Anhang). Berücksichtigt man jedoch die normale Zunahme der Rediskontkontingente infolge von Erhöhungen des Eigenkapitals, dann blieben die freien Liquiditätsreserven insgesamt auf dem hohen Stand zu Beginn des Jahres. Ein nennenswerter Anstieg der Zinsen am Geldmarkt blieb aus.

138. Daß die Bankenliquidität (ohne unausgenutzte Rediskontkontingente) trotz der hohen Devisenzuflüsse (4,7 Mrd. DM von Januar bis Oktober) im Verlauf des Jahres 1968 überhaupt abnahm, ist im wesentlichen auf die Zunahme der Guthaben der öffentlichen Hand bei der Bundesbank zurückzuführen (4,7 Mrd. DM). Nur in bescheidenem Umfang hat die Bundesbank durch Verkauf festverzinslicher Wertpapiere den Banken Liquidität entzogen (0,2 Mrd. DM). Die inländischen Geldmarktsätze wären allerdings wohl niedriger gewesen, wenn die Bundesbank nicht, indem sie die Kurssicherung für Dollar-Swapgeschäfte verbilligte, die Kreditinstitute dazu angeregt hätte, den Liquiditätszustrom aus dem Ausland zu reexportieren. Zur Abwehr der Währungsspekulation war dabei eine bemerkenswerte Virtuosität erforderlich.

Auslandseinflüsse störten die Zinssenkungstendenzen

139. Es mag überraschen, daß die Kapitalmarktzinsen vom Frühsommer 1967 bis zum Frühjahr 1968 auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharrten oder sogar etwas stiegen, als die Bankenliquidität außerordentlich stark zunahm — dann aber nachgaben, als die Liquiditätsreserven der Banken abnahmen und die ausländischen Kapitalmarktzinsen weiter stiegen. Verglichen mit der Parallelität der Kurse festverzinslicher Wertpapiere und der Bankenliquidität in früheren Jahren hätte man bis Ende 1967 eine stetige Zinssenkung und danach einen Zinsanstieg erwarten dürfen (Schaubild 26).

140. Als am inländischen Kapitalmarkt die Zinsen im Frühsommer 1967 nicht mehr sanken, scheinen Erwartungen aufgekommen zu sein, der Kapitalmarktzins werde wieder ansteigen. Viele Anleger, deren Verhalten noch stark von dem außergewöhnlichen Kursverfall im Jahre 1966 bestimmt war, warteten ab. Sie dürften sich daran orientiert haben,

— daß eine starke Kapitalnachfrage, ausgelöst durch die Konjunkturprogramme der öffentlichen Hand, bevorstand,

— daß die Sozialversicherungsträger wegen der rezessionsbedingten Einnahmenausfälle Wertpapiere verkauften und

— daß Ausländer in größerem Umfang zu Abgaben neigten.

Auch die Banken bevorzugten wieder besonders liquide Anlagen, und zwar vor allem festverzinsliche Wertpapiere mit kurzen Restlaufzeiten und kurzfristige Auslandsanlagen, die wegen des Zinsgefälles, neben der Liquidität, noch eine recht gute Rendite boten.

141. Erst im Frühjahr 1968 haben sich die entgegengesetzten Erwartungen, daß nämlich die Zinsen weiter sinken werden, wieder durchgesetzt. Es zeichnete sich ab,

— daß die Gebietskörperschaften einen geringeren Kreditbedarf haben würden, als zunächst erwartet worden war,

— daß die Sozialversicherungsträger ihr Defizit nicht weiterhin durch den Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren finanzieren mußten und

— daß die Kursgewinne bei Aktien geringer wurden und Aktiensparer begannen, in Rentenwerte umzusteigen.

Überdies wurden die Risiken eines Engagements am Rentenmarkt jetzt geringer eingeschätzt als in den Vorjahren, denn die Bundesbank hatte durch Wort und Tat ihre Entschlossenheit bekundet, das Zinsniveau am inländischen Kapitalmarkt vorläufig nicht wieder ansteigen zu lassen.

Bei den Banken kam hinzu, daß sich bei ihnen große Liquiditätsreserven angesammelt hatten, die sie in Stand setzten, in großem Umfang Fristentransformation zu betreiben. Dies fiel ihnen um so leichter, als

— die Nachfrage nach Bankkrediten gering war, die starke Geldkapitalbildung bei den Banken aber anhielt,

— kaum inländische Geldmarktpapiere zu erhalten waren, sei es, weil die öffentliche Hand ihre kurzfristigen Schulden vermehrt tilgte, sei es, weil die Bundesbank kaum Mobilisierungstitel abgab, und

— der Erwerb kurzfristiger Auslandsforderungen wegen steigender Kurssicherungskosten immer weniger rentabel wurde.

142. Wenn auch die Renditen am Kapitalmarkt bis zum Herbst 1968 so weit gesunken sind, daß Emissionen mit einem Nominalzinssatz von 6 Prozent ausgestattet werden können, so fehlt doch noch die Stabilität der Jahre vor dem starken Kursverfall. Der Anteil an neuen Rentenpapieren, der von privaten Versicherungen und privaten Haushalten aufgenommen wird, ist 1968 zwar größer geworden, doch nach wie vor sind es die Kreditinstitute, die den größten Teil erwerben (Schaubild 27).

Eine stetige Zinsentwicklung erscheint daher noch nicht gesichert. Denn die Anlageentscheidungen der Banken hängen in großem Maße davon ab, wie sich die ausländischen Zinsen entwickeln, welche Nachfrage nach Bankkrediten an sie herangetragen wird und welche geldpolitischen Maßnahmen ergriffen werden.

Die Labilität der Zinsentwicklung zeigte sich im Herbst 1968, als ausländische Schuldner den freien Zugang zum deutschen Kapitalmarkt und die relativ niedrigen Zinssätze in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße nutzten (Schaubild 27). Einen beträchtlichen Teil der Auslandsanleihen nahmen inländische Banken auf, so daß an die Stelle der kurzfristigen Auslandsforderungen vermehrt langfristige traten, die meist auf DM lauteten, höher verzinslich waren als Inlandsanleihen und zeitweilig durch kurzfristige Geldimporte finanziert werden konnten. Der Emissionsschub der Ausländer führte

Schaubild 26

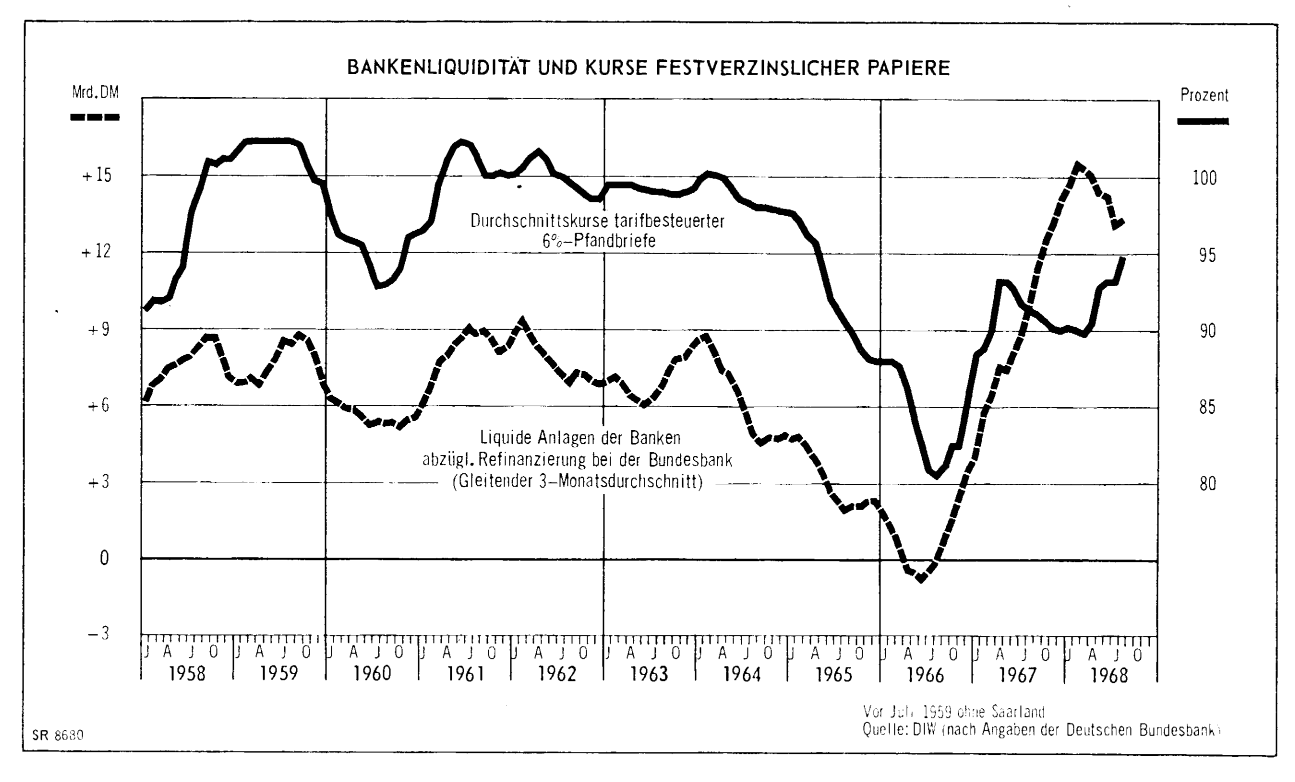
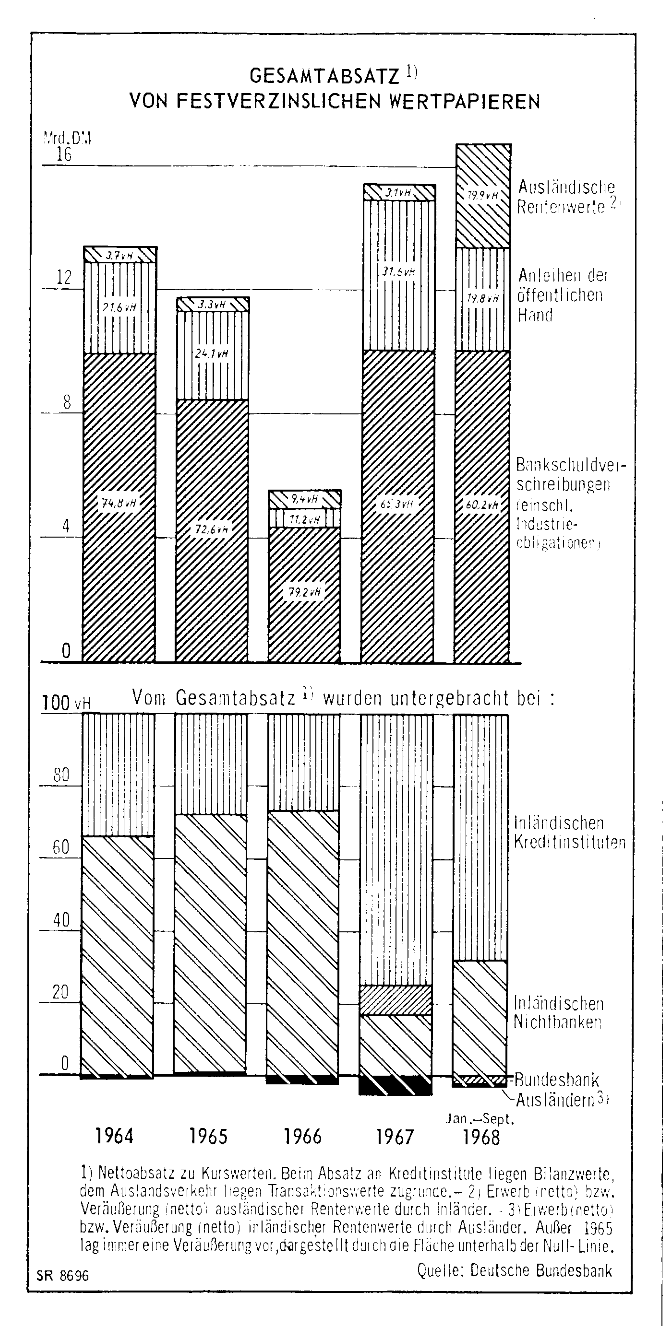


Schaubild 27



1) Nettoabsatz zu Kurswerten. Beim Absatz an Kreditinstitute liegen Bilanzwerte, dem Auslandsverkehr liegen Transaktionswerte zugrunde.– 2) Erwerb (netto) bzw. Veräußerung (netto) ausländischer Rentenwerte durch Inländer. – 3) Erwerb (netto) bzw. Veräußerung (netto) inländischer Rentenwerte durch Ausländer. Außer 1965 lag immer eine Veräußerung vor, dargestellt durch die Fläche unterhalb der Null-Linie.

Quelle: Deutsche Bundesbank

jedoch alsbald zu Placierungsschwierigkeiten, so daß Zinserhöhungen am inländischen Kapitalmarkt befürchtet wurden und in geringem Ausmaß auch eintraten.

Hohe Liquiditätspolster der Unternehmen

143. Die Unternehmen haben 1968 erneut ihre Investitionen finanzieren können, ohne die Kredit- und Kapitalmärkte in nennenswertem Umfang in Anspruch nehmen zu müssen; der Außenfinanzierungsbedarf der Wohnungswirtschaft war in der ersten Jahreshälfte sogar geringer als im Vorjahr (Tabelle 36 im Anhang). Das lag vor allem daran, daß den Unternehmen dank der guten Gewinnlage außergewöhnlich hohe Innenfinanzierungsmittel zur Verfügung standen (Schaubild 28). Die rege Auslandsnachfrage, die konjunkturfördernde Nachfrage der öffentlichen Hand, die niedrigen Lohnkosten und die vergleichsweise geringen Steuerzahlungen für die veranlagte Einkommensteuer der vorangegangenen Jahre führten bei vielen Unternehmen zu überraschenden Einnahmenüberschüssen.

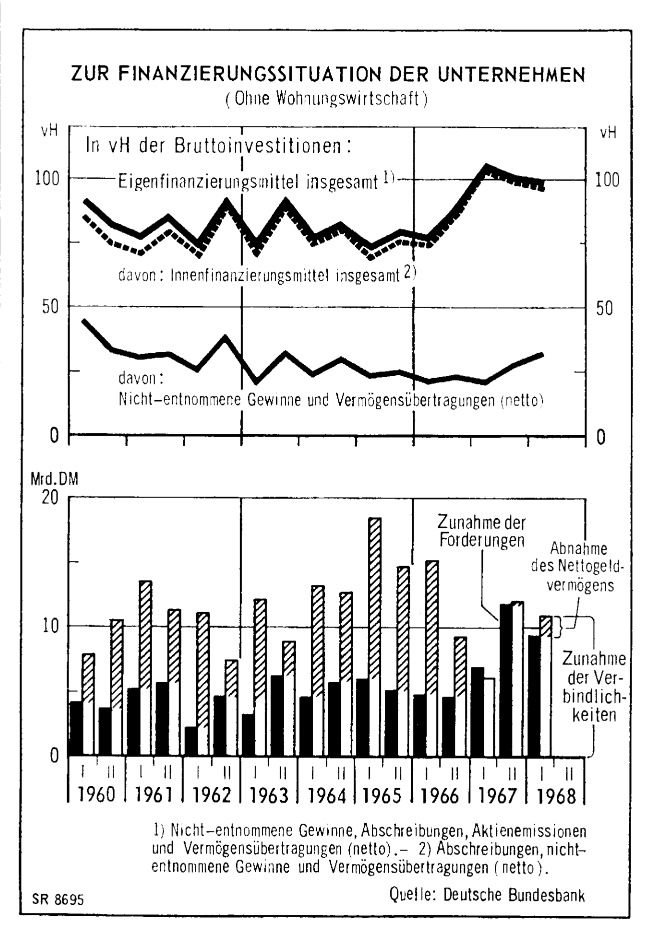
Hinzu kamen Sonderfaktoren:

— Die Unternehmen konnten zum Teil auf Finanzierungsreserven aus dem vergangenen Jahr zurückgreifen, in dem sie zeitweise nicht einmal die ihnen zufließenden Eigenmittel investiert hatten.

— Außerdem setzte die Umsatzsteuerreform, indem sie die Altvorräte entlastete und von nun an eine steuerfreie Vorratshaltung ermöglichte, in den Unternehmen mehrere Milliarden DM an Finanzierungsmitteln frei (Ziffer 117).

144. Wenn auch die günstigen Finanzierungsbedingungen die Revision der Investitionspläne nach oben gefördert haben mag, so überrascht doch die noch relativ geringe Abnahme des Nettogeldvermögens der Unternehmen im ersten Halbjahr 1968 (Schaubild 28). Demnach dürften noch viele Schulden konsolidiert und dürfte viel Geldvermögen (brutto) gebildet worden sein. Beobachten läßt sich jedenfalls eine starke Zunahme der Termineinlagen, besonders mit einer Frist von einem halben bis einem vollen Jahr.

Schaubild 28



1) Nicht-entnommene Gewinne, Abschreibungen, Aktienemissionen und Vermögensübertragungen (netto).– 2) Abschreibungen, nicht-entnommene Gewinne und Vermögensübertragungen (netto).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Im zweiten Halbjahr wurden wieder kürzere Anlagefristen gewählt. Ein großer Teil dieser Termineinlagen dürfte aus Exporterlösen stammen, die vorgezogen wurden, um Verluste bei einer möglichen Änderung der Wechselkursrelationen zu vermeiden. Der Schwerpunkt solcher Verschiebungen in den Zahlungsbedingungen lag im dritten Vierteljahr 1968; abzulesen ist dies an den außergewöhnlich starken Änderungen des Restpostens der Zahlungsbilanz.

145. Die spekulativen Zuflüsse, die das gegenwärtige Bild überzeichnen mögen, bleiben wahrscheinlich erst dann aus, wenn sich auch die Überschüsse in der Bilanz der laufenden Posten zurückbilden. Das ist selbst bei einem Sozialproduktszuwachs von 7,5 vH im Jahre 1969 nicht zu erwarten (Ziffer 176). Sollen die damit einhergehenden Störungen in vielen Partnerländern durch weiterhin hohe Kapitalexporte verhindert werden, dann bleiben die Möglichkeiten für den Einsatz restriktiver geldpolitischer Maßnahmen äußerst gering.

ZWEITES KAPITEL

Die voraussehbare Entwicklung

146. Als Prognose für das Jahr 1969 beschreiben wir von den wahrscheinlichen wirtschaftlichen Abläufen denjenigen, der am besten mit unserem gegenwärtigen Informationsstand, den uns bekannten Theoremen und unseren Erfahrungen mit zyklischen Bewegungen in Einklang steht. Es handelt sich dabei um eine Prognose, der wir zwar eine größere Wahrscheinlichkeit als allen anderen beimessen, die aber noch nicht einmal einen hohen Grad der Wahrscheinlichkeit zu besitzen braucht.

147. In unterschiedlichen konjunkturellen Lagen sind unterschiedlich lange Zukunftsphasen voraussehbar. So verkürzt sich der Zeitraum, für den eine Prognose verantwortet werden kann, besonders in Phasen des konjunkturellen Umbruchs, in denen Einzeltendenzen einander entgegenlaufen und die Wirtschaftssubjekte in ihren Erwartungen unsicher und in ihren Dispositionen vorsichtig sind. Im Herbst 1967 schien es uns nicht vertretbar, eine Prognose der Nachfrageentwicklung über einen längeren Zeitraum als bis zur Jahresmitte 1968 abzugeben, weil weithin das Vertrauen in die weitere wirtschaftliche Entwicklung durch die Rezessionserfahrungen erschüttert schien.

148. Die Konjunkturentwicklung im Jahre 1968 hat allgemein die Erwartungen übertroffen und damit das Vertrauen in die weitere Entwicklung gefestigt. Enttäuschungen in einzelnen Fällen dürften weniger als vor einem Jahre Unternehmer oder Haushalte dazu veranlassen, ihre Zukunftsentscheidungen zu revidieren. Es scheint uns deshalb in diesem Herbst vertretbar zu sein, unsere Prognose bis zum Jahresende 1969 auszudehnen.

149. Für die Entwicklung der Binnenkonjunktur sind zunächst zwei autonome Faktoren entscheidend: der Verlauf der Weltkonjunktur und die Haushaltsgestaltung des Staates. Wir versuchen deshalb, die durch diese beiden Bereiche vorgegebenen Daten abzuschätzen, bevor wir die von uns erwarteten Tendenzen der Gesamtkonjunktur in Form einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufzeigen und erläutern.

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1969

150. Die Weltkonjunktur wird sich vermutlich während des Winters 1968/69 etwas abschwächen und sich dann von der Jahresmitte ab erneut beleben. Diese Erwartung beruht darauf, daß die Nachfrageexpansion in den Vereinigten Staaten durch die dort ergriffenen Restriktionsmaßnahmen in der ersten Jahreshälfte 1969 vorübergehend unterbrochen wird. Dagegen deuten alle Anzeichen darauf hin, daß das Expansionstempo in Westeuropa, wo sich während der zweiten Hälfte 1968 die Auftriebskräfte verstärkt haben, im Verlauf des Jahres 1969 unvermindert anhalten wird.

151. Die Nachfrage nach unseren Exporten wird von der zeitweiligen Abflachung der Weltkonjunktur voraussichtlich kaum beeinträchtigt werden, weil Nordamerika für die westdeutsche Industrie zwar ein wichtiger, aber kein dominierender Absatzmarkt ist; das Schwergewicht der Ausfuhren liegt vielmehr in Westeuropa (Tabelle 14). Überdies kann man davon ausgehen, daß die starke internationale Wettbewerbsposition der Exportindustrie (Ziffern 104 ff.) auch bei etwas schwächerer Weltkonjunktur noch hohe Zuwachsraten im Export erlaubt. Gleichwohl erwarten wir, daß sich die Ausfuhrentwicklung im Verlauf des Jahres 1968 etwas abflachen wird, weil die Binnennachfrage immer mehr in Konkurrenz zur Auslandsnachfrage tritt. Da die Ausfuhr jedoch schon im Herbst 1968 steil gestiegen ist, dürfte die Zuwachsrate, die sich im Vergleich der Jahresdurchschnitte ergibt, mit 10,5 vH sogar noch etwas größer sein als 1968.

152. In den Vereinigten Staaten wird sich die Konjunktur vor allem deshalb abschwächen, weil der Mitte 1968 vom Kongreß beschlossene Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer die wirtschaftliche Aktivität nunmehr wohl dämpfen wird. Hinzu kommt, daß der Regierung vom Kongreß aufgetragen wurde, den Haushalt im Fiskaljahr 1968/69 um 6 Mrd. Dollar zu kürzen. Selbst wenn diese Kürzungen nicht voll in die Tat umgesetzt werden, steht zu erwarten, daß die Bundesausgaben in der ersten Hälfte des Jahres 1969, saisonbereinigt gesehen, abnehmen werden. Außer durch die Zusatzsteuer werden die Einkommen der privaten Haushalte ab 1. Januar 1969 durch höhere Sozialversicherungsbeiträge belastet. Die wichtigste Auftriebskraft in der gegenwärtigen Konjunkturphase — die Expansion des privaten Konsums — wird also geschwächt. Ob 1969 auch die Preissteigerungen — im Herbst lagen die Verbraucherpreise um 4½ vH über dem Vorjahresstand — merklich nachlassen werden, scheint jedoch fraglich, weil die Lohnkosten weiter steigen. Der erste Teil des Jahres 1969 könnte deshalb, was die Preise angeht, dem Jahre 1957 ähneln, als die Nachfrage stagnierte und der Preisauftrieb unter dem Druck der Lohnkosten anhielt. Ein so starker konjunktureller Rückschlag wie 1957 ist jedoch wenig wahrscheinlich, da der Steuerzuschlag — sofern der Gesetzgeber nicht noch eine Verlängerung beschließt — ab Mitte 1969 wegfällt; zudem werden neue Lohnerhöhungen fällig. Wichtiger ist vielleicht noch, daß die Expansionserwartungen recht stabil sind, weil in den sechziger Jahren Produktion und Nachfrage lange und ausgewogen zunahmen und die wirtschaftspolitischen Instanzen einen starken Rückgang der Kapazitätsauslastung bisher nicht zugelassen haben. Im ganzen Jahre 1969 dürfte das Sozialprodukt der Vereinigten Staaten real um 2½ vH und nominal um 6 vH größer sein als 1968 (Tabelle 14).

153. Die weiterhin kräftige Expansion in Westeuropa wird 1969 die dämpfenden Einflüsse aus den Vereinigten Staaten für die deutsche Wirtschaft ausgleichen.

In Frankreich wird der Konjunkturaufschwung, der um die Jahresmitte 1967 begann und der sich nach den Sozialunruhen im Frühjahr 1968 machtvoll fortsetzte, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch im kommenden Jahre anhalten. Für das reale Sozialprodukt wird 1969 eine Zuwachsrate von etwa 6½ vH erwartet (Tabelle 14). Die Verbrauchsnachfrage wird

Tabelle 14

Wichtige Zahlen zur Auslandskonjunktur

Land	Anteil am Brutto-sozial-produkt der OECD [1]	Anteil am west-deutschen Waren-handel	Brutto-sozialprodukt (real) [2]		Preisindex des Brutto-sozialprodukts [2]		Wareneinfuhr (nominal) [2]	
	1967		1968	1969	1968	1969	1968	1969
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Vereinigte Staaten	52,0	10,6	4½	2½	4	3½	20	4
Großbritannien	7,1	4,2	3½	3	3½	4	5½	4
Österreich	0,7	3,8	3½	4½	3	3	8	9
Schweiz	1,2	4,9	3½	3½	3	3	3½	9
Frankreich	6,4	11,3	4	6½	4½	5½	10½	16
Italien	4,4	8,0	4½	5½	2	2½	4	12
Belgien und Luxemburg	1,3	7,5	4	4	3	3	10	11
Niederlande	1,5	9,8	5½	5	3½	4	7	8
zum Vergleich:								
Bundesrepublik Deutschland	8,0	—	6½	4½	2	3	13½	12

[1] Quelle: OECD.
[2] Eigene Schätzung (anhand von Informationen, die wir ausländischen Institutionen und internationalen Organisationen verdanken).

angesichts der kräftigen Lohnerhöhungen lebhaft bleiben. Die Investitionskonjunktur dürfte — trotz einer Gewinnkompression im Jahre 1968 — dadurch angeregt werden, daß die Kapazitätsauslastung steigt, daß ein starker Zwang zu Rationalisierungsinvestitionen entstanden ist und daß die steuerliche Belastung der Unternehmen fühlbar gesenkt worden ist. Vom Arbeitskräftepotential her steht einer starken Expansion nichts entgegen. Im Herbst 1968 gab es ungefähr 400 000 Arbeitslose in Frankreich; auch scheint die Freisetzung von weniger produktiven Arbeitskräften, die durch die Lohnkostensteigerung ausgelöst wurde, noch anzuhalten.

Das Preisniveau wird in Frankreich weiterhin beträchtlich steigen. Die Löhne mußten 1968 um schätzungsweise 12 bis 15 vH heraufgesetzt werden. Im Herbst 1968 nahm die Regierung die administrierten Preise beträchtlich herauf und kündigte weitere Preiserhöhungen an. Bei der zu erwartenden Nachfrageentwicklung dürfte der Lohnwelle von 1968 eine Preiswelle im Jahre 1969 selbst dann folgen, wenn die Regierung die Preispolitik der Privatwirtschaft scharf überwachen sollte.

154. In Italien haben die öffentlichen Instanzen im Herbst 1968 ein Expansionsprogramm eingeleitet, als der seit Ende 1964 anhaltende Aufschwung auszulaufen drohte und sich ein außenwirtschaftliches Überschußungleichgewicht abzuzeichnen begann. Das Programm umfaßt Investitionsprämien, Infrastrukturmaßnahmen und eine teilweise Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch den Staat. Das Arbeitskräfteangebot wird auch bei einer expansiven Politik elastisch bleiben; die Kapazitäten sind erheblich niedriger ausgelastet als zu Beginn der sechziger Jahre. Der Preisanstieg, der 1968 etwas weniger als 2 vH betragen hat, dürfte sich 1969, wenn überhaupt, nur wenig beschleunigen.

155. Auch in den übrigen Ländern Kontinentaleuropas ist für 1969 mindestens eine ebenso rege Konjunktur wie für 1968 zu erwarten (Tabelle 14). Besonders in den mit dem Konjunkturgeschehen in der Bundesrepublik eng verbundenen Partnerländern wie den Niederlanden, Belgien, Österreich und der Schweiz hat 1968 ein Konjunkturaufschwung eingesetzt, der auch 1969 anhalten dürfte, nicht zuletzt auch deshalb, weil die deutsche Einfuhr aus diesen Ländern zunehmen wird.

Der zaghafte Aufschwung in Großbritannien, das zwar kein besonders wichtiger Absatzmarkt für deutsche Waren ist, dessen Erzeugnisse aber auf vielen Auslandsmärkten mit den deutschen Exporten konkurrieren, wird sich voraussichtlich fortsetzen; die Binnennachfrage wird 1969 um rund 3 vH zunehmen. Am Arbeitsmarkt gibt es keine Engpässe; die Arbeitslosenzahl betrug im Herbst 1968 rund 550 000. Die britische Ausfuhr dürfte durch den Wettbewerbsvorteil, der durch die Pfundabwertung entstanden ist, vorerst noch begünstigt sein. Allerdings sind die britischen Inlandspreise 1968 kräftig gestiegen, und es gibt kaum Anzeichen dafür, daß sich der Preisanstieg 1969 verlangsamen wird.

156. Insgesamt gesehen deuten die erkennbaren Tendenzen darauf hin, daß sich 1969 der Preisanstieg im Ausland nicht abflachen, sondern eher noch beschleunigen wird: In Westeuropa — außer in Italien — beginnt die Konjunktur jene Phase zu verlassen, in der die zunehmende Kapazitätsauslastung den Kostenanstieg dämpft; in Nordamerika ist die Konjunkturphase erreicht, in der erfahrungsgemäß die stärksten Preissteigerungen auftreten.

II. Die öffentlichen Haushalte im Jahre 1969

157. Mitte November 1968 haben zwar noch nicht alle Gebietskörperschaften ihre Haushaltsplanung für das kommende Jahr abgeschlossen. Nach den uns vorliegenden Informationen kann man aber damit rechnen, daß die Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden 1969 stärker zunehmen als 1968, nämlich um etwa 6 vH, verglichen mit rund 4,5 vH im ablaufenden Jahre. Teilweise hängt dies damit zusammen, daß 1968 die Ausgabenansätze nicht ganz realisiert werden.

158. Während Bund und Länder zusammen ihre Ausgaben im Jahre 1969 voraussichtlich um über 6 vH steigern, deuten die uns bekanntgewordenen Planungen darauf hin, daß die Gemeinden nur etwa 5,5 vH mehr ausgeben als 1968. Weil die Personalausgaben der Gemeinden um weit mehr als 5,5 vH zunehmen, müßte man eigentlich damit rechnen, daß sich die kommunalen Investitionsausgaben nur wenig erhöhen können. Dagegen spricht jedoch, daß das Steueraufkommen der Gemeinden konjunkturbedingt wieder rascher steigt — wenn auch weit langsamer als die Steuereinnahmen von Bund und Ländern — und daß die Gemeinden wegen des ab 1969 auf 65 vH heraufgesetzten Anteils der Länder am Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit höheren Finanzzuweisungen rechnen können. Beides zusammen könnte die Bereitschaft, Kredite aufzunehmen, wieder stärken und eine kräftigere Zunahme der kommunalen Investitionen mit sich bringen, als sie sich aufgrund der bisherigen Planungen abzeichnet.

159. Was die Struktur der gesamten öffentlichen Ausgaben angeht, so werden wahrscheinlich die Investitionsausgaben etwas weniger stark zunehmen als der Staatsverbrauch (Personal- und Sachausgaben). Die auslandswirksamen Zahlungen werden wohl überproportional steigen.

160. Versucht man, ähnlich wie für 1968 (Ziffer 118), auch für 1969 die konjunkturellen Wirkungen des Gesamthaushalts abzuschätzen, so ergibt sich, daß

die Ausgabensteigerung allenfalls konjunkturneutral, möglicherweise sogar konjunkturdämpfend ist [1]).

161. Bei der von uns erwarteten Zunahme des nominalen Sozialprodukts im Jahre 1969 — etwa 7½ vH — steigen die Steuereinnahmen um über 10 vH. Ausschlaggebend hierfür ist, daß 1969 das Umsatzsteueraufkommen nicht mehr durch die Entlastung der Altvorräte (Ziffer 117) gemindert wird und daß das Aufkommen aus besonders konjunkturreagiblen Steuern, insbesondere aus der Lohnsteuer, überproportional zunimmt.

Angesichts der günstigen Entwicklung der Einnahmen rechnen wir damit, daß die Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften — wie schon 1968 — auch im kommenden Jahre beträchtlich zurückgeht.

Tabelle 15

Einnahmen und Ausgaben des Staates [1])

Schätzung für das 2. Halbjahr 1968 und Prognose für das Jahr 1969 [2])

	1967		1968	1969
	Mrd. DM	Anteil in vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	182,4	*100*	*+ 8,5*	*+10,0*
Steuern	116,2	*63,7*	*+ 6,0*	*+10,5*
Sozialversicherungsbeiträge	53,8	*29,5*	*+12,5*	*+ 9,5*
Sonstige laufende Einnahmen	11,6	*6,4*	*+15,5*	*+ 5,0*
Vermögensübertragungen	0,8	*0,4*	.	.
Ausgaben insgesamt	190,6	*100*	*+ 7,5*	*+ 7,0*
Staatsverbrauch	80,6	*42,3*	*+ 4,0*	*+ 7,5*
Einkommensübertragungen	77,7	*40,8*	*+ 9,5*	*+ 7,0*
Private Haushalte	71,0	*37,3*	*+ 6,0*	*+ 6,0*
Unternehmen und übrige Welt	6,7	*3,5*	*+50,0*	*+ 9,0*
Zinsen	4,5	*2,4*	*+15,5*	*+13,5*
Vermögensübertragungen	11,1	*5,8*	*+11,5*	*+ 6,5*
Investitionen [3])	16,6	*8,7*	*+11,0*	*+ 6,0*
Saldo	−8,2	.	− 7 a)	− 2 a)

[1]) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Nettoinvestitionen.
a) Mrd. DM.

162. In Tabelle 15 haben wir auch die Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungsträger berücksichtigt, um ein geschlossenes Bild der konjunkturellen Wirkungen zu geben, die vom „Sektor Staat" 1969 voraussichtlich ausgehen werden. Diese Wirkungen lassen sich am besten im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung darstellen. Die Größen in Tabelle 15 sind nicht ohne weiteres mit den Zahlen der Finanzstatistik vergleichbar.

III. Die voraussehbare Entwicklung der Binnenkonjunktur bei unveränderten wirtschaftspolitischen Bedingungen (Status quo)

163. Die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1969 wird durch die volle Entfaltung der Investitionskonjunktur, eine gedämpfte Baukonjunktur und eine aufstrebende Verbrauchskonjunktur gekennzeichnet sein (Schaubild 29).

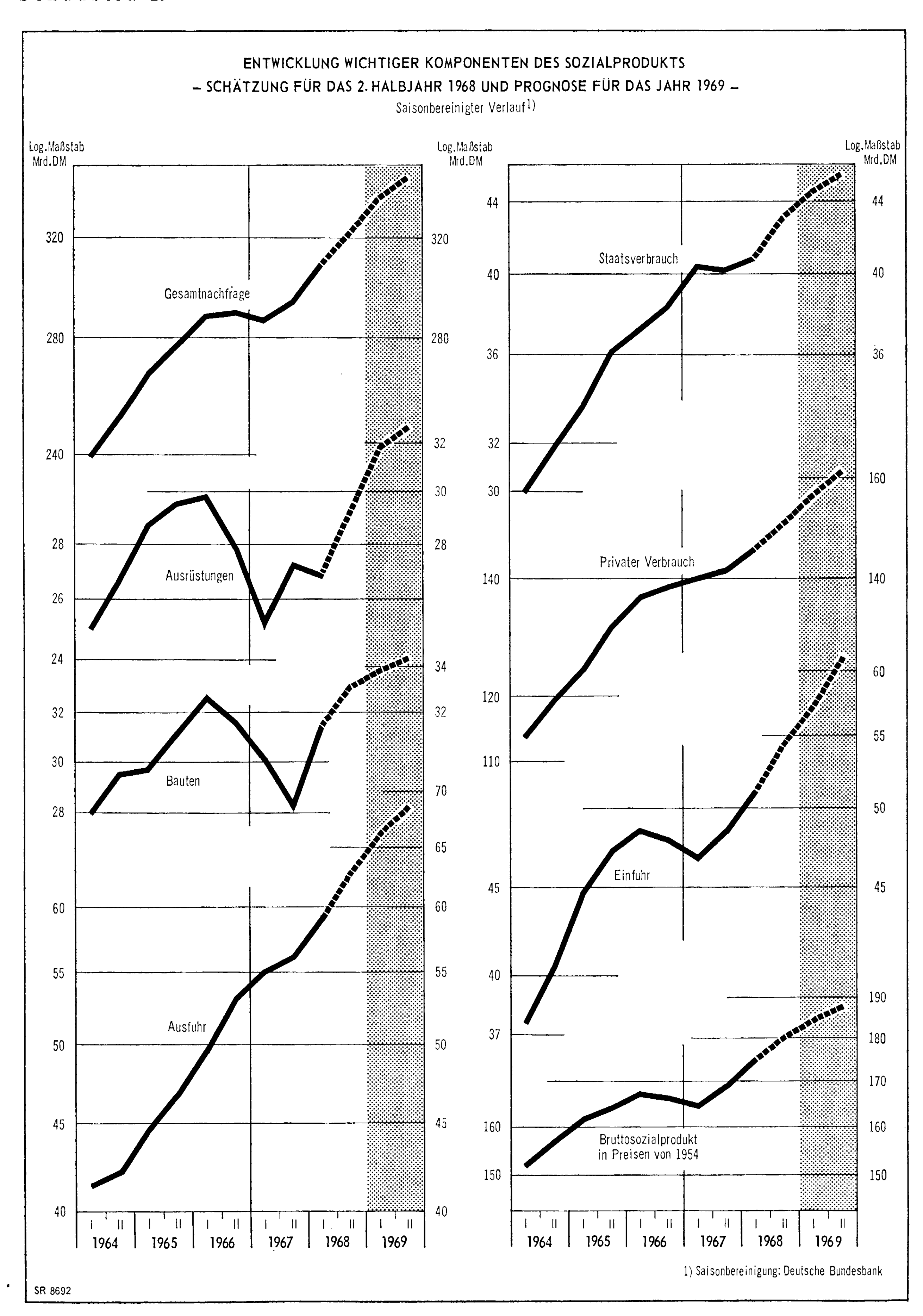
— Die Grundrichtung der Nachfrageexpansion ist durch den unvermindert anhaltenden Sog der Auslandsnachfrage und die zurückhaltende Investitionsplanung des Staates festgelegt: Mehr noch als 1968 wird die Expansion vom privaten Sektor getragen werden, weniger noch als 1968 werden die Gebietskörperschaften ihre Investitionen so ausdehnen, wie es bei einer wachstumsorientierten Ausgabenpolitik des Staates möglich und nötig wäre.

— Die für die Frühphase des Aufschwungs typische Disproportionalität zwischen Investitionen und Verbrauch, die diesmal infolge der konjunkturpolitischen Förderung der Investitionen und der fiskalpolitischen Zurückdrängung des privaten Verbrauchs besonders ausgeprägt war, vermindert sich mit dem Aufschließen der Lohneinkommen; die Basis des Aufschwungs wird also breiter.

— Die Nachfrageexpansion wird den Angebotsspielraum stärker ausschöpfen als bisher. Doch dürfte

[1]) Das Produktionspotential wächst 1969 um schätzungsweise 4 vH. In der mittelfristigen Zielprojektion der Bundesregierung sind für die Jahre 1969 bis 1972 Preissteigerungen von jeweils 1,4 vH projektiert; der „Überhang" am Jahresende 1968 dürfte jedoch schon an diese Jahresrate heranreichen. Daher müßte man wohl einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus von mindestens 2 vH im Jahre 1969, von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt gerechnet, als vollkommen unvermeidlich ansehen. Konjunkturneutral wäre demnach eine Zunahme der Nominalausgaben der Gebietskörperschaften um etwa 6 vH. Zur Kompensation der Progressionswirkung des Steuersystems (1969: 0,5 Mrd. DM) und der geplanten Straßengüterverkehrsteuer (1969: 0,35 Mrd. DM) wäre eine zusätzliche Ausgabensteigerung um etwa 0,5 vH anzusetzen. Alles in allem sichert also eine Zunahme der Ausgaben um 6½ vH im Jahre 1969 eine konstante Ausnutzung des Produktionspotentials. Diese Ausgabenwirkung würde jedoch nicht erreicht, wenn — wie wir in unserer Prognose erwarten — die Preise, die der Staat zahlen muß, aus Gründen, die nichts mit seiner Ausgabengebarung zu tun haben, um mehr als die oben erwähnten 2 vH steigen.

Schaubild 29



1969 der Auslastungsgrad des Produktionspotentials den Stand des Jahres 1965 nicht erreichen.

— Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die bisherige Phase der Kosten- und Preisstabilität in eine neue Preis- und Kostenwelle einmündet.

164. Der Schwerpunkt der inneren Nachfrageexpansion wird allem Anschein nach bei den Ausrüstungsinvestitionen liegen, da die Auslandsnachfrage und die aufstrebende Verbrauchskonjunktur die Industrie dazu anregen werden, die Kapazitäten zu erweitern. Ferner stellt die außergewöhnlich starke Gewinnzunahme des Jahres 1968 eine günstige Bedingung für eine kräftige Investitionskonjunktur dar.

165. Nach den Erhebungen des Ifo-Institutes plant die Industrie, deren Investitionen zu mehr als drei Viertel aus Ausrüstungen bestehen, für 1969 einen Zuwachs der gesamten Investitionen von 16 vH. Die Bundesbahn und die Bundespost, die ebenfalls überwiegend Ausrüstungsgüter nachfragen, werden voraussichtlich etwa 12 vH mehr investieren. Auch die Groß- und Einzelhandelsunternehmen dürften ihre Investitionen 1969 wieder erhöhen; das gleiche gilt für die übrigen Dienstleistungsbereiche. Dagegen werden die Landwirtschaft und das Baugewerbe vermutlich nur wenig mehr investieren als im ablaufenden Jahre. Obwohl die Erweiterungsinvestitionen anteilsmäßig zunehmen dürften, bleibt die Rationalisierung das wichtigste Investitionsziel, weil qualifizierte Arbeitskräfte zunehmend knapper werden. Daraus kann man folgern, daß die Unternehmen Ausrüstungsgüter in weit stärkerem Maße nachfragen werden als Bauleistungen. Da außerdem die Unternehmen in Aufschwungsphasen ihre Investitionspläne erfahrungsgemäß laufend nach oben revidieren, rechnen wir alles in allem für 1969 mit einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 15 vH (Tabelle 16).

166. Weniger als die Ausrüstungsinvestitionen werden 1969 voraussichtlich nicht nur die Betriebsbauten der Unternehmen zunehmen, sondern auch die öffentlichen Bauinvestitionen, vor allem aber die Wohnungsbauinvestitionen. Damit dürfte die Baukonjunktur 1969 deutlich hinter der allgemeinen Konjunktur zurückbleiben. Was den Wohnungsbau anlangt, so ist zwar damit zu rechnen, daß die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen 1969 wieder zunimmt, andererseits wird aber die Althaussanierung nicht mehr gefördert. Wenn überhaupt, dann steigen die Wohnungsbauinvestitionen nur wenig. Die öffentlichen Bauinvestitionen nehmen wohl langsamer als im laufenden Jahre zu, da die Zusatzaufträge aus den staatlichen Konjunkturprogrammen weitgehend abgewickelt sein dürften; den Haushaltsplänen nach kann ein Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen um 6 vH erwartet werden, der

Tabelle 16

Gesamtnachfrage

Schätzung für das 2. Halbjahr 1968 und Prognose für das Jahr 1969 [1])

	1967		1968	1969	1968		1969	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	Mrd. DM	Anteil in vH	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH					
Ausfuhr	111,3	*19,2*	*+10,0*	*+10,5*	*+ 7,4*	*+12,0*	*+12,0*	*+ 9,0*
Inlandsnachfrage	467,9	*80,8*	*+ 8,0*	*+ 8,0*	*+ 7,8*	*+ 9,5*	*+ 8,5*	*+ 7,5*
Anlageinvestitionen	110,4	*19,1*	*+ 9,5*	*+10,0*	*+ 6,0*	*+12,0*	*+13,0*	*+ 7,5*
Ausrüstungen	52,2	*9,0*	*+ 7,5*	*+15,0*	*+ 7,0*	*+ 8,0*	*+19,0*	*+11,5*
Bauten	58,2	*10,1*	*+10,0*	*+ 5,5*	*+ 5,2*	*+16,0*	*+ 7,5*	*+ 4,0*
Vorratsveränderung	−4,5	*−0,8*	(+ 7,5) [2])	(+ 8,0) [2])	(+ 5,5) [2])	(+ 2,0) [2])	(+ 5,8) [2])	(+ 2,2) [2])
Staatsverbrauch	80,6	*13,9*	*+ 4,0*	*+ 7,5*	*+ 1,0*	*+ 7,0*	*+ 9,0*	*+ 6,0*
Privater Verbrauch	281,4	*48,6*	*+ 5,5*	*+ 7,5*	*+ 4,1*	*+ 6,5*	*+ 7,0*	*+ 7,5*
Gesamtnachfrage	579,2	*100*	*+ 9,0*	*+ 7,5*	*+ 7,7*	*+10,0*	*+ 8,5*	*+ 7,0*

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) Mrd. DM.

vor allem von Bund und Ländern getragen wird. Für die gesamten Bauinvestitionen rechnen wir mit einer Zunahme um 5,5 vH.

167. Von den Lagerdispositionen erwarten wir auch 1969 noch zusätzliche Nachfrageimpulse, da im Herbst 1968 viele Unternehmen ihre Fertigwarenläger als zu klein beurteilen — ein Indiz dafür, daß der Lageraufbau nicht in allen Bereichen mit dem Absatz Schritt gehalten hat. Einem weiteren Lageraufbau dürfte auch förderlich sein, daß die Lagerhaltung im neuen Umsatzsteuersystem erheblich weniger Liquidität bindet als im alten. Wir rechnen für 1969 mit Lagerinvestitionen von 8 Mrd. DM.

168. Obwohl die privaten und die öffentlichen Verbrauchsausgaben bereits seit einigen Monaten rasch steigen, werden sie auch 1969 deutlich hinter der Entwicklung der Investitionen zurückbleiben.

Die Expansion des Staatsverbrauchs wird vor allem von den Personalausgaben getragen. Voraussichtlich werden die Verteidigungsausgaben wieder zunehmen, von denen allerdings ein größerer Teil in das Ausland fließen dürfte als 1968. Insgesamt rechnen wir damit, daß der Staat 1969 seinen Verbrauch um 7,5 vH erhöht.

169. Die Ausgaben der privaten Haushalte werden im Verlauf des Jahres 1969 zügig zunehmen, wenn auch gegenüber der Entwicklung, die sich für das zweite Halbjahr 1968 abzeichnet, nicht wesentlich beschleunigt. Entscheidend für den Verbrauch ist die Entwicklung der Einkommen (Tabelle 17). Von den Komponenten, die das verfügbare Einkommen bestimmen, werden die Tarif- und Effektivlöhne, die Anzahl der Beschäftigten und die Übertragungseinkommen schneller zunehmen als 1968. Mit kräftigen Lohnerhöhungen ist schon im ersten Halbjahr 1969 zu rechnen, da in den nächsten Monaten für den öffentlichen Dienst und große Bereiche der Privatwirtschaft neue Tariflöhne vereinbart werden. Bei den Übertragungseinkommen ist die Anhebung der Renten bereits beschlossen, die der Beamtenpensionen vollzieht sich parallel zu der vorgesehenen Erhöhung der Beamtengehälter; die Unterstützungen aus der Arbeitslosenversicherung werden dagegen mit dem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit sinken [1]). Etwas langsamer als 1968 werden möglicherweise die Privatentnahmen zunehmen. Höhere Bei-

[1]) Geringere Übertragungseinkommen (als geschätzt) ergäben sich für den Fall, daß die Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter eingeführt wird. Dem stünden allerdings höhere Lohneinkommen gegenüber. Den Umfang der Lohnfortzahlung schätzen wir für 1969 auf knapp 4 Mrd. DM. Um diesen Betrag würden sich die Leistungen der Krankenkassen vermindern, die der Unternehmen erhöhen. Als Ausgleich dafür ist für den Fall der Einführung der Lohnfortzahlung eine Senkung der Beitragssätze zur Krankenversicherung um 2 Prozentpunkte vorgesehen. Sie würde die Kosten der Lohnfortzahlung für die Unternehmen um etwa 1,5 Mrd. DM mindern. Die Lohnkosten der Gesamtwirtschaft würden dadurch um 3,5 statt um 2,5 vH steigen. Die gesetzliche Krankenversicherung erhielte Mehreinnahmen von 0,4 Mrd. DM, weil die Lohnfortzahlungsbeträge wie alle übrigen Lohnzahlungen der Versicherungspflicht unterworfen wären.

Tabelle 17

Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte

Schätzung für das 2. Halbjahr 1968 und Prognose für das Jahr 1969 [1])

	1967		1968	1969	1968		1969	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
	Mrd. DM	Anteil in vH	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH					
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	177,6	*56,0*	*+4,5*	*+7,5*	*+2,8*	*+6,5*	*+8,0*	*+7,0*
Öffentliche Einkommensübertragungen	70,5	*22,3*	*+5,0*	*+6,0*	*+5,3*	*+5,0*	*+5,5*	*+6,5*
Privatentnahmen und Vermögenseinkommen	77,2	*24,4*	*+8,5*	*+7,5*	*+9,2*	*+8,0*	*+7,0*	*+8,0*
⁒ Übertragungen	8,5	*2,7*	.	.	.	.	.	.
Verfügbares Einkommen	316,8	*100*	*+6,0*	*+7,0*	*+4,9*	*+7,0*	*+7,0*	*+7,5*
Privater Verbrauch	281,4	*88,8*	*+5,5*	*+7,5*	*+4,1*	*+6,5*	*+7,0*	*+7,5*
Sparquote [2]) in vH	*11,2*	*11,2*	*11,7*	*11,6*	*11,1*	*12,3*	*11,0*	*12,2*

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.

tragssätze der Rentenversicherung und der Progressionseffekt der Lohnsteuer werden den Einkommenszuwachs dämpfen. Insgesamt rechnen wir für 1969 mit einem verfügbaren Einkommen, das um 7 vH höher ist als 1968.

Die Sparquote dürfte leicht sinken, da sich nach unserer Vorausschau die Lebenshaltung 1969 spürbar verteuern wird. Denn wenn die Nahrungsmittelpreise und zugleich die Wohnungsmieten stark steigen, womit 1969 zu rechnen ist, pflegt die Sparneigung zurückzugehen.

Der private Verbrauch wird daher 1969 um 7½ vH zunehmen, nach knapp 5½ vH im Jahre 1968.

170. Unter der Voraussetzung des wirtschaftspolitischen Status quo rechnen wir für 1969 mit zusätzlichen Gesamtausgaben von 50 Mrd. DM oder reichlich 8 vH. Rund 12½ Mrd. DM entfallen davon auf höhere Exporterlöse.

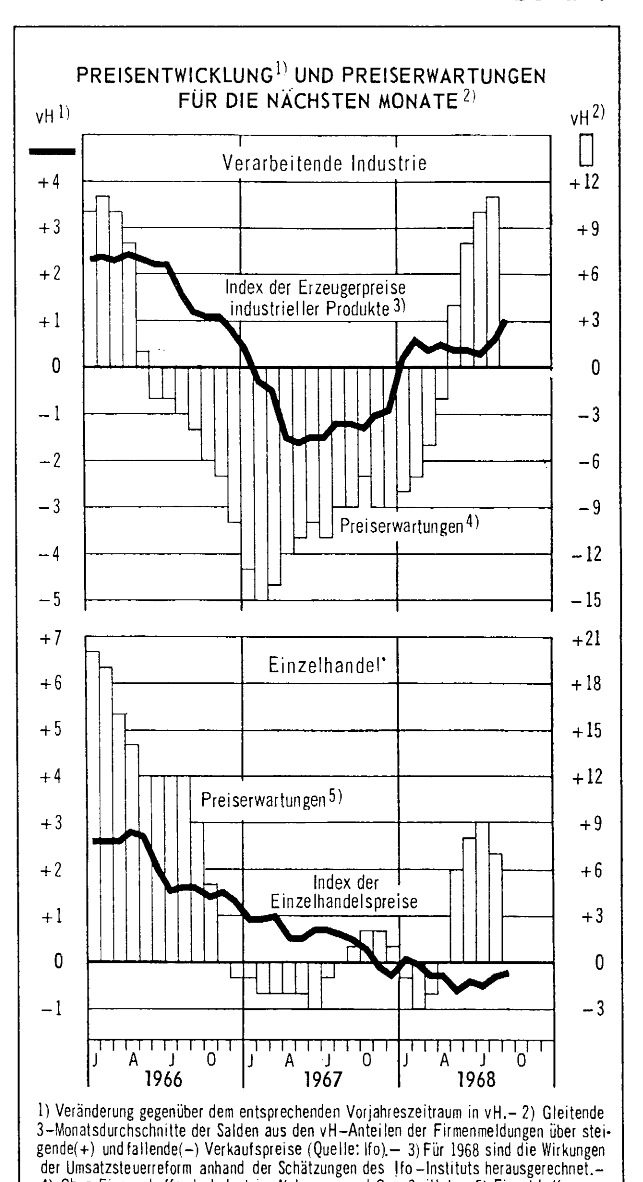
171. Unter dem Sog der erwarteten Nachfrageexpansion dürfte sich die inländische Produktion um etwas mehr als 4½ vH (rechnerisch genau 4,7 vH) erhöhen. Wir erwarten dabei einen Produktivitätszuwachs von 4,4 vH, eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 0,8 vH und einen Rückgang der Jahresarbeitszeit (Wochenarbeitszeit und Arbeitstage) um 0,5 vH.

Die Produktivität wird damit nicht viel schneller zunehmen als im mittelfristigen Trend; mit Produktivitätsgewinnen, die auf eine bessere Auslastung der Betriebe zurückgehen, ist 1969 kaum noch zu rechnen. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird unseren Schätzungen nach um reichlich 200 000 zunehmen; 100 000 werden wahrscheinlich aus der Reserve an Arbeitslosen, 150 000 zusätzlich aus dem Ausland zurückgewonnen werden können. Aufgrund der laufenden Bevölkerungsbewegung wird sich dagegen die erwerbstätige Bevölkerung um etwa 50 000 Personen vermindern, zumal das neunte Schuljahr, wie schon in allen anderen Bundesländern, nun auch in Bayern obligatorisch werden soll. Die Arbeitszeit wird voraussichtlich zurückgehen, da die bereits vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen — im öffentlichen Dienst und in der Bauwirtschaft — sowie etwaige Urlaubsverlängerungen wohl nur zu einem Teil durch Überstunden ausgeglichen werden.

172. Die Nachfrageexpansion schöpft die Angebotsreserven der westdeutschen Wirtschaft (Ziffern 50 ff.) nicht völlig aus. Die Sachkapazitäten werden 1969 unserer Schätzung nach nicht so stark ausgelastet sein wie 1965. Bei den vorherrschenden Verhaltensweisen auf den Arbeits- und Gütermärkten und den gegebenen währungspolitischen Bedingungen müssen wir dennoch mit beträchtlichen Preis- und Kostensteigerungen rechnen.

173. Wenn die Kosten und Preise 1968 noch weitgehend stabil geblieben sind, so hängt dies vornehmlich mit den für Aufschwungsphasen typischen Wirkungsverzögerungen zusammen (Ziffern 42 f.). Im Herbst 1968 zeichnet sich in der Preisentwicklung eine Wende ab: Sowohl die industriellen Erzeugerpreise als auch die Preise für die Lebenshaltung zeigen wieder eine Aufwärtstendenz (Ziffer 25). Auch die Preiserwartungen sind in der Industrie und im Einzelhandel wieder nach oben gerichtet (Schaubild 30).

Schaubild 30



1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH. — 2) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Salden aus den vH-Anteilen der Firmenmeldungen über steigende (+) und fallende (−) Verkaufspreise (Quelle: Ifo). — 3) Für 1968 sind die Wirkungen der Umsatzsteuerreform anhand der Schätzungen des Ifo-Instituts herausgerechnet. — 4) Ohne Eisenschaffende Industrie, Nahrungs- und Genußmittel. — 5) Einschl. Konsumgenossenschaften und Lebensmittelfilialbetriebe.

SR 8693

174. Bei der von uns vorausgeschätzten Lohn- und Produktivitätsentwicklung wird das gesamtwirtschaftliche Lohnkostenniveau 1969 um etwa 2½ vH höher sein als 1968. Für den Preisindex des privaten Verbrauchs erwarten wir — im Vergleich der Jahresdurchschnitte — einen Anstieg um 3 vH (Tabelle 18). Dabei sind wir davon ausgegangen, daß

— die Nahrungsmittel, vor allem bedingt durch einen Anstieg der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, um 3 vH teurer sein werden als 1968,

— die Dienstleistungspreise ebenfalls um 3 vH über dem Niveau von 1968 liegen werden,

Tabelle 18

Preisentwicklung

Schätzung für das 2. Halbjahr 1968 und Prognose für das Jahr 1969 [1])

Zeitraum	Preisniveau Privater Verbrauch	Preisniveau Bruttosozialprodukt
	1954 = 100	
1967	135,5	145,2
	Veränderung in vH [2])	
1968	+2,0	+2,0
1969	+3,0	+3,0
1968 1. Hj.	+1,9	+1,1
2. Hj.	+2,0	+2,5
1969 1. Hj.	+2,5	+3,0
2. Hj.	+3,0	+3,0

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

— die Wohnungsmieten, bei denen der Prozeß der Entzerrung noch anhält, im Jahresdurchschnitt um fast 10 vH höher sein werden als 1968 und

— die Preise der gewerblich erzeugten Waren das Niveau von 1968 um 2 vH übertreffen werden.

Schon am Jahresende 1968 wird der Preisindex für den privaten Verbrauch wahrscheinlich um 1,3 vH über dem Stand liegen, der sich im Jahresdurchschnitt 1968 ergibt (Überhang). Ein Anstieg um 3 vH — von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt gerechnet — bedeutet deshalb, daß der Index im Verlauf des Jahres 1969, vom Jahresende 1968 bis zum Jahresende 1969 gerechnet, um etwa 3,5 vH steigen wird. Der steilste Anstieg wird sich dabei im zweiten Halbjahr 1969 ergeben.

175. Den Einfuhranstieg, den wir bei der vorausgeschätzten Entwicklung von Nachfrage, Produktion und Inlandspreisen erwarten, beziffern wir auf rund 12 vH. Weitaus am stärksten dürfte die Einfuhr von Enderzeugnissen zunehmen, die auf eine Belebung der Verbrauchskonjunktur und auf interne Preissteigerungen erfahrungsgemäß besonders kräftig reagiert. Auch kann man damit rechnen, daß 1969 ein größerer Teil der Nachfrage nach Ausrüstungen als 1968 aus ausländischem Angebot gedeckt wird. Für die Vorprodukteinfuhr rechnen wir mit einem Zuwachs, der etwas größer ist als der der Inlandsproduktion. Hierin schlägt sich vor allem nieder, daß wir eine weitere Zunahme der Lagerinvestitionen erwarten. Schließlich nehmen wir an, daß die Dienstleistungsausgaben, vor allem im Bereich des Reiseverkehrs, stärker steigen als 1968.

176. Trotz der erwarteten kräftigen Einfuhrzunahme ergibt sich in unserer Rechnung ein „Außenbeitrag" von 16½ Mrd. DM. Er wäre damit so groß wie im Jahre 1968 (Tabelle 19).

Tabelle 19

Außenhandel

Schätzung für das 2. Halbjahr 1968 und Prognose für das Jahr 1969 [1])

Zeitraum	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	Anteil des Saldos am Bruttosozialprodukt
	Mrd. DM		Mrd. DM	vH
1967	111,3	95,3	+16,0	3,3
	Veränderung in vH [2])			
1968	+10,0	+11,0	+16,5	3,2
1969	+10,5	+12,0	+16,5	2,9
1968 1. Hj.	+ 7,4	+ 9,4	+ 8,1	3,3
2. Hj.	+12,0	+12,0	+ 8,5	3,1
1969 1. Hj.	+12,0	+14,5	+ 8,0	3,0
2. Hj.	+ 9,0	+10,0	+ 8,5	2,9

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

DRITTES KAPITEL

Gegen Fehlentwicklungen — Für Expansion bei Stabilität und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht

I. Die konjunkturpolitische Diskussion des Jahres 1968 im Rückblick

177. Im Zuge des Aufschwungs seit Mitte 1967 hat sich der Schwerpunkt der konjunkturpolitischen Diskussion von der binnenwirtschaftlichen auf die außenwirtschaftliche Problematik verlagert. Ging es 1967 noch darum, das Ausmaß des ungenutzten Produktionspotentials abzuschätzen und staatliche Maßnahmen der Nachfrageexpansion zu erörtern, so rückten 1968 Fragen der Feineinstellung in den Vordergrund: sollte man den eingetretenen Konjunkturaufschwung noch etwas unterstützen oder war es schon wieder geboten, einer künftigen Übernachfrage entgegenzuwirken? Je mehr sich der Aufschwung entfaltete, um so aktueller wurde das Problem des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts: würden sich die Ungleichgewichtssymptome von selbst zurückbilden, und zwar auch bei Stabilität des Binnenpreisniveaus, oder würde es zur Beseitigung eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts und zur Sicherung der Geldwertstabilität unpopulärer Eingriffe bedürfen?

178. Als im Herbst 1967 das vierte Jahresgutachten erstellt wurde, war das zweite Konjunkturprogramm der Bundesregierung, das wir in Ausmaß und Struktur für angemessen hielten (JG 67 Ziffer 244), gerade angelaufen. Zweifel bestanden allerdings, ob nicht die Pfund-Abwertung und die flankierenden Maßnahmen, die bei hohem Beschäftigungsgrad immer nötig sind, um einer solchen Wechselkursänderung zum Erfolg zu verhelfen, zusammen mit anderen Sonderfaktoren die noch schwachen Auftriebskräfte unserer Binnenkonjunktur so beeinträchtigen würden, daß es 1968 und 1969 in wichtigen Bereichen nicht zu einer befriedigenden Kapazitätsauslastung und infolgedessen auch nicht zur Wiederaufnahme der Investitionstätigkeit auf breiter Front kommen würde. Um solche Zweifel auszuschließen und den Unternehmern ebenso wie den Verbrauchern jene Gewißheit zu vermitteln, die es ihnen erlaubt, in ihren Entscheidungen den Konjunkturanstieg zu antizipieren und so einen sich selbst tragenden Aufschwung herbeizuführen, hat der Sachverständigenrat einen Expansionspfad beschrieben, der bis 1969 ein binnen- und außenwirtschaftliches Gleichgewicht in Aussicht stellte (JG 67 Ziffern 312 ff.).

179. Diesem Pfad der Nachfrageexpansion lagen Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts von etwas über 6 vH in den Jahren 1968 und 1969 zugrunde. Sie sollten sicherstellen, daß die vorhandenen Produktivkräfte Ende 1969 nicht weniger, aber auch nicht stärker beansprucht würden, als es im Durchschnitt des Jahres 1966 der Fall war. Für den zeitlichen Ablauf der Expansion standen zwei Strategien zur Wahl. Dem unkontrollierten Konjunkturzyklus und dem Vorurteil, das durch ihn geprägt ist, hätte ein Expansionspfad entsprochen, der allmählich ansteigt und sich erst ziemlich spät beschleunigt. Da ein derartiger Expansionspfad die Gefahr birgt, daß die Nachfrage in der Hochkonjunktur hart an die Grenzen des Produktionspotentials stößt und dann nicht mehr auf dem Hochbeschäftigungsniveau stabilisiert werden kann, beschrieben wir mit Rücksicht auf das gesetzliche Ziel des stetigen Wachstums die alternative Strategie: kräftige Expansion zu Beginn des Aufschwungs, wenn die Nachfrage das Angebotspotential bei weitem noch nicht erreicht, und rechtzeitige Verlangsamung, wenn sich die Nachfrage dem — wachsenden — Produktionspotential nähert. Nur so sahen wir eine Chance, jene konjunkturellen Übersteigerungen zu vermeiden, die erfahrungsgemäß einen Rückschlag nach sich ziehen.

Doch hielten die Bundesregierung (JWB 68 Ziffer 10), der Präsident der Deutschen Bundesbank (Bundesbank-Presseauszüge Nr. 19 vom 8. März 1968, S. 2) und große Teile der Öffentlichkeit die Risiken eines „Senkrechtstarts" im Jahre 1968 für gewichtiger als das Stabilisierungsproblem im Jahre 1969, vielleicht auch, weil die unmittelbare Zukunft stets das Hauptaugenmerk beansprucht.

180. Gegen die Zielprojektion des Sachverständigenrates wurde auch eingewandt, sie überschätze das Produktionspotential und den Wachstumsspielraum der deutschen Wirtschaft. Abgesehen davon, daß man allgemein in Wachstumspausen dazu neigt, das Ausmaß der möglichen Produktionssteigerung zu niedrig zu veranschlagen, war 1967/68 der Skeptizismus auch dadurch geprägt, daß zumindest die Unternehmer eine Konjunkturlage mit fühlbaren Spannungen am Arbeitsmarkt vermieden sehen wollten.

Auch wurden wohl vielfach die Wirkungen der rezessionsbedingten Investitionsausfälle auf das Wachstum der Sachkapazitäten überschätzt; andererseits war zu berücksichtigen, daß diesen Ausfällen positive Wirkungen gegenüberstanden, die die Rezession in bezug auf die Leistungsbereitschaft der Arbeitskräfte erwarten ließ.

181. Die Bundesregierung schätzte das Produktionspotential und dessen mittelfristiges Wachstum annähernd so hoch wie der Sachverständigenrat

(JWB 68 Ziffer 10). Wenn sie trotzdem für 1968 für ihre Politik in ihrer Zielprojektion von einer Zuwachsrate des realen Sozialprodukts von 4 vH ausging, während der Sachverständigenrat 6,4 vH für möglich und wünschenswert hielt, so deshalb, weil nach ihrer Ansicht

„... die starke Wachstumsbeschleunigung im Laufe des Jahres 1968, wie sie angesichts der zu Beginn des Jahres noch verhältnismäßig schwachen Auftriebskräfte für einen realen Zuwachs von 6 vH erforderlich wäre ... ein so schnelles Expansionstempo am Ende des Jahres bedingen (würde), daß Nachfrageübersteigerungen zu befürchten wären" (JWB 68 Ziffer 10).

Zu dieser Auffassung der Bundesregierung mag beigetragen haben, daß diese — ebenso wie der Sachverständigenrat — noch nichts von dem „Senkrechtstart" wußte, der bereits im vierten Quartal 1967 stattgefunden und das reale Bruttosozialprodukt schon um gut 4 vH über den Jahresdurchschnitt 1967 gehoben hatte, und zwar ohne Zeichen einer Übernachfrage hervorzurufen. Wenn die Bundesregierung mit ihrer Zielprojektion für 1968 ein reales Sozialprodukt anvisierte, das nur mindestens 4 vH über dem des Vorjahres lag, so bedeutete dies nach der Entwicklung im letzten Vierteljahr 1967, jedenfalls wenn diese statistisch nicht überzeichnet ist (Ziffer 13), daß ihre Zielgröße für 1968 schon bei Stagnation zu erreichen war; wegen des investitionsbedingten Kapazitätswachstums wäre dann der Auslastungsgrad unseres Produktionspotentials im Laufe des Jahres 1968 sogar gesunken.

Für die Zielvorstellung des Sachverständigenrates bedeutete der „Senkrechtstart" im vierten Quartal 1967 eine Erhöhung der Bezugsbasis und demzufolge eine Minderung der erstrebenswerten Wachtumsrate auf 6,1 vH für 1968 (und 5,9 vH für 1969).

182. Ob diese Entwicklung die Stabilität des Preisniveaus gefährden würde, war in erster Linie eine Frage der Intensität des Preiswettbewerbs von außen. Die Pfund-Abwertung ließ eine wesentliche Verbilligung der britischen Erzeugnisse auf internationalen Märkten erwarten, weil man davon ausgehen durfte, daß die britische Regierung nicht zögern würde, in Ergänzung der Abwertung drastische Restriktionsmaßnahmen zu ergreifen, einmal, um den internen Preisanstieg in engen Grenzen zu halten, und zum anderen, um die Elastizität des englischen Exportangebots Zug um Zug zu erhöhen. Hätten wir nicht damit gerechnet, daß derartige flankierende Maßnahmen unverzüglich und nicht erst fast ein halbes Jahr nach der Abwertung erfolgen würden (JG 67 Ziffer 359), so wäre es notwendig gewesen, unsere Überlegungen zur außenwirtschaftlichen Absicherung, die das dritte Jahresgutachten enthielt (JG 66 Ziffern 259 ff.), auf die aktuelle Problematik des Jahres 1968 anzuwenden, zumal wir schon in unserem Sondergutachten vom März 1967 auf die Notwendigkeit auch einer preispolitischen Absicherung des einzuleitenden Aufschwungs hingewiesen hatten (SG März 67 Ziffer 15).

Ein Abbau übermäßiger außenwirtschaftlicher Überschüsse erfordert nun einmal, wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird, außer einer Expansion der realen Binnennachfrage währungspolitische Maßnahmen zur Intensivierung des Preiswettbewerbs von außen, wenn das Binnenpreisniveau einigermaßen stabil bleiben soll. Indem man sich dafür entscheidet, die Binnennachfrage nicht zu stärken, löst man das Problem nicht; man vertagt es allenfalls, nicht ohne dafür einen Preis zu zahlen.

183. Was die lohnpolitische Absicherung des von uns beschriebenen Wachstumsprozesses anlangt, so sind wir von ähnlichen Vorstellungen ausgegangen, wie sie sich auch im Düsseldorfer Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom November 1963 finden:

„Aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist der Rahmenplan in der Form eines Nationalbudgets zu entwickeln. Es enthält die Zielsetzung für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. An seiner Vorbereitung ist der Deutsche Gewerkschaftsbund zu beteiligen. Die Richtlinien des Nationalbudgets sind für die Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik verbindlich. Sie geben die notwendigen Orientierungsdaten für die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen und den Einzelwirtschaften" (Kapitel III Ziffer 1).

Um den Gesichtspunkt der freiwilligen Vereinbarung gegenüber dem Gedanken einer autoritären Entscheidung zu betonen, regten wir statt eines Rahmenplanes einen „Rahmenpakt" an. An ihm sollten auch die Tarifpartner beteiligt sein, und zwar mit Vereinbarungen über mögliche und wünschenswerte Lohnerhöhungen in den Jahren 1968 und 1969, am besten in Form einer Bandbreite. Damit Arbeitgebervertreter und Gewerkschaften die Lohnleitlinie eines „Rahmenpaktes" eher akzeptieren könnten, sollten sie nach unseren Vorstellungen von vornherein an der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Daten mitwirken (JG 67 Ziffer 314). Eine Basis dafür sahen wir in der „Konzertierten Aktion" beim Bundeswirtschaftsministerium. Um den vermutlich langwierigen Prozeß des Interessenclearings kurzzuschließen, haben wir versucht darzulegen, auf welche lohnpolitischen Linien man sich — vielleicht — am Ende würde einigen können. Damit entsprachen wir dem gesetzlichen Auftrag, die Urteilsbildung zu erleichtern. In der Absicht, Mißverständnissen vorzubeugen, wie sie bei früherer Gelegenheit aufgetaucht sind, haben wir auch beispielhaft beschrieben, wie man Jahreszuwachsraten des Tariflohnniveaus je nach dem Zeitpunkt des Tarifabschlusses und nach der Art und Dauer der Tarifverträge in die tarifpolitische Praxis umsetzen kann.

184. Diese Überlegungen sind gründlich mißverstanden worden; sie haben uns den Vorwurf eingetragen, wir wollten — gleichsam autoritär — Lohnleitlinien verkünden, auf diese Weise die Tarifautonomie beschneiden und die lohnpolitischen Verhandlungsspielräume durch einen lohnpolitischen Perfektionismus ersetzen. Solche Absichten lagen uns jedoch völlig fern.

Von Gewerkschaftsseite wurde zudem eingewandt, in dem skizzierten „Rahmenpakt" werde die Tarif-

lohnerhöhung im Zeitraum 1968/69 unter den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt gedrückt. Abgesehen von den offenen Fragen, die sich aus dem Übergang zur Mehrwertsteuer ergaben (JG 67 Ziffern 325 f.), bezieht sich dieser Einwand wohl auf das, was wir den „Abschlag für die Sicherung des hohen Beschäftigungsstandes" genannt hatten (JG 67 Ziffer 324). Mit diesem Abschlag wollten wir indessen nur einem Sachzwang Rechnung tragen: der Tatsache, daß sich in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, will man dauerhaft einen hohen Beschäftigungsstand realisieren, nicht eine ebenso hohe Lohnquote durchsetzen läßt, wie wenn man einen niedrigeren Beschäftigungsstand hinzunehmen bereit ist. Denn für die Unternehmer besteht — auf mittlere Sicht — kein Anreiz, die marginalen Arbeitsplätze zu besetzen, wenn die Lohnsätze höher sind, als es der Produktivität dieser Arbeitsplätze entspricht.

185. So sehr sie diese lohnpolitischen Implikationen ablehnten, so sehr bejahten die Gewerkschaften die anderen Elemente des „Rahmenpaktes". Dabei hat sich in diesem Falle ziemlich schnell herausgestellt, daß sich partielles Denken und emotionales Handeln nicht auszahlen: Während unser „Rahmenpakt" einen Anstieg der realen Tariflöhne und -gehälter je Stunde um etwa 3,5 bis 4 vH (der realen Effektivlöhne von 4 bis 4,5 vH) für 1968 vorsah, werden sich die realen Tariflöhne tatsächlich 1968 nur um höchstens 2,5 bis 3 vH (die realen Effektivlöhne um 3,5 bis 4 vH) erhöhen, und dies, obwohl die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts 1968 noch über dem im „Rahmenpakt" genannten Satz liegen wird.

186. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften hielten die Unternehmer- und Arbeitgebervertreter einen Sozialproduktzuwachs von 6 vH im Jahre 1968 für unerreichbar. Sie sahen vor allem keine Chance für nachfragefördernde Maßnahmen der Bundesregierung und für eine zielkonforme Politik der Länder und Gemeinden, zumal — kurz nach Erscheinen des vierten Jahresgutachtens — der Bundestag Steuererhöhungen beschlossen und der Bundesminister der Finanzen jede Möglichkeit steuerpolitischer Konzessionen mit Rücksicht auf die daraus resultierenden Steuerausfälle von sich gewiesen hatte [1]).

Zweifellos entstehen bei einer auf Expansion der Binnennachfrage gerichteten Finanzpolitik zunächst Haushaltsdefizite. Daß man Wachstumsspritzen geben und den Ertrag des erwarteten Wachstums sofort in Gestalt höherer Steuern vereinnahmen könne, ist nirgendwo behauptet worden. Soweit es sich um Steuerausfälle handelt, sind sie jedoch vorübergehender Natur, denn was der Fiskus im Falle konjunkturanregender Maßnahmen an Steuerausfällen im Jahre 1968 hätte hinnehmen müssen, hätten nicht viel später wachstumsbedingte Mehreinnahmen ausgeglichen. In der Zwischenzeit hätten die Einnahmenverzögerungen dem Fiskus nur Zinskosten für den Überbrückungskredit verursacht.

187. Die Bundesregierung befürwortete in ihrer Stellungnahme zum vierten Jahresgutachten den Gedanken eines „Rahmenpaktes". Dessen Scheitern begründete sie mit dem Hinweis, er stelle „unter den gegebenen Verhältnissen zu hohe Anforderungen an die gesellschaftlichen Kräfte" (JWB 68 Ziffer 9).

Offenbar hat der Sachverständigenrat nicht überzeugend genug bewußt gemacht, daß ein multilaterales Interessenclearing für alle Beteiligten vorteilhaft ist. Doch ist es nicht seine Aufgabe, politische Widerstände zu überwinden.

Daß die Idee des „Rahmenpaktes" nicht verwirklicht wurde, hat insofern konjunkturpolitische Konsequenzen, als sich der „Außenbeitrag" nicht wesentlich zurückgebildet hat und ein Lohn-Lag eingetreten ist, der eine schwache Verbrauchskonjunktur mit sich brachte und der für die Zukunft — in der Spätphase des gegenwärtigen Wachstumszyklus — eine Lohnkosten- und Preiswelle erwarten läßt.

Für die Wirtschaftspolitik überhaupt wiegt das Nichtzustandekommen eines „Rahmenpaktes" — sofern man die Nachteile nicht nachträglich korrigieren kann — um so schwerer, als die objektiven Bedingungen für eine echte „Konzertierte Aktion" zu Beginn eines Aufschwungs besonders günstig sind. Denn die Chance, daß die Wirtschaft durch gemeinsames Handeln schneller in ein ungenutztes Produktionspotential hineinwächst, ist gleichbedeutend mit einer hohen Prämie für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Verglichen mit 1967/68 wird die „Konzertierte Aktion" in den nächsten Jahren mehr den Charakter eines Nullsummen-Spiels haben, bei dem eine Seite nur auf Kosten einer anderen gewinnen kann.

188. Während in unserer zahlenmäßigen Prognose für das erste Halbjahr 1968 zum Ausdruck gebracht wurde, daß — ohne weitere staatliche Expansionsmaßnahmen — das reale Sozialprodukt nur um 4 vH über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum liegen würde, ergab sich tatsächlich eine Zuwachsrate von etwa 6,2 vH. Diese Abweichung geht darauf zurück, daß der „Senkrechtstart" im vierten Quartal 1967 im Prognosezeitpunkt (November 1967) nicht erkannt wurde. Zudem rechneten wir nicht damit, daß der Lagerbestand schon im ersten Halbjahr 1968 um soviel aufgestockt werden würde, wie er in den vorangegangenen eineinhalb Jahren abgebaut worden war. Schließlich sind die Exporte stärker gestiegen als erwartet; einmal bewirkten in den Vereinigten Staaten eine unvorhersehbare konjunkturelle Anspannung und einige Sonderfaktoren (Ankündigung einfuhrbeschränkender Maßnahmen, Erwartung von

---

[1]) Im Bundestag erklärte der Bundesfinanzminister dann in der Debatte über das vierte Jahresgutachten und den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung: „Es ist einfach falsch, vor der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, man könne jetzt Wachstumsspritzen geben, um den Ertrag des erwarteten Wachstums sofort in Gestalt höherer Steuereinnahmen zu vereinnahmen. Zwischen wachstumsfördernden Maßnahmen und steuerlichen Konsequenzen ... besteht ein Verzögerungseffekt von minimal ein bis zwei Jahren ..." (Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 156. Sitzung, Bonn, den 14. Februar 1968, S. 8045).

Stahl- und Dockarbeiterstreiks) einen Importsog; zum anderen hat die Pfund-Abwertung unsere Ausfuhr weniger beeinträchtigt als angenommen, weil die britische Regierung mit den fiskalischen Begleitmaßnahmen, mit denen zu rechnen war, fast ein halbes Jahr zögerte.

189. Zum großen Teil hat also die Auslandsnachfrage die im „Rahmenpakt" zur Diskussion gestellten binnenwirtschaftlichen Expansionsmaßnahmen entbehrlich gemacht. Blickt man nur auf die Gesamtnachfrage, so scheinen diejenigen Recht behalten zu haben, die damals eine fiskalpolitische Unterstützung des Rahmenpaktes ablehnten. Doch wird dabei folgendes übersehen:

— Das Fehlen einer fiskalpolitischen Stütze hat dazu beigetragen, daß die reale Binnennachfrage nach heimischer Produktion 1968 zunächst nur verhältnismäßig schwach expandierte, über das ganze Jahr gerechnet statt um $6^1/_2$ vH (Rahmenpakt) nur um 5 vH; der Unterschied ist am größten bei den Staatsausgaben (+ $3^1/_2$ vH statt 10 vH) und bei den Unternehmensinvestitionen (+ 10 vH statt 15 vH).

— Die zunächst nur schwache Expansion der realen Binnennachfrage ist einer der Gründe dafür, daß die Importe 1968 real nur um 13 vH zugenommen haben, verglichen mit den 20 vH, die der „Rahmenpakt" vorsah.

— Vermutlich hat das Fehlen binnenwirtschaftlicher Expansionsmaßnahmen auch die Unternehmen veranlaßt, die Exportchancen stärker zu nutzen, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Dem Weniger an interner Nachfrageexpansion steht ein Mehr an „Außenbeitrag" gegenüber. Was wir den inländischen Gebietskörperschaften und Unternehmen an Chancen zum Ausbau unseres Produktionsapparates und unserer Infrastruktur versagt haben, hat das Ausland real zum Teil erhalten (unser „Exportüberschuß") und zum Teil behalten (unser „Importdefizit"). Das monetäre Gegenstück sind kompensatorische Finanztransaktionen zugunsten des Auslandes, verbunden mit Restriktionen der Kapitalausfuhr wichtiger Partnerländer.

190. Diese Fehlentwicklung hat auch unsere Produktionsstruktur beeinflußt:

— Die Binnennachfrage war in der Rezession zurückgegangen, der Export zur wichtigsten Konjunkturstütze geworden; so hat sich eine übermäßig exportorientierte Produktionsstruktur herausgebildet. Da zu Beginn des Aufschwungs versäumt wurde, sie genügend zu entzerren, stehen die verantwortlichen Instanzen nunmehr vor schwierigen Entscheidungen; diese betreffen zwar zunächst „nur" die außenwirtschaftlichen Anpassungsprozesse, aber sie haben unausweichliche Konsequenzen für die Produktionsstruktur.

— Da die Binnennachfrage zu gering war, blieb die Kapazitätsauslastung in den binnenwirtschaftlich orientierten Bereichen zunächst weithin unbefriedigend. Infolgedessen sind — mehr als in früheren Aufschwungsphasen — noch mehr Rationalisierungsinvestitionen und noch weniger Erweiterungsinvestitionen getätigt worden. Dadurch sind die Chancen zur aktiven Sanierung strukturschwacher Gebiete verhältnismäßig gering geblieben. Denn die Neuansiedlung von Industriebetrieben gelingt meist nur, wenn genügend Erweiterungsinvestitionen vorgenommen werden, bei denen die Unternehmen die Möglichkeit haben, einen neuen Standort zu wählen.

191. Daß wir bei einer zu zaghaften Ankurbelung der Binnennachfrage übermäßige Leistungsbilanzüberschüsse erzielen würden, wurde im dritten Jahresgutachten angedeutet (JG 66 Ziffer 234). Im Sondergutachten vom März 1967 hieß es hierzu:

„Der Nachfragemangel im Inland stört das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ganz erheblich ... Je mehr der interne Nachfragemangel die Unternehmen dazu zwingt, auf den ausländischen Märkten vorzudringen, um so mehr geraten wichtige Partnerländer in Zahlungsbilanzschwierigkeiten und um so schmerzhafter wird es dann sein, das internationale Gleichgewicht wiederherzustellen" (Ziffer 8).

Für den Fall, daß man versuchen werde, Preisniveaustabilität durch Minderausnutzung des Produktionspotentials zu erreichen, befürchteten wir, daß sich

„... die Bundesrepublik um des internationalen Gleichgewichts willen wahrscheinlich schon in naher Zukunft vor die Wahl gestellt sehen (dürfte), entweder auf innere Geldwertstabilität ... zu verzichten — oder im traditionellen Stil aufzuwerten" (Ziffer 11).

Im vierten Jahresgutachten wurde dann im „Rahmenpakt für Expansion und Stabilität" ganz bewußt eine Entwicklung der Binnennachfrage angenommen, die es ermöglicht hätte, auf eine übermäßige Exportausweitung als Konjunkturstütze zu verzichten und durch Stimulierung der Importe die Leistungsbilanzüberschüsse auf ein Maß zu reduzieren, das mit dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht ebenso vereinbar ist wie mit dem binnenwirtschaftlichen Ziel eines angemessenen Wachstums. Daß die Frage der außenwirtschaftlichen Absicherung des Binnenpreisniveaus früher aktuell werden würde, haben wir aus erklärlichen Gründen nicht ausdrücklich erwähnt.

II. Gestörtes außenwirtschaftliches Gleichgewicht

192. Im Jahre 1967 belief sich der „Außenbeitrag" auf 16 Mrd. DM. Er dürfte 1968 eher darüber liegen. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt für 1968 (525 Mrd. DM) sind dies 3 vH und damit dreimal soviel, wie die Bundesregierung ursprünglich (1 vH) und doppelt soviel, wie sie später (1,5 vH) als Richtzahl für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht in ihre mittelfristige Zielprojektion eingestellt hatte. Demzufolge hätte die Bundesrepublik gegenwärtig ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht.

193. Solche Richtzahlen sind jedoch kein Dogma. Sie müssen ständig daraufhin überprüft werden, ob die ihnen zugrunde liegenden Definitionen und Meßvorschriften den weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen ausreichend Rechnung tragen. Eine Überprüfung gebietet auch die gegenwärtige währungspolitische Diskussion.

a) Außenwirtschaftliches Gleichgewicht sei definiert als ein Zustand, in dem sich bei konstantem Wechselkurs die Zahlungseingänge und die Zahlungsausgänge im internationalen Verkehr die Waage halten (unveränderte Währungsreserven),

— ohne daß zu diesem Zweck bestimmte Transaktionen vorgenommen oder besonders gefördert beziehungsweise beschränkt werden, und zwar auch nicht seitens wichtiger Partnerländer;

— ohne daß sich unmittelbare Nachteile oder Gefahren für die binnenwirtschaftlichen Ziele (Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigtenstand und angemessenes Wachstum) ergeben.

b) Diesem Grundsatz entspricht es, wenn bei freiem Handel und Zahlungsverkehr ein Leistungsbilanzüberschuß durch einen autonomen Kapitalexport oder ein Leistungsbilanzdefizit durch einen autonomen Kapitalimport gedeckt wird, es also keine zahlungsbilanzbedingten Restriktionen und Transaktionen gibt.

c) Beispiele für zahlungsbilanzbedingte Restriktionen sind (bezogen auf den hier relevanten Fall eines Überschuß-Ungleichgewichts) zahlungsbilanzbedingte Behinderungen des Kapitalimports (Diskriminierung ausländischer Kapitalanleger durch Verzinsungsverbote und Sondersteuern; sonstige Maßnahmen gemäß § 23 Außenwirtschaftsgesetz).

d) Beispiele für zahlungsbilanzbedingte Transaktionen (wiederum bezogen auf den Fall eines Überschuß-Ungleichgewichts) sind:

— Kapitalexporte, die infolge zahlungsbilanzbedingter Förderungsmaßnahmen stattfinden (Aufforderung zu vermehrten Direktinvestitionen im Ausland und steuerliche Begünstigung solcher Investitionen; zahlungsbilanzbedingte Gewährung von Kurssicherungsprämien);

— zahlungsbilanzbedingte Finanztransaktionen öffentlicher Instanzen (Stützungskredite an ausländische Regierungen; Kredite an den Internationalen Währungsfonds; Schuldenmoratorien zugunsten ausländischer Schuldner; vorzeitige Schuldentilgung);

— zahlungsbilanzbedingte öffentliche Aufträge an Unternehmen im Ausland (Rüstungskäufe in Defizitländern).

e) Ein Überschuß-Ungleichgewicht liegt nach der obigen Definition schon dann vor, wenn Überschußländer mit Rücksicht auf ihre Zahlungsbilanzen eine Konjunkturpolitik betreiben müssen, die ihren erklärten binnenwirtschaftlichen Zielen zuwider läuft, oder wenn ihnen die Zahlungsbilanzsituation die Möglichkeit nimmt, voraussehbare Fehlentwicklungen zu verhindern. Das wäre zum Beispiel der Fall, wenn kreditpolitische Maßnahmen, die zur Verhinderung einer Übernachfrage geboten erscheinen, aus Zahlungsbilanzgründen unterlassen werden müssen oder unwirksam bleiben.

f) Ein Überschuß-Ungleichgewicht braucht nicht vorzuliegen, wenn zwar einige der oben genannten Kriterien erfüllt sind, aber gleichzeitig noch Beschränkungen des Handels- und Kapitalverkehrs bestehen, die in Zeiten defizitärer Zahlungsbilanz eingeführt wurden. Erst nach dem Abbau dieser Beschränkungen wäre ein eindeutiges Urteil möglich.

g) Nicht jedes Überschuß-Ungleichgewicht muß chronischer Natur sein. Aber wenn über mehrere Jahre und nicht nur in Zeiten der Rezession, sondern auch in der Hochkonjunktur Überschüsse entstehen oder diese nur deshalb nicht offen zutage treten, weil zahlungsbilanzbedingte Restriktionen und Transaktionen in Kraft sind, wird man nicht umhin können, von einem chronischen außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht zu sprechen.

194. Als der Sachverständigenrat im ersten Jahresgutachten auf das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts kurz einging (JG 64 Ziffer 20), spielten zahlungsbilanzbedingte Maßnahmen zur Förderung des Kapitalexports aus der Bundesrepublik und zur Beschränkung des Kapitalexports aus wichtigen Partnerländern keine so große Rolle, daß es notwendig gewesen wäre, sie besonders ins Bewußtsein zu heben. Wir konnten daher — stillschweigend — unterstellen, daß alle langfristigen Kapitalbewegungen autonom waren und daß außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei einem Ausgleich der Grundbilanz gegeben sei.

Eine Definition des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, die zahlungsbilanzbedingte Restriktionen und Transaktionen außer Betracht läßt, wird den heutigen Verhältnissen nicht gerecht. Das gilt auch für die Erklärungen der Bundesregierung, die sie kürzlich als Antwort auf eine kleine Anfrage im Deutschen Bundestag zum Problem des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts abgab und in der sie sich auf die frühere Definition des Sachverständigenrates berief (Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 185. Sitzung, Bonn, den 25. September 1968, Seite 10039).

195. Eine Analyse der außenwirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik Ende 1968 muß folgende Tatsachen und Umstände in Betracht ziehen:

— einen Leistungsbilanzüberschuß in den Jahren 1967 und 1968 (und voraussichtlich auch 1969), der alle früher als „normal" angesehenen Richtgrößen bei weitem übersteigt (Ziffern 79, 176);

— einen privaten Kapitalexport, der 1967/68 einen bis dahin unerreichten Umfang angenommen hat, der aber ohne die Politik des leichten Geldes in der Bundesrepublik und ohne die zahlungsbilanzbedingten Restriktionen der Partnerländer, die die Bundesrepublik zu einem der wenigen großen Kapitalmärkte mit freiem Zugang gemacht haben, nicht erklärbar wäre (Ziffern 86 ff.);

— hohe Stützungskredite, die die Bundesrepublik den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich direkt und indirekt gewährt hat (Ziffer 102).

Diese Indizien deuten darauf hin, daß die westdeutsche Zahlungsbilanz ein Ungleichgewicht aufweist, allenfalls ein Gleichgewicht, das künstlich gestützt und dabei noch sehr labil ist.

196. Zu einem anderen Urteil käme man allerdings, wenn es zuträfe, daß jetzt und künftig mehr als früher deutsche Investoren und Sparer von sich aus eine Anlage im Ausland bevorzugten und die Bundesrepublik mithin vor einer Welle autonomen Kapitalexports stünde.

Diese These vom überproportional zunehmenden Kapitalexport hat eine normative und eine faktische Stütze. Normativ ist die Vorstellung, daß die reichen Länder, zu denen die Bundesrepublik im allgemeinen gerechnet wird, über die staatliche Entwicklungshilfe hinaus zum Wachstum des Kapitalstocks in den weniger entwickelten Regionen der Welt beitragen sollen. Dieses Argument würde gesamtwirtschaftlich allerdings sehr an Überzeugungskraft gewinnen, wenn es auch und vor allem von Gruppen vorgebracht würde, die — wie die Arbeitnehmer — von einem forcierten Kapitalexport allenfalls Nachteile zu erwarten haben, zum Beispiel, weil eine Volkswirtschaft — bei hohem Beschäftigungsgrad — Realkapital nur ins Ausland exportieren kann, wenn im entsprechenden Umfang darauf verzichtet wird, inländische Arbeitsplätze mit mehr und besseren Maschinen auszustatten.

Die faktische Stütze des Kapitalexport-Arguments beruht auf der These, daß die Kapitalprofit-Rate im Inlande tendenziell sinkt. Nun ist zwar richtig, daß die Gewinnraten nach Beseitigung des kriegsbedingten Sachkapitalmangels in der Bundesrepublik zurückgegangen sind. Aber es bestehen Zweifel, ob sich diese Tendenz in die mittelfristige Zukunft extrapolieren läßt, solange

— die marktwirtschaftliche Ordnung unangetastet bleibt;

— eine erfolgreiche Politik der Globalsteuerung betrieben wird;

— Bund, Länder und Gemeinden es nicht versäumen, durch den Ausbau der Infrastruktur für ein wachstums- und investitionsfreundliches Klima zu sorgen;

— die Gewerkschaften auf eine aggressive Politik verzichten;

— die Unternehmer eine fallende Gewinnrate in ihren Investitionsentscheidungen nicht vorwegnehmen und die Chancen des technischen Fortschritts nicht unterschätzen;

— die Arbeitnehmer gegenüber dem technischen Fortschritt, auch wenn er arbeitssparender Natur ist, aufgeschlossen bleiben.

Sollten allerdings einige dieser Bedingungen entfallen oder sollte im politischen Kräftespiel das Ziel des angemessenen Wachstums hinter dem Interesse an einem überproportional zunehmenden Kapitalexport zurücktreten, so müßten für die Beurteilung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts andere Maßstäbe angelegt werden: die in der Zielprojektion der Bundesregierung vorgesehenen Leistungsbilanzüberschüsse wären dann zu gering, um den ansteigenden autonomen Kapitalexport zu finanzieren.

III. Das Für und Wider einer DM-Aufwertung

197. Seit dem Sommer 1968 wird in der Bundesrepublik über kein wirtschaftliches Thema so lebhaft debattiert wie über die Frage einer Aufwertung der DM. Diese Diskussion ist von der ausländischen Wirtschaftspresse ausgelöst worden, die in einer DM-Aufwertung ein geeignetes Mittel sah, die seit 1967 bestehenden übermäßigen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse in absehbarer Zeit auf das Maß zurückzuführen, das mit dem internationalen Gleichgewicht vereinbar ist.

198. Nach den Statuten des Internationalen Währungsfonds ist eine autonome Wechselkurskorrektur vorgesehen, wenn sich die Zahlungsbilanz in „fundamentalem Ungleichgewicht" befindet. Was „fundamental" heißt, wird zwar in diesen Statuten nicht definiert. Doch ergeben sich hierfür Anhaltspunkte aus den näheren Umständen, die bisher zu Änderungen der offiziellen Paritäten bei den Mitgliedsländern des Internationalen Währungsfonds geführt haben:

— Eine Abwertung (zuletzt die des Pfund Sterling im November 1967) erfolgte stets, weil das Defizitland sich entweder einem anhaltenden Devisenabfluß ausgesetzt sah oder aber zum Schutze seiner internationalen Liquidität die Inländer-Konvertibilität seiner Währung einschränken und durch eine rigorose Geld- und Kreditpolitik einen fühlbaren Deflationsdruck auf die heimische Wirtschaft ausüben mußte.

— Aufwertungen (zum Beispiel die DM-Aufwertung im März 1961) erfolgten bisher nur, wenn ein Überschußland, um einen anhaltenden Devisenzustrom zu vermeiden, andernfalls genötigt gewesen wäre, den Kapitalimport zu beschränken und/oder einen Anstieg des internen Preisniveaus hinzunehmen.

Hieraus folgt: Um die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit einer Paritätsänderung abzuschätzen, darf man sich nicht nur am Stand der Zahlungsbilanz orientieren; es kommt auch darauf an, ob eine Auf- oder Abwertung eine notwendige Bedingung dafür

ist, daß die Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht zu Lasten wichtiger binnenwirtschaftlicher Ziele (Geldwertstabilität oder Vollbeschäftigung) geht. In bewußter Abkehr von den Regeln der Goldwährung scheint man bei den Beratungen über die Gründung des Internationalen Währungsfonds davon ausgegangen zu sein, daß den binnenwirtschaftlichen Zielen Priorität gebühren soll [1]).

199. Gemessen an dem Zielsystem, das dem Sachverständigenrat als verbindliche Norm und der Bundesregierung zur Orientierung gesetzlich vorgegeben ist, lassen die hohen Leistungsbilanzüberschüsse in der Bundesrepublik mittelfristig zwei binnenwirtschaftliche Ziele als gefährdet erscheinen:

— das Ziel der Geldwertstabilität, weil ein Zurückbleiben des internen Kosten- und Preisniveaus hinter der Entwicklung im Ausland, wie wir es seit der Rezession beobachten (Ziffern 104 ff.), erfahrungsgemäß nur eine vorübergehende Erscheinung ist und später dann von Aufholprozessen abgelöst wird (JG 67 Ziffern 429 ff.);

— das Ziel eines angemessenen Wachstums, weil der Versuch, die Leistungsbilanzüberschüsse durch forcierten Kapitalexport zu kompensieren, den Spielraum für den Ausbau unseres Produktionsapparates und unserer Infrastruktur fühlbar einengt mit der Folge, daß sich damit auch die Chancen für eine aktive Sanierung strukturschwacher Regionen verringern.

200. In der Diskussion über die Frage einer DM-Aufwertung überwiegen eindeutig die kritischen Stimmen. Sie scheinen die Gefahr von Preisanpassungen und von Wachstumseinbußen gering zu schätzen, sei es, weil ihnen manche der hier relevanten Zusammenhänge verborgen bleiben, sei es, weil sie sich die gesetzlichen Ziele nicht zu eigen machen. Die Einwände beruhen auf Zweifeln an der Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit einer Aufwertung für die Ziele des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Stabilität des Preisniveaus und auf Bedenken und Befürchtungen hinsichtlich einiger Nebenwirkungen.

Zur ersten Gruppe gehören die Argumente:

(1) die Bundesrepublik habe dem Ausland in den vergangenen Jahren kaum Liquidität entzogen; die Devisenreserven hätten sich nicht erhöht, obwohl das Volumen des deutschen Außenhandels stark zugenommen hat (Ziffer 201);

(2) anders als vor der Aufwertung 1961 sei infolge umfangreicher Kapitalexporte unsere Grundbilanz zur Zeit praktisch ausgeglichen (Ziffer 202);

(3) unsere Leistungsbilanzüberschüsse würden sich gleichsam automatisch auf ein tragbares Maß zurückbilden, sobald die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte weiter an Kraft gewönnen (Ziffer 203);

(4) eine Aufwertung sei, wie die Erfahrungen von 1961 zeigten, kein geeignetes Mittel, um künftige Preissteigerungen zu vermeiden (Ziffern 204 ff.).

Innerhalb der zweiten Gruppe von Einwänden wird vorgebracht:

(5) eine Aufwertung beeinträchtige unseren Kapitalexport (nicht nur in die Entwicklungsländer) (Ziffer 208);

(6) sie verursache Unruhe auf dem deutschen Kapitalmarkt (Ziffer 209);

(7) sie brächte den öffentlichen Haushalten fühlbare Steuereinbußen (Ziffer 210);

(8) sie dämpfe den weiteren Konjunkturaufschwung und träfe dabei vor allem die wachstumsträchtigen Exportindustrien (Ziffern 211 ff.);

(9) sie zöge bestimmte Wirtschaftsbereiche ganz besonders in Mitleidenschaft, so zum Beispiel die deutsche Landwirtschaft wegen der Bestimmungen der EWG-Agrarmarktordnung (Ziffern 215 f.).

Um die Urteilsbildung zu erleichtern, hält es der Rat für zweckmäßig, sich mit diesen Einwänden näher zu befassen.

201. Was den ersten Einwand anlangt, so läßt er außer Betracht, daß allein in den ersten neun Monaten 1968 die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank um gut 4 Mrd. DM zugenommen haben, nicht gerechnet jene Devisenzuflüsse, die die Bundesbank durch Swap-Operationen vorübergehend abwehren konnte. Wenn trotzdem unseren Partnerländern, deren Zahlungsbilanzen Defizite aufweisen, aus ihrem Liquiditätsschwund keine größeren Schwierigkeiten erwachsen sind, so ist dies nicht zuletzt den Stützungskrediten zu verdanken, die die Bundesrepublik in den letzten 12 Monaten gewährt hat (Ziffer 102). Wie der Sachverständigenrat wiederholt betont hat, bringen derartige Stützungskredite den Defizitländern nur einen Zeitgewinn, so daß sie, wenn die gewonnene Zeit nicht für eine grundlegende Therapie genutzt wird, immer wieder durch neue Kredite abgestützt werden müssen, mit der Folge, daß der Preisauftrieb im Ausland verstärkt und die Gefahr importierter Preissteigerungen im Inland größer wird.

Der Hinweis auf das gestiegene Außenhandelsvolumen ist irrelevant, da Gold- und Devisenreserven nicht der Außenhandelsfinanzierung dienen, sondern lediglich der Abdeckung eventueller Zahlungsbilanzdefizite, das heißt eines Risikos, das für

---

[1]) Hierzu der britische Unterhändler Lord Keynes während der Oberhaus-Beratungen über das neue Währungsabkommen: „... der Außenwert der Währung sollte geändert werden, wenn immer es nötig ist, ihn an den Binnenwert anzupassen, der aus der internen Konjunkturpolitik resultiert; auf diese Politik soll der Fonds keinen Einfluß haben. Er ist sogar verpflichtet, solche Wechselkursänderungen zu billigen... . Diese Vorschläge sind genau das Gegenteil des Goldstandards." (J. M. Keynes, The International Monetary Fund, in: S. E. Harris [Hrsg.], The New Economics, London 1949, S. 376, eigene Übersetzung.)

uns seit 1950 kaum mehr von Bedeutung war. Für Länder mit monetärer Disziplin stellen hohe Währungsreserven „nicht gerade eine sehr produktive — und damit wachstumsfördernde — Anlage von Volksvermögen dar" (JG 64 Ziffer 42).

202. Der zweite Einwand, der auf die zur Zeit durch den Kapitalexport ausgeglichene Grundbilanz abstellt, übersieht zweierlei:

— Der Anstieg unseres langfristigen Kapitalexports seit Januar 1967 beruht zum größten Teil auf Wertpapierkäufen und auf Krediten und Darlehen (Ziffern 89 ff.). Sollte die Bundesbank zur Vermeidung von Preisniveausteigerungen versuchen (wollen), das Zinsniveau im Inland zu erhöhen, bevor eine Anpassungsinflation ihren Höhepunkt erreicht hat und die übermäßigen Leistungsbilanzüberschüsse sich zurückgebildet haben, so würde der Kapitalexport sehr schnell in einen massiven Kapitalimport umschlagen, mit der Folge, daß der Versuch der Liquiditätsverknappung — ähnlich wie 1960 — mißlingt. Die entstandene Lage ist also sehr labil.

— Zweitens wird übersehen, daß unsere zusätzlichen Kapitalexporte über kurz oder lang zu zusätzlichen Warenexporten führen, jedenfalls solange das deutsche Preisniveau — in Dollar gerechnet — vergleichsweise niedrig bleibt und die deutschen Unternehmen vergleichsweise kurze Lieferfristen haben. Für diesen „Bumerang-Effekt" ist es letztlich unerheblich, wie die ausländischen Kreditnehmer über die aufgenommenen Mittel verfügen (vorausgesetzt diese werden nicht irgendwo gehortet); denn auch durch Käufe ausländischer Güter und Dienste — im Kreditnehmerland oder sonstwo — tragen sie dazu bei, daß der Weltmarkt mehr deutsche Exportgüter aufnehmen kann.

203. Zum dritten Einwand: Es ist sicherlich eine Expansion der Binnennachfrage denkbar, die die Importe so anregt und den Exportanstieg so dämpft, daß unsere übermäßigen Leistungsbilanzüberschüsse rasch verschwinden.

Doch kann man sich angesichts der Preissituation im Ausland (Schaubild 25) eine solche Entwicklung nur in Verbindung mit einer zügigen Anpassungsinflation vorstellen. Hierin findet die Alternative: Aufwertung oder Preisniveau-Anpassung ihren schärfsten Ausdruck. Will die Bundesrepublik — bei unverändertem Wechselkurs — die inflatorische Anpassung des Binnenpreisniveaus hinauszögern, so wird das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht wahrscheinlich laufend zunehmen, mit der Folge, daß entsprechend mehr Devisenhilfen zu leisten wären, um zahlungsbilanzbedingte Beschränkungen des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs oder kettenartige Abwertungen unserer Partnerländer zu verhindern.

204. Der vierte Einwand, eine Aufwertung trage nicht zur Stabilität des Binnenpreisniveaus bei, läßt folgende Umstände unberücksichtigt:

— Eine Aufwertung eröffnet ausländischen Lieferanten die Möglichkeit, durch Senkung ihrer DM-Preise neue Absatzmärkte in der Bundesrepublik zu erobern und/oder hier bestehende Märkte auszuweiten. Für die Branchen, die mit Importerzeugnissen konkurrieren, bedeutet der verschärfte Preiswettbewerb von außen eine Einengung ihrer Preis- und Lohnerhöhungsspielräume.

— Für Branchen, die ausländische Produkte als Vorerzeugnisse verwenden, entstehen in dem Maße Preissenkungsspielräume, wie die importierten Kostengüter — in DM gerechnet — billiger werden.

— Was die Branchen anlangt, deren Güter im Inland abgesetzt, aber auch (und unter Umständen überwiegend) exportiert werden, so wirkt eine Aufwertung insofern preisdämpfend, als die Unternehmen die Dollar-Preise nicht ohne Absatzeinbußen um den Aufwertungssatz erhöhen können, soweit sie also gezwungen sind, die DM-Preise zurückzunehmen. Exportintensive Unternehmen werden deshalb weniger geneigt sein, stabilitätswidrige Lohnerhöhungen zu gewähren, als es ohne Aufwertung der Fall wäre.

— Am wenigsten berührt werden auf kurze Sicht Branchen, die nur binnenwirtschaftlich orientiert sind, also weder auf den Inlandsmärkten noch auf den Auslandsmärkten mit ausländischen Erzeugnissen in Wettbewerb stehen. Doch kann eine Aufwertung auch bei ihnen preisstabilisierende Einflüsse erzeugen; denn wenn die Außenhandelsbereiche mehr Zurückhaltung bei der Nachfrage nach Arbeitskräften und bei Lohnzugeständnissen üben müssen, verringert sich auch der Lohndruck, dem die Binnenbereiche ausgesetzt sind.

205. Diese vielfältigen preisdämpfenden Wirkungen einer Aufwertung dürften allerdings erst mit gewissen zeitlichen Verzögerungen voll eintreten: Sie wären wahrscheinlich im ersten halben Jahr noch gering; in den folgenden beiden Halbjahren würden sie ihre volle Stärke erreichen und danach wieder allmählich abklingen. Das Ausmaß der Preisdämpfung hängt primär davon ab, ob eine Aufwertung isoliert oder — bei gleichem Satz — in Verbindung mit flankierenden Expansionsmaßnahmen zur Stützung der Binnennachfrage erfolgt.

206. Wenn damit gerechnet werden muß, daß die Preise in wichtigen Partnerländern weiter steigen, wird sich das Binnenpreisniveau trotz einer — einmaligen — Aufwertung erhöhen, wenngleich mit einer geringeren Rate. Vergleichsmaßstab ist dabei jene Geldwertentwicklung, bei der am Ende des Wirkungszeitraums das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht ohne Wechselkurskorrektur beseitigt wäre (Anpassungsinflation) oder unvermindert bestünde (Inflationsgleichschritt). Für die Höhe des Aufwertungssatzes folgt hieraus, daß dieser (unter sonst gleichen Voraussetzungen) um so höher sein müßte, je größer das bestehende Ungleichgewicht ist (damit dieses abgebaut werden kann, ohne daß das

Binnenpreisniveau stärker steigt als im Ausland) und je kräftiger der ausländische Preisanstieg während der Wirkungsphase der Aufwertung ist (damit sich die inländische Geldentwertungsrate einigermaßen in Grenzen halten läßt).

207. Aus dem Umstand, daß sich nach der DM-Aufwertung von 1961 der Lohn- und Preisanstieg beschleunigt hatte, darf nicht — wie das vierte Argument behauptet — geschlossen werden, es könnte auch gegenwärtig eine Aufwertung den Preisanstieg nicht dämpfen. Abgesehen davon, daß die Aufwertung von 1961, wenn auch mit großer Verzögerung, ebenfalls preisdämpfend gewirkt haben dürfte, bestehen zwischen damals und heute wesentliche Unterschiede:

— Damals befand sich die deutsche Wirtschaft im Scheitelpunkt eines Wachstumszyklus: Die interne Kosten- und Preiswelle war schon in vollem Gange, die Unternehmen waren mit Aufträgen voll eingedeckt, und die Kapazitäten waren weitgehend genutzt. Um die Kosten- und Preiswelle — so spät — noch zu verhindern, hätte es einer massiven Aufwertung bedurft.

— In der gegenwärtigen Konjunkturphase hätte eine Aufwertung, preispolitisch gesehen, noch einen prophylaktischen Charakter: Der Höhepunkt des Wachstumszyklus ist doch nicht erreicht, die Lohnentwicklung bleibt noch hinter dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs zurück, und die Auftragsbestände werden, obwohl sie gestiegen sind, ebenso wie die Kapazitätsauslastung in einigen Bereichen noch als unbefriedigend empfunden. Unter diesen Umständen fände eine Aufwertung wohl eher in künftigen Tarifabschlüssen ihren Niederschlag. Die Chance, die Stabilität des Preisniveaus zu sichern, verringert sich, wenn mit einer Aufwertung gewartet wird, bis die spiralförmige Bewegung von Kosten und Preisen eingesetzt hat.

208. Daß eine Aufwertung den deutschen Kapitalexport beeinträchtigen werde (fünfter Einwand), ist — soweit es den kompensatorischen Kapitalexport betrifft — richtig, aber auch genau der Sinn der Sache. Der autonome Kapitalexport, der den internationalen Rentabilitätsunterschieden bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht folgt, wird durch eine Wiederherstellung des internationalen Gleichgewichts definitionsgemäß nicht in Mitleidenschaft gezogen; er wird sogar in dem Maße gefördert, in dem sich durch eine Aufwertung die Rentabilität der Auslandsinvestitionen gegenüber den Inlandsinvestitionen verbessert.

209. Die „Unruhe" am Kapitalmarkt, die der sechste Einwand als Aufwertungsfolge befürchtet, kann durchaus eintreten, wenn ausländische Besitzer deutscher Wertpapiere versuchen sollten, Aufwertungsgewinne zu realisieren. Ob dadurch eine „Unruhe" auf dem deutschen Kapitalmarkt entstehen würde, hängt allerdings von dem ausländischen Engagement in der Bundesrepublik ab. Dieses scheint bei Abschluß dieses Gutachtens — jedenfalls auf dem Wertpapiermarkt — noch erheblich geringer zu sein als 1960/61. Es könnte allerdings fühlbar zunehmen, wenn man versuchte, die Preisniveau- oder Wechselkursanpassung hinauszuzögern; denn dann würden sich unsere Leistungsbilanzüberschüsse weiter vergrößern, so daß die internationale Spekulation eine Aufwertung für immer wahrscheinlicher hielte.

210. Zum siebenten Einwand: Steuereinbußen beim Bund — verglichen mit dem sonst zu erwartenden geplanten Steueraufkommen — würden sich im Falle einer Aufwertung tatsächlich ergeben. Denn indem die Aufwertung den Preisanstieg und — wenn sie ohne flankierende Maßnahmen erfolgt — die Nachfrage im Innern dämpfte, würden die nominalen inländischen Ausgaben und auch das nominale Bruttosozialprodukt langsamer steigen als sonst, so daß das Umsatzsteueraufkommen ebenso wie das Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer, an Mineralölsteuer und anderen Verbrauchsteuern hinter den Haushaltsansätzen zurückbliebe. Der Einnahmenausfall wäre noch größer, wenn die Bundesbank den Buchverlust, den sie bei einer Aufwertung erleidet, wie 1961 dem Bund in Rechnung stellen sollte, ihn also nicht aus ihren — sicherlich auch für diese Zwecke gebildeten — Rückstellungen decken würde.

211. Das achte Argument, eine Aufwertung wirke im gegenwärtigen Zeitpunkt konjunkturdämpfend, übersieht, daß man eine Aufwertung — wenn erforderlich — mit flankierenden staatlichen Maßnahmen verbinden könnte (Ziffern 248 ff.). Zu denken wäre an Steuersenkungen (insbesondere der Einkommen- und Körperschaftsteuer), an einen Abbau von Steuerhemmnissen für die Nachfrage (zum Beispiel nach Kraftfahrzeugen), an Anpassungshilfen für strukturschwache Branchen oder an regionale Strukturprogramme. Stabilitätspolitische Bedenken wären insoweit unbeachtlich, als eine Aufwertung den in- und ausländischen Angebotsspielraum — zu gegebenen DM-Preisen — erweitert. Je mehr sich allerdings die Binnenkonjunktur der Überhitzung nähert, um so weniger bedarf es flankierender Expansionsmaßnahmen.

212. Zur Abdeckung der öffentlichen Finanzierungslücke, die sich als Folge von Mindereinnahmen und Mehrausgaben ergibt, müßte sich der Staat stärker verschulden, als in den bisher vorliegenden Haushaltsplänen vorgesehen ist. Die Außenfinanzierung privater Investitionen würde durch die Finanzierungserfordernisse des Staates — bei gegebener Anlageneignung der potentiellen Geldgeber — nicht erschwert, weil nach einer Aufwertung der kompensatorische Kapitalexport abnehmen und der Kapitalmarkt für inländische Nachfrager ergiebiger würde.

213. Daß eine Aufwertung den Expansionsspielraum der besonders wachstumsträchtigen Exportindustrien schmälert, ist nur die Kehrseite der Tatsache, daß eine unterbewertete Währung eine Export-Subventionierung bedeutet (Valuta-Dumping). Durch eine Aufwertung würde aber der mengen-

mäßige Absatz der deutschen Unternehmen auf den Auslandsmärkten auf die Dauer nicht stärker beeinträchtigt, als es der Fall wäre,

— wenn sich das außenwirtschaftliche Gleichgewicht über eine interne Anpassungsinflation wiederherstellt oder

— wenn wichtige Partnerländer mit Rücksicht auf ihre Zahlungsbilanz oder ihre in Bedrängnis geratenden Industrien die Einfuhr verteuern (Abwertung, „border tax") oder direkt beschränken (induzierter Protektionismus) oder

— wenn Länder, deren Unternehmen mit den unsrigen auf dritten Märkten konkurrieren, ihre Exporte verbilligen (Abwertung, „export rebate").

214. Außerdem muß wohl noch einmal bedacht werden: In der Rezession standen viele deutsche Unternehmen unter dem Zwang, sich verstärkt dem Auslandsgeschäft zuzuwenden, so daß der Export zu einer wichtigen Konjunkturstütze wurde. Da die Auslandsnachfrage seither weiterhin kräftig gestiegen ist, hat sich die Exportlastigkeit der gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur im bisherigen Aufschwung kaum zurückgebildet, sondern eher verstärkt. Dafür sind die Binnenbereiche in der Entwicklung zurückgeblieben. Indem eine Aufwertung das Exportwachstum leicht dämpfte und flankierende Maßnahmen die Binnennachfrage stärkten, käme es lediglich zu einer Entzerrung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur. Käme diese Entzerrung statt durch eine Aufwertung durch eine Anpassungsinflation zustande, so könnten sich Branchen mit übermäßiger Exportquote zwischenzeitlich zu Erweiterungsinvestitionen veranlaßt sehen, die sich — am Ende des Anpassungsprozesses — leicht als Fehlinvestitionen erweisen. Was sonst als Nachteil erscheinen mag, ist hier ein Vorteil: die ruckartige Richtigstellung der Signale, die im Rückblick Kapitalverluste bringen mag, verhindert bei Entscheidungen, die noch offen sind, weitere Kapitalfehlleitungen.

215. Zum neunten Einwand, eine Aufwertung zöge bestimmte Bereiche besonders in Mitleidenschaft: Ein zu niedriger DM-Kurs verschafft nicht nur den besonders exportintensiven Unternehmen, sondern auch den Branchen, die mit Importen konkurrieren, künstliche Wettbewerbsvorteile. In diesem Falle ist die Wirkung ähnlich wie bei einem Schutzzoll. Deshalb spiegelt sich in den Erlöseinbußen, mit denen importempfindliche Branchen, wie zum Beispiel die Landwirtschaft und der Bergbau, im Falle einer Aufwertung rechnen, nur der Wegfall einer Wettbewerbsverzerrung wider.

216. Die Landwirtschaft errechnet sich — wegen der EWG-Agrarmarktordnung — unter Berücksichtigung aufwertungsbedingter Einsparungen bei den importierten Betriebsmitteln Verluste in Höhe von 200 bis 250 Mill. DM je Prozent Aufwertung. Bei der Beurteilung der Frage, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß der deutsche Agrarsektor von einer Aufwertung berührt würde, müßten wohl zumindest folgende Umstände bedacht werden:

— Nur jene Erzeugerpreise (in DM) würden automatisch im vollen Maße der Paritätsänderung sinken, die in der EWG-Agrarmarktordnung direkt fixiert sind. Davon wären gegenwärtig etwa 4 vH der Agrarproduktion (Ölsaaten, Zuckerrüben) berührt.

— Bei Gütern, für die die Agrarmarktordnung Mindestpreise vorsieht, würden die Erzeugerpreise (in DM) automatisch und in vollem Umfang nur nachgeben, wenn der Angebotsdruck so stark ist, daß sie — vor und nach einer Aufwertung — mit den Interventionspreisen übereinstimmen. Das dürfte für 34 vH der landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Getreide, Milch) zutreffen. Eine Aufwertung würde insoweit eine schon bestehende Strukturschwäche der Landwirtschaft in den Preisen sichtbar machen; das bei den heutigen DM-Preisen bestehende Überschußproblem wird auf die Dauer wohl so oder so zu einer Lösung drängen.

— Im übrigen wären die Wirkungen einer Aufwertung für die Landwirtschaft ähnlich wie für den gewerblichen Bereich: die Importkonkurrenz würde schärfer, der Export gedämpft.

— Soweit Erlöseinbußen entstünden, brauchten sie sich nicht voll in Einkommensminderungen niederzuschlagen, weil eine Aufwertung auch die Kostenentwicklung (insbesondere bei den Löhnen und den Betriebsmitteln) stabilisieren würde, wenngleich mit einer gewissen Verzögerung.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß das Realeinkommen der Landwirtschaft auch dann sinken würde, wenn es bei dem gegenwärtigen Wechselkurs bliebe, die Marktordnungspreise nicht erhöht würden und die Tendenz zur Überschußproduktion anhalten sollte: Auf mittlere Sicht würden die Betriebsmittel- und Lebenshaltungskosten der Landwirte ohne Aufwertung stärker steigen als bei einer Aufwertung, und zwar um den Aufwertungssatz. Ob der Landwirtschaft überhaupt ein (abrupter oder allmählicher) Einkommensrückgang zugemutet werden kann, ist eine politische Frage.

217. Unser Versuch, die gemeinhin gegen eine DM-Aufwertung vorgebrachten Argumente zu widerlegen oder doch zumindest abzuschwächen, darf nicht dahingehend mißverstanden werden, daß wir eine „Vorliebe" für abrupte Paritätsänderungen hätten. Obwohl wir immer wieder betont haben, daß in einer Weltwirtschaft mit steigenden Preisniveaus Geldwertstabilität im Innern nicht gewährleistet werden kann, solange man den Wechselkurs konstant hält, haben wir eine Stufenaufwertung im Sinne des Bretton-Woods-Systems stets für bedenklich gehalten. Wir kennzeichneten sie

— grundsätzlich als eine Maßnahme, mit der zwar post festum ein bereits eingetretenes Ungleichgewicht beseitigt, nicht aber der Import künftiger Preissteigerungen unterbunden werden kann, es sei denn, man versucht, mit dem jeweiligen Aufwertungssatz künftige Preissteigerungen im Ausland vorwegzunehmen, und setzt auf diese Weise die inländische Wirtschaft einem Deflationsdruck aus (JG 64 Ziffer 240);

— im Zusammenhang mit der Aufwertung von 1961 als eine „schockartige Beseitigung eines mühsam abgestützten und schon im Einsturz begriffenen Ungleichgewichtssystems" (JG 66 Ziffer 272);

— rechts- und staatspolitisch als eine Maßnahme, „die vielen internationalen Verträgen des privaten Rechts nachträglich eine veränderte Geschäftsgrundlage gibt" und deshalb „aus staatspolitischen Gründen abzulehnen" ist (JG 65 Ziffer 204; JG 66 Ziffer 267).

218. Aus diesen Gründen, die wir nach wie vor für sehr gewichtig halten, haben wir in früheren Gutachten alternative Formen der wechselkurspolitischen Absicherung einer binnenwirtschaftlichen Stabilitätspolitik zur Diskussion gestellt;

— ein System flexibler Kassa- und Terminkurse (JG 64 Ziffer 240), gegebenenfalls kombiniert mit einer „Harmonisierung der nationalen Wirtschaftspolitiken" innerhalb der EWG, „die ... flexible Wechselkurse zu konstanten — oder zu stetig sich ändernden — Wechselkursen" machte (JG 64 Ziffer 156);

— eine Dehnung der Bandbreite zwischen den Punkten, an denen die Bundesbank zur Intervention auf dem Devisenkassamarkt verpflichtet ist (JG 64 Ziffer 240);

— einen vorangekündigten (garantierten) allmählichen Paritätsanstieg der Deutschen Mark (JG 66 Ziffern 268 ff.);

— eine Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Paritätsanpassung nach oben (JG 66 Ziffern 275 ff.).

219. Der Sachverständigenrat hat stets versucht, wechselkurspolitische Möglichkeiten zur außenwirtschaftlichen Absicherung nur dann in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen, wenn diese das Problem für noch nicht „aktuell" hielt und die wirtschaftspolitischen Instanzen noch genügend Zeit hatten, um sich mit dem Problem vorsorglich zu befassen.

220. In ihren amtlichen Stellungnahmen zu den Jahresgutachten hat die Bundesregierung wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit ihr Gewicht zugunsten von mehr Geldwertstabilität als vorrangigem Ziel einer international koordinierten Konjunkturpolitik einsetzen wolle (Stellungnahme 64 Ziffer 16; Stellungnahme 66 Ziffer 12). In welcher Form dies bisher geschehen ist, ergibt sich aus einem Bericht, den das Bundeswirtschaftsministerium in Beantwortung einer diesbezüglichen Anfrage des Sachverständigenrates diesem zugeleitet hat (Anhang III).

Hinsichtlich der im dritten Jahresgutachten angeregten Möglichkeiten einer wechselkurspolitischen Absicherung erklärte die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme, daß sie „die Überlegungen des Sachverständigenrates zur Wechselkurspolitik eingehend prüfen und die Frage, wie sich ein einzelnes Land ohne Verzicht auf die Konvertibilität in einer weniger stabilitätsorientierten Umwelt schützen kann, mit großem Ernst und Nachdruck in den internationalen Gremien zur Diskussion stellen (wird)" (Stellungnahme 66 Ziffer 13).

Konkrete Schritte in der aufgezeigten Richtung gehen jetzt von dem für Fragen der Währungspolitik zuständigen Ausschuß des Kongresses der Vereinigten Staaten aus. In dessen Bericht vom September 1968 wird der Leiter des Schatzamtes aufgefordert, sich beim Internationalen Währungsfonds für eine Bandbreitenerweiterung einzusetzen. Die Bandbreitenerweiterung wird bezeichnet als ein Mittel zur Beseitigung der chronischen Zahlungsbilanzdefizite und -überschüsse in der westlichen Welt [1]).

221. Eine vorangekündigte gleitende Aufwertung in der Form des mittelfristig garantierten Paritätsanstiegs —, wie wir sie bereits im Sommer 1966 als prophylaktische Maßnahme zur Diskussion gestellt hatten (also zu einem Zeitpunkt, in dem sich das inländische Preis- und Kostenniveau etwa im Gleichgewicht mit dem ausländischen befand), eignet sich nicht mehr, wenn bereits ein Ungleichgewicht besteht, das auf internationalen Kostendisparitäten beruht. Da das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht, das der Sachverständigenrat damals vermieden sehen wollte, inzwischen eingetreten ist, steht nunmehr ein vorangekündigter Paritätsanstieg nur zur Diskussion, wenn eine (einmalige) Stufenaufwertung erfolgt oder fest geplant ist.

222. Als ein Mittel, das der Therapie und zugleich der Prophylaxe dient, käme — sollen völlig freie Wechselkurse kategorisch ausgeschlossen bleiben — nur eine Erweiterung der Wechselkursbandbreite in Betracht, möglicherweise kombiniert mit einer Stufenaufwertung. Die Bandbreite müßte (sofern keine Stufenaufwertung vorausgeht) allerdings so groß sein, daß sie den zum Einführungszeitpunkt als angemessen erachteten Aufwertungssatz einschließt und außerdem der Bundesbank noch Spielraum gewährt, um künftige Preissteigerungstendenzen, die aus den internationalen Beziehungen herrühren, wenigstens für einige Zeit zu neutralisieren. Grundsätzlich könnte der Kassakurs danach zwar zwischen den (auseinandergezogenen) Interventionspunkten frei schwanken; er würde sich aber wohl nur in engen Grenzen bewegen, und zwar um jenen Kurs, von dem die Marktteilnehmer, mitbestimmt von den wirtschaftspolitischen Kräften im Inland (Konzertierte Aktion), annehmen, daß ihn die Bundesbank bei der jeweiligen Preisentwicklung im Ausland für geeignet hält, die Stabilität des Binnenpreisniveaus zu sichern. Die Bundesbank wäre zudem in der Lage, unvorhergesehene Paritätsänderungen wichtiger Partnerländer — soweit ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft unerwünscht sind — wechselkurspolitisch elastisch aufzufangen. Unter Umständen käme eine Bandbreitenerweiterung auch in Betracht, um den Weg für ein „international realignment" der Paritäten zu ebnen.

[1]) Vgl. Joint Economic Committee, Next Steps in International Monetary Reform, 90th Congress, 2nd Session, Washington 1968, S. 6 f.

223. Die bestehenden Ungleichgewichte durch eine multilateral abgestimmte Neuordnung der Kursrelationen (Realignment) zu beseitigen, entspräche dem Geist der internationalen Kooperation, der sich die Bundesregierung — auch nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz — verpflichtet fühlt. Diese Neuordnung müßte rechtzeitig erfolgen, damit es nicht erst zu inflatorischen Anpassungsprozessen im Inlande oder zu ungeordneten Wechselkursanpassungen in anderen Ländern oder gar zu einer weiteren Entliberalisierung des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs kommt.

Leider erlauben die bisherigen Erfahrungen mit der internationalen Zusammenarbeit zwischen Regierungen nicht den Schluß, daß ein „Realignment der Paritäten" in einer relativ kurzen Zeit zustande kommen könnte, es sei denn, die Zentralbanken und die internationale Währungsspekulation wirkten als Triebkräfte.

224. Die Schwierigkeiten, die einem „Realignment der Paritäten" in kurzer Frist entgegenstehen, wären geringer und die Erfolgschancen größer, wenn man den Kreis der Beteiligten klein hielte. Hierbei könnte man sich auf die in der „Zehner-Gruppe" vertretenen Länder beschränken. Im Endergebnis liefen die Verhandlungen wahrscheinlich darauf hinaus, daß die Deutsche Mark — im Vergleich zu den meisten anderen Währungen — aufgewertet werden müßte.

225. Eine andere Möglichkeit, den Kreis der Beteiligten klein zu halten, besteht darin, das „Realignment" mit Schritten in Richtung auf eine europäische Währungsunion zu verbinden. In diesem Falle müßte geprüft werden, in welchem Maße das deutsche Überschuß-Ungleichgewicht mit Defiziten anderer EWG-Länder korrespondiert und eine Änderung der Kursrelationen innerhalb der EWG erforderlich ist. Danach müßten die EWG-Länder ein etwaiges Ungleichgewicht ihrer gemeinsamen Zahlungsbilanz gegenüber den Drittländern korrigieren. Dies könnte auch dadurch geschehen, daß sie gemeinsam zu größeren Bandbreiten im Verkehr mit Drittländern übergehen. Sicher würde eine solche Bandbreitenerweiterung — verbunden mit festen Wechselkursen innerhalb der EWG — zu einer verstärkten währungs- und konjunkturpolitischen Kooperation der Mitgliedsländer zwingen.

226. Angesichts der weitverbreiteten Abneigung gegen Wechselkursänderungen im allgemeinen und gegen eine DM-Aufwertung (in dieser oder jener Form) im besonderen und angesichts der vielerorts herrschenden Auffassung, daß nicht unsere Exporte zu schnell, sondern unsere Importe zu langsam stiegen („Importdefizit"), könnte erwogen werden, unsere Leistungsbilanzüberschüsse dadurch abzubauen, daß man die Wareneinfuhr steuerlich entlastet und auf diese Weise anregt. Ein geeignetes Mittel hierfür wäre die Senkung der Umsatzausgleichsteuer bei der Einfuhr [1]). Damit die preisdämpfenden Effekte auf die Binnenwirtschaft durchschlagen, müßte man die systemimmanente Nachholwirkung des Steuernachlasses auf den folgenden Stufen ausschalten, etwa indem man den Importeuren erlaubte, eine höhere als die tatsächlich geleistete Vorsteuer anzurechnen. Dies wirft jedoch neue Probleme auf, soll vermieden werden, daß Güter allein um der Steuerersparnisse willen zunächst exportiert und dann wieder importiert werden.

Als Vorteil einer Senkung der Umsatzausgleichsteuer könnte angesehen werden, daß sie die exportintensiven Branchen nicht nachteilig berührt. Indem sie die Importe verbilligte, träfe sie nur jene heimischen Produktionsbereiche, die mit importierten Erzeugnissen im Wettbewerb stehen. Will man mit einer derartigen — einseitigen — Maßnahme das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht beseitigen, so müßte die Importverbilligung stärker sein (als im Falle einer Aufwertung). Damit würde die Last zur Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, die den Exportunternehmen erspart bleibt, auf die importempfindlichen Bereiche abgewälzt. Gezielte Subventionsbegehren oder Forderungen nach Ausnahmeregelungen dürften die Folge sein. Gäbe man ihnen statt, so würden sich die Anpassungslasten noch mehr verschieben, und es wäre der politische Druck noch stärker, weitere Ausnahmen zuzulassen.

Abgesehen davon kann man eine Senkung der Umsatzausgleichsteuer — ob sie nur isoliert vorgenommen wird oder in Verbindung mit einer Verminderung der Ausfuhrrückvergütungen — als (partielle) Aufwertung auffassen. Da steuerliche Maßnahmen dieser Art nur für begrenzte Zeit in Kraft bleiben können und — von wenigen Ausnahmen abgesehen — meist von Wechselkursänderungen abgelöst wurden, lassen sich unerwünschte Wirkungen auf die Devisenspekulation wohl nicht ausschließen. Das gilt auch, wenn die steuerlichen Maßnahmen an der Grenze nur einen Zeitgewinn für Verhandlungen über ein „Realignment" verschaffen sollen, jedenfalls wenn es der Spekulation nicht allzu schwer fällt herauszufinden, welche Währung im Vergleich zu den anderen am meisten aufgewertet werden wird.

---

[1]) In der öffentlichen Diskussion werden auch noch andere Maßnahmen zur Ausweitung der Wareneinfuhr vorgeschlagen. Sie haben jedoch alle den Nachteil, daß ihr Wirkungsgrad verhältnismäßig gering ist. Dies gilt besonders für den Vorschlag, es sollten die noch bestehenden mengenmäßigen und nichttarifären Einfuhrhemmnisse abgebaut und die in Kraft befindlichen „Selbstbeschränkungsabkommen" aufgehoben werden. Daß der Spielraum hierfür sehr gering ist, ergibt sich aus den Unterlagen, die das Bundeswirtschaftsministerium dem Sachverständigenrat auf dessen Bitte hin zur Verfügung gestellt hat.
Ein stärkerer Importsog könnte — kurzfristig — bewirkt werden, wenn die Bundesregierung eine zeitlich befristete Sonderabschreibung auf sämtliche Läger von Importgütern einräumen würde. Sollte dies aber nur dazu führen, daß Einfuhren vorgezogen werden, die später ohnedies getätigt würden, so ist auf mittlere Sicht für das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts nur wenig gewonnen, da später um so größere Leistungsbilanzüberschüsse entstünden. Eine solche Reaktion halten wir nicht für unwahrscheinlich.

227. Sollten Wechselkurskorrekturen — koordiniert oder unkoordiniert — ausgeschlossen bleiben, sollten auch andere (hier angedeutete) Möglichkeiten zur Beseitigung der außenwirtschaftlichen Überschüsse nicht in Betracht kommen oder nicht wirkungsvoll genug sein, so könnte sich das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wohl nur über interne Kosten- und Preisanpassungen herstellen (Anpassungsinflation).

Bereits vor vier Jahren schrieben wir in unserem ersten Jahresgutachten hierzu,

„daß bei festen Wechselkursen ein so stark in die internationale Wirtschaft integriertes Land wie die Bundesrepublik nur vorübergehend geringere Raten der Geldentwertung haben oder gar eine Insel der Geldwertstabilität bilden kann" (JG 64 Ziffer 237).

Wir haben dann im dritten und vor allem noch einmal im vierten Jahresgutachten zu zeigen versucht, daß in der Vergangenheit die Entwicklung unseres Preisniveaus auf mittlere Sicht fast ausschließlich international bestimmt gewesen ist (JG 66 Ziffern 207 ff.; JG 67 Ziffern 429 ff.), eine These, der auch die Bundesregierung zugestimmt hat (Stellungnahme 66 Ziffer 12). Da inzwischen das Preisniveau in der Bundesrepublik wieder langsamer angestiegen ist als in wichtigen Partnerländern (Ziffern 104 ff.), müssen wir erneut befürchten, daß die deutschen Exportunternehmen und die heimischen Importsubstitutionsbranchen über Preiserhöhungsspielräume verfügen, die sie in die Lage versetzen, stabilitätswidrige Lohnerhöhungen zu gewähren, sobald im weiteren Verlauf des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs der Arbeitskräftebedarf zunimmt und Arbeitskräfte knapper werden.

228. In seinem zweiten Jahresgutachten (JG 65 Ziffer 187) hatte der Sachverständigenrat seiner „optimistischen Auffassung" Ausdruck gegeben, „daß Geldwertstabilität erreichbar ist, wenn sie wirklich gewollt wird und wenn die gesellschaftlichen Kräfte auf dieses Ziel hin gelenkt werden".

Wenn er sich vornehmlich den Argumenten gegen eine Wechselkursänderung zugewandt hat, so schien ihm dies notwendig zu sein, weil in erster Linie sie die öffentliche Meinung bestimmen und weil er die Gefahr sieht, daß sich diejenigen durchsetzen, für die „die Gleichwertigkeit und Gleichzeitigkeit der Ziele des Gesetzes eine Utopie sind, die sie unverhohlen ablehnen" (JG 65 Ziffer 208). Daß dadurch das Ziel der Geldwertstabilität in den Hintergrund träte, daß mit dem Schwinden der Geldwertstabilität Verluste bei denen einträten, die im Vertrauen auf die Stabilität der Währung Geldvermögen gebildet haben, daß damit eine Politik der Sparförderung und Vermögensbildung ihre Grundlage verlöre und daß eine immer größere Gruppe der Bevölkerung in ihren Zukunftserwartungen enttäuscht würde, hat der Sachverständigenrat in seinen Gutachten oft genug betont, daß er es bei diesen Bemerkungen bewenden lassen kann.

229. Doch ist die Frage, ob einer Anpassungsinflation der Vorzug vor einer Wechselkurskorrektur gegeben werden soll, eine Entscheidung, die die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Instanzen treffen müssen. Die Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts über eine Aushöhlung der Binnenkaufkraft der Deutschen Mark wäre eine Fehlentwicklung im Sinne des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates.

IV. Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung

230. Am meisten verletzt ist von den großen wirtschaftspolitischen Zielen im gegenwärtigen Zeitpunkt (Herbst 1968) das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Dahinter verbergen sich Störungen, die das Ziel der Geldwertstabilität und des angemessenen Wachstums gefährden. Im folgenden knüpfen wir an dem Ziel an, das bereits am meisten verletzt ist.

Um das Feld der wirtschaftspolitischen Möglichkeiten abzustecken, erörtern wir fünf verschiedene Strategien (Alternativen), in denen die großen wirtschaftspolitischen Ziele unterschiedlich zur Geltung kommen. Ausgangspunkt sind die Status-quo-Prognose für 1969 (zweites Kapitel: „Die voraussehbare Entwicklung"), die Sozialproduktschätzung für 1968 (+ 6,5 vH gegenüber 1967) und die Vorstellungen vom Arbeitskräftepotential und von den Sachkapazitäten, wie sie sich aus den verfügbaren Informationen ergeben (Ziffern 50 ff.). Es ist möglich, daß der weitere Konjunkturverlauf im Jahre 1968 hier noch Korrekturen notwendig macht.

231. Diese Strategien, von denen die fünfte für 1969 mit der Status-quo-Prognose quantitativ über-

Tabelle 20

Fünf Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung für 1969

Strategie	Bruttosozialprodukt in Preisen von 1954	Preisindex für den Privaten Verbrauch		Außenbeitrag	
	Veränderung gegenüber 1968		Veränderung im Verlauf des Jahres 1969	absolut	Anteil am Bruttosozialprodukt
	vH			Mrd.DM	vH
I	+6,0	+4,0	+5½	+11	1,9
II	+5,3	+2,6	+2½	+ 8½	1,5
III	+4,4	+2,2	+2	+11	2,0
IV	+3,6	+1,8	+1	+13	2,3
V	+4,7	+3,0	+3½	+16½	2,9

einstimmt, unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der Zuwachsrate des realen Sozialprodukts, der Preisentwicklung und der Abnahme der außenwirtschaftlichen Überschüsse. Die Ergebnisse — für 1969 — zeigt Tabelle 20 [1]).

232. Die ersten beiden Strategien zielen darauf ab, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht innerhalb einer angemessenen Zeit — etwa bis Mitte 1970 — durch Expansion der realen Binnennachfrage wiederherzustellen. Sie sind darauf angelegt, daß unser Produktionspotential weitgehend ausgeschöpft wird, und sie schließen nicht aus, daß im Zuge des Anpassungsprozesses der Außenbeitrag vorübergehend unter die Zielgröße von 1,5 vH des Sozialprodukts sinkt.

Bei der dritten Strategie wird versucht, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht zu verringern, ohne daß der Auslastungsgrad des Produktionspotentials zu diesem Zweck erhöht wird, und die vierte Strategie beschreibt einen außenwirtschaftlichen Anpassungsprozeß, der mit einer fühlbaren Dämpfung der Binnenkonjunktur verbunden ist.

Die fünfte Strategie, die auf der Annahme des wirtschaftspolitischen Status quo beruht, beschreiben wir hier nur wegen der Gefahren, die sie nach 1969 insbesondere für die Geldwertstabilität und später auch für die Beschäftigung birgt.

233. Im Gegensatz zu der fünften sind die erste und die zweite Strategie wirtschaftspolitisch sehr unrealistisch, die erste wegen der geldwertpolitischen Konsequenzen, die zweite wegen der hohen Anforderungen, die sie an das wirtschaftspolitische Verständnis der Öffentlichkeit stellt.

Bei der dritten und vierten Strategie sind die Risiken, aber auch die Chancen, nicht so groß. Die Wahl zwischen ihnen wird, wenn man sich nicht für die fünfte Strategie entscheidet, weitgehend davon abhängen, wie kräftig sich die Binnenkonjunktur in den nächsten Monaten entwickelt, das heißt, in welchem Maße es nötig wäre, die Zahlen der Status-quo-Prognose nach oben zu revidieren.

Abgesehen davon wird die Wahl zwischen der dritten und vierten Strategie auch von der Lohnpolitik abhängen, die die Gewerkschaften für 1969 verfolgen. Im Falle einer aggressiven Lohnpolitik könnte sich die öffentliche Meinung gegen die dritte Strategie wenden, damit der Beschäftigungsstand nicht noch weiter über das hinausgeht, was bei dieser Lohnpolitik mit dem Ziel der Geldwertstabilität vereinbar erscheint („low full employment"). Dagegen könnte es im Hinblick auf die großen wirtschaftspolitischen Ziele vertretbar sein, selbst bei anhaltend kräftigem Anstieg der Binnenkonjunktur die dritte Strategie zu wählen, falls die Tarifpartner und der Staat bereit sind, für das Problem des Nachholbedarfs bei den Löhnen („soziale Symmetrie") Lösungsmöglichkeiten zu verwirklichen, die die Geldwertstabilität nicht oder kaum gefährden (Ziffern 283 ff.).

Strategie I: Verstärkte Binnennachfrage mit Anpassungsinflation

234. Wie an anderer Stelle dargelegt, wird die außenwirtschaftliche Absorptionslücke 1968 nach unseren Schätzungen gut 8 Mrd. DM ausmachen und — unter Status-quo-Bedingungen — 1969 nahezu unverändert bleiben. Soll sich der „Außenbeitrag" in den nächsten beiden Jahren auf das Maß zurückbilden, das der Zielvorstellung der Bundesregierung entspricht (1,5 vH des Bruttosozialprodukts), so müßten die Unternehmen und Haushalte in der Bundesrepublik in dieser Zeit erheblich „über ihre Verhältnisse" investieren und konsumieren.

235. In den Jahren 1969 und 1970 dürfte das Produktionspotential der westdeutschen Wirtschaft um jeweils etwa 4 vH wachsen (Schaubild 17), zumal wenn es gelingt, die übermäßigen außenwirtschaftlichen Überschüsse zugunsten höherer Inlandsinvestitionen abzubauen. Da 1968 schätzungsweise 1,5 vH des Produktionspotentials nicht ausgelastet waren (Ziffer 76), könnte 1970 das reale Sozialprodukt um $9^1/_2$ vH größer sein als das des Jahres 1968. Die reale Binnennachfrage müßte in den beiden Jahren zusammengenommen noch kräftiger expan-

---

[1]) Im Jahre 1970 dürften sich die Unterschiede, mit denen die großen wirtschaftspolitischen Ziele bei den einzelnen Alternativen zur Geltung kommen, differenzierter darstellen. Gleichwohl verzichten wir hier darauf, in jedem Falle die zu erwartenden Unterschiede zu quantifizieren. Denn das Vertrauen, das wir derartigen Berechnungen entgegenbringen können, ist beim gegenwärtigen Stand der empirischen Wirtschaftsforschung noch sehr gering. Gewiß ist es vorteilhaft, daß man die einzelnen Annahmen und Schätzungen, die unseren Prognosen zugrunde liegen, ständig im Schema der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf ihre Widerspruchsfreiheit (Konstistenz) und Plausibilität prüfen kann. Ein Prognosemodell ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht. Woran es noch am stärksten mangelt, sind Kenntnisse und Methoden, die die Prognose zyklischer Prozesse einigermaßen zuverlässig erlauben. Deshalb neigt man leicht dazu, zyklische Erfahrungen auf Grund grober Anhaltspunkte in die Zukunft zu übertragen.
Für einige der hier skizzierten Verläufe haben wir ökonometrische Vergleichsrechnungen durchführen lassen. Verwendet wurde dabei ein Modell für die Bundesrepublik (Krelle-Modell), das allerdings für einen anderen Zweck konstruiert ist und Verhaltensannahmen enthält, die sich nicht ganz mit unseren Vorstellungen decken. Wir verzichten auf die Veröffentlichung dieser Vergleichsrechungen, da das ganze Modell demnächst vom Autor in Buchform vorgelegt werden wird.
Die angegebenen Zahlen sollten nicht überbewertet werden. Wenn Stellen hinter dem Komma genannt sind, so hat das rechnerische Gründe. Ökonomisch bedeutsam und vertretbar sind, wie schon früher betont, nur Aussagen über die sich aus den einzelnen Strategien ergebenden Tendenzen.
Im Anhang (Tabelle 67) veröffentlichen wir auch für zwei der Strategien, die von der Status-quo-Prognose abweichen, die Zahlen, die unseren Schätzungen zugrunde liegen, damit man jetzt oder später außer der Widerspruchsfreiheit auch die unterstellten Verhaltensreaktionen kontrollieren kann.

dieren: um insgesamt etwas über 11 vH, da die außenwirtschaftliche Absorptionslücke 1968 1½ vH des Sozialprodukts betrug. Läge das Schwergewicht dieser Nachfrageexpansion im Jahre 1969, so würde der Abbau der übermäßigen Leistungsbilanzüberschüsse schon bald erhebliche Fortschritte machen.

236. Nach unserer Prognose für 1969 (Ziffern 146 ff.) werden die inländischen Auftriebskräfte von sich aus eine derartige Nachfrageexpansion vorerst nicht herbeiführen. Infolgedessen erforderte diese Strategie, neben höheren Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere für Investitionen, zusätzliche Anreize für den privaten Verbrauch und für höhere Unternehmensinvestitionen, vor allem zu Investitionen, die einen hohen Kapazitätseffekt mit einem geringen Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften verbinden. Wenn sich die Nachfrage- und Produktionsstruktur zugunsten der binnenwirtschaftlich orientierten Branchen ändern soll, müßte man wohl auch den Wohnungsbau — nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Problemen der Stadtsanierung — wieder verstärkt fördern. Dies könnte auch etwaige Sättigungsgrenzen auf den Märkten für dauerhafte Konsumgüter (Haushaltsgeräte) hinausschieben.

237. Daß sich bei dieser Strategie der Nettokreditbedarf des Staates kräftig erhöhen würde, ist offensichtlich. Aber wenn es dem Ausland erleichtert werden soll, seine Defizite gegenüber der Bundesrepublik abzubauen, müssen die Wirtschaftssubjekte im Inland — und dazu zählen auch die Gebietskörperschaften — mehr als bisher bereit sein, Einnahmendefizite zuzulassen und Kredite aufzunehmen.

238. Nahezu phantastisch wären die Folgen dieser Strategie für den Geldwert: in den beiden Jahren des Anpassungsprozesses, und vielleicht noch darüber hinaus, müßte mit Preissteigerungsraten gerechnet werden, wie wir sie seit dem Korea-Boom nicht mehr erlebt haben. Denn eine Nachfrageexpansion, wie sie dieser Strategie angemessen ist, würde über spiralförmige Preis-Lohn-Preis-Bewegungen eine Ausschöpfung aller Preiserhöhungsspielräume bewirken. Für die Abschätzung dieser Spielräume sind folgende Überlegungen maßgebend:

— Seit 1964 scheint unser Preis- und Kostenniveau hinter der Entwicklung im Ausland so zurückgeblieben zu sein, daß im Durchschnitt nunmehr eine Schere bei den Ausfuhrpreisen besteht, die wir auf etwa 5 vH schätzen (Ziffern 104 ff.).

— Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich der Kosten- und Preisauftrieb in wichtigen Partnerländern unvermindert fortsetzen wird (Ziffern 152 ff.), nach vorsichtigen Schätzungen mit einer durchschnittlichen Rate von 2,5 vH je Jahr.

— Sobald sich die Stabilität des Binnenpreisniveaus nicht mehr wahren läßt, unser Stabilitätsexport aufhört und der „Re-Import" von Stabilität beginnt (Ziffer 242), wird der internationale Inflationstrend etwas steiler verlaufen als sonst.

Für die Phase des Anpassungsprozesses ergibt sich somit ein Preiserhöhungsspielraum von reichlich 10 vH. Sobald er ausgeschöpft ist, besteht außenwirtschaftliches Gleichgewicht hinsichtlich der Mengen (keine Absorptionslücke) und hinsichtlich der Preise (keine Kosten- und Preisdisparität). Es wäre dann ein Zustand erreicht, in dem sich die Bundesrepublik im absoluten Preisvergleich als ein relativ teures Land erweist. Daß dies so sein muß — wegen des hohen Lebensstandards und vielleicht auch wegen der hohen Einkommenselastizität der ausländischen Nachfrage nach unseren Exporten —, haben wir in unserem ersten Jahresgutachten zu zeigen versucht (JG 64 Ziffern 36 f.).

239. In diesen Preiserhöhungsspielraum würden die westdeutschen Unternehmen vermutlich nicht sofort und nicht stetig eindringen. Denn nach bisherigen Erfahrungen kommt es zu Preiserhöhungen auf breiter Front erst dann, wenn die Kosten, insbesondere die Lohnkosten je Produkteinheit, kräftig steigen. Mit größerer zeitlicher Verzögerung vollzieht sich die Anpassung an die Kostenentwicklung vor allem bei vielen administrierten Preisen.

Alles in allem rechnen wir bei dieser Strategie damit, daß sich die Verbraucherpreise im Verlauf des Jahres 1969 um 5½ vH erhöhen; Ende 1970 dürften sie nochmals um gut 6 vH über dem Vorjahresendstand liegen. Im Jahre 1971 dürfte die inflatorische Anpassungswelle abklingen; bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht stiege dann das Preisniveau in der Bundesrepublik etwa so wie im Ausland.

240. Mit der Expansion der realen Binnennachfrage erreichte der Auslastungsgrad unserer Sachkapazitäten 1970 einen Stand, der etwa dem von 1965 entspräche. Sofern die Investitionen nicht mit einem technischen Fortschritt verbunden wären, der besonders arbeitssparend ist, würden fühlbare Anspannungen am Arbeitsmarkt nicht ausbleiben. Zwar könnte es zunächst noch mit konzertierten Verhaltensweisen und durch verstärkte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte gelingen, den Lohnauftrieb zu begrenzen. Doch würde sich der Wandel der Beschäftigtenstruktur, der zur Veränderung der Produktionsstruktur notwendig ist, nur mit Hilfe kräftiger Effektivlohnsteigerungen, vor allem in Binnenbereichen, bewirken lassen. Über kurz oder lang — wir schätzen ab Spätherbst 1969 — dürften immer mehr Engpässe entstehen, die eine allgemeine Lohnexplosion auslösten. Da die Gewerkschaften wegen der längerfristigen Natur der Tarifverträge nicht in der Lage sind, der Effektivlohnentwicklung schnell genug zu folgen, ergäbe sich eine starke Lohndrift.

Strategie II: Verstärkte Binnennachfrage ohne Anpassungsinflation

241. So phantastisch sich die erste Strategie darbietet, vor allem hinsichtlich der Preise, so heroisch erscheint die zweite als ein Versuch, zugleich mit der Förderung der realen Binnennachfrage eine scharf

wirkende preis- und lohnpolitische Bremse zu betätigen, die die Tendenzen zu einer Preiskonjunktur möglichst unterbinden und die Unternehmen in eine Mengenkonjunktur hineinführen würde.

Trotz der preispolitischen Absicherung ließe sich jedoch eine absolute Geldwertstabilität auch im Rahmen dieser Strategie nicht erreichen. Denn mit der Schließung der außenwirtschaftlichen Absorptionslücke muß eine Entzerrung der Produktionsstruktur einhergehen, die eine Änderung der Preisrelationen erforderte. Bei hohem Beschäftigungsstand könnte sich dieser Wandel nur innerhalb eines leicht steigenden Preisniveaus vollziehen, weil die Preise — unter den gegebenen Angebotsverhältnissen — nach oben flexibler sind als nach unten („demand shift-inflation"). Außerdem erforderte dieser Prozeß eine gewisse Zeit, die durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik möglichst zu verkürzen wäre. Bei den Gütern des Massenkonsums und bei vielen Dienstleistungen könnte eine Mengenkonjunktur — über einen Automatisierungsschub — den arbeitssparenden technischen Fortschritt beschleunigen, der den Lohnauftrieb bremsen und gleichzeitig mancherorts mehr Spielraum für Preissenkungen schaffen würde.

242. Um die Nachfrageexpansion mit einer preispolitischen Bremse zu koppeln, müßte die Regierung den einzigen makroökonomisch wirksamen Preis, den sie fixieren oder wenigstens beeinflussen kann — den Wechselkurs —, verändern. Von dem Ausmaß, in dem sie die ausländischen Valuten verbilligte, hinge es ab, mit welcher Intensität die inländischen Unternehmen dem Preiswettbewerb des Auslandes ausgesetzt würden. Dieser Wettbewerb bestimmte — bei gegebenen Produktivitätsfortschritten — auch die Lohnerhöhungsspielräume.

Wollte man nicht nur ausländische Preissteigerungstendenzen abwehren (preispolitische Absicherung), sondern auch einem „hausgemachten" Preisauftrieb wechselkurspolitisch entgegenwirken (preispolitische Abstützung), so ergäben sich, wie in Ziffer 238 angedeutet, Tendenzen zu einem verstärkten Preisanstieg im Ausland. Doch handelt es sich hierbei nicht, wie man zunächst annehmen könnte, um einen Inflationsexport: die Bundesrepublik würde vielmehr Geldwertstabilität „re-importieren", nachdem sie vorher Geldwertstabilität exportiert und dabei übermäßige Forderungspositionen gegenüber dem Ausland aufgebaut hatte. Im übrigen würde die Bundesrepublik, auch bei einem Verzicht auf preispolitische Abstützung, das Auslandspreisniveau genauso viel oder wenig beeinflussen, und zwar durch den dann stärkeren Preisanstieg im Innern. So oder so (das gilt auch für die erste Strategie) ließe sich das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht nicht beseitigen, ohne daß man etwas Geldwertstabilität „re-importierte".

243. Um abzuschätzen, wie viel die ausländischen Valuten im Rahmen dieser Strategie verbilligt werden müßten, wären folgende Überlegungen anzustellen:

— Eine Aufwertung um etwa 5 vH könnte ausreichen, um das Ende 1968 zwischen der Bundesrepublik und wichtigen Partnerländern bestehende Preisgefälle zu beseitigen, das heißt, die sich hieraus ergebenden Preiserhöhungsspielräume zu kappen.

— Um Preiseinflüsse aus dem Ausland in den beiden kommenden Jahren wechselkurspolitisch zu neutralisieren, bedürfte es einer allmählichen Wechselkursanpassung, für die ein Spielraum von etwa 5 vH benötigt würde. Es läge nahe, zu diesem Zweck eine Erweiterung der Bandbreite nach oben zu erwägen.

— Um den Preissteigerungstendenzen im Ausland entgegenzuwirken, die auf dem „Re-Import" von Geldwertstabilität beruhen, wäre eine zusätzliche Wechselkursanpassung nötig. Sie läge wohl innerhalb der Größenordnung für den Anstieg des Binnenpreisniveaus, der durch die Entzerrung der Produktionsstruktur bedingt ist, und könnte demnach mit diesem aufgerechnet werden.

— Sollte man eine Bandbreitenerweiterung statt von 5 vH lediglich von 3 vH für zweckmäßig halten, so müßte zu einem späteren Zeitpunkt — etwa um die Jahreswende 1969/70 — eine zweiprozentige Paritätsanpassung nach oben ins Auge gefaßt werden.

244. Die Effektivlöhne dürften, von kurzfristigen Anpassungen abgesehen, trotz der Nachfrageexpansion und trotz der hier ebenso wie bei der ersten Strategie zu erwartenden Engpässe am Arbeitsmarkt nicht stärker steigen, als den Regeln einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik — unter Berücksichtigung unvermeidlicher Preissteigerungen — entspräche. Da die durchschnittliche Arbeitsproduktivität bei der anvisierten Mengenkonjunktur um 4 vH je Jahr zunähme, das Verbraucherpreisniveau trotz außenwirtschaftlicher Absicherung und Abstützung um durchschnittlich etwa 2 vH steigen und der Abbau des außenwirtschaftlichen Überschusses einen positiven Terms-of-Trade-Effekt (von etwa 0,5 vH) einbringen dürfte, könnten in den beiden Jahren Erhöhungen der Effektivlöhne von gut 7 vH 1969 und etwa 6 vH 1970 verkraftet werden. Derartige Lohnsteigerungsraten, verbunden mit einer spürbaren Erhöhung des Wertes der Deutschen Mark im Vergleich zu anderen Währungen, dürften ausreichen, genügend Gastarbeiter, auch aus dem gemeinsamen Arbeitsmarkt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zu gewinnen, so daß Überhitzungserscheinungen in den Brennpunkten des Arbeitsmarktes nur vorübergehender Natur wären.

245. Um die im Rahmen dieser Strategie nötige Expansion der realen Binnennachfrage zu bewirken, hielten wir es für erforderlich, daß der Staat seine eigenen Ausgaben kräftig erhöht, sowohl im Bereich des Staatsverbrauchs als auch der öffentlichen Investitionen, und — zur Anregung der privaten Investitionen sowie des privaten Verbrauchs — erhebliche Steuersenkungen vornimmt und die anaussetzt. Mehrausgaben und Einnahmenausfälle zustehende Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge

sammen genommen müßten ein Nachfragevolumen von etwa 8,5 Mrd. DM schaffen.

246. Die Zuwachsrate des realen Sozialprodukts läge bei dieser Strategie im Jahre 1969 (5 bis 5½ vH) unter derjenigen, die mit der ersten Strategie erzielt werden könnte (6 vH). Der Unterschied erklärt sich aus den vorübergehenden wachstumsfördernden Wirkungen, die die Beschleunigung der Nachfrageexpansion und ein damit zusammenhängender Preissteigerungsprozeß erwarten ließen. In solchen Phasen ergeben sich bei den üblichen Bewertungsmethoden für die Unternehmen Scheingewinne, die die Nachfrageexpansion noch verstärken und wohl auch die Elastizität des Produktionsapparats erhöhen („Geldillusion"). Umgekehrt verlangsamt sich die Nachfrageexpansion und nimmt die Angebotselastizität etwas ab, sobald die Inflationsrate nicht weiter zunimmt und — erst recht — wenn der Preisanstieg geringer wird und an die Stelle der Geldillusion das Gefühl der Überschuldung tritt. Da bei Strategie I die Konjunkturpolitik wahrscheinlich schon 1970 zu bremsen beginnen müßte, was bei Strategie II unnötig wäre, rechnen wir damit, daß das Weniger an Sozialproduktzuwachs im Jahre 1969 durch ein Mehr im Jahre 1970 ausgeglichen würde, immer im Vergleich zu der ersten Strategie.

Strategie III: Konjunkturneutrale Aufwertung

247. Die dritte Strategie legt im Gegensatz zur ersten und zweiten den Akzent nicht auf eine verstärkte Expansion der realen Binnennachfrage, sondern auf eine möglichst konjunkturneutrale Aufwertung.

248. Konjunkturneutral kann man eine Aufwertung nennen, bei der der aufwertungsbedingte reale Nachfrageausfall im Export und in den Branchen, die mit Importen konkurrieren, durch Maßnahmen zur Steigerung der Binnennachfrage so ausgeglichen wird, daß der Auslastungsgrad des Produktionspotentials unberührt bleibt. Man muß also zunächst so viel zusätzliche reale Binnennachfrage schaffen, wie die außenwirtschaftlichen Überschüsse durch Verteuerung der Exporte und Verbilligung der Importe zurückgehen. Soweit sich aus der Verteuerung der Exporte und der Verbilligung der Importe ein zusätzlicher Außenhandelsgewinn ergibt (Terms-of-Trade-Effekt), der den inländischen Absorptionsspielraum leicht erweitert, muß die reale Binnennachfrage um etwas mehr expandieren.

249. Verglichen mit einer gleichgroßen Aufwertung ohne flankierende Maßnahmen, wie sie fast ausschließlich gelehrt, diskutiert, kritisiert und — jedenfalls bisher — praktiziert wird, ist bei einer konjunkturneutralen Aufwertung die Wirkung auf den außenwirtschaftlichen Überschuß größer und die preisdämpfende Wirkung geringer.

Wer ausschließlich im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der makroökonomischen Kreislauftheorie zu denken und zu argumentieren pflegt, könnte geneigt sein, die preisdämpfende Wirkung einer konjunkturneutralen Aufwertung gleich Null zu setzen. Denn in gesamtwirtschaftlichen Kreislaufmodellen ergibt sich die Änderung des Preisniveaus (der sogenannte Deflator des Bruttosozialprodukts) aus dem Vergleich zwischen dem vorausgeschätzten Zuwachs der nominalen Gesamtnachfrage und dem voraussichtlichen Zuwachs des Angebots aus inländischer und ausländischer Produktion. Diese Modelle sind insofern essentiell nachfragebestimmt (keynesianisch). Der durch eine Aufwertung verschärfte Wettbewerb zwischen ausländischen und inländischen Anbietern — vor allem auch auf den Binnenmärkten — kommt dabei als unabhängige preisbestimmende Variable systematisch nicht in Betracht. Ebenso wird leicht übersehen, daß die Lohnerhöhungsspielräume der exportintensiven Unternehmen, aber auch der Unternehmen, die mit den Importen konkurrieren, sich infolge der verschärften Auslandskonkurrenz verkleinern und der Lohnauftrieb, vor allem auf mittlerer Sicht, dadurch insgesamt gedämpft wird. Daß der reale Nachfrageausfall durch flankierende Maßnahmen ausgeglichen wird, bedeutet also, im Vergleich mit einem Konjunkturverlauf ohne Aufwertung, daß mit der gleichen Auslastung des Produktionspotentials geringere Preissteigerungen einhergehen.

250. Die im folgenden skizzierte dritte Strategie ist darauf angelegt, den Nachfrageausfall, der mit einer Aufwertung verbunden wäre, weitgehend zu kompensieren. Dies wäre — zumindest für den Anfang — wohl ausreichend, da die autonomen konjunkturellen Auftriebskräfte so stark zu sein scheinen, daß die Nachfrageexpansion im Jahre 1969 eher stärker denn schwächer ausfallen dürfte als im zweiten Kapitel für den Fall des wirtschaftspolitischen Status quo beschrieben [1]). Gegebenenfalls könnte das Programm der flankierenden Maßnahmen erweitert werden.

Als Arbeitshypothese sei ein Aufwertungssatz von 5 vH angenommen. Maßgebend für die Wahl dieses Satzes ist die Tatsache, daß das öffentliche Bewußtsein noch von dem Ausmaß der Aufwertung von 1961 geprägt ist (Präzedenzfall) [2]). Dem konstatierten Ausmaß der Fehlentwicklung entspricht dieser Satz nicht ohne weiteres.

251. Wie sich die Exportpreise bei einer DM-Aufwertung im Rahmen dieser Strategie verändern würden, hängt von drei Umständen ab:

— von den Überwälzungsmöglichkeiten auf den Auslandsmärkten,

— von der internen Kostensituation und

[1]) Die Status-quo-Prognose (Ziffern 146 ff.) stellt zwar unsere beste Setzung dar, doch halten wir die Wahrscheinlichkeit, daß Abweichungen nach oben auftreten, für größer als die von Abweichungen nach unten.

[2]) Daß man in der Aufwertungsdebatte oft diesen Satz genannt hat, mag auch damit zusammenhängen, daß die Bundesrepublik nach den Statuten des Internationalen Währungsfonds gegenwärtig über einen „unausgenutzten" Aufwertungsspielraum von 5 vH verfügt.

— von den (neuen) Absatzchancen auf dem Inlandsmarkt.

a) Was die Überwälzungsmöglichkeiten anlangt, so gibt es gute Gründe für die Annahme, daß die deutsche Exportwirtschaft — nicht zuletzt wegen der Rezession — wieder über nennenswerte Preiserhöhungsspielräume im Ausland verfügt. Inwieweit diese Spielräume genutzt würden, hängt davon ab, ob man als Folge der Preiserhöhung größere oder kleinere Absatzeinbußen erwartet (Preiselastizität der Exportnachfrage). Bei einigen Spezialerzeugnissen mag die ausländische Konkurrenz schwach und die Gefahr einer Absatzeinbuße bei Preiserhöhungen gering sein. Viele Exportunternehmen rechnen jedoch — nach unseren Informationen — für den Fall höherer Dollarpreise mit durchaus fühlbaren Markteinbußen, zumal sie sich während der Rezession dazu gedrängt sahen, mit scharf kalkulierten Preisen ihren Auslandsabsatz zu erhöhen. Wir nehmen alles in allem an, daß der Auslandsabsatz prozentual aber nur so stark zurückginge, wie die Dollar-Preise unserer Exportgüter erhöht würden, immer verglichen mit der Entwicklung ohne Aufwertung (durchschnittliche Preiselastizität der ausländischen Nachfrage nach unseren Exporten für das erste Jahr: −1) [1]).

b) Die interne Kostensituation gibt gegenwärtig (im Gegensatz zu 1961) keinen Anlaß zu Preiserhöhungen; es sind eher Preissenkungsspielräume vorhanden, denn die Lohnkosten je Produkteinheit in der Industrie sind im Vergleich zu den Export- und Erzeugerpreisen seit der Rezession gesunken (Ziffer 27). Obwohl die Preis-Kosten-Relation der Rezessionsphase natürlich keinen Maßstab für Preissenkungsmöglichkeiten abgeben kann, halten wir es für wahrscheinlich, daß eine Aufwertung teilweise durch eine Rücknahme der DM-Preise aufgefangen werden würde.

c) Die Absatzchancen auf dem Inlandsmarkt würden bei einer konjunkturneutralen Aufwertung nicht so sehr zu Preisnachlässen im Export zwingen, wie allgemein angenommen wird. Denn wenn die Aufwertung möglichst konjunkturneutral gestaltet würde, stünde den inländischen Anbietern nicht sehr viel weniger Gesamtnachfrage gegenüber als ohne Aufwertung, wohl aber mehr Binnennachfrage. Der Zwang, um jeden Preis Auslandsmärkte zu beliefern, verringerte sich damit. Wahrscheinlich würden die exportintensiven Unternehmen daher die DM-Preise weniger senken müssen und die Dollar-Preise stärker anheben können als bei einer isolierten Aufwertung, von der sonst immer die Rede ist.

Immer verglichen mit dem, was sonst 1969 eintreten würde, lassen uns all diese Umstände erwarten, daß bei der Strategie einer nahezu konjunkturneutralen Aufwertung 1969 die DM-Exportpreise um 1 vH zurückgingen, die Dollar-Exportpreise also um etwa 4 vH stiegen. Bei der angenommenen Nachfrageelastizität für unsere Exportgüter würden der mengenmäßige Export dann um 4 vH und der Exportwert (in DM gerechnet) um 5 vH weniger steigen als sonst. Damit eine Aufwertung den Export 1969 in diesem Ausmaß beeinflußte, müßte sie so frühzeitig vorgenommen werden, daß ihre Hauptwirkung noch in das kommende Jahr fiele.

252. Hinsichtlich der Importpreise gehen wir von der Annahme aus, daß die ausländischen Anbieter industrieller Fertigerzeugnisse versuchen könnten, einen — bisher zurückgehaltenen — Bedarf an Preiserhöhungen (in Dollar) geltend zu machen, das heißt, nur einen Teil ihres „Aufwertungsgewinns" in Form niedrigerer DM-Preise weiterzugeben. Soweit sich durch flankierende Maßnahmen auch die Nachfrage nach ausländischen Enderzeugnissen erhöht, wird die aufwertungsbedingte Importverbilligung daher etwas geschwächt. Alles in allem rechnen wir bei diesen Importgütern, die mit heimischen Erzeugnissen im Wettbewerb stehen, mit einem Rückgang der DM-Preise um 2 vH. Dies betrifft rund 30 vH der gesamten Einfuhr.

Bei den anderen Einfuhren (Rohstoffe, Halbwaren), die einen komplementären Charakter haben, sowie bei Nahrungsmitteln erwarten wir, daß die Dollar-Preise wegen einer Aufwertung nur wenig steigen, die DM-Preise also entsprechend stark sinken würden. Dies bedeutete einen DM-Preisrückgang für die gesamte Einfuhr im Rahmen dieser Strategie um 3 vH.

Unter der Annahme, daß die Nachfrage nach konkurrierenden Importen (Enderzeugnisse) eine Preiselastizität von etwas über −1 aufweist und die Nachfrage nach den sonstigen Importen in bezug auf den Preis fast unelastisch ist (Preiselastizität der gesamten Wareneinfuhr: −0,6) [2]) ergibt sich, daß bei einer Aufwertung der DM-Wert der Importe für das Jahr

---

[1]) Die hier angenommene Preiselastizität von minus eins soll nur besagen, daß aufgrund einer einprozentigen Erhöhung der Dollar-Exportpreise die Exportmengen im Jahre 1969 um ein Prozent sinken (im Vergleich zur sonstigen Entwicklung). Wir haben die Elastizitätskoeffizienten auf diesen Zeitraum begrenzt, weil sich unsere quantitativen Alternativrechnungen nur auf das Jahr 1969 erstrecken. Die gewöhnlich diskutierten Elastizitätskoeffizienten beziehen sich dagegen auf den gesamten Wirkungszeitraum; sie würden daher auch die Mengeneffekte einer Aufwertung erfassen, die über eine Jahresperiode hinaus noch zu erwarten sind. Diese Elastizitäten müssen deshalb größer sein als ein Koeffizient, der nur die Mengeneffekte angibt, mit denen innerhalb des Zeitraums von einem Jahr zu rechnen ist.
Im Falle der Abwertungen vom November 1967 hat der Sachverständigenrat für den gesamten Wirkungszeitraum mit einer Preiselastizität von minus zwei gerechnet (JG 67 Ziffer 367). Wir waren ferner allzu optimistisch davon ausgegangen, daß schon im ersten Halbjahr 1968 durchschnittlich drei Viertel der längerfristig erwarteten Wirkungen zum Tragen kommen würden. Abgesehen davon dürfte die Preiselastizität der Exportnachfrage im Jahre 1969 geringer sein als im Jahre 1968, da die Exportwirtschaft gegenwärtig über größere Preiserhöhungsspielräume verfügt als vor einem Jahre.

[2]) Auch mit diesem Elastizitätskoeffizienten sollen nur die aufwertungsbedingten Mengeneffekte auf der Importseite im Jahre 1969 erfaßt werden. Das in der Fußnote zu Ziffer 251 Gesagte gilt entsprechend.

1969 um etwas mehr als 1 vH unter das Niveau gedrückt würde, das sich unter Status-quo-Bedingungen ergäbe, vorausgesetzt, die Hauptwirkungen auf den Import setzten sich im Jahre 1969 durch.

253. Die Reaktion der Dienstleistungsbilanz wäre ähnlich wie die der Handelsbilanz und ist in der vorausgegangenen Rechnung schon berücksichtigt.

254. Unsere Beispielsrechnung führt zu dem Ergebnis, daß der Leistungsbilanzüberschuß 1969 um 5½ Mrd. DM niedriger wäre als ohne eine — nahezu konjunkturneutrale — Aufwertung um 5 vH, daß er sich also auf gut 11 Mrd. DM statt auf 16½ Mrd. DM beliefe.

255. Verminderte sich der außenwirtschaftliche Überschuß in diesem Umfang, so entstünde 1969 gleichzeitig ein Spielraum für die Beanspruchung des Produktionspotentials durch das Inland um 8 Mrd. DM; das wären 2,5 Mrd. DM mehr, als der Abnahme des außenwirtschaftlichen Überschusses entspräche. Der Unterschied wäre gleich dem Außenhandelsgewinn, den die Aufwertung im ersten Jahr einbrächte (positiver Terms-of-Trade-Effekt). Dieser Gewinn fiele der deutschen Volkswirtschaft zu, weil — unter unseren Annahmen — die DM-Exportpreise um 1 vH und die DM-Importpreise um 3 vH sinken würden, die Preisschere sich also um 2 vH öffnete; bezogen auf das Bruttosozialprodukt beliefe er sich auf etwa 0,5 vH.

256. Aus der angenommenen Senkung der Importpreise sowie dem damit verschärften Preiswettbewerb in Importsubstitutionsbereichen ergäbe sich eine Dämpfung des Preisanstiegs im Inland. Was die Verbraucherpreise angeht, so rechnen wir damit, daß sie 1969 statt um 3 vH um reichlich 2 vH höher sein würden als 1968. Im Verlauf des Jahres 1969 würde der Preisanstieg nicht 3½ vH betragen, sondern knapp 2 vH.

257. Die konjunkturdämpfenden Wirkungen einer Aufwertung wären um so geringer, je mehr die Unternehmen erwarten könnten, daß die Gewerkschaften den Beschäftigungsrisiken einer Konjunkturdämpfung durch eine zurückhaltende Lohnpolitik (und zwar nicht nur im Jahre 1969, sondern auch danach) Rechnung trügen (Ziffern 283 ff.). Wir haben dieses unterstellt und im Rahmen dieser Strategie für 1969 eine Erhöhung der Effektivlöhne von 6,5 vH angesetzt (von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt gerechnet).

258. Um den konjunkturdämpfenden Effekt einer Aufwertung, soweit er unerwünscht ist, zu vermeiden, genügte es zunächst wahrscheinlich, wenn mit Hilfe flankierender Maßnahmen die reale Binnennachfrage um etwa 4 Mrd. DM erhöht würde. Die öffentliche Hand müßte hierzu, sei es durch zusätzliche Ausgaben, sei es durch Einnahmenverzicht, einen Beitrag leisten und sich — im Umfang dieses Beitrages — zusätzlich verschulden. Geldwertpolitisch wäre dies unbedenklich, da eine Aufwertung den Angebotsspielraum vergrößerte und den Preiswettbewerb im Inland verschärfte (Ziffer 204).

259. Soll unsere Produktionsstruktur entzerrt und nicht sogleich in anderer Richtung verzerrt werden, so dürfte der binnenwirtschaftliche Absorptionsspielraum nur zum Teil von der öffentlichen Hand genutzt werden. Auch wäre die öffentliche Hand möglicherweise gar nicht in der Lage, so viele zusätzliche Ausgaben für ausgereifte Projekte vorzunehmen. Andererseits bestünden sicher noch große Chancen für hochproduktive Investitionen im Unternehmenssektor. Ein Teil des Außenhandelsgewinns (Terms-of-Trade-Effekt) müßte im Rahmen einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik den Arbeitnehmern zugute kommen. Schließlich gäbe es sicherlich Bereiche, die sich von einer abrupten Aufwertung, vor der sie sich durch die vielen offiziellen Dementis geschützt glaubten, unversehens und daher unvorbereitet getroffen fühlen würden. Ihnen zu helfen, könnte in Einzelfällen politisch geboten erscheinen. Doch sollten dann, sofern es sich um strukturschwache Branchen handelt, die Chancen für einen strukturpolitischen Neubeginn genutzt und — statt Erhaltungssubventionen — echte Anpassungssubventionen ins Auge gefaßt werden. Auch hier wären die Schwierigkeiten eines beschleunigten Strukturwandels durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu verringern.

260. Den vorstehend genannten Gesichtspunkten könnte ein Maßnahmenbündel Rechnung tragen, das zum Beispiel folgende Elemente enthält: Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages oder lineare Senkung der Lohn- und Einkommensteuerschuld um 3 vH (zunächst befristet bis zum 31. Dezember 1969), Heraufsetzung der sogenannten Kilometergeldpauschale auf 0,50 DM und Halbierung der Mehrwertsteuerbelastung beim Kauf von Gebrauchtwagen, Investitionszuschüsse an Bundesbahn und Bundespost sowie Zuschüsse zur Modernisierung des Althausbesitzes, verstärkte Förderung strukturschwacher Gebiete.

Bei allen hier beispielhaft angeführten Maßnahmen müßte die öffentliche Hand entweder zusätzliche Ausgaben tätigen oder Steuerausfälle hinnehmen. Je mehr dies derart geschähe, daß auch die private Nachfrage gesteigert würde, um so geringer wäre — bei gleicher Wirkung auf die Gesamtnachfrage — die Belastung des Staatshaushaltes. Nach unserer Beispielsrechnung, die diesen Zusammenhang berücksichtigt, hätte sich die öffentliche Hand hierfür um etwa 2½ Mrd. DM zusätzlich zu verschulden.

261. Außer zum Ausgleich des aufwertungsbedingten Nachfrageausfalls wären eventuell noch weitere staatliche Mehrausgaben erforderlich,

— weil aus politischen Gründen möglicherweise Kompensationszahlungen an protektionierte Gruppen (zum Beispiel die Landwirtschaft) geleistet werden müßten, deren Realeinkommen im Falle einer Aufwertung abrupter und früher vermindert würde als im Falle einer Anpassungsinflation, und

— weil der Buchverlust, der sich im Aufwertungsfall in der Bundesbankbilanz zeigte, bei der derzeitigen Verrechnungspraxis möglicherweise vom Bund übernommen würde.

262. Die aufwertungsbedingte Dämpfung des Preisanstiegs käme der Ausgabenseite des Staatshaushalts zugute: der Staat könnte die geplanten Aufgaben mit niedrigeren Nominalausgaben erfüllen. Ins Gewicht fallen dürften vor allem die Einsparungen bei den Personalausgaben, sofern bei den anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sowie bei den Besoldungserhöhungen der Aufwertung Rechnung getragen würde. Den Betroffenen entstünde daraus kein Nachteil, weil der zu erwartende Preisanstieg geringer wäre als unter Status-quo-Bedingungen. Die Verteidigungseinfuhren würden sich vermutlich um den vollen Aufwertungssatz verbilligen. Bei den übrigen laufenden Ausgaben sowie bei den Investitionen ergäben sich ebenfalls preisbedingte Einsparungsmöglichkeiten. Dagegen wären bei den Sozialrenten keine aufwertungsbedingten Minderausgaben zu erwarten, jedenfalls kurzfristig nicht.

Diese stabilitätsbedingten Minderausgaben dürften im Jahre 1969 für die gesamte öffentliche Hand auf etwa 0,5 Mrd. DM zu veranschlagen sein.

263. Auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherungsträger) ergäben sich Mehreinnahmen bei den Steuern, vor allem weil die — umsatzsteuerfreie — Ausfuhr weniger stark, die — steuerpflichtigen — inländischen Ausgaben dagegen stärker zunähmen als unter Status-quo-Bedingungen. Dem stünden etwa ebenso hohe Mindereinnahmen der Sozialversicherungsträger gegenüber, die sich aus der Verringerung der Lohnerhöhungen ergäben. Insgesamt blieben demnach — von den flankierenden Maßnahmen abgesehen — die öffentlichen Einnahmen von einer nahezu konjunkturneutralen Aufwertung unberührt.

264. Politisch bedingte Mehrausgaben würde wohl vor allem die Landwirtschaft beanspruchen. In der Landwirtschaft verminderte sich — nach einer überschlägigen Rechnung des Bundesernährungsministeriums — das (Nominal-)Einkommen um etwa 225 Mill. DM je Aufwertungsprozentpunkt, bei einer fünfprozentigen Aufwertung also um 1,125 Mrd. DM. Bei dieser Rechnung wurde angenommen, daß sich die Erzeugerpreise ziemlich rasch anpassen und das neue Niveau im allgemeinen um den Aufwertungssatz unter dem sonst zu erwartenden liegen würde (Ziffer 216). Selbst wenn diese — extremen — Annahmen zuträfen, wäre die Realeinkommensminderung (auf die es allein ankommt) geringer, denn durch eine Aufwertung verbilligten sich nicht nur die importierten Betriebsmittel, wie das Ministerium annimmt, sondern auch die inländischen Betriebsmittel; außerdem stiegen die Preise der Lebenshaltung weniger stark als sonst.

Wollte die Bundesregierung gleichwohl die Nominaleinkommensverluste der Landwirtschaft ausgleichen und hierzu — ähnlich wie bei der Getreidepreissenkung — eine einmalige Einkommenssubvention gewähren, so wären dafür etwa 1,1 Mrd. DM in den Bundeshaushalt für 1969 einzustellen. Hypothetisch übernehmen wir diese Größe für unsere Beispielsrechnung.

Bei alledem ist zu beachten, daß die Erlösminderungen in der Landwirtschaft nicht Verluste wären, die einer Aufwertung zugerechnet werden können. Es handelte sich vielmehr darum, daß verschleierte Subventionen, wie sie durch die Unterbewertung einer Währung alle einheimischen Produzenten erhalten, beseitigt würden. Die zu erwartenden Forderungen liefen darauf hinaus, in einem Einzelfall solche verschleierte Subventionen durch offene Subventionen zu ersetzen.

265. Die Bundesbank müßte in Zusammenhang mit der Ermittlung ihres Geschäftsgewinns im Aufwertungsjahr eine Abschreibung auf ihre Währungsreserven vornehmen. Sollte die sich daraus ergebende Minderung des Geschäftsgewinns nicht durch Auflösung von Rückstellungen ausgeglichen, sondern (wie 1961) wieder dem Bund in Rechnung gestellt werden, erlitte der Bund in den nächsten Jahren jeweils einen Einnahmeausfall in Höhe seines Anteils am Reingewinn der Bundesbank. In den Haushaltsplanentwurf für 1969 sind für diesen Anteil 300 Mill. DM Einnahmen eingestellt. Gegebenenfalls einen solchen Einnahmeausfall durch einen sehr langfristigen Kredit der Bundesbank (etwa in der Form von Ausgleichsforderungen) abzudecken, wäre stabilitätspolitisch völlig unbedenklich.

266. Alles in allem würde eine nahezu konjunkturneutrale Aufwertung von 5 vH einen zusätzlichen Nettokreditbedarf der öffentlichen Hand im Jahre 1969 entstehen lassen, der sich, den möglichen Einnahmeausfall aufgrund der Buchverluste der Bundesbank nicht gerechnet, insgesamt auf reichlich 3 Mrd. DM beliefe:

— Konjunkturpolitisch erforderliche Mehrausgaben	2,5 Mrd. DM
— Stabilitätsbedingte Minderausgaben	−0,5 Mrd. DM
— Ausgleich von Einkommenseinbußen der Landwirtschaft	1,1 Mrd. DM
	3,1 Mrd. DM

267. Die binnenwirtschaftlichen Wirkungen einer allmählichen Beseitigung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts im Rahmen der dritten Strategie würden vermutlich erst 1970 voll sichtbar werden. Die Voraussetzungen für eine kostenniveau-neutrale Lohnpolitik im weiteren Verlauf des Aufschwungs wären geschaffen und die Gefahr einer Anpassung des inländischen Preisniveaus an das — höhere — ausländische wäre vorerst gebannt. Doch wenn die Preise im Ausland weiter stiegen, könnte Geldwertstabilität im Innern durch eine einmalige fünfprozentige Aufwertung nicht erreicht werden.

Strategie IV: Konjunkturdämpfende Aufwertung

268. Im Gegensatz zu einer konjunkturneutralen Aufwertung fehlen in dieser vierten Strategie die flankierenden Maßnahmen; die konjunkturdämpfenden Wirkungen, die eine Aufwertung für sich genommen hätte, sind gewollt und würden daher nicht ausgeglichen. Bei gleichem Satz (5 vH) hätte eine isolierte Aufwertung infolgedessen einen stärkeren Dämpfungseffekt auf Preisniveau und Beschäftigtenstand und mithin auch eine schwächere Wirkung auf die außenwirtschaftlichen Überschüsse.

269. Eine isolierte Aufwertung von 5 vH hätte bei den inländischen Anbietern andere Preisreaktionen zur Folge als eine konjunkturneutrale Aufwertung. Die Exportunternehmen könnten ihre Dollar-Preise weniger anheben, müßten ihre DM-Preise also mehr senken, da ja die Inlandsmärkte nicht zusätzlich ausgeweitet würden und somit weniger Chancen bestünden, Exporte durch Inlandsverkäufe zu substituieren. Dies veranlaßt uns zu der Annahme, daß die Exportunternehmen ihre DM-Preise um 2 vH herabsetzten. Der mengenmäßige Export wäre 1969 dann (bei einer Preiselastizität der ausländischen Nachfrage von — 1 für das Jahr 1969) um 3 vH niedriger als unter Status-quo-Bedingungen; der Exportwert (in DM gerechnet) verminderte sich um 5 vH.

270. Auch die ausländischen Anbieter sähen sich keiner so kräftigen Nachfrage auf dem deutschen Binnenmarkt gegenüber wie im Falle einer konjunkturneutralen Aufwertung; sie müßten, sofern sie mit einheimischen Anbietern konkurrieren und ihren Anteil am deutschen Binnenmarkt vergrößern wollten, die DM-Preise stärker zurücknehmen, also mehr von ihrem „Aufwertungsgewinn" weitergeben. Wir nehmen an, daß die DM-Preise der Einfuhren im Durchschnitt um 4 vH zurückgingen, statt um 3 vH im Falle einer nahezu konjunkturneutralen Aufwertung. Bei den angenommenen Preiselastizitäten der inländischen Nachfrage nach ausländischen Gütern (—0,6 für das Jahr 1969) (Ziffer 252) würde das Importvolumen 1969 um reichlich 2 vH größer sein als sonst; da aber wegen der geringeren Steigerung der Gesamtnachfrage die mengenmäßigen Importe etwas niedriger wären, bewirkte eine isolierte Aufwertung einen Anstieg des Importvolumens um nur 1½ vH.

Der Importwert (in DM gerechnet) verminderte sich durch diese Aufwertung um etwa 3 vH, verglichen mit dem, was sich unter Status-quo-Bedingungen ergäbe.

271. Für den Dienstleistungsverkehr haben wir in dieser Beispielsrechnung mangels besserer Hypothesen wieder die gleichen Reaktionen angenommen wie beim Warenverkehr.

Danach verminderte sich alles in allem der außenwirtschaftliche Überschuß im Jahre 1969 nur um reichlich 3½ Mrd. DM — gegenüber 5½ Mrd. DM bei einer nahezu konjunkturneutralen Aufwertung —, jeweils bezogen auf den Überschuß von 16½ Mrd. DM, den wir unter Bedingungen des wirtschaftspolitischen Status quo erwarten. Vom Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts wären wir also weiter entfernt als bei einer gleichgroßen Aufwertung mit flankierenden Expansionsmaßnahmen.

272. Dem Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses um reichlich 3½ Mrd. DM entspräche ein realer Ausfall an inlandswirksamer Nachfrage von knapp 5½ Mrd. DM. Der Unterschied würde wiederum auf dem positiven Terms-of-Trade-Effekt der Aufwertung beruhen, der sich auch hier auf 0,5 vH des Bruttosozialprodukts beliefe.

273. Das Verbraucherpreisniveau stiege im Laufe des Jahres 1969 nur wenig (1 vH), während es unter Status-quo-Bedingungen Ende 1969 um 3½ vH höher wäre als Ende 1968. Von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt gerechnet, würden die Preissteigerungsraten in dem einen Fall 1,8 vH, in dem anderen 3 vH betragen. Diese Rechnung gilt nur, wenn nicht so spät aufgewertet würde, daß die Hauptwirkungen erst nach 1969 einträten.

Bei einem Preisanstieg von 1,8 vH könnte das effektive Lohnniveau 1969 — alles eingerechnet — um knapp 6 vH über dem Durchschnitt des Jahres 1968 liegen.

274. Der öffentlichen Hand entstünde auch bei der Strategie einer isolierten Aufwertung ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf. Er ergäbe sich einmal aus den schon im Rahmen der dritten Strategie genannten politisch begründeten Kompensationszahlungen (1,1 Mrd. DM) sowie dem eventuellen Wegfall von Gewinnübertragungen seitens der Bundesbank (maximal 0,3 Mrd. DM). Weiter wären zu berücksichtigen: Mindereinnahmen und Minderausgaben, die sich vor allem daraus ergäben, daß das Sozialprodukt, das Preisniveau und die Löhne bei einer isolierten Aufwertung weniger stiegen als unter Status-quo-Bedingungen. Die Defizite, die sich hieraus ergäben, veranschlagen wir auf insgesamt 2 Mrd. DM.

Der gesamte zusätzliche Kreditbedarf der öffentlichen Hand (einschließlich Sozialversicherungsträgern) würde demnach etwa 3 Mrd. DM betragen, den Einnahmeausfall aufgrund der Buchverluste der Bundesbank nicht gerechnet (Ziffer 265).

275. Was die Entwicklung nach 1969 anlangt, so ist zwar nicht völlig auszuschließen, daß eine isolierte Aufwertung die Konjunktur so stark dämpfte, daß der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, der in diesem Falle 1969 wegen der Aufwertung schon wieder niedriger wäre als 1968, im Jahre 1970 noch geringer würde. In diesem Falle stiege das Binnenpreisniveau 1970 weiterhin weniger stark als im Ausland. Früher als bei der ersten, zweiten und dritten Strategie würde sich das Problem der außenwirtschaftlichen Anpassung erneut stellen.

Wahrscheinlicher ist aber wohl, daß bei einer isolierten Aufwertung um 5 vH der Aufschwung nur vorübergehend abgeschwächt würde, weil sich das Vertrauen der Unternehmen bald wieder herstellte. Der Aufschwung würde dann erst 1970 oder später seinen Höhepunkt erreichen.

Strategie V: Konjunkturpolitisches Laissez-Faire

276. Gegenüber den bisher beschriebenen Strategien wird das öffentliche Bewußtsein entweder wegen der Preissteigerungen oder wegen der zunehmenden Staatsverschuldung und der Wechselkursanpassungen empfindlich reagieren. Eine Strategie, die mit den vorherrschenden Vorstellungen besser harmoniert und von den hier erörterten Alternativen 1969 scheinbar mit den geringsten Risiken für die Wirtschaftspolitik verbunden wäre, müßte wohl darauf hinwirken,

— daß unser außenwirtschaftlicher Überschuß, wenn er schon nicht abgebaut werden kann, durch soviel Kapitalexport und Devisenhilfen ausgeglichen wird, daß die Defizitländer keinen massiven Druck (mehr) in Richtung auf eine DM-Aufwertung ausüben und das „Aufwertungsgerede" verstummt,

— daß der Prozeß der Anpassungsinflation so hinausgezögert wird, daß die Preissteigerungsraten vorläufig die Reizschwelle nicht überschreiten, bei der die Arbeitnehmer auf eine lohnpolitische Kompensation dringen würden und

— daß unser Produktionspotential vorerst nicht stärker beansprucht wird, als es mit dem Arbeitsangebot in Engpaßbereichen gerade noch vereinbar ist.

277. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1969, die diesem Leitbild entspräche, unterschiede sich kaum von unserer Status-quo-Prognose (Ziffern 146 ff.). Wollte man diese Prognose in den Rang einer Zielprojektion erheben, so müßte man bereit sein, erhebliche Abweichungen von den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes hinzunehmen, und zwar nicht nur, wie bei Strategie I, hinsichtlich der Preise, sondern auch hinsichtlich des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts:

— Die vorausgeschätzte Zuwachsrate des realen Sozialprodukts von gut 4½ vH für 1969 liegt zwar unter der erreichbaren, könnte aber noch ohne weiteres als angemessen gelten.

— Dagegen könnte man einen Anstieg der Verbraucherpreise um 3 vH (im Durchschnitt des Jahres 1969 gegenüber dem des Jahres 1968) nicht mehr als Stabilität des Preisniveaus bezeichnen, zumal sich hinter ihm ein Preisanstieg von 3½ vH verbirgt, wenn man den Stand vom Ende 1969 mit dem vom Ende 1968 vergleicht.

— Auch bedeutete ein „Außenbeitrag" in der Größenordnung von 16½ Mrd. DM im Jahre 1969 nicht außenwirtschaftliches Gleichgewicht [1]).

278. Um die Gefahr zu begrenzen, daß sich der Anpassungsprozeß beschleunigt, könnte die Bundesregierung unter anderem

— eine etwaige Übernachfrage mit Hilfe einer restriktiven Fiskalpolitik, wie es das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorsieht, zurückdrängen,

— die „Konzertierte Aktion" als Instrument der Verhaltenskoordination gegen die Marktkräfte einzusetzen versuchen,

— steuerliche Einfuhrerleichterungen ankündigen für den Fall, daß Preissteigerungen aus den außenwirtschaftlichen Beziehungen binnenwirtschaftlich nicht abgewehrt werden können,

— administrierte Preiserhöhungen vorübergehend unterbinden und gegebenenfalls durch Subventionen auffangen und

— die Effizienz der Kreditpolitik durch Anwendung von § 23 Außenwirtschaftsgesetz wiederherzustellen versuchen.

279. Wir halten es nicht für unwahrscheinlich, daß es mit diesen und schärferen Maßnahmen, die die marktwirtschaftliche Ordnung bei uns und in anderen Ländern bis an die Grenzen ihrer Funktionsfähigkeit strapazieren, gelingen kann, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht noch für ein Jahr abzustützen und eine Preissteigerungswelle 1969 zu verhindern, wenngleich die Erfahrung zeigt, daß Interventionen gegen die Marktkräfte bald ihre Wirkung verlieren und immer stärker dosierte Interventionen dieser Art nach sich ziehen.

Im Frühsommer 1964, als die preispolitische Situation ähnlich war, wie wir sie für 1969 erwarten, und die außenwirtschaftlichen Überschüsse wesentlich geringer waren als 1968, schrieben wir an den damaligen Bundeskanzler unter anderem:

„Die zunehmende Knappheit am Arbeitsmarkt und die gute Auftrags- und Gewinnlage der Unternehmen werden vermutlich eine relativ große Konzessionsbereitschaft der Arbeitgeber hervorrufen ... Selbst wenn sich die Lohnerhöhungen in mäßigen Grenzen halten sollten, würden Preiserhöhungen auf breiter Front nicht mehr lange auf sich warten lassen ... Ohne eine überzeugende Garantie für die binnenwirtschaftliche Geldwertstabilität in Gestalt von ausreichend wirksamen Maßnahmen müssen alle Versuche, spiralenförmige Kosten-Preis-Bewegungen durch eine gesamtwirtschaftlich orientierte Einkommenspolitik zu verhindern, schon im Ansatz scheitern ... Appelle an die privaten Kreise, die Marktmacht haben und daher gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen, ihre Preis-, Lohn- und Arbeitszeitpolitik den Erfordernissen der Geldwertstabilität unterzuordnen, werden — wenn überhaupt — nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie mit der Marktlage einigermaßen in Einklang stehen. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob die binnenwirtschaftliche Dämpfungspolitik erfolgreich sein kann, solange unsere Produzenten so gute Absatzchancen und Kreditmöglichkeiten im Ausland haben. Bei der internationalen

[1]) Es ist nicht ausgeschlossen, daß derartige hohe außenwirtschaftliche Überschüsse auch im Jahre 1969 erneute Zahlungsforderungen des Auslandes an die Bundesrepublik hervorrufen. Ob die Bundesrepublik ihnen nachkommen würde oder nicht, sei dahingestellt. Vermutlich dürften sich aber solche Forderungen um so weniger abwehren lassen, je höher die Überschüsse sind.
Wenn gelegentlich behauptet wird, daß die Bundesrepublik deshalb schon heute für entsprechend höhere Überschüsse sorgen müsse, weil sie bald auch größere Verteidigungslasten zu tragen hätte, so ist das ein Irrtum. Denn insoweit mit der Aufbringung der Finanzierungsmittel für die steigenden Verteidigungsausgaben die inländische Absorption zurückgedrängt würde, ergäben sich von selbst höhere Leistungsbilanzüberschüsse.

Preis- und Zinsstruktur, wie sie heute gegeben ist, steht zu befürchten, daß selbst bescheidene Erfolge der binnenwirtschaftlichen Konjunkturdämpfung mit einer weiteren kräftigen Erhöhung unserer Zahlungsbilanzüberschüsse erkauft werden müssen. Daß Bundesregierung und Bundesbank die monetäre Seite dieses Dilemmas erkannt haben, schließen wir aus den Bestrebungen ..., den Geld- und Kapitalexport zu fördern. Derartige Interventionen können als Ersatz für eine partielle Aufwertung aufgefaßt werden, die sich auf den Bereich des Geld- und Kapitalverkehrs beschränkt. Wie alle Eingriffe, die die Wirkungen ungleichgewichtiger Marktsituationen neutralisieren sollen, bedürfen diese Interventionen der Ergänzung durch immer weitere Kontrollen ... Es ist ein verbreiteter Irrtum, daß allein eine Politik der Wechselkursanpassung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verschlechtere, eine Politik des Abwartens dagegen nicht. In Wahrheit führt auch das Abwarten früher oder später über eine Steigerung des allgemeinen Kostenniveaus zur gleichen Veränderung der Wettbewerbsbedingungen, weil nur so die überhöhten Leistungsbilanzüberschüsse abgebaut werden können." (Stellungnahme vom 20. Juni 1964 gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über den Sachverständigenrat, abgedruckt im JG 67, Anhang II)

Die Entwicklung der Preise, der Kosten, der Wettbewerbsfähigkeit und des Außenhandels in den Jahren 1965 und 1966, durch die die scharfe Restriktionspolitik der Bundesbank veranlaßt und ermöglicht wurde, und die krisenhaften Erscheinungen in Politik und Wirtschaft in den Jahren 1966 und 1967 zeigen, daß unsere Befürchtungen von 1964 nicht übertrieben waren.

280. In einem strengen Sinne wird sich diese Entwicklung nicht wiederholen. Das gilt vor allem für das Haushaltsgebaren im Wahljahr 1965. Im Bereich der Finanzpolitik kann man gegenwärtig eher mit einer Überkorrektur früherer Fehler rechnen. Doch brächten konjunkturpolitische Steuererhöhungen 1969 — so sehr sie sich im Rahmen sowohl des konventionellen Denkmodells einer geschlossenen Wirtschaft als auch des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes empfehlen mögen — nur einen Zeitgewinn, der teuer erkauft würde: mit einem größeren außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht und mit einer weiteren Verzerrung unserer Produktionsstruktur zum Nachteil der Binnenbereiche und zugunsten von Unternehmen, die groß genug sind oder durch Fusion mit anderen groß genug würden, um im Export offensiv sein zu können.

281. Wenn sich die Konjunkturgeschichte auch nicht im Detail wiederholt, so kann man — im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung — doch sicher sein,

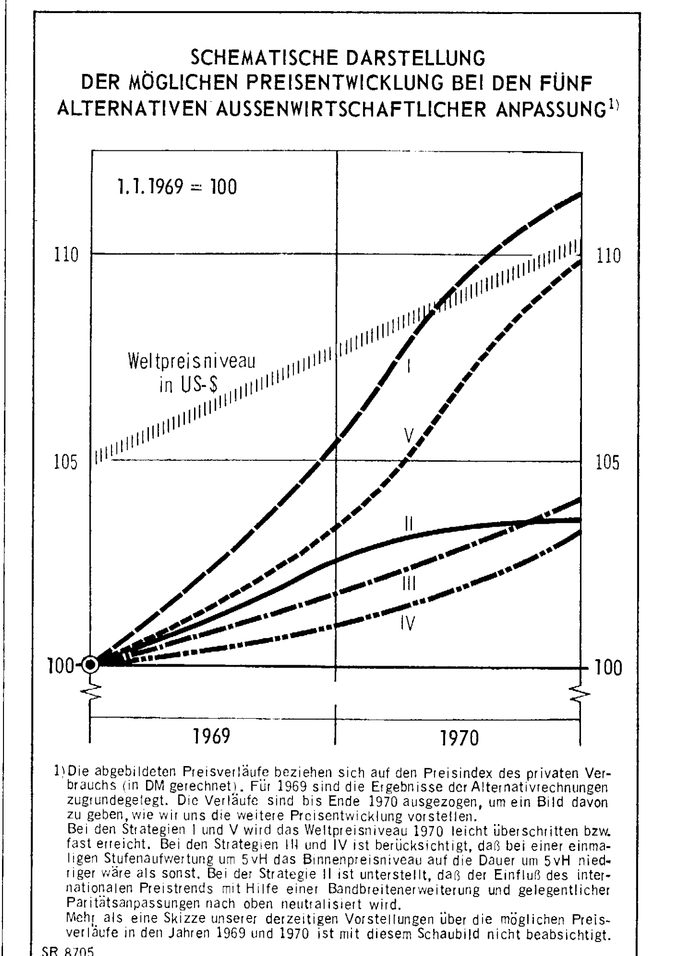
— daß Ungleichgewichte um so mehr zum Ausgleich drängen, je größer sie sind;

— daß Ungleichgewichte größer werden, wenn man sie künstlich abstützt;

— daß der Markt bei der Korrektur von großen Ungleichgewichten (und bei verzögerter Korrektur mehr noch als bei rechtzeitiger) über das Gleichgewichtsziel hinausschießt, das heißt, ein Ungleichgewicht mit umgekehrten Vorzeichen entstehen läßt.

Konjunkturzyklen sind stets das Ergebnis verzögerter Anpassungen im Bereich der privaten Haushalte, der Unternehmen, der öffentlichen Hand und — last not least — der Währungs- und Konjunkturpolitik. Das Dilemma liegt darin, daß allein prophylaktisches Handeln echte konjunkturpolitische Erfolge bringt, aber jeder, der politische Verantwortung trägt, mit durchgreifenden Entscheidungen warten möchte, bis die Situation im Bewußtsein der öffentlichen Meinung als eine Art Chaos erkannt ist, das rigorose Entscheidungen augenscheinlich rechtfertigt.

Schaubild 31



1) Die abgebildeten Preisverläufe beziehen sich auf den Preisindex des privaten Verbrauchs (in DM gerechnet). Für 1969 sind die Ergebnisse der Alternativrechnungen zugrundegelegt. Die Verläufe sind bis Ende 1970 ausgezogen, um ein Bild davon zu geben, wie wir uns die weitere Preisentwicklung vorstellen.
Bei den Strategien I und V wird das Weltpreisniveau 1970 leicht überschritten bzw. fast erreicht. Bei den Strategien III und IV ist berücksichtigt, daß bei einer einmaligen Stufenaufwertung um 5 vH das Binnenpreisniveau auf die Dauer um 5 vH niedriger wäre als sonst. Bei der Strategie II ist unterstellt, daß der Einfluß des internationalen Preistrends mit Hilfe einer Bandbreitenerweiterung und gelegentlicher Paritätsanpassungen nach oben neutralisiert wird.
Mehr als eine Skizze unserer derzeitigen Vorstellungen über die möglichen Preisverläufe in den Jahren 1969 und 1970 ist mit diesem Schaubild nicht beabsichtigt.

282. Projiziert man den für die westdeutsche Wirtschaft typischen Konjunkturrhythmus in die mittelfristige Zukunft und unterstellt man eine Konjunkturpolitik des Zögerns und des Zurückstauens der Zins-, Preis- und Lohnentwicklung durch Mahnen und Drohen, so ergibt sich für 1969 zunächst eine konjunkturelle Großwetterlage, die noch als überwiegend heiter empfunden werden wird. Die Gewitterfront, die sich aufbaut, wird die Bevölkerung vielleicht noch nicht bemerken. Das Bild kann sich jedoch schnell ändern. Denn in einer labilen Situation können geringfügige Anlässe kumulative Prozesse auslösen, vor allem, wenn allenthalben ein zurückgesteuerter Nachhol- oder Anpassungsbedarf besteht. 1970 wäre dann vermutlich ein Jahr stürmischer Lohn- und Preissteigerungen, so daß sich die Kredit-

und Währungspolitik zu harten Restriktionsmaßnahmen gezwungen sehen könnte, obwohl die Nachfrageexpansion dann schon viel von ihrer Kraft verloren haben dürfte. Die Unternehmen, die sich gegenwärtig einer günstigen Gewinnentwicklung erfreuen und wieder mehr und mehr auch zu Erweiterungsinvestitionen übergehen, könnten dann sowohl von der Kostenseite als auch von der Nachfrageseite und möglicherweise auch von der Auslandskonkurrenz her in Bedrängnis geraten. Dies bliebe nicht ohne Folgen für die Investitionstätigkeit im Jahre 1971. Ein erneuter Rückschlag, der sich bei anderen Strategien vermeiden ließe, wäre damit durch den Konjunkturrhythmus und durch ein Zögern der Konjunkturpolitik schon heute programmiert: Wer das Schicksal der Konjunktur nicht rechtzeitig selbst in die Hand nimmt, liefert sich ihm aus.

V. Einkommenspolitik 1969

283. Die Strategien I und V, die 1969 oder 1970 erhebliche Preissteigerungen mit sich brächten und die deshalb mit den Normen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes und des Gesetzes über die Bildung des Sachverständigenrates nicht in Einklang stünden, kämen vorerst ohne eine gesamtwirtschaftliche Orientierung der Lohnpolitik aus. Denn sobald man das Ziel der Geldwertstabilität relativiert, also Anpassungen an das Niveau und den Trend der Preise im Ausland zuläßt oder herbeiführt, braucht man sich über zu große Lohnerhöhungen erst Gedanken zu machen, wenn die Zahlungsbilanz zu anhaltenden Defiziten neigt. In diesem Zeitpunkt, der eher nach als vor 1970 liegt, bestünde aber auch die Gefahr einer Rezession, und zwar sobald die Bundesbank wegen der Zahlungsbilanz restriktive Maßnahmen ergreift und die Kreditbremse zu wirken beginnt — erst unmerklich und nach einigen Monaten um so schärfer. Diesen Gefahren in der Lohnpolitik vorsorglich zu begegnen, wird 1969 im Rahmen der Strategien I und V noch nicht notwendig sein.

Würde man bei der Strategie V die Lohnsteigerungen 1969 gegen die Marktkräfte zurückstauen und damit den Anpassungsprozeß vertagen, wäre eine scharfe Kollision zwischen Lohnpolitik und Bundesbankpolitik in der Spätphase dieses Wachstumszyklus fast unvermeidlich.

284. Einer gesamtwirtschaftlichen Orientierung der Lohnpolitik im Jahre 1969 scheint es demnach nur zu bedürfen, wenn man sich für die Strategien II, III oder IV entscheiden sollte. Im Falle der Strategie IV genügte es vielleicht, eine zeitliche Kollision zu vermeiden: Die Weiche der Währungspolitik müßte gestellt sein, bevor die Tarifpartner auf die Lohnpolitik für 1969 festgelegt sind. Sonst bestünde die Gefahr, daß die Tarifpartner Löhne vereinbaren, die die Konstanz des Wechselkurses zur Geschäftsgrundlage haben, und daß dann irgendwann später — unter dem Druck der Währungsspekulation — doch eine Wechselkurskorrektur vorgenommen wird, die die Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen entscheidend verändert. Das Währungsrisiko ist nicht nur eine Sache, die die Unternehmen angeht; es kann auch ein Arbeitsplatzrisiko bedeuten, wenn man es in Tarifverhandlungen nicht berücksichtigt oder nicht berücksichtigen kann. Im übrigen würde bei Strategie IV die Nachfrageexpansion kaum über das Maß hinausgehen, bei dem sich der Anstieg der Tarif- und Effektivlöhne von selbst in den Grenzen hält, die mit der praktisch realisierbaren Geldwertstabilität vereinbar sind. Wer eine gesamtwirtschaftliche Orientierung der Lohnpolitik ablehnt oder für unwirksam hält, müßte demnach für Strategie IV eintreten.

285. Die Strategien II und III dagegen, die durch expansive oder flankierende — antideflatorische — Maßnahmen für einen sehr hohen Beschäftigungsstand und für einen hohen Auslastungsgrad der Sachkapazitäten sorgen, verlangen eine lohnpolitische Ergänzung. Anders ausgedrückt: Wer ein hohes Maß an Geldwertstabilität will — und das wollen offenbar auch vor allem die Arbeitnehmer — und wer diese Stabilität nicht mit einem niedrigeren Beschäftigungsstand und einem geringeren Sozialprodukt bezahlen will, muß als Gegenleistung jene lohnpolitische Zurückhaltung üben, die wir den deutschen Gewerkschaften für die meisten Jahre in der Vergangenheit bestätigt haben. Was sich an effektiven Lohnsteigerungen ohne Gefahr für den hohen Beschäftigungsgrad erreichen läßt, ergibt sich, wie wir im ersten Jahresgutachten erklärt und später auch zu schätzen versucht haben, zunächst aus dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und dem Terms-of-Trade-Effekt. Der Produktivitätsfortschritt ist zu bereinigen um den sogenannten Lohnsummeneffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur, um den sogenannten Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und um einen Zuschlag (Abschlag) für Veränderungen in den Kapitalkosten je Produkteinheit.

Hinzu kommt — wie im zweiten Jahresgutachten dargelegt — ein Zuschlag für unvermeidliche Preissteigerungen, soweit es sich nicht — wie im dritten Jahresgutachten erörtert — um Preissteigerungen handelt, die von den gesetzgebenden Körperschaften ausdrücklich gebilligt oder vorgenommen werden, um bestimmte Branchen oder Sektoren auf Kosten der Allgemeinheit zu begünstigen.

Diesen Grundsätzen entsprachen die lohnpolitischen Vorstellungen, die im vierten Jahresgutachten dem Gedanken eines „Rahmenpaktes für Expansion und Stabilität" zugrunde lagen. Da es damals noch vor allem auf Expansion ankam und eine dauerhafte Hochbeschäftigung in der Marktwirtschaft nur gesichert werden kann, wenn die Erlös-Kosten-Relation für die Unternehmen etwas günstiger ist als in der Rezession, hielten wir es für angebracht, darauf hinzuweisen, daß von dem Produktivitätsfortschritt, der im Aufschwung besonders groß ist, um der mittelfristigen Stabilisierung eines hohen Beschäftigungsstandes willen — unter Rahmenpaktbedingungen — ein Abschlag vorzunehmen wäre (Hochbeschäftigungs-Sicherungsabschlag).

286. Da die Löhne, wie in Ziffern 22 ff. gesagt, 1968 hinter diesen Vorstellungen zurückgeblieben sind, ergibt sich für 1969 im Rahmen der Strategien II und III die Gefahr eines Nachholprozesses, der 1970, wenn die Bundesbank aus außenwirtschaftlichen Gründen wieder restriktiv werden kann, einen Beschäftigungsrückgang in die Wege leiten könnte. Im Falle der Strategie IV ergibt sich die Gefahr eines Nachholprozesses wahrscheinlich erst 1970. Bei den Strategien II und III ließe sich eine solche Fehlentwicklung noch vermeiden, wenn man versuchte, den Nachholanspruch sofort zu konsolidieren und in einen Vermögensbildungsprozeß einzubringen. Wie man sich dies vorstellen kann, wird in den folgenden Ziffern beschrieben. Hier geht es nur darum zu zeigen, daß im Rahmen der Strategien II und III nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch eine Chance besteht, das Nachholproblem in dieser oder einer ähnlichen Weise zu lösen. Die Chance ergibt sich aus dem höheren Beschäftigungsgrad und dem höheren Sozialproduktszuwachs, den die Strategien II und III im Vergleich zur Strategie IV versprechen.

An diesem höheren Beschäftigungsgrad haben zunächst einmal die Arbeitnehmer ein direktes Interesse. Für flankierende und gar für expansive Maßnahmen würden sie sicher den kleinen Preis bezahlen, der damit verbunden sein mag, daß sie Forderungen auf zusätzliche Barlöhne gegen vermögenswirksame und zunächst nicht verfügbare Zuwendungen eintauschen. Aber auch die Unternehmen können bei einer solchen Lösung mit Vorteilen rechnen: Zunächst könnten sie längerfristig planen, wenn jetzt schon Vorsorge getroffen würde, daß es nicht wieder zu einer schärferen Rezession kommt.

Zweitens brächte der größere Zuwachs des Sozialprodukts, den die Strategien II und III gegenüber der vierten Strategie versprechen, auch eine höhere Gewinnsumme. Und drittens wäre mit dem Beginn einer echten Vermögensbildungspolitik auch auf lange Sicht für die marktwirtschaftliche Ordnung und damit für die Gewinnchancen der Unternehmen etwas gewonnen. Wir überschreiten wohl sicher nicht die Grenzen des Sachverständigenrats-Gesetzes, das es uns versagt, bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zu empfehlen, wenn wir die folgenden Anregungen zur Diskussion stellen, immer nur für den Fall, daß man sich 1969 überhaupt zu irgendeiner Strategie entschließen sollte, die unseren Strategien II und III in wichtigen Punkten ähnlich ist.

287. Die effektiven Reallöhne nahmen 1967/68 nach unserer Berechnung um 2 bis 2½ vH weniger zu, als nach den Regeln einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik und bei Einrechnung eines Hochbeschäftigungs-Sicherungsabschlags möglich gewesen wäre (Lohn-Lag). Dadurch ist die Einkommensverteilung im Jahre 1968 zu Lasten der Löhne von dem abgewichen, was durch die Marktkräfte auf mittlere Frist bedingt wird. Machte man die Relation von Lohn- und Gewinneinkommen des Jahres 1968 zur Basis einer kostenniveau-neutralen Lohnleitlinie, so liefe das darauf hinaus, den Lohn-Lag zu konservieren. Eine solche Leitlinie wäre — weil nicht marktkonform — von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Andererseits wäre eine Lohnleitlinie, die die Löhne im Jahre 1969 auf den verteilungsneutralen Pfad zurückführte, zwar marktkonform, führte aber zu Lohnsteigerungen, die wesentlich über den Produktivitätszuwachs im Jahre 1969 hinausgingen. Dies gilt es, im Interesse der Stabilität des Preisniveaus und eines hohen Beschäftigungsstandes zu vermeiden.

288. Aus dem Dilemma zwischen Marktkonformität und Kostenniveauneutralität gäbe es den Ausweg, daß die Sozialpartner übereinkämen, einen Teil der Lohnerhöhungen für 1969 vermögenswirksam anzulegen. Somit böten die Strategien II und III zugleich die Chance, daß im Jahre 1969 das „Startkapital" zu einer breit angelegten Vermögensbildungspolitik eingebracht werden könnte. Unter der Annahme, daß die effektiven Reallöhne bis Ende 1968 um 2 bis 2½ vH weniger stiegen, als nach den Regeln einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik möglich gewesen wäre, ergäbe sich nach unseren Schätzungen, daß etwa 5½ Mrd. DM aus der Lohn- und Gehaltssumme 1969 vermögenswirksam angelegt werden könnten.

289. Wie 1969 im Rahmen eines wirtschaftspolitischen Kurses, der den Strategien II und III ähnelte, durch Vereinbarungen der Tarifpartner die Basis zu einer breiten Vermögensbildung der Arbeitnehmer gelegt werden könnte, stellen wir im folgenden dar; dabei gehen wir davon aus,

— daß die Arbeitgeber die Gründe anerkennen, die von Arbeitnehmerseite für eine 1969 nachzuholende Lohnerhöhung geltend gemacht werden;

— daß die Tarifpartner sich über das Ausmaß einigen, in dem die effektiven Reallöhne bis Ende 1968 weniger gestiegen sind, als ohne Erhöhung des Kostenniveaus und einschließlich der eingetretenen Preissteigerungen möglich gewesen wäre;

— daß die Tarifpartner übereinkommen, in welcher Form die vermögenswirksamen Zuschläge gewährt werden sollen, und

— daß die Arbeitnehmerseite verbindlich zusagt, für das Jahr 1969 und möglicherweise auch schon darüber hinaus ihre Gesamtlohnforderungen (Barlöhne und vermögenswirksame Leistungen) in dem Rahmen zu halten, der den Grundsätzen einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik entspricht [1]).

290. Die Initiative zu einer Einkommenspolitik, die einen Teil der 1969 auszuhandelnden Lohnerhöhungen in einen Vermögensfonds einbringt, sollte zunächst den Tarifpartnern überlassen bleiben. Der Staat könnte diese Initiative ergänzen und unterstützen,

---

[1]) Die bei der Darstellung der einzelnen Strategien genannten Lohnsteigerungsraten für das Jahr 1969 betreffen nur die Erhöhung der Barlöhne (Ziffern 241 ff.).

- indem er den organisatorischen und institutionellen Rahmen für den Vollzug derartiger Vereinbarungen schafft, etwa in der Rechtsform einer Stiftung, und
- indem er darüber hinaus Teile des industriellen Bundesvermögens — gewissermaßen als Starthilfe — bereitstellt.

Diese Möglichkeit könnte auch für ein gesetzliches Investivlohnprogramm herangezogen werden.

291. Ein derartiges Vorhaben würde eine Vielzahl technischer und organisatorischer Einzelfragen aufwerfen, von denen wir nachfolgend die wichtigsten erörtern.

Die Arbeitgeber könnten vermögenswirksame Verpflichtungen, die sich aus tarifvertraglichen Vereinbarungen ergäben, gegenüber der Stiftung auf verschiedene Weise erfüllen, zum Beispiel durch

- eine sofortige Barzahlung,
- die Abgabe eines Schuldversprechens und entsprechende Zinsleistungen oder
- die Hingabe voll dividendenberechtigter Beteiligungstitel.

Die abgegebenen Schuldversprechen könnten entweder durch Amortisationszahlungen, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, oder durch eine einmalige Tilgung zu einem zukünftigen Zeitpunkt erfüllt werden. Beteiligungstitel könnten sofort ausgegeben oder in Form einer Wandelschuldverschreibung für die Zukunft in Aussicht gestellt werden. Welche Art der Erfüllung die zweckmäßigste ist, kann allgemein schwer beurteilt werden. Tarifverträge oder gesetzliche Regelungen sollten daher die Wahl zwischen den verschiedenen Formen möglichst offen lassen.

292. Sollen die Arbeitnehmer künftig mehr als bisher am wirtschaftlichen Produktivvermögen und an dessen Wachstum teilhaben, so wäre es ratsam, das Vermögen der Arbeitnehmer möglichst in der Form von Beteiligungstiteln zu bilden.

Um auch dem Gedanken der Risikostreuung Rechnung zu tragen und eine bestmögliche Vermögensverwaltung sicherzustellen, sollte eine überbetriebliche Regelung angestrebt werden. Die als Dachorganisation zu errichtende Stiftung könnte aus Vermögenstiteln der privaten Wirtschaft und des Bundes mehrere Fonds gründen. An diesen Fonds wären die Arbeitnehmer durch Anteilscheine, die entweder festverzinslich oder gewinnberechtigt wären, in Höhe ihrer vermögenswirksamen Einkommenszuschläge beteiligt.

Diese Institution stünde sowohl für eine kontinuierliche Vermögensbildungspolitik als auch für weitere Aktionen zur Verfügung, die sich zu späteren Zeitpunkten aus gleichen Gründen und unter ähnlichen Umständen wie 1969 als zweckmäßig erwiesen. Sie ließe sich zu einem „Stabilitätsfonds" ausgestalten, der neben der Vermögensbildung auch konjunkturpolitischen Zielen dienen könnte.

293. Dem Gesetzgeber bliebe es überlassen, den Umfang der staatlichen Beteiligung festzulegen. Er könnte auch bestimmen, in welcher Weise sich die Tarifpartner der Stiftung als Vermögensverwalter bedienen können, wenn sie vermögenswirksame Leistungen vereinbaren. Kuratorium und Vorstand hätten die Einhaltung dieser gesetzlichen Richtlinien zu überwachen und die vermögenspolitischen Programme der Sozialpartner durchzuführen.

294. Bei der Bildung der gesetzlichen Organe wäre insbesondere dem Gesichtspunkt einer ausgewogenen Vertretung der Interessengruppen Rechnung zu tragen. Ein Kuratorium, das in seiner Zusammensetzung etwa der beim Bundeswirtschaftsministerium praktizierten „Konzertierten Aktion" entspräche, erschiene am besten geeignet, die Sozialpartner in ihrer Vermögenspolitik zu beraten, der Bundesregierung Vorschläge zu einer weiteren Bereitstellung von Bundesvermögen zu machen und sowohl die Rücklagenpolitik wie auch die Ausstattung der Anteilscheine den jeweiligen konjunkturellen Erfordernissen anzupassen.

295. Werden die Anteilscheine mit einer Zinsgarantie ausgestattet, so müßten die Fonds entsprechende Rücklagen bilden. Diese wären erforderlich, damit etwaige Ausfälle von Forderungen abgedeckt und die Anteilscheine auch bei vorübergehend niedrigeren Erträgen des Fondsvermögens stetig verzinst werden können.

Es bestünde durchaus die Möglichkeit, den Fonds eine unterschiedliche Rücklagen- und Anlagepolitik zu gestatten, so daß sie sich auch nach Chancen und Risiken unterschieden. Die Arbeitnehmer könnten zwischen verschiedenen Fonds wählen.

296. Für den Besitzwechsel und für die Einlösung der Anteilscheine könnte man eine Sperrfrist vorsehen. Hierfür spräche, daß die Vermögensbildung nur nachhaltig gefördert wird, wenn man eine sofortige Liquidisierung der Anteilscheine ausschlösse. Dagegen spräche der Grundsatz, daß es nicht ohne weiteres vertretbar ist, die Verfügungsgewalt über erworbenes Eigentum einzuschränken. Will man das nicht, so könnte man eine frühzeitige Einlösung oder Veräußerung zwar zulassen, sie aber dadurch erschweren, daß man einen Rücknahmepreis festsetzt, der am Anfang sehr niedrig ist und mit der Zeit ansteigt. Für soziale Härtefälle und für den Wechsel in andere langfristige Anlageformen könnten Ausnahmeregelungen gefunden werden.

297. Sollen den Arbeitnehmern die Einkommensteile, die ihnen in vermögenswirksamer Form zufließen, voll zugute kommen, so müßten sie von der Steuer- und Sozialversicherungspflicht freigestellt werden. Hierin bestünde ein weiterer Beitrag des Staates zur Förderung der Vermögensbildung.

298. Die Entscheidung über diese und weitere steuer- und versicherungstechnische Einzelfragen

und über die Frage, ob und inwieweit bei einer kontinuierlichen Vermögensbildungspolitik die vermögenswirksamen Zuschläge nach sozialen Gesichtspunkten zu differenzieren sind, hätte der Gesetzgeber zu entscheiden. Auch der große Kreis der Beteiligten, die unterschiedlichen Finanzierungsquellen sowie die Notwendigkeit einer ausgewogenen Organisation machen wohl eine gesetzliche Regelung notwendig.

Die Rahmenbedingungen möglichst bald gesetzlich zu fixieren, wäre um so wichtiger, als die Sozialpartner voraussichtlich eine kurzfristig realisierbare Lösung erwarten, die den Zusammenhang mit dem Lohn-Lag des Jahres 1968 noch erkennen läßt.

VIERTES KAPITEL

Zu einigen aktuellen Problemen der Wirtschafts- und Finanzpolitik

I. Zur Vermögensbildung

299. Angesichts der konjunkturellen Entwicklung, die wir für 1969 erwarten, wird es nicht an Versuchen fehlen, unter Hinweis auf den Spielraum für Lohnerhöhungen, der 1967/68 vorhanden war, jedoch nicht voll ausgeschöpft wurde, den Anspruch der Arbeitnehmer an das Sozialprodukt über das Maß hinaus zu steigern, das kostenniveau-neutral wäre. Die Stabilität des Preisniveaus könnte 1969 auch aus diesem Grund gefährdet sein.

300. Da das in der bisherigen Aufschwungsphase entstandene Einkommen schon verteilt ist, ließe sich eine nachträgliche Korrektur nur bewirken, wenn man bereit wäre, auf das in dieser Zeit neu gebildete Vermögen zurückzugreifen.

Der verschiedentlich vertretenen Meinung, daß es nunmehr an der Zeit sei, die lohnpolitische Zurückhaltung des vergangenen Jahres nachträglich zu honorieren, wird von anderer Seite mit folgendem Argument begegnet: Wo immer man in der Rezessionsphase auf weitergehende Ansprüche an das Sozialprodukt verzichtet habe, sei dies in der Erwartung geschehen, dadurch einen neuen konjukturellen Aufschwung mit positiven Auswirkungen für alle Beteiligten schneller zu erreichen. Jede Art von Zurückhaltung sei somit durch den eingetretenen Konjunkturaufschwung, dessen Verläßlichkeit und die Möglichkeiten, die er für beide Sozialpartner eröffne, abgegolten.

Dem wird wiederum entgegengehalten, daß nicht alle in gleicher Weise in den Genuß des Erfolges gekommen seien, der sich durch gemeinsame Anstrengungen ergeben habe.

301. Unabhängig davon, ob und wieweit man einen Nachholbedarf anerkennt, können Lohnsteigerungen, die das Kostenniveau erhöhen, allenfalls dann als unbedenklich für die Preisniveaustabilität angesehen werden, wenn sie 1969 nicht konsumwirksam werden. Am ehesten ließe sich dies durch Vereinbarungen über eine bevorzugte Vermögensbildung erreichen.

302. Wenn wir im folgenden die Vermögensbildung vornehmlich unter lohnpolitischen Gesichtspunkten erörtern, so soll nicht verkannt werden, daß es sich dabei um ein autonomes gesellschaftspolitisches Ziel handelt. Dieses Ziel steht seit geraumer Zeit zur Diskussion, da die Verteilung des seit Kriegsende gebildeten Vermögens ebenso wie die der laufenden Vermögenszuwächse vielfach als ungerecht empfunden wird. Um dieses gesellschaftspolitische Ziel zu erreichen, kommt, abgesehen von den Möglichkeiten, die das Steuersystem noch bietet, der Rückgriff auf bereits gebildetes Privateigentum nicht in Frage; weitere Privatisierungsaktionen des Bundes schließt dies nicht aus. Daneben bleibt nur der Weg, die Verteilung der zukünftigen Vermögenszuwächse in gewünschter Weise zu beeinflussen. Dies könnte vor allem in Form von Investivlohnplänen, Gewinnbeteiligungssystemen, verstärkter Förderung des freiwilligen Sparens sowie durch ein gesetzliches Zwangssparen versucht werden.

303. Es befinden sich viele konkrete Vermögensbildungspläne in der Diskussion. Ob sie sich eignen, das gesellschaftspolitische Ziel auch tatsächlich zu erreichen, hängt zunächst davon ab, wie der Kreis der Begünstigten und das Ausmaß der Förderung bestimmt werden. Aus der Tatsache, daß Förderungswürdigkeit und -bedürftigkeit im allgemeinen um so größer sind, je geringer das Einkommen ist, folgert man, daß der Kreis der zu Fördernden und das Ausmaß der Begünstigung durch das Einkommen bestimmt werden sollen.

Die Eignung bestimmter Pläne für das gesellschaftspolitische Ziel der zusätzlichen Neubildung von Vermögen hängt weiterhin davon ab,

— daß nicht nur Vermögen von nicht begünstigten Anlageformen in begünstigte umgeschichtet wird und

— daß den vermögenswirksamen Einkommenszuschlägen nicht verminderte Ersparnisse aus dem verfügbaren Einkommen gegenüberstehen, also die Sparquote der zu Fördernden tatsächlich steigt.

304. Soll die Verwirklichung dieser Vermögensbildungspläne sowohl in der derzeitigen konjunkturellen Situation als auch in den Jahren danach andere wirtschaftspolitische Ziele, insbesondere Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität, nicht beeinträchtigen, so bedarf es

— der Überlegung, ob die derzeitige konjunkturelle Situation eine erfolgversprechende Basis für die Bemühungen um eine breitere Vermögensbildung abgibt;

— bestimmter Vorkehrungen, die sicherstellen, daß Erträge von Unternehmen zur Verfügung gestellt werden können, ohne daß deren Liquidität und Wachstum beeinträchtigt werden;

— der Bereitschaft des Staates, gegebenenfalls sowohl die öffentlichen Haushalte als auch sein vorhandenes Vermögen zu belasten und

— ernsthafter Bemühungen, den Zeitraum der lohnpolitischen Diskussion über das Jahr 1969 hinaus auszuweiten und neuen Vereinbarungen über Lohnerhöhungen und deren Verwendung einen mehrjährigen Zeitraum zugrunde zu legen.

Wenn der Sachverständigenrat im folgenden auf unbeabsichtigte Nebenwirkungen solcher Vermögensbildungspläne für Preisniveau, Beschäftigung und Wachstum hinweist, so nimmt er damit weder für noch gegen einzelne Pläne Stellung.

305. Für die Beurteilung der Nebenwirkungen ist es wichtig zu prüfen, wer die für die Vermögensbildung benötigten Beträge zahlen soll (Zahllast) und wer sie letztlich tragen wird (Traglast). Die Traglast kann — beabsichtigt oder unbeabsichtigt — andere treffen als die Zahllast (Überwälzungsproblem). Die Folgen für das Preisniveau können gemildert werden, wenn der Staat denjenigen, auf die die Zahllast entfällt, entsprechende Vergünstigungen gewährt (kompensierende Maßnahmen).

306. Einige Pläne sehen vor, daß die zu Fördernden selbst die benötigten Mittel ganz oder teilweise aufbringen, sei es vornehmlich durch Sparzwang oder durch freiwillige Sparleistungen aufgrund zusätzlicher Anreize. Nach anderen Vorschlägen sollen vor allem die Unternehmen die Mittel aufbringen, sei es in Form einer direkten Gewinn- oder Ertragsbeteiligung oder in Form investiver Lohnzuschläge. In allen Fällen ist dem Fiskus die Aufgabe zugedacht, durch Steuerermäßigungen und Gewährung von Prämien das angestrebte Ziel zu unterstützen.

Daneben besteht — allerdings vorwiegend im Rahmen einzelner Aktionen — noch die Möglichkeit, daß der Staat Teile seines Vermögens unmittelbar für die verstärkte Vermögensbildung breiterer Bevölkerungskreise bereitstellt, wie das bereits mehrfach durch Privatisierungsmaßnahmen (Preußag, Volkswagen, Veba) geschehen ist. Solche Aktionen haben den Vorteil, daß stabilitätspolitisch unerwünschte Nebenwirkungen kaum zu befürchten sind. Der industrielle Besitz des Bundes würde es erlauben, diese Politik fortzusetzen.

307. Bei Vermögensbildungsplänen, die auf Sparzwang beruhen, wird man sich fragen müssen, ob sie mit den Grundprinzipien einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung vereinbar sind. Da im übrigen Zwangssparpläne und Investivlohnvorschläge kaum zu unterschiedlichen Ergebnissen führen dürften, kann im folgenden auf die gesonderte Darstellung von Zwangssparplänen verzichtet werden.

308. Während beim Sparzwang das Einkommen in einen Konsumlohn und einen Teil, der zur Vermögensbildung verwendet werden muß, aufgeteilt wird, sehen die Investivlohnpläne vor, daß die Unternehmen ihren Arbeitnehmern zusätzlich zu den tariflichen Lohnerhöhungen vermögenswirksame Einkommenszuschläge gewähren. Beide Ansätze unterscheiden sich zwar in ihrer Konzeption; ob ihre Wirkungen sehr unterschiedlich sein werden, ist jedoch fraglich.

Inwieweit die Zahllast auf die Unternehmen fällt, hängt davon ab, in welchem Maße der Konsumlohn wegen der Investivlohnvereinbarung weniger zunimmt, als es sonst der Fall wäre.

309. Sofern künftige Tarifverhandlungen auch Absprachen über Investivlöhne zum Gegenstand haben werden, ist zu erwarten, daß — immer verglichen mit der Situation ohne Investivlohnvereinbarungen —

— die Arbeitgeber versuchen werden, den Konsumlohn entsprechend zu mindern, und

— die Arbeitnehmer bestrebt sein werden, den Investivlohn als zusätzliches Entgelt zu vereinbaren.

310. Wird die Zahllast ganz oder teilweise den Unternehmen aufgebürdet, so bedeutet das noch nicht, daß diese auch wirklich die Traglast haben. Es muß nämlich damit gerechnet werden, daß die Unternehmen versuchen, die gestiegenen Lohnkosten auf die Preise zu überwälzen.

Solche Überwälzungsversuche werden um so weniger gelingen, je geringer der Preiserhöhungsspielraum ist, das heißt,

— je geringer die konjunkturellen Auftriebskräfte sind;

— je leichter bei Preiserhöhungen Importe in den Inlandsmarkt eindringen und

— je vollständiger die begünstigten Haushalte den Investivlohn sparen.

Langfristig werden die Überwälzungsversuche um so weniger gelingen, je weniger die Unternehmen auf die gestiegenen Lohnkosten mit arbeitssparenden Investitionen reagieren werden (JG 66 Ziffer 317).

311. Gelingt der Überwälzungsversuch, so wird über die Erhöhung der Preise der verfügbare Reallohn verringert, so daß sich — nach dem Umweg über Preissteigerungen — die gleiche Konsequenz ergibt wie bei einem Zwangssparsystem: Die zu Fördernden bringen selbst die Mittel für die Vermögensbildung auf.

Scheitert der Überwälzungsversuch, da bei steigenden Preisen erhebliche Absatzeinbußen hingenommen werden müßten, dann sinkt infolge verringerter Gewinnerwartungen wahrscheinlich die Investitionsneigung der Unternehmer; das Beschäftigungsniveau würde dadurch gemindert. Je nach der Stärke und der Dauer der nachteiligen Wirkung auf die Investitionen würde auch das Wachstum ungünstig beeinflußt. Es bleibt zu überlegen, ob sich diese Nebenwirkungen durch staatliche Kompensationen vermindern lassen.

312. Auch wenn die Unternehmen Teile ihrer Gewinne abtreten sollen (Gewinn- oder Ertragsbeteiligung), sei es aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder tarifvertraglicher Vereinbarungen, ist mit Überwälzungsversuchen zu rechnen. Während man im Falle des Investivlohns analog zur Kostensteuer allgemein eher zu der Auffassung neigt, daß eine Überwälzung möglich sei, ist diese Frage bei einer Gewinn- oder Ertragsbeteiligung analog zu dem Fall ertragsabhängiger Steuern nach dem derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Diskussion nicht eindeutig zu beantworten. Um bei einer Gewinnbeteiligung das Ausmaß der Überwälzung abzuschätzen, müßte neben den in Ziffer 310 genannten Gesichtspunkten berücksichtigt werden, wieviele Unternehmen ihren Gewinn, den sie bisher erzielt haben, als angemessen und weiterhin als notwendig erachten und wie viele Unternehmen bisher schon alle Möglichkeiten der Gewinnsteigerung ausgenutzt haben. Auch bei der Gewinn- oder Ertragsbeteiligung muß man demnach Preissteigerungen befürchten. Will man das verhindern, bieten sich auch in diesem Falle kompensierende Maßnahmen des Staates an.

313. Sowohl beim Investivlohn als auch bei der Gewinn- oder Ertragsbeteiligung kann der Staat durch Steuerermäßigungen, verstärkte Abschreibungsmöglichkeiten oder Investitionsprämien die Traglast ganz oder teilweise übernehmen. Er könnte sich dazu entsprechend stärker verschulden. Die nachteiligen Nebenwirkungen auf Preisniveau, Beschäftigung und Wachstum würden sich dadurch verringern.

314. Außer auf dem Weg über die Unternehmen kann der Fiskus die Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten auch durch verstärkte Anreize zu freiwilligem Sparen direkt fördern. Er tut das zur Zeit schon durch das Spar- und Wohnungsbauprämiengesetz, das Zweite Vermögensbildungsgesetz und die Sonderausgabenregelung für Beiträge zu Lebensversicherungen und zu Bausparkassen gemäß § 10 EStG. Werden die dabei auftretenden Steuerausfälle beziehungsweise die zu zahlenden Prämien durch verstärkte Kreditaufnahmen ausgeglichen, so wird dadurch der gleiche Effekt erzielt wie im Falle der staatlich geförderten Vermögensbildung über die Unternehmen: verstärkte Vermögensbildung der Begünstigten zu Lasten des öffentlichen Vermögens. Nachteilige Einflüsse auf die Verwirklichung der stabilitätspolitischen Ziele sind nicht zu erwarten, sofern tatsächlich im angestrebten Umfang zusätzliche Ersparnisse gebildet werden.

315. Einige Vermögensbildungsvorschläge sehen vor, unbeschadet des gesellschaftspolitischen Ziels, Förderungsmaßnahmen auch als Instrument der Konjunkturpolitik einzusetzen. Solche Absichten zu verfolgen, hat nur Sinn, wenn die Sparrate auch kurzfristig wirksam beeinflußt werden kann.

Selbst wenn es nicht möglich sein sollte, die vermögenspolitischen Maßnahmen antizyklisch zu gestalten, so wäre doch dafür zu sorgen, daß sie möglichst nicht prozyklisch wirken.

316. Sollen die Pläne zur Vermögensbildung ihren gesellschaftspolitischen Zweck erreichen, so müssen sie die Verteilung der Vermögenszuwächse nachhaltig verändern.

Solange sich die Pläne vor allem auf bestimmte Formen der Geldvermögensbildung beschränken, muß dafür gesorgt werden, daß der Vermögenszuwachs denen, für die er gedacht war, auch in seinem realen Wert erhalten bleibt. Das setzt voraus, daß eine permanente Verschlechterung des Geldwertes vermieden wird. Wer eine Politik bevorzugter und gesteuerter Geldvermögensbildung betreibt, kann also nicht gleichzeitig allgemeine Preissteigerungen zulassen. Ein Bekenntnis zur Vermögensbildung in Form von Geldforderungen ist gleichzeitig eine Verpflichtung zur Preisniveaustabilität.

Solange man jedoch einen nachhaltigen Anstieg des Preisniveaus nicht verhindern zu können glaubt, ergibt sich für die Vermögenspolitik die Konsequenz, daß das Schwergewicht auf das Beteiligungssparen zu legen wäre.

Eine Förderung des Beteiligungssparens würde für die Unternehmen auch den Zwang verringern, eine Überwälzung von vermögenswirksamen Zuschlägen zum produktivitätsorientierten Barlohn zu versuchen, da die Möglichkeiten der Eigenkapitalfinanzierung wesentlich erweitert wären (JG 67 Ziffern 509 ff.).

317. In der laufenden Diskussion wird das gesellschaftspolitische Anliegen zumeist losgelöst von Überlegungen zur konjunkturpolitischen Strategie geführt, so daß in nächster Zeit verstärkte Bemühungen um eine breitere Vermögensbildung auch dann zu erwarten sind, wenn eine stabilitätspolitische Absicherung des angestrebten Erfolges nicht gewährleistet ist. Bei diesen Bemühungen sollte zumindest solchen Plänen der Vorzug gegeben werden, die stabilitätspolitisch am wenigsten bedenklich sind.

II. Zur Finanzreform

318. Zur Verwirklichung der Preisniveaustabilität und eines hohen Beschäftigungsstandes bei stetigem und angemessenem Wachstum ist eine konjunkturgerechte Finanzpolitik der öffentlichen Haushalte unabdingbar. In der Vergangenheit war sie nicht immer gewährleistet (JG 65 Ziffer 150, JG 67 Ziffern 149 ff.).

Die geplante Finanzreform wird auf die zukünftige Finanzpolitik der öffentlichen Gebietskörperschaften erhebliche Auswirkungen haben und wahrscheinlich auch neue Ansatzpunkte für die Konjunktur- und Wachstumspolitik bieten. Der Sachverständigenrat sieht sich angesichts seines gesetzlichen Auftrages veranlaßt, die geplante Finanzreform unter diesen Aspekten zu untersuchen.

319. Die entscheidenden Gründe für die Finanzreform sind verfassungsrechtliche sowie staats- und finanzpolitische Überlegungen, die sich aus der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland ergeben.

Auf der anderen Seite verlangt das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft eine konjunkturpolitische Orientierung der öffentlichen Finanzen. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit die Finanzreform unter Beachtung ihrer entscheidenden Zielsetzungen konjunkturpolitischen Erfordernissen Rechnung tragen kann.

320. Infolge des föderativen Aufbaues der Bundesrepublik und der Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinden ist eine unmittelbare und einheitliche Konjunktursteuerung durch die Vielzahl der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger außerordentlich erschwert. Ein konjunkturgerechtes Verhalten aller Beteiligten läßt sich daher nur durch einen kooperativen Föderalismus erreichen.

Im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wurden zum ersten Male in der Bundesrepublik die Grundsätze einer gesamtwirtschaftlich orientierten, antizyklischen Finanzpolitik der öffentlichen Haushalte gesetzlich fixiert und Bund und Länder zur Einhaltung dieser Grundsätze verpflichtet. Gemeinden und Gemeindeverbände werden zu einer antizyklischen Finanzgebarung lediglich angehalten und die Länder aufgefordert, die Gemeinden durch geeignete Maßnahmen zu einem solchen Verhalten zu veranlassen (§ 16 StWG). Infolgedessen ist selbst unter den durch das Gesetz veränderten Bedingungen zu befürchten, daß die Finanzpolitik der Gemeinden insgesamt — ähnlich wie in der Hochkonjunktur 1964/65 und in der Rezession 1966/67 — auch in Zukunft eher prozyklisch wirken wird.

321. Das kommunale Steuersystem leidet unter dem Übergewicht der stark konjunkturreagiblen, da hauptsächlich ertragsabhängigen, Gewerbesteuer. Das Gewerbesteueraufkommen macht vier Fünftel der gesamten kommunalen Steuereinnahmen aus, und Schwankungen im Steueraufkommen rühren fast ausschließlich von Veränderungen des Gewerbesteueraufkommens her. Das in den Gemeinden vorherrschende einzelwirtschaftlich — statt gesamtwirtschaftlich — orientierte Finanzierungsdenken macht in Verbindung mit unserem derzeitigen Gemeindesteuersystem ein konjunkturgerechtes Verhalten der Gemeinden weiterhin unwahrscheinlich.

Außerdem neigen die Gemeinden wegen des einzelwirtschaftlichen Verhaltens dazu, das Volumen ihrer Neuverschuldung nach dem zu bemessen, was sie an Steuereinnahmen zu erwarten haben. Dadurch werden die prozyklischen Wirkungen der kommunalen Finanzpolitik, die sich aus Schwankungen des Steueraufkommens ergeben, verstärkt.

Im übrigen ist es schwieriger, die Gemeinden insgesamt in die Konjunkturpolitik einzubeziehen, weil hier die Finanzpolitik das Resultat der Entscheidung einer Vielzahl unterschiedlich strukturierter, autonomer Gebietskörperschaften ist.

322. Die Einbeziehung der Gemeinden in die Konjunkturpolitik ist deshalb so wichtig, weil die kommunalen Ausgaben gut ein Viertel der gesamten Ausgaben der öffentlichen Hand (außer Sozialversicherungseinrichtungen) ausmachen und der Anteil der kommunalen Investitionen an den gesamten öffentlichen Investitionen sogar fast zwei Drittel beträgt (Tabelle 21).

323. Da Gemeinden in ihren Personalausgaben und bei ihren Einkommens- und Vermögensübertragungen weitgehend durch die Länder gebunden sind, haben sich prozyklische Schwankungen in der Vergangenheit insbesondere bei den Investitionsausgaben gezeigt. Ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum erfordert aber, daß sich die gemeindlichen Investitionsausgaben kontinuierlich entwickeln (Ziffer 327).

Gerade die kommunalen Investitionen sind für das zukünftige Wirtschaftswachstum von beträchtlicher Bedeutung. Wollen die Gemeinden ihre zukünftigen wachstumspolitischen Aufgaben erfüllen, müssen sie insbesondere ihre Ausgaben für Investitionen im Verkehrs-, Bildungs- und Sozialbereich beschleunigt ausdehnen. Da auch in Zukunft die investiven Ausgaben der Gemeinden kaum auf Kosten der übrigen kommunalen Ausgaben ausgedehnt werden können und darüber hinaus die Investitionsfolgekosten zweifellos wachsen werden, müßten die kommunalen Ausgaben insgesamt stärker steigen, als es der mittelfristigen Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials entspricht. Soll die prozentuale Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch die öffentliche Hand insgesamt konstant bleiben, dann folgt daraus, daß die kommunalen Ausgaben stärker steigen müßten als die von Bund und Ländern. Entsprechend der Steigerung der kommunalen Ausgaben müßten auch die kommunalen Einnahmen zunehmen.

324. Auch Bund und Länder sind sich der Bedeutung der kommunalen Investitionsausgaben bewußt und einig in der Absicht, die kommunale Finanz-

masse zu erhöhen. Allerdings steht das Ausmaß der Erhöhung noch nicht fest [1]).

Jede Aufstockung der kommunalen Finanzmasse vergrößert ihre konjunkturelle Bedeutung; die Einbeziehung der Gemeinden in die Konjunkturpolitik wird dadurch noch dringlicher.

325. Würden die ursprünglichen Ziele der Gemeindefinanzreform weitgehend verwirklicht, ergäben sich daraus für die Konjunkturpolitik folgende Probleme:

— Erhöht sich der Steueranteil an den kommunalen Einnahmen, vergrößert sich die Gefahr eines prozyklischen Verhaltens der Gemeinden.

— Auch eine erhebliche Erweiterung der gesamten Finanzmasse der Gemeinden erleichtert die Konjunkturpolitik zunächst nicht. Aber vielleicht könnte sie dazu beitragen, daß die Gemeinden von ihrem einzelwirtschaftlichen Verhalten ablassen und ihre Finanzpolitik stärker an gesamtwirtschaftlichen Zielen orientieren. Dies gilt insbesondere für die „armen" Gemeinden, bei denen bisher der Mangel an elementaren öffentlichen Leistungen eine Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Überlegungen unzumutbar machte.

— Eine Angleichung des Steueraufkommens pro Kopf innerhalb der gleichen Gemeindegrößenklassen dürfte hingegen die Möglichkeiten der Konjunkturpolitik unmittelbar verbessern. Denn heute würden der Absicht einer konjunkturpolitischen Beeinflussung — etwa der kommunalen Kreditaufnahme und auch der Finanzzuweisungen — beträchtliche Widerstände begegnen, weil

[1]) Der Deutsche Städtetag fordert auf der Basis von 1969 eine Erhöhung um 3,5 Mrd. DM, während gegenwärtig Bund und Länder — bis Ende 1970 — eine Aufstockung um gut 1 Mrd. DM in Aussicht stellen.

Tabelle 21

Sachinvestitionen von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.)

Gebietskörperschaft	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967 [1])	1968 [1])
				Mrd. DM				
Bund [2])	2,0	2,3	2,7	2,8	3,2	3,2	4,1 a)	3,5
Länder	2,6	3,1	3,6	4,3	4,7	4,7	3,8	4,1
Gemeinden (Gv.)	8,3	10,5	12,1	14,5	15,0	14,8	14,5 b)	15,2 b)
Insgesamt	12,9	15,9	18,3	21,5	22,9	22,7	22,4	22,9
				Anteil in vH				
Bund [2])	*15,2*	*14,7*	*14,6*	*12,9*	*13,8*	*14,2*	*18,2*	*15,4*
Länder	*20,3*	*19,4*	*19,5*	*19,9*	*20,5*	*20,5*	*17,1*	*18,0*
Gemeinden (Gv.)	*64,5*	*65,9*	*65,9*	*67,2*	*65,7*	*65,2*	*64,6*	*66,6*
Insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
Bund [2])	.	*+19,6*	*+14,4*	*+ 3,3*	*+14,0*	*+2,3*	*+26,5*	*−14,1*
Länder	.	*+18,2*	*+15,5*	*+19,9*	*+ 9,5*	*−0,5*	*−17,7*	*+ 7,2*
Gemeinden (Gv.)	.	*+26,1*	*+15,1*	*+19,7*	*+ 3,4*	*−1,4*	*− 2,2*	*+ 5,1*
Insgesamt	.	*+23,5*	*+15,1*	*+17,3*	*+ 6,2*	*−0,7*	*− 1,3*	*+ 2,0*

[1]) Ergebnis der Ansatzstatistik.
[2]) Ohne Bauten und Neuanschaffungen im militärischen Bereich.
a) Einschließlich zweites Programm für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68.
b) Schätzung des Deutschen Städtetages.

in erster Linie diejenigen Gemeinden, bei denen diese Einnahmequellen von großem Gewicht sind, die Last dieser Maßnahmen zu tragen hätten.

326. Da bei den Gemeinden lokale Gesichtspunkte von der Sache her dominieren, kann eine gesamtwirtschaftliche Ausrichtung ihrer Finanzpolitik nur dann erwartet werden, wenn sich Bund und Länder deutlich an gesamtwirtschaftlichen Verpflichtungen orientieren.

327. Bereits früher hat der Sachverständigenrat darauf hingewiesen (JG 66 Ziffer 132), daß eine antizyklische Finanzpolitik durch Variationen der öffentlichen Ausgaben wachstumspolitisch bedenklich sein kann. Diese Überlegung gilt sicherlich ganz besonders für die Gemeindeausgaben, von denen, wie bereits erwähnt, ein großer Teil auf wachstumsfördernde Investitionen entfällt.

Eine kontinuierliche Entwicklung der gesamten Ausgaben der Gemeinden könnte nach unserer Ansicht als konjunkturgerecht bezeichnet werden. Im übrigen dürfte eine antizyklische Veränderung der kommunalen Investitionsausgaben die Gemeinden überfordern.

Eine Verstetigung der Gemeindeausgaben ist allerdings nur zu erwarten, wenn die kommunalen Einnahmen stetiger fließen als bisher. Zu den wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinden gehören Steuern, Kredite und Finanzzuweisungen (Tabelle 22). Daher sind sie auf die Möglichkeiten einer Verstetigung hin zu untersuchen. Da die prozyklischen Wirkungen der Gemeindefinanzpolitik vor allem auf die Schwankungen im (Gewerbe-)Steueraufkommen zurückgehen, liegt es nahe, mit den Steuereinnahmen zu beginnen.

328. Eine Verstetigung der kommunalen Steuereinnahmen erfordert insbesondere einen noch weitergehenden Abbau der konjunkturreagiblen Gewerbesteuer, als bisher geplant ist[1]) (Ziffer 337). Als Ersatz für den Ausfall der Gewerbesteuer müßte für die Gemeinden eine Beteiligung an weniger konjunkturempfindlichen Steuern vorgesehen werden, beispielsweise am „proportionalen Sockel" der Einkommensteuer oder am Aufkommen der Umsatzsteuer.

329. Werden die Gemeinden an der Einkommensteuer beteiligt, müssen die Konsequenzen in Betracht gezogen werden, die sich ergeben, wenn der Bund die in § 26 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes vorgesehene Variationsmöglichkeit der Einkommensteuer zur Konjunkturbeeinflussung ausnutzt. In diesem Falle müßten die bei den Gemeinden entstehenden Einnahmenschwankungen neutralisiert werden. Es bietet sich an, den Prozentsatz, mit dem die Gemeinden an der Einkommensteuer beteiligt werden, entsprechend zu erhöhen, wenn der Bund die Einkommensteuer senkt. Erhöht der Bund die Einkommensteuer, müßte umgekehrt verfahren werden.

330. Ein konjunkturpolitisches Erschwernis bei der Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer ergibt sich, wenn den Gemeinden variable Hebesätze zugestanden werden. Die Gemeinden verlangen variable Hebesätze unter Hinweis auf die schon eng begrenzte Autonomie bei der Gestaltung ihrer Steuereinnahmen. Dabei ist die Gefahr nicht auszuschließen, daß es zu prozyklischen Variationen kommt. Unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten können variable Hebesätze um so eher hingenommen werden, je geringer ihre Variationsbreite ist.

331. Da eine Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer vermutlich nicht ausreichen wird, um die Einnahmenausfälle aus einem weitergehenden Abbau der Gewerbesteuer auszugleichen, wäre auch eine Erhöhung der kommunalen Steuereinnahmen aus anderen Quellen vorzusehen.

Neben einer Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen käme vor allem eine kräftige Anhebung der Grundsteuer in Betracht. Dadurch würde der Anteil der stetig zunehmenden Einnahmen im kommunalen Bereich erhöht, denn das Grundsteueraufkommen ist fast gänzlich konjunkturunabhängig[2]). Andererseits sind die Zuwachsraten des Aufkommens dieser Steuer geringer als bei anderen, mit dem wirtschaftlichen Wachstum stärker verknüpften Steuern. Dieser Mangel könnte dadurch ausgeglichen werden, daß man eine verstärkte Beteiligung der Gemeinden am Mineralölsteueraufkommen vorsieht. Bei der zu erwartenden Verkehrsentwicklung werden die Einnahmen aus dieser Steuer beträchtlich zunehmen, allerdings konjunkturempfindlicher sein als das Grundsteueraufkommen.

332. Würde das kommunale Steuersystem in der aufgezeigten Richtung verändert, entwickelten sich die kommunalen Steuereinnahmen stetiger. Konjunkturell bedingte Schwankungen ließen sich dennoch nicht gänzlich ausschalten. Eine insgesamt stetige Ausgabenentwicklung erforderte daher von der Gesamtheit der Gemeinden eine antizyklische Kreditaufnahme.

Dazu bedürfte es über die bisherigen Einwirkungsmöglichkeiten der Länder hinaus zusätzlicher Steuerungsinstrumente. Insbesondere wäre zu erwägen, ob die landesrechtlichen Bestimmungen zur Genehmigung der kommunalen Schuldenaufnahme nicht entsprechend ergänzt werden sollten.

333. Eine Erweiterung der rechtlichen Möglichkeiten der Länder müßte nicht wesentlich über das hinausgehen, was der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates gegenwärtig schon aufgrund des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes möglich ist.

[1]) Für einen Abbau der Gewerbe-(Ertrag-)steuer sprechen noch andere Gründe, die ausführlich im Gutachten über die Finanzreform dargelegt sind. Vgl. dort Ziffern 373 ff.

[2]) Das Grundsteueraufkommen stieg beispielsweise im Hochkonjunkturjahr 1965 wie im Rezessionsjahr 1967 jeweils um den gleichen Prozentsatz gegenüber dem Vorjahr.

Schon jetzt läßt sich gemäß § 19 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes die Kreditaufnahme auch der Gemeinden beschränken. Im Gegensatz hierzu fehlen jedoch für konjunkturelle Abschwungsphasen bisher geeignete gesetzliche Mittel, die Gemeinden zu einer verstärkten Kreditaufnahme zu veranlassen.

Will man erreichen, daß sich die Gemeinden angesichts konjunkturell rückläufiger oder verlangsamt zunehmender Steuereinnahmen verstärkt verschulden, dann muß ihnen zumindest eine Garantie gegeben werden, daß kurzfristig aufgenommene Schulden auf alle Fälle konsolidiert werden können und daß erhöhte Zinslasten nicht zu einer verstärkten Belastung kommender Haushalte führen, wenn die Konjunkturbelebung hinter den Erwartungen zurückbleibt und die Steuereinnahmen nicht in dem von den Gemeinden eingeplanten Ausmaße steigen.

Konsolidierungsgarantien und Zinszuschüsse der Länder (oder auch des Bundes) für die kommunalen Kredite kämen dem Sicherheitsbedürfnis der Gemeinden entgegen und würden der Zurückhaltung bei der Kreditaufnahme in konjunkturellen Abschwungsphasen entgegenwirken.

334. Sollten die auch nach einer durchgreifenden Finanzreform verbleibenden konjunkturellen Schwankungen der Gemeindesteuereinnahmen durch die antizyklisch wirkende Beeinflussung der Verschuldungspolitik nicht kompensiert werden können, dann wäre zu erwägen, auch den Finanzausgleich

Tabelle 22

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden (Gv.)

Jahr	Einnahmen insgesamt [1])	Steuern		Gebühren usw.		Zuweisungen von Land/Bund		Schuldenaufnahme [2])		sonstige [1])	
	Mrd. DM	Mrd. DM	Anteil in vH	Mrd. DM	Anteil in vH	Mrd. DM	Anteil in vH	Mrd. DM	Anteil in vH	Mrd. DM	Anteil in vH
1961	25,7	9,5	*36,9*	4,2	*16,3*	5,7	*22,2*	2,8	*10,8*	3,6	*13,9*
1962	29,9	10,2	*34,1*	4,6	*15,4*	7,8	*26,0*	3,4	*11,5*	3,9	*13,0*
1963	32,8	10,7	*32,5*	5,1	*15,5*	9,0	*27,3*	4,1	*12,5*	4,0	*12,3*
1964	36,5	11,4	*31,2*	5,7	*15,6*	10,0	*27,4*	4,9	*13,4*	4,6	*12,5*
1965	39,9	11,9	*29,7*	6,4	*16,0*	10,9	*27,3*	5,9	*14,9*	4,8	*12,1*
1966	42,1	12,7	*30,3*	7,2	*17,2*	11,8	*28,1*	5,2	*12,2*	5,1	*12,2*
1967 [3])	44,0	12,7	*29,0*	8,0	*18,1*	13,1	*29,9*	4,7	*10,7*	5,5	*12,4*
1968 [3])	46,0	13,1	*28,4*	8,4	*18,3*	13,5	*29,4*	5,3	*11,5*	5,7	*12,3*

Jahr	Ausgaben insgesamt [1])	Verwaltungs- und Zweckausgaben [1])		Sachinvestitionen		Gewährung von Darlehen, Beteiligungen		Zinsen		Tilgungen	
	Mrd. DM	Mrd. DM	Anteil in vH	Mrd. DM	Anteil in vH	Mrd. DM	Anteil in vH	Mrd. DM	Anteil in vH	Mrd. DM	Anteil in vH
1961	24,7	13,4	*54,3*	8,3	*33,8*	1,3	*5,3*	0,7	*2,8*	0,9	*3,7*
1962	28,6	14,8	*51,6*	10,5	*36,7*	1,5	*5,3*	0,8	*2,7*	1,0	*3,6*
1963	32,2	16,4	*51,1*	12,1	*37,6*	1,6	*4,9*	0,9	*2,8*	1,2	*3,6*
1964	36,5	18,0	*49,4*	14,5	*39,6*	1,7	*4,7*	1,1	*2,9*	1,2	*3,4*
1965	39,8	20,2	*50,7*	15,0	*37,7*	1,9	*4,8*	1,3	*3,3*	1,4	*3,6*
1966	42,0	22,4	*53,3*	14,8	*35,2*	1,5	*3,6*	1,6	*3,8*	1,7	*4,0*
1967 [3])	43,5	23,9	*54,9*	14,5	*33,3*	1,4	*2,6*	1,8	*4,2*	2,1	*4,9*
1968 [3])	46,0	25,1	*54,5*	15,2	*33,1*	1,4	*3,1*	2,0	*4,4*	2,3	*5,0*

[1]) Ohne Zahlungen der Gemeinden (Gv.) untereinander, Rücklagenmittel und Erstattungen zwischen den Verwaltungszweigen.
[2]) Kreditmarkt- und öffentliche Sondermittel, innere Darlehen.
[3]) Schätzung des Deutschen Städtetages.

zwischen Ländern und Gemeinden konjunkturpolitischen Zielsetzungen nutzbar zu machen.

335. Der Ausbau des Finanzausgleichs bietet sich deswegen an, weil der Anteil der Finanzzuweisungen in den letzten Jahren bereits auf fast 30 vH der Gemeindeeinnahmen gestiegen ist. (Davon sind ungefähr zwei Drittel allgemeine und ein Drittel spezielle Zuweisungen.) Es ist zu vermuten, daß selbst nach einer kräftigen Erhöhung der kommunalen Steuermasse, der Anteil der Finanzzuweisungen an der gesamten kommunalen Finanzmasse ein beträchtliches Gewicht behält. Eine Veränderung der Finanzzuweisungen aus konjunkturpolitischen Gründen würde zweckmäßigerweise an die sogenannten Schlüsselzuweisungen anknüpfen. Behält man den gegenwärtigen Berechnungsmodus bei, dann würde der konjunkturpolitisch gewünschte Effekt am ehesten zu erreichen sein, wenn die Schlüsselmasse im Abschwung erhöht und im Aufschwung gesenkt würde [1]).

336. Die Durchführung der vorstehend beschriebenen Maßnahmen zur Einbeziehung der Gemeinden in die Konjunkturpolitik ist, wie auch im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgesehen, weitgehend Aufgabe der einzelnen Länder. Im Interesse einer wirksameren Konjunkturpolitik ist es zweckmäßig, eine Koordination der den kommunalen Bereich tangierenden konjunkturpolitischen Maßnahmen anzustreben. Vor allem der Konjunkturrat für die öffentliche Hand könnte bei solchen Koordinationsbestrebungen gemäß seinem Auftrag wichtige Hilfestellung leisten.

337. Nach dem derzeitigen Stand der Beratungen im Finanzausschuß des Bundestages ist eine Änderung des Gemeindesteuersystems in der Weise vorgesehen, daß für 30 bis 40 vH der Gewerbesteuer die Ertragshoheit auf Bund und Länder übertragen wird. Die Gemeinden sollen dafür am Aufkommen der Einkommensteuer beteiligt werden. Insgesamt ist derzeit eine Erhöhung der kommunalen Steuermasse um 1 Mrd. DM vorgesehen [2]).

Ob durch diese Maßnahmen ein konjunkturgerechteres Verhalten der Gemeinden erreicht werden kann, erscheint zweifelhaft, da die mit der Gewerbesteuer verbundenen konjunkturpolitischen Nachteile weitgehend bestehen bleiben. Wird der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach ihrem gesamten Aufkommen bemessen, wie es gemäß dem Referentenentwurf zur Gemeindefinanzreform geplant ist, dann ist kaum eine Verstetigung der kommunalen Steuereinnahmen zu erwarten, da auch die Einkommensteuer sehr konjunkturempfindlich ist.

338. Sollte sich die Gemeindefinanzreform in diesen Steueränderungen erschöpfen, dann bleibt sie weit hinter den ursprünglichen Zielen zurück:

— Die Aufstockung der kommunalen Finanzmasse dürfte zu gering sein [3]).

— Der Anteil der Steuern an den kommunalen Einnahmen wird nur unwesentlich erhöht. Eine weitere Erhöhung des Steueranteils wird aber im Interesse einer Verstärkung der eigenverantwortlichen Finanzwirtschaft von den Gemeinden erwartet.

— Durch die partielle Übertragung der Gewerbesteuer auf Bund und Länder und die Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer und deren Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen aus dem „proportionalen Sockel" wird zwar eine geringfügige Angleichung des Steueraufkommens pro Kopf innerhalb der gleichen Gemeindegrößenklassen erzielt. Sie reicht aber nicht aus, um sicherzustellen, daß die starken Differenzen in den mit eigenen Steuermitteln finanzierten Leistungen in den Gemeinden gleicher Größenklasse nachhaltig verringert werden.

339. Außer den Veränderungen im Bereich der Gemeindefinanzen sieht die Vorlage zur Finanzreform, die zur Zeit beraten wird, im Verhältnis von Bund und Ländern die Einführung eines großen Steuerverbundes (Einkommen- und Körperschaftsteuer, Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer) und die verfassungsrechtliche Fixierung der Gemeinschaftsaufgaben vor.

340. Wäre sichergestellt, daß Bund und Länder in Zukunft eine antizyklische Finanzpolitik auf der Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes mit gleicher Intensität verfolgen, würde ein großer Steuerverbund unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten keine Verbesserung bringen. Angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß die konjunkturpolitiche Aktivität der Länder auch in Zukunft geringer ist als die des Bundes. Daher würde ein großer Steuerverbund die Möglichkeiten zu einer antizyklischen Finanzpolitik wahrscheinlich verbessern. Würde nämlich der Länderanteil an der stark konjunkturempfindlichen Einkommen- und Körperschaftsteuer — gegenwärtig macht dieser Anteil fast drei Viertel der Ländersteuereinnahmen aus — gekürzt und den Ländern dafür ein Anteil an der weniger konjunkturreagiblen Umsatzsteuer gegeben, wäre eine gleichmäßigere Einnahmeentwicklung bei den Ländern die Folge. Dadurch würde im Abschwung, insbesondere bei einer Variation der Einkommensteuer zur Konjunkturbeeinflussung, die notwendige antizyklische Kreditaufnahme von den Ländern teilweise auf den Bund verlagert, und im

---

[1]) Dabei müßte allerdings sichergestellt sein, daß antizyklische Veränderungen der Schlüsselmasse nicht durch Verschiebungen innerhalb der Finanzausgleichsmasse kompensiert werden. Veränderungen der Schlüsselmasse müßten also eine Variation der Finanzmasse insgesamt mit sich bringen.

[2]) Außerdem ist eine, wenn auch mäßige Erhöhung der Grundsteuer nach Abschluß der neuen Einheitsbewertung für den Anfang der 70er Jahre von der Bundesregierung in Aussicht gestellt worden.

[3]) Schon die Finanzreformkommission hielt eine Aufstockung der kommunalen Finanzmasse von 1,5 Mrd. DM (neben der Beteiligung der Gemeinden an der Mineralölsteuer), berechnet auf der Basis von 1964, für erforderlich.

Aufschwung könnte durch den Bund allein ein größerer Teil der Einnahmen aus diesen Steuern stillgelegt werden [1]).

341. Im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben, bei denen wachstums- und strukturpolitische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, ist der Bund schon längere Zeit tätig. Ausgaben in diesen Bereichen eignen sich nach unserer Ansicht nur insoweit zur Konjunkturbeeinflussung, als im Rahmen der Konjunkturpolitik Ansatzpunkte zu Korrekturen der Wirtschaftsstruktur gegeben sind (Ziffer 211).

III. Zur Regionalpolitik

342. Die regionale Strukturpolitik soll intensiviert und auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" soll eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern werden. Ein Planungsausschuß, in dem Bund und Länder paritätisch vertreten sind, soll — jeweils für die Zeit der mittelfristigen Finanzplanung — einen Rahmenplan aufstellen, in dem die Fördergebiete abgegrenzt, die Entwicklungsziele für diese Gebiete sowie die Art der vorgesehenen Maßnahmen festgelegt und der voraussichtliche Mittelaufwand für Bund und Länder geschätzt werden. Damit könnte es künftig leichter werden,

- regionale Fördermaßnahmen besser zu koordinieren, die Interessen konkurrierender Regionen und der Gesamtwirtschaft besser aufeinander abzustimmen,
- durch die Bildung von Schwerpunkten den Mitteleinsatz effizienter zu machen,
- eine regionalpolitische Konzeption zu verwirklichen, in der die Funktionen der Verdichtungsräume, der mittleren Zentren sowie der ländlichen Gebiete so berücksichtigt sind, daß aufgrund der marktwirtschaftlichen Kräfte und des Strebens der regionalen Instanzen ein Zusammenspiel entsteht, das auf längere Sicht eine ausgewogene Entwicklung ohne Subventionen ermöglicht.

Auch die Bereitschaft, für Maßnahmen der regionalen Strukturpolitik größere Mittel einzusetzen als bisher, scheint gegeben [2]). Die vorhandenen Initiativen verstärken allerdings nur teilweise die Hoffnungen auf eine Regionalpolitik in der erwähnten Zielrichtung.

343. Der Bundesminister für Wirtschaft hat Vorschläge zur Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik vorgelegt. Sie sind vor allem den Entwicklungsproblemen der ländlichen Räume gewidmet, in denen die Wirtschaftskraft mangels industrieller Aktivität traditionell schwach ist und der strukturpolitisch notwendige — inzwischen auch von den agrarpolitischen Instanzen bejahte — Übergang von Erwerbstätigen der Landwirtschaft in andere Wirtschaftszweige erleichtert werden muß. Die Konzeption des Wirtschaftsministers ist zukunftsorientiert, auf die Verstärkung koordinierter Maßnahmen im Rahmen mehrjähriger Programme bedacht und an dem Leitbild orientiert, die Entwicklung auch der ländlichen Räume vor allem auf zentrale Orte und regionale Schwerpunkte zu konzentrieren, da nur so ein auf die Dauer sich selbst tragender Wachstumsprozeß der bisher entwicklungsschwachen Gebiete in Gang gebracht werden könnte.

Angesichts dieser Zielsetzung ist es auffällig, daß als Untergrenze für die Auswahl der zu fördernden zentralen Orte — in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Beirats für Raumordnung beim Bundesinnenministerium — ein Einzugsbereich von nur 20 000 Einwohnern angesetzt worden ist. Damit werden nicht viele Orte der Bundesrepublik aus dem Kreis der Anwärter auf Fördermaßnahmen ausgeschlossen. So bleibt die Gefahr bestehen, daß weiterhin die Schwerpunktbildung beim Einsatz der Mittel unterbleibt und daß Standorte gefördert werden, an denen eine subventionsfreie Entwicklung auch auf lange Sicht unwahrscheinlich ist. Bei der Festlegung des Richtsatzes waren offenbar Vorstellungen über die zumutbare Pendelzeit der Arbeitskräfte (1/2 bis 1 Stunde) maßgeblich. Da die Beein-

---

1) Einer unterschiedlichen Ausgabenentwicklung zum Beispiel derart, daß die Länderausgaben aus wachstumspolitischen Gründen schneller steigen sollten als beim Bund, müßte durch eine Änderung des Beteiligungsverhältnisses Rechnung getragen werden. Solche Änderungen im Beteiligungsverhältnis hat es auch schon bisher beim „kleinen" Steuerverbund gegeben.

2) Angesichts der Bedeutung, die künftig die regionale Strukturpolitik haben soll, ist die Unzulänglichkeit und Lückenhaftigkeit der verfügbaren regionalstatistischen Informationen beklagenswert. Das System der amtlichen deutschen Statistik ist vorwiegend ein statistisches System für Bundeszwecke. Die Wirtschaftsstatistik ist vornehmlich darauf zugeschnitten, Grundlagen für die Konjunkturpolitik oder die gesamtwirtschaftliche Strukturpolitik zu liefern. Informationen und Strukturdaten, wie sie für die Landesplanung, die Strukturverbesserung der Regionen, die Stadtsanierung usw. benötigt werden, sind spärlich oder hoffnungslos veraltet, wie zum Beispiel die Pendlerstatistik, ein wichtiges Handwerkszeug der Landesplaner. Finanzielle Erwägungen — die statistischen Landesämter sind, obwohl überwiegend für Bundeszwecke eingesetzt, in der Finanzlast der Länder — haben anscheinend bisher zumeist verhindert, daß die Länder über die Verpflichtungen gegenüber dem Bund hinaus wesentliche Anstrengungen für eine eigene systematische Regionalstatistik unternahmen. Grundlegendes könnte hieran wahrscheinlich nur durch einen Umbau des Systems der amtlichen Statistik geändert werden. Auf jeden Fall sollten jedoch auch ad-hoc-Maßnahmen erwogen werden. Die bevorstehenden Großzählungen bieten die Chance, den Informationsstand der Regionalpolitiker zumindest in absehbarer Zeit wesentlich zu verbessern, wenn eine schnellere und tiefergehende Aufbereitung der Ergebnisse nach Regionen und Gemeinden vorgesehen wird.
Die Mittel, die aufzuwenden sind, um die Regionalstatistik zu verbessern, dürften gering sein im Vergleich mit den Beträgen, die im Rahmen der Regionalförderung — gegebenenfalls aufgrund unzureichender Unterlagen — demnächst aufgewendet werden sollen.

flussung unserer räumlichen Wirtschaftsstruktur sehr langfristigen Gesichtspunkten folgen muß — schon wegen der nötigen aufwendigen Infrastrukturmaßnahmen —, ist zu fragen, ob hier den Verkehrsverhältnissen und der privaten Kraftfahrzeughaltung in der Zukunft ausreichend Rechnung getragen ist. Wegen der langen Fristen, um die es hier geht, müssen auch Vorstellungen darüber in die Konzeption eingehen, wo die Bevölkerung der Zukunft wohnen möchte, das heißt, ob die weltweit zu beobachtende Anziehungskraft der Städte künftig abnehmen, unverändert bleiben oder — was nicht unwahrscheinlich ist — noch zunehmen wird. Bei alledem ist zu bedenken, daß gesellschafts- und sozialpolitisch begründete Ziele der Regionalpolitik gegen das, was marktwirtschaftlich vernünftig ist, nur mit dauernden Subventionen durchgehalten werden können.

344. Ähnliche Probleme wirft die Initiative zu einem Gesetz über die Gewährung einer Investitionszulage auf. Danach sollen künftig unbefristet alle Investitionen in Gebieten mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft, soweit sie zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur oder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen, mit einer „Zulage" in Höhe von 10 vH des Investitionsaufwandes (im Zonenrandgebiet 15 vH) bedacht werden können, und zwar steuerfrei und — womit auch Unternehmen begünstigt werden, die keine Gewinne erzielen — unabhängig von der Steuerschuld. Die geplante Investitionszulage unterscheidet sich wesentlich von fast allen Maßnahmen der herkömmlichen Förderprogramme dadurch, daß der Gesamtaufwand der dafür vorgesehenen öffentlichen Mittel nicht von vornherein begrenzt ist, sondern von der Inanspruchnahme der angebotenen Möglichkeiten abhängt. Nur dadurch, daß die Bescheinigung der Förderungswürdigkeit der einzelnen Projekte anhand der vorgesehenen Kriterien im Ermessen der Förderinstanzen stehen soll, könnte verhindert werden, daß die Investitionen in Gebieten, die zusammen mehr als zwei Fünftel der Fläche der Bundesrepublik ausmachen, mehr oder weniger allgemein subventioniert werden. Die bisher übliche Abgrenzung der Fördergebiete für sich genommen ergibt noch keine sinnvolle Bestimmung der Förderungswürdigkeit. Denn sie beginnt nicht mit der Bildung funktionaler Verflechtungsräume, sondern erfolgt vorwiegend aufgrund der regionalen Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Bevölkerung in den Kreisen. Von der statistischen Unzulänglichkeit dieser Kennziffern abgesehen, kann auf diese Weise nicht differenziert werden zwischen

- — Gebieten, in denen eine stärkere Förderung der wirtschaftlichen Aktivität nicht nur wünschenswert, sondern angesichts der gegebenen ungenutzten Wachstumschancen auch zweckmäßig ist,
- — Gebieten, die zwar noch ein unterdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, deren wirtschaftliche Entwicklung jedoch bereits rasch vorankommt, so daß eine zusätzliche Förderung nicht mehr oder nur noch in geringem Umfang nötig ist, und
- — Gebieten, in denen mangels Wachstumschancen auf lange Sicht einer passiven Sanierung durch Abwanderung nur insoweit entgegengetreten werden sollte, als dies erforderlich ist, um soziale Härten zu vermeiden.

Einer prophylaktischen Regionalpolitik, wie sie etwa für die Kohlenbergbaugebiete nötig gewesen wäre, geben die bisherigen Kriterien zur Bestimmung der förderungswürdigen Gebiete überhaupt keinen Raum.

Da der Fördereffekt einer Maßnahme wesentlich davon abhängt, wie sich die Anzahl der Begünstigten zu der Anzahl der Nichtbegünstigten verhält, ist zu fragen, ob bei der geplanten Investitionszulage der erwartete regionalpolitische Erfolg in einem vertretbaren Verhältnis zu dem dafür vorgesehenen Aufwand an öffentlichen Mitteln stehen wird. Möglicherweise läßt sich die Gefahr, daß große öffentliche Mittel wirkungslos verpuffen, durch die Aktionsprogramme vermeiden, die für alle Fördergebiete aufgestellt werden sollen. Außerordentlich viel wird darauf ankommen, daß in diesen Programmen gegenüber den Kräften, die auf eine starke Streuung der Fördermittel hindrängen, häufig vor allem die örtlichen Instanzen, das gesamtwirtschaftliche Interesse an einer Schwerpunktförderung, die alsbald eigenständige Wachstumspole schafft, durchgesetzt wird. Da, anders als bisher, die Länder an den Kosten der Förderprogramme beteiligt sein sollen, mag die Chance hierfür durchaus gegeben sein.

345. Von der Finanzreform, insbesondere der Gemeindefinanzreform, wird neben anderen erwartet, daß sie durch Umverteilung der Steuerkraft der Gebietskörperschaften den Bürgermeisterwettbewerb um die Ansiedlung von gewerblichen Betrieben eindämmt und das Steuerpotential der Wohnstädte erhöht. Wenn die großen Verbundsteuern, insbesondere Einkommensteuer und Umsatzsteuer, zur zweiten Hauptquelle der gemeindlichen Einnahmen werden, kann man damit rechnen, daß die Gemeinden stärker dahin tendieren, künftig vor allem ihren Wohnwert zu erhöhen; die kommunalwirtschaftliche Bedeutung von Standortentscheidungen der Unternehmen würde geringer. Die schon im Zusammenhang mit der Verknappung von Arbeitskräften zu beobachtende Tendenz, daß sich die Standortwahl der Unternehmen allmählich mehr nach den Wohngebieten der anzuwerbenden Arbeitskräfte richtet — statt umgekehrt der Bau von Wohngebieten nach den Standortvorteilen der Unternehmen —, würde dadurch verstärkt.

346. Die Initiativen zur Intensivierung der regionalen Strukturpolitik befassen sich mit den Entwicklungsproblemen der Großstädte nicht. Das heißt sicherlich nicht, daß die Bundesregierung verkennt, welche große Bedeutung in einer regional-wirtschaftlichen Konzeption den Wechselwirkungen zwischen Mittel- und Kleinzentren einerseits und funktionsfähigen Großzentren mit überregionaler wirtschaftlicher Strahlkraft andererseits zukommt. Gleichwohl gibt es Anlaß zu der Befürchtung, daß bei einer intensivierten Politik zur aktiven Sanierung der

weniger entwickelten Gebiete die gegenwärtigen und zukünftigen Probleme unserer Großstädte allzu sehr in den Hintergrund geraten.

Aus der Erfahrung unerträglicher Engpässe im Verkehrswesen und im Versorgungswesen unserer Großstädte, Engpässe, die großenteils nur mit Investitionsaufwendungen in ungewohnter Größenordnung beseitigt werden können, ist vielfach die Auffassung entstanden, eine Politik, die das Wachstum der Großstädte nicht aufhalte, sei mit Rücksicht auf die hohen sozialen Kosten nicht vertretbar. So richtig es sein dürfte, einen Ausweg aus den Wachstumsproblemen der Ballungsgebiete darin zu suchen, daß man die weitere Entfaltung der kleinen und mittleren Großstädte begünstigt, so fragwürdig wäre es, eine wesentliche Entlastung der Ballungsgebiete davon zu erhoffen, daß man die weniger entwickelten ländlichen Gebiete fördert, jene aber ihrem Schicksal überläßt.

347. Der Zug in die Großstadt, zumindest in die Stadtlandschaft, scheint anzuhalten. Sich ihm wirksam entgegenzustemmen, ist in einer liberalen Gesellschaft kaum möglich. Auch verstellt die Höhe des gegenwärtig in den Großstädten punktuell erforderlichen Investitionsaufwandes oftmals den Blick für die durchschnittlichen sozialen Kosten auf lange Sicht und im Vergleich zu denen der ländlichen Gebiete. Für viele Investitionsprojekte der Großstädte dürfen nämlich hohe volkswirtschaftliche Erträge erwartet werden, da es darum geht, bestehende Verkehrs- und Versorgungsnetze nur zu erweitern und zu verdichten, Erträge, die in ländlichen Räumen nicht in gleichem Maße anfallen, zumal dort oft für lange Zeit eine erhebliche Unterauslastung neuer Anlagen hingenommen werden muß. Hinzu kommt, daß die heutigen Infrastrukturprobleme zumindest der Großstädte außerhalb der großen Ballungsgebiete häufig Übergangsprobleme sind. Die Änderung der Lebensverhältnisse, die nicht vorhergesehene Entwicklung des Verkehrs, aber auch Versäumnisse in der Vergangenheit, insbesondere ein zuwenig zukunftsorientiertes Investitionsverhalten, bewirken heute vielfach „Sprungkosten". Sie werden aber für die Zukunft wieder Kapazitätsreserven mit sich bringen, welche dann unter vergleichsweise geringen laufenden Kosten ausgeschöpft werden können. Vieles spricht dafür, daß eine Phase großer Investitionsanstrengungen ausreichen wird, die wesentlichen Engpässe im Verkehrs- und Versorgungswesen der Großstädte nachhaltig zu beseitigen. Auch bei den Ballungsgebieten ist eine differenzierende Betrachtungsweise nötig.

Die Lösung der Großstadtprobleme zu vertagen, würde bedeuten, den aufgestauten Investitionsbedarf nur zu vergrößern und die Vorsorge für die Zukunft zu vernachlässigen.

Anhang

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

**Auszug aus Bundesgesetzblatt,
Jahrgang 1967, Teil I S. 582**

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

. . .

III.

Brief vom 4. November 1968 des Bundesministers für Wirtschaft an den Sachverständigenrat

DER BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT
Staatssekretär Dr. Schöllhorn

53 Bonn, den 4. November 1968

An den Vorsitzenden
des Sachverständigenrates

zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Herrn Professor Dr. Wilhelm Bauer

43 Essen-Heisingen
Vollbergwinkel 7

Sehr geehrter Herr Professor Bauer!

Herr Minister Schiller, der zur Zeit nicht in Bonn ist, hat mich gebeten, Ihnen die nachstehende Stellungnahme zu Ihrer Anfrage betreffend „eine auf Stabilität gerichtete internationale Koordinierung der Wirtschaftspolitik" zu übermitteln.

1. Vom Tag ihres Amtsantritts an hat die Bundesregierung sich intensiv um eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Bereich der Konjunktur- und Währungspolitik bemüht. Die beigefügte Zusammenstellung der Kommuniqués und Berichte über die wichtigsten internationalen Konferenzen spiegelt diese Bemühungen deutlich wider. So ist die Bundesregierung bei den Beratungen über die Fortentwicklung des internationalen Währungssystems mit Nachdruck für eine Stärkung der Kräfte und Vorschriften eingetreten, die eine stabilitätskonforme Anwendung der Sonderziehungsrechte sichern. Die wichtigsten Ergebnisse in diesem Zusammenhang sind vor allem das Vetorecht der Europäischen Gemeinschaft sowie die Vorschriften über die Restitution bei längerer Inanspruchnahme der Sonderziehungsrechte. Die Bundesregierung hat darüber hinaus wesentlichen Anteil daran, daß in dem Schlußkommuniqué der Ministerkonferenz der Zehnergruppe in Stockholm am 30. März 1968 die gemeinsame Absichtserklärung aufgenommen wurde, „die enge Zusammenarbeit zwischen den Regierungen wie zwischen den Notenbanken zu verstärken, um die Währungsverhältnisse in der Welt zu stabilisieren" (Ziffer 6). Die wirtschafts- und währungspolitische internationale Zusammenarbeit, die inzwischen in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft, der OECD und der Zehnergruppe intensiviert wurde, ist zweifellos auch durch die in Chequers am 21./22. Januar 1967 und in Rom am 26./27. Februar 1968 mit maßgeblicher Beteiligung der Bundesregierung zustandegekommenen Vereinbarungen über eine Koordinierung der Zinspolitik gefördert worden.

   Ziel aller deutschen Initiativen und Beiträge auf diesen Konferenzen war stets die Entwicklung einer international koordinierten, gleichermaßen auf Stabilität und Wachstum gerichteten Politik.

2. Über diese allgemeinen Bemühungen hinaus hat die Bundesregierung sowohl auf den internationalen Konferenzen als auch in bilateralen Verhandlungen besondere Initiativen entwickelt, um insbesondere in den USA, in Großbritannien und in Frankreich die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Politik der nationalen Instanzen zur Sicherung von Stabilität und Wachstum verbessern zu helfen. Die Vorschläge für einen asymmetrisch beschleunigten Zollabbau zugunsten der Vereinigten Staaten, das Eintreten im Kreise der europäischen Länder für eine Unterstützung des amerikanischen Zahlungsbilanzprogramms, die Vorschläge für den Abschluß eines handelspolitischen Arrangements der Europäischen Gemeinschaft mit den beitrittswilligen Ländern, die Zustimmung zu den befristeten französischen Maßnahmen zur Importbeschränkung und Exportförderung sowie insbesondere die Beteiligung an den verschiedenen internationalen Kreditaktionen dienten nicht zuletzt diesem Ziel.

3. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften hat die Bundesregierung sich vor allem in den verschiedenen Ministerratstagungen und auf den Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister immer wieder mit Nachdruck für eine abgestimmte, gleichermaßen stabilitäts- und wachstumsorientierte Politik ausgesprochen. Insbesondere auf der Wirtschafts- und Finanzminister-Konferenz in Rotterdam am 10. September 1968 hat die Bun-

desregierung die Mitgliedstaaten zu einer konzertierten Abwehr der weltweiten inflationären Entwicklung aufgefordert und betont, daß es die Kräfte eines Landes überfordere, sich allein gegen die Tendenzen der Weltinflation zu stellen. Die Europäischen Gemeinschaften zu einer Stabilitätsgemeinschaft auszubauen, sei die gemeinsame weltwirtschaftliche Aufgabe und Verantwortung aller Mitgliedstaaten. Dieses Postulat hat in dem Kommuniqué der Konferenz mit folgenden Worten Ausdruck gefunden: „Die Finanz- und Wirtschaftsminister haben ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, in ihren jeweiligen Ländern eine aufeinander abgestimmte Politik zur Erreichung ihrer gemeinsamen Ziele eines stetigen Wachstums und der Preisstabilität zu verfolgen".

In der Sitzung des Ministerrats am 27. September 1968 hat die Bundesregierung darüber hinaus in einer Erklärung des Herrn Bundesaußenministers Vorschläge für neue Anstrengungen zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft unterbreitet, die zu dem Ziel einer Harmonisierung der Währungspolitik führen sollen.

4. Auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank Anfang Oktober 1968 hat die Bundesregierung erneut die dringende Aufforderung an alle Mitgliedstaaten dieser beiden Institutionen gerichtet, an einer Politik der internationalen Stabilität mitzuwirken.

5. Inwieweit diese Bemühungen der Bundesregierung zu einer weltweiten stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik bereits beigetragen haben oder noch beitragen werden, läßt sich schwer quantifizieren. Unzweifelhaft dürfte es jedoch sein, daß diese Bemühungen wichtige Stabilisierungsmaßnahmen in wesentlichen Ländern der westlichen Welt gefördert haben. Die Fortschritte auf diesem Gebiet reichen allerdings in einigen Ländern nach Auffassung der Bundesregierung für eine internationale Sicherung von Stabilität und Wachstum noch nicht voll aus. Die Bundesregierung wird deswegen ihre Bemühungen um eine konzertierte Politik zur Bekämpfung der inflationären Tendenzen sowohl in der Europäischen Gemeinschaft als auch in der Zehnergruppe und dem Internationalen Währungsfonds energisch fortsetzen. Sie erwartet, daß sich die von ihr geforderte Allianz für Stabilität und Wachstum in der Zukunft zunehmend durchsetzen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Schöllhorn

IV.

Methodische Erläuterungen

Zur Saisonbereinigung

Soweit in diesem Gutachten saisonbereinigte Monats- oder Zweimonatszahlen verwendet werden, sind diese entweder von der Deutschen Bundesbank übernommen oder nach dem Saisonbereinigungsverfahren der Deutschen Bundesbank errechnet worden. Die Grundlagen dieses Saisonbereinigungsverfahrens erläutert die Deutsche Bundesbank wie folgt: [1])

Charakterisierung des verwendeten Saisonbereinigungsverfahrens

Das hier verwendete Saisonbereinigungsverfahren ist eine Variante jener Verfahren, die zwischen der Höhe der Saisonkomponente und dem „konjunkturellen" Niveau des betreffenden Wertes der Zeitreihe einen engen Zusammenhang unterstellen und ihn mit Hilfe einer linearen Regressionsgleichung zu quantifizieren versuchen. Bei der Quantifizierung wird die zu untersuchende Zeitreihe in drei additiv miteinander verknüpfte Komponenten zerlegt, nämlich in eine „glatte Komponente" (in der Konjunktur- und langfristiger Trend zusammengefaßt sind), in eine „Saisonkomponente" und in eine verbleibende „Restkomponente". Der saisonbereinigte Wert einer Zeitreihe ist also gleich dem Ursprungswert minus Saisonkomponente. Er enthält damit den vom Standpunkt der Konjunkturanalyse besonders interessierenden Wert der „glatten Komponente" einschließlich der „Restkomponente".

Es muß hervorgehoben werden, daß diese Art der Saisonbereinigung rein formal ist, d. h. nicht auf die die saisonale Bewegung verursachenden Faktoren eingeht. Es wird somit nur eine „durchschnittliche" Saisonbewegung ausgeschaltet mit der Folge, daß die Restkomponente noch saisonale Einflüsse enthalten kann, wenn diese mit einer extremen, vom langjährigen Durchschnitt stark abweichenden Intensität auftreten; man denke etwa an einen besonders harten oder besonders milden Winter. In der Regel aber ist die Restkomponente von anderen, mehr oder weniger einmaligen Faktoren bestimmt.

Im einzelnen können bei dem hier verwendeten Verfahren die folgenden rechnerischen Schritte unterschieden werden:

I. Berechnung eines gleitenden Zwölfmonatsdurchschnitts über einen Zeitraum von in der Regel 7 Jahren als vorläufige Schätzfunktion für die glatte Komponente.

II. Für jeden Kalenderabschnitt (Monat oder Zweimonatsperiode) werden die Parameter einer linearen Regression zwischen den Reihenwerten und den dazugehörenden Werten der glatten Komponente (aus Schritt I.) berechnet. Mit Hilfe dieser Parameter werden anschließend für die gesamte Zeitreihe Saison- und Restkomponenten sowie vorläufige saisonbereinigte Werte ermittelt.

III. Die in Schritt II. errechneten Restkomponenten werden auf Extremwerte untersucht; dabei werden in der Regel alle jene Werte eliminiert, die außerhalb eines Korridors in der Größe der doppelten mittleren quadratischen Abweichung liegen. Die bei dieser Untersuchung festgestellten Extremwerte werden in der ursprünglichen Zeitreihe durch „Normalwerte", die durch Schätzung gewonnen werden, ersetzt. Anschließend beginnt die Berechnung wieder mit Schritt I. Bei der zweiten Durchrechnung wird dann Schritt III. ausgelassen.

IV. Danach wird ein gewogener gleitender Durchschnitt aus sieben Monatswerten der in Schritt II. errechneten saisonbereinigten Werte als endgültige Schätzfunktion für die glatte Komponente berechnet. Durch diese Neuberechnung der glatten Komponente wird der Nachteil des gleitenden Zwölfmonatsdurchschnitts, der darin besteht, daß er nichtlineare Reihenverläufe etwas verzerrt wiedergibt, weitgehend aufgehoben.

V. Eine Wiederholung von Schritt II. unter Verwendung der in Schritt IV. errechneten glatten Komponente ergibt die endgültigen saisonbereinigten Werte.

Da am Anfang und Ende der Zeitreihe keine glatte Komponente (gleitender Durchschnitt) errechnet werden kann, werden die saisonbereinigten Werte für diese Zeitabschnitte so berechnet, als wäre die Restkomponente gleich Null.

Die Saisonbereinigung wird mindestens einmal jährlich unter Einbeziehung der zuletzt hinzugekommenen Reihenwerte neu berechnet. Bei jeder Neuberechnung der saisonbereinigten Werte ergibt sich eine zahlenmäßige Revision für die gesamte Zeitreihe, die aber das Gesamtbild der Zeitreihe in der Regel nicht wesentlich verändert.

Zweimonatliche Saisonbereinigung und Ausschaltung der Kalenderunregelmäßigkeiten

Die zweimonatliche Saisonbereinigung erfolgt in der gleichen Weise mit der Maßgabe, daß die Ausgangswerte der Zeitreihe und die Werte der glatten Komponente aus Schritt I. paarweise ge-

---

[1]) Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, April 1968.

mittelt werden. Für die zweite Schätzung der glatten Komponente wird in Schritt IV. ein gewogener gleitender Durchschnitt mit einem Stützbereich von 5 Punkten errechnet.

Da die Störungsfaktoren bei zwei einzelnen monatlichen Werten größer sein können als bei einem Monatspaar und monatliche und zweimonatliche saisonbereinigte Werte getrennt berechnet werden, liegen die zweimonatlichen Werte nicht immer in der Mitte, in Einzelfällen sogar geringfügig außerhalb der durch die monatlichen Werte vorgegebenen Spanne. Aus ähnlichen Gründen sind Teilreihen, deren Ursprungswerte zu einer Gesamtreihe aufaddiert werden können, nach der Saisonbereinigung nicht mehr exakt addierbar.

Wegen des bereits erwähnten rein formalen Charakters der Saisonbereinigung hängt die Genauigkeit der Saisonbereinigung entscheidend davon ab, ob die Bestimmungsgründe für die saisonale Bewegung bei den einzelnen Reihen möglichst periodengerecht und mit einer von Jahr zu Jahr gleichbleibenden Intensität wiederkehren. Das ist z. B. bei Kälteeinbrüchen, die wechselweise in den Kalendermonaten Dezember bis März auftreten können, oder bei geschlossenen Betriebsferien, die entweder in den Juli oder den August oder in beide Monate fallen können, nicht immer der Fall. Ähnliches gilt für die Osterfeiertage. Auch die von Jahr zu Jahr verschiedene Verteilung der Wochentage im gleichen Kalendermonat kann einen störenden Einfluß auf die Saisonbereinigung ausüben.

Infolge dieser Unregelmäßigkeiten können sich insbesondere bei der monatlichen Saisonbereinigung fallweise mehr oder weniger stark ausgeprägte Schwankungen in den saisonbereinigten Reihen ergeben, die die Beurteilung der konjunkturellen Tendenz erschweren. Dieser Mangel kann großenteils dadurch behoben werden, daß für die Saisonbereinigung Kalenderabschnitte gebildet werden, die hinsichtlich der Wirkung von saisonalen Einflußfaktoren möglichst homogen sind. Das ist in einem hohen Maße bei der in dieser Datensammlung vorgenommenen zweimonatlichen Zusammenfassung der Reihenwerte in der Reihenfolge Januar/Februar, März/April usw. der Fall. Der größeren Gleichmäßigkeit der saisonbereinigten Reihen steht allerdings ein gewisser Aktualitätsverlust in den Monaten, für die noch kein zweimonatlicher Wert berechnet werden kann, gegenüber.

Soweit in der amtlichen Statistik bei Zeitreihen eine Bereinigung von Kalenderunregelmäßigkeiten durchgeführt wird (z. B. für den Index der industriellen Nettoproduktion), wurden diese Werte für die Saisonbereinigung verwendet.

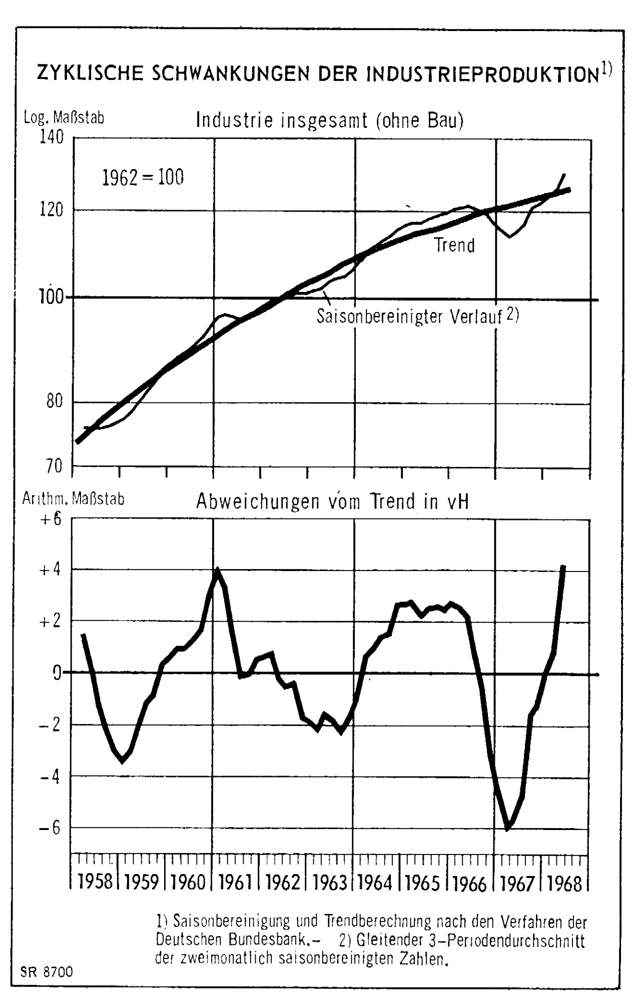
Berechnung der Trends und der Abweichungen vom Trend in den Abschnitten „Der neue Aufschwung" und „Ein neuer Konjunkturzyklus?"

In den Schaubildern 8, 9 und 11 wurden die konjunkturellen Bewegungen dadurch verdeutlicht, daß statt der saisonbereinigten Zweimonatszahlen deren prozentuale Abweichungen vom mittelfristigen Trend abgebildet worden sind. Das dabei zur Berechnung des Trends benutzte Verfahren haben wir von der Deutschen Bundesbank übernommen.

In die Reihe der saisonbereinigten Zweimonatszahlen wird eine Regressionsgerade gelegt, die einen Stützbereich von 24 aufeinanderfolgenden Zweimonatswerten (oder von vier Jahren) hat. Der Stützbereich entspricht etwa der Dauer eines Konjunkturzyklus. Der in der Mitte der Geraden gelegene Punkt ist ein Punkt des gesuchten Trends. Diese Berechnung wird gleitend über die ganze Zeitreihe angewendet. Auf diese Weise kann jedem saisonbereinigten Wert ein Trendwert zugeordnet werden, außer am Anfang und am Ende der Zeitreihe, wo für eine, der Hälfte des Stützbereichs der Geraden entsprechende Anzahl von saisonbereinigten Werten keine „echten" Trendwerte ermittelt werden können. Die ersten zwölf und die letzten dreizehn Trendwerte sind auf arithmetische Weise retropoliert beziehungsweise extrapoliert worden.

Die prozentualen Abweichungen vom Trend wurden dann durch gleitende Drei-Perioden-Durchschnitte geglättet. Schaubild 32 zeigt am Beispiel der Industrieproduktion die durch gleitende Drei-Perioden-Durchschnitte geglättete saisonbereinigte Reihe, den in der beschriebenen Weise ermittelten Trend und die durch gleitende Drei-Perioden-Durchschnitte geglätteten prozentualen Abweichungen vom Trend der — ungeglätteten — saisonbereinigten Zweimonatszahlen.

Schaubild 32



1) Saisonbereinigung und Trendberechnung nach den Verfahren der Deutschen Bundesbank.– 2) Gleitender 3-Periodendurchschnitt der zweimonatlich saisonbereinigten Zahlen.

Methodische Anmerkungen zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

1. Es bezeichnen für die Jahre t, t + 1, ..., t + n

K_t das (reale) Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang [1][2],

A_t die rechnerischen Abgänge vom Bruttoanlagevermögen (Verschrottungen) [1][2],

I_t die (realen) Bruttoanlageinvestitionen [2],

Y_t das (reale) Bruttoinlandsprodukt,

Y^*_t das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential,

k_t die statistisch gemessene Kapitalproduktivität,

k^*_t die von Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalproduktivität,

λ_t den Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials.

2. Ausgangspunkt ist die folgende Definitionsgleichung für das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen

$$\frac{1}{2}\left(K_t + K_{t+1}\right) = \frac{1}{2}\left[K_t + \left(K_t + I_t - A_t\right)\right].$$

Daraus folgt für die Kapitalproduktivität in der Periode t

$$k_t = \frac{Y_t}{\frac{1}{2}\left[K_t + \left(K_t + I_t - A_t\right)\right]}$$

und für das Bruttoinlandsprodukt

$$Y_t = \frac{k_t}{2}\left[K_t + \left(K_t + I_t - A_t\right)\right].$$

Da die statistisch gemessene Kapitalproduktivität k_t nicht nur vom technischen Fortschritt und der Veränderung der Kapitalintensität, sondern auch von Schwankungen im Auslastungsgrad berührt wird, ist sie in die von Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalproduktivität k^*_t und in den Auslastungsgrad λ_t zu zerlegen.

Dabei nehmen wir an, daß k^*_t durch die folgende lineare Funktion approximiert werden kann:

$$k^*_t = a_0 + a_1 t + u_t .$$

Die so ermittelte Trendgerade wird parallel verschoben, daß sie gerade durch den höchsten im Beobachtungszeitraum festgestellten Wert der Kapitalproduktivität geht.

Für das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential läßt sich schreiben

$$Y^*_t = \frac{k^*_t}{2}\left(K_t + K_{t+1}\right).$$

[1] W. Kirner, Zeitreihen für das Anlagevermögen der Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur Strukturforschung, DIW, Heft 5, 1968.

[2] 1967 und 1968 eigene Schätzung.

Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials ist dann

$$\lambda_t = \frac{k_t}{k^*_t} = \frac{Y_t}{Y^*_t}.$$

3. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Kapazitätswachstums wurden folgende Annahmen gemacht:

a) Die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) nehmen 1968 um 8 vH und 1969 um 9 vH zu.

b) In der Rezession sind mehr Anlagen verschrottet worden, als bei normaler Konjunkturlage zu erwarten gewesen wäre. Da keine Informationen über das Ausmaß solcher „außerplanmäßiger" Verschrottungen bekannt sind, wurde geprüft, wie sich die Sachkapazitäten verändert hätten, wenn die Verschrottungen 1967 (a) normal und (b) doppelt so hoch wie normal gewesen wären. Beide Annahmen umgrenzen wohl den tatsächlichen Wert. Wir haben eine mittlere Variante — eine Verschrottungsrate in Höhe des Eineinhalbfachen der normalen Abgänge — eingesetzt.

c) Die zeitliche Entwicklung der Kapitalproduktivität wird bestimmt

— in den Jahren 1955 bis 1959 durch den Trend der Jahre 1955 bis 1965,

— in den Jahren 1960 bis 1969 jedoch durch einen Trend, der sich als arithmetisches Mittel aus den Trendwerten für die Perioden 1955 bis 1965 und 1960 bis 1965 ergibt.

Ausschlaggebend für die Wahl eines „gebrochenen Trends" war vor allem die Überlegung, daß ab 1960 der zunehmende Arbeitskräftemangel die Unternehmen gezwungen hat, verstärkt Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen. Andererseits hätte ein Trend, der sich auf die Jahre 1960 bis 1965 stützt, wegen der seit 1960 leicht rückläufigen Kapazitätsauslastung den Rückgang der Kapitalproduktivität überschätzt und damit das Produktionspotential unterschätzt.

4. Die Schätzung des Produktionspotentials erfolgte nur für den Sektor Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung). Beim Staat und bei der Wohnungsvermietung wurde dagegen angenommen, daß das Produktionspotential dieser Sektoren identisch ist mit deren Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential ergibt sich dann aus dem Produktionspotential der Unternehmen zuzüglich der Beiträge des Staates und der Wohnungsvermietung zum Bruttoinlandsprodukt.

Zur Frage der Auslastung der Sachkapazitäten

1. Die Unterschiede in den Auffassungen über den Auslastungsgrad unserer Sachkapazitäten und

den 1969 verfügbaren Produktionsspielraum hängen zum Teil damit zusammen, daß der verwendete Kapazitätsbegriff nicht immer klar genug umschrieben wird und zum Teil damit, daß die Messung der Kapazitätsauslastung viele Probleme aufwirft.

Der Sachverständigenrat hat daher die Möglichkeiten einer Kapazitätsmessung eingehend untersucht. Er hat auch geprüft, wie die Informationsbasis verbreitert werden kann. Seine Überlegungen stellt er im folgenden zur Diskussion.

2. Mißverständnisse können sich schon daraus ergeben, daß einmal ein ökonomischer Kapazitätsbegriff, ein andermal ein technischer Kapazitätsbegriff der Argumentation zugrunde liegt. Der ökonomische Kapazitätsbegriff orientiert sich an den Produktionskosten. Volle Kapazitätsauslastung bedeutet dann Produktion in der Nähe des Kostenoptimums, worunter in der Betriebswirtschaftslehre beispielsweise das Gewinnmaximum oder das Minimum der Durchschnittskosten verstanden wird. Dieser ökonomische Kapazitätsbegriff ist nicht zu trennen von der Figur eines sich streng rational verhaltenden Unternehmers. Für ihn spielen Fragen des optimalen Einsatzes der Produktionsfaktoren, der optimalen Losgröße, der optimalen Betriebsgröße oder der Produktwahl eine wichtige Rolle.

Der technische Kapazitätsbegriff bezieht sich dagegen auf die maximale Auslastung der vorhandenen Produktionsanlagen. Es wird der in einer bestimmten Zeit mögliche (maximale) Ausstoß gemessen.

3. Für gesamtwirtschaftliche empirische Untersuchungen ist weder der ökonomische noch der technische Kapazitätsbegriff allein brauchbar. Zwar kommt der ökonomische Kapazitätsbegriff in einer marktwirtschaftlichen Ordnung den Vorstellungen vom gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögen am nächsten; doch dürfte es unmöglich sein, das jeweilige Kostenoptimum für die Volkswirtschaft insgesamt zu bestimmen. Der technische Kapazitätsbegriff wiederum vernachlässigt wichtige ökonomische und soziale Tatbestände. So ist es sicher nicht realistisch, zu erwarten, daß die vorhandenen Produktionsanlagen, selbst wenn dem keine technischen Schwierigkeiten entgegenstünden, 24 Stunden am Tag, das heißt in drei Schichten, ausgenutzt werden könnten. Für empirische Untersuchungen empfiehlt sich ein Kapazitätsbegriff, der sich zwar an den des Ingenieurs anlehnt, der aber gleichzeitig soziale Faktoren wie die begrenzte Bereitschaft zur Schichtarbeit und den Drang zur Verkürzung der Jahresarbeitszeit nicht vernachlässigt. Die Produktionskapazität wäre demnach diejenige Produktion, die beim Einsatz aller vorhandenen Produktionsanlagen unter normalen Arbeitsbedingungen erreicht werden kann.

4. Von den verschiedenen Methoden, für ganze Industriezweige und die gesamte Industrie Kapazitätsdaten zu ermitteln, sind für die Praxis besonders drei interessant, nämlich die Bestimmung von Produktionskapazität und Auslastungsgrad

- aus den zyklischen Veränderungen der industriellen Produktion,
- aus der zeitlichen Entwicklung von Kapitaleinsatz und Produktion,
- durch direkte Unternehmerbefragungen.

5. Das erste Verfahren beruht auf der Annahme, daß im Höhepunkt der Konjunktur keine unausgenutzten Kapazitäten vorhanden und mithin Produktionskapazität und Produktion identisch sind. Die Produktionskapazität zwischen zwei konjunkturellen Produktionsspitzen wird durch einfache Interpolation ermittelt, über den letzten Spitzenwert hinaus wird die Kapazitätslinie extrapoliert. Die Abweichungen zwischen der tatsächlichen Produktion und der Produktionskapazität ergeben dann den Grad der jeweiligen Kapazitätsauslastung. Dieses Verfahren liegt den Schätzungen der Wharton School of Finance and Commerce zugrunde.

Der Vorteil dieses Verfahrens liegt in seiner Einfachheit: Produktionskapazität und Auslastungsgrad werden ohne Kenntnis des tatsächlichen Faktoreinsatzes bestimmt. Da aber die Kapazität am Produktionsergebnis gemessen wird, gehen alle Engpässe, auch die bei Vorlieferungen und die beim Faktor Arbeit, in die Rechnung ein. Außerdem ist stets zu berücksichtigen, daß der zyklische Produktionshöhepunkt nicht unabhängig ist von der Nachfrage.

Selbst im Produktionshöhepunkt wird also nicht unbedingt die vorhandene, sondern die genutzte Sachkapazität gemessen. Nimmt im Zeitablauf der Sachkapitalbestand schneller zu als das Arbeitskräftepotential, so wird dieses Verfahren den Kapazitätszuwachs unterschätzen und den Auslastungsgrad überschätzen.

6. Die zweite Methode zur Bestimmung von Produktionskapazität und Auslastungsgrad knüpft an die zyklischen Veränderungen der Kapitalproduktivität an. In der Bundesrepublik wird dieses Verfahren vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung angewandt. Es stützt sich auf die Beobachtung, daß die durchschnittliche Kapitalproduktivität, die Relation von Produktionsergebnis zu Anlagevermögen, Schwankungen aufweist, deren Hoch- und Tiefpunkte mit denen der Konjunktur zusammenfallen.

Nimmt man an, daß die zeitliche Entwicklung der Kapitalproduktivität einem bestimmten Trend folgt, so lassen sich die Abweichungen von diesem Trend als Auslastungsschwankungen interpretieren. Die Veränderung der statistisch ermittelten Kapitalproduktivität wird also zerlegt in die trendmäßige (ausnutzungsbereinigte) Veränderung der Kapitalproduktivität und in die Veränderung des Auslastungskoeffizienten.

Kritisch ist festzuhalten, daß die Schätzung des Grades der Kapazitätsauslastung abhängig ist von den Annahmen über den Trend der Kapitalproduktivität; auf mittlere Sicht kann sie sinken, steigen oder gleich bleiben. Einerseits wird die Kapitalproduktivität durch den technischen Fortschritt erhöht, andererseits geht sie bei Substitution von Arbeit durch Kapital zurück. Die Annahme, daß die von Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalproduktivität einen glatten und mit Hilfe einer bestimmten Funktion anzunähernden Verlauf zeigt, impliziert also, daß beide Komponenten in einem eindeutig bestimmten (aber nicht notwendig konstanten) Verhältnis zueinander stehen.

Die Qualität der Schätzungen des mittelfristigen Kapazitätswachstums und des Auslastungsgrades, denen die Entwicklung der Kapitalproduktivität zugrunde liegt, hängt auch von der Genauigkeit ab, mit der das Bruttoanlagevermögen ermittelt werden kann. In der Regel geht man dabei so vor, daß die Bestände über eine Kumulierung der Bestandsveränderungen (Bruttoanlageinvestitionen, Verschrottungen) gewonnen werden (perpetual inventory method). Dieses Verfahren hat erhebliche Vorzüge, weil es das schwierige Problem einer jährlichen Neubewertung der Bestände umgeht. Es setzt allerdings Vorstellungen über die durchschnittliche Lebensdauer einzelner Investitionsgütergruppen und — daraus abgeleitet — über die in jeder Periode zu erwartenden Abgänge (Verschrottungen) an alten Anlagen voraus. Dies wirft Probleme auf, weil nicht die technische Lebensdauer, sondern die ökonomisch nützliche Lebensdauer gesucht wird. Mangels geeigneter Informationen muß man sich zumeist mit Erfahrungswerten begnügen, in denen Veränderungen der Lebensdauer, die prozeßbedingt sind (mangelnde Rentabilität, vorzeitiges technologisches Veraltern, schnellerer Verschleiß bei Vollauslastung), wenn überhaupt erst spät zum Ausdruck kommen. Das schließt nicht aus, daß man die vernachlässigten konjunkturellen und technologischen Komponenten des Verschrottungsprozesses durch nachträgliche Korrekturen berücksichtigt.

7. Bei der vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung verwendeten Methode zur Ermittlung des industriellen Auslastungsgrades werden die notwendigen Informationen durch eine vierteljährliche Umfrage bei etwa 5000 Firmen, die etwa die Hälfte des Industrieumsatzes repräsentieren, gewonnen. Die Einzelergebnisse werden mit Hilfe der Marktanteile zusammengewogen. Für dieses Verfahren spricht,

— daß es an keine einschränkenden produktionstheoretischen Annahmen gebunden ist,

— daß es kurzfristige Veränderungen im Sachkapital und in der Kapitalproduktivität im Prinzip eher anzeigt als die mehr mittelfristig angelegte Rechnung des DIW,

— daß die Ergebnisse der Umfrage sehr rasch vorgelegt werden können.

Nachteilig ist, daß die beteiligten Firmen, weil der Kapazitätsbegriff nicht definiert ist, viel Spielraum haben, was sie als „betriebsübliche Vollauslastung" ansehen wollen. So dürfte ein großer Teil der befragten Unternehmen mehr die Arbeitskräfte als die Maschinenkapazität, oder doch zumindest eine Kombination von Arbeits- und Maschinenkapazität im Auge haben [1]).

8. Vergleicht man die nach verschiedenen Methoden ermittelten vierteljährlichen Koeffizienten der Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie [2]), so fällt folgendes auf (Schaubild 33): Alle drei Reihen bilden zwar recht gut die konjunkturelle Bewegung in den Jahren 1959 bis 1968 ab, sie verlaufen jedoch auf unterschiedlich hohem Niveau. Während der Wharton-School-Index durchweg eine höhere Kapazitätsauslastung als die Indizes des DIW und des Ifo-Instituts anzeigt, ergeben sich bei den Indizes der beiden deutschen Institute Niveauunterschiede nur im langfristigen Vergleich: Nach der Rechnung des DIW fällt die Kapazitätsauslastung seit 1960 leicht ab, nach den Umfragen des Ifo-Instituts bleibt sie im Trend konstant. Auffällig ist schließlich auch, daß den Ifo-Zahlen zufolge die Kapazitätsauslastung selbst in ausgesprochenen Boomperioden (1960, 1965) kaum über das Niveau hinaussteigt, das schon in der Frühphase des Aufschwungs erreicht wurde.

9. Während das Ifo-Institut gerade das subjektive Moment für die Beurteilung der Kapazitätsauslastung für entscheidend hält, verweist das DIW auf die Objektivität der statistischen Methode. Beide Verfahren haben ihre Vorzüge und Nachteile, die nur schwer gegeneinander abzuwägen sind.

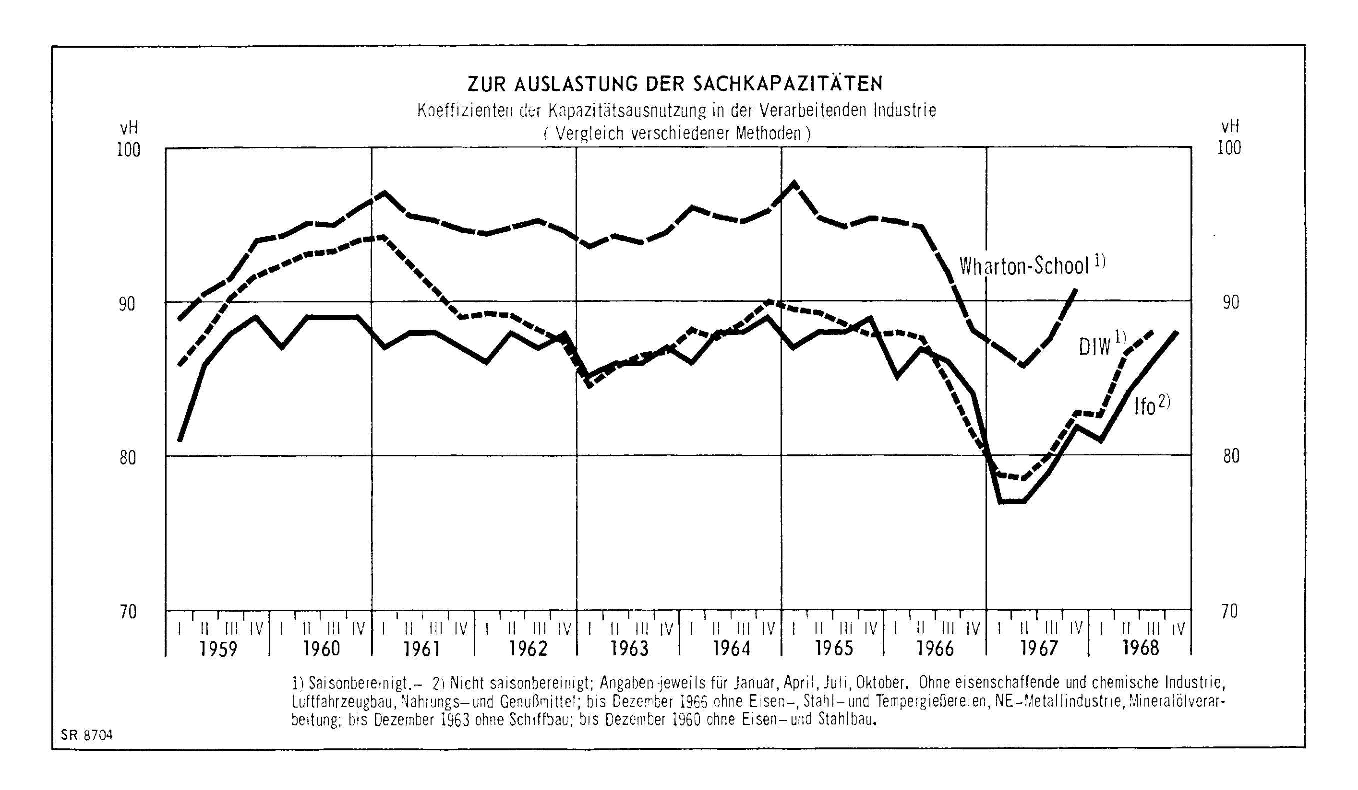
Wir haben bei unseren Schätzungen über das Wachstum der Produktionskapazitäten und über die Veränderung des Auslastungsgrades die Methode des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung benutzt. Ausschlaggebend hierfür war, daß nur diese Methode es gestattet, einen gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrad zu bestimmen.

10. Der Sachverständigenrat war bei seinen Schätzungen des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials auf die Hilfe wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute angewiesen. Die amt-

[1]) Das ergibt sich schon daraus, daß die Unternehmen eine Herabsetzung der tariflichen Arbeitszeit, auch wenn sie nicht von einem effektiven Rückgang der Arbeitszeit begleitet wird, allgemein als eine Minderung ihrer Produktionskapazität verstehen.

[2]) Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Ifo-Zahlen einige wichtige Bereiche, wie zum Beispiel die eisenschaffende und chemische Industrie sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrien, nicht erfassen.

Schaubild 33



liche Statistik hat bisher keine Angaben über Produktionskapazität und Auslastungsgrad veröffentlicht.

Ein Fortschritt wäre schon erreicht, wenn das Statistische Bundesamt wenigstens solche Informationen liefern würde, die es erleichtern, die Kapazitätsauslastung zu schätzen. Dazu gehörte vor allem eine Anlagevermögensrechnung für die wichtigsten Sektoren der Volkswirtschaft. Sie ermöglichte es auch, die mittelfristigen Zielprojektionen der Bundesregierung besser zu beurteilen.

V.

Zur internationalen Vergleichbarkeit wichtiger Preis- bzw. Durchschnittswertindizes

Brief des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes an den Sachverständigenrat

Statistisches Bundesamt
Der Präsident

62 Wiesbaden, 14. November 1968

Herrn Prof. Dr. Wilhelm Bauer
Vorsitzender des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

43 Essen-Heisingen
Vollbergwinkel 7

Betr.: Internationaler Vergleich von Großhandels- bzw. Erzeugerpreisindizes, von Verbraucherpreisindizes und von Indizes der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr.

Sehr geehrter Herr Professor Bauer!

Internationale Vergleiche statistischer Ergebnisse sind stets problematisch, auch bei scheinbar einfachen Tatbeständen. Die Schwierigkeiten vergrößern sich, je mehr Länder — vor allem bei unterschiedlicher Entwicklung und Wirtschaftsverfassung — man einbezieht und je komplizierter die Tatbestände sind, die man vergleichend auswerten will. Preisindizes jedenfalls gehören zu der Art von statistischen Ergebnissen, bei deren Vergleich besondere Vorsicht geboten erscheint.

Aus der Tatsache, daß die in den verschiedenen Staaten berechneten Indizes weitgehend übereinstimmend bezeichnet sind, darf jedenfalls nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß die Indexreihen untereinander vergleichbar sind. Trotz langjähriger internationaler Diskussion der Preisprobleme ist es noch nicht zur Abstimmung der Berechnungen von Land zu Land gekommen, noch nicht einmal innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die einzelnen Indizes sind also weitgehend noch so konstruiert, wie sie auf Anregung der zuständigen Behörden in den jeweiligen Ländern zu verschiedenen Zeiten für unterschiedliche nationale Zwecke geschaffen worden sind.

Bei den Großhandels- bzw. Erzeugerpreisindizes wird die internationale Vergleichbarkeit wohl am meisten durch die Unterschiede in der Art, der Gliederung und der Anzahl der einbezogenen Güter und Leistungen beeinträchtigt. So sind die Anteile der Fertigerzeugnisse, der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Weltmarkt-Stapelwaren von Land zu Land sehr verschieden. Soweit überhaupt gegliederte Gruppenindizes veröffentlicht werden, folgen sie verschiedenen Systematiken. Manche Indizes sind echte Erzeuger-Verkaufspreisindizes, andere beziehen sich dagegen nur oder auch auf die Großhandelsstufe. Der regionale Geltungsbereich ist ebenfalls nicht einheitlich geregelt; in den wenigsten Fällen können die Großhandels- bzw. Erzeugerpreisindizes als für das ganze Land repräsentativ angesehen werden. Einige Indizes berücksichtigen z. B. auch importierte Waren, andere wiederum nicht. Ferner ist zu bedenken, daß auch die Preisermittlung unterschiedlich geregelt ist. Teils werden nur die Verkäufer befragt; teils werden auch Börsenberichte, Meldungen amtlicher Stellen sowie Verbandsnachrichten herangezogen. Unterschiedlich sind ferner die Handelsbedingungen, für die die erfaßten Preise gelten. Neben Preisen ab Verkäufer gibt es Preise frei Verbraucher; bei Einfuhrgütern berücksichtigt ein Teil der Länder cif-Werte, ein anderer verzollte Werte. Manche Länder verwenden weitgehend Preislisten, die der Wirklichkeit nicht entsprechen, wenn regelmäßig Rabatte eingeräumt werden, in anderen Ländern bemüht man sich um den Nachweis echter Kontraktpreise. Auch bei der Periodenabgrenzung gibt es Unterschiede: teils beziehen sich die Preismeldungen auf die Periode des Vertragsabschlusses, teils auf die Periode der Lieferung.

Überdies werden in den nationalen Statistischen Ämtern auch unterschiedliche Verfahren bei der Aufbereitung der Grunddaten und der Form der Indexberechnungen angewendet. Dies gilt z. B. für die Ausschaltung von Qualitätsänderungen; bei einzelnen Ländern werden vermutlich Qualitätsänderungen überhaupt nicht ausgeschaltet. Unter diesen Umständen ist es fast schon selbstverständlich zu nennen, daß auch die Indexgewichte von Land zu Land verschieden sind und auch die Unterlagen, aus denen sie abgeleitet werden, sowie die dabei zugrunde gelegten Verfahren. Zwar wenden fast alle Länder die Indexformel von Laspeyres an. Was die Bildung von Meßzahlen oder Summenvergleiche (aus Preisen und Mengengewichten) anlangt, wird jedoch unterschiedlich verfahren.

Weit weniger gravierend sind derartige Diskrepanzen bei den Verbraucherpreisindizes der verschiedenen Staaten. Güterauswahl nach Art, Mengeneinheit und Qualität, Einkaufsquelle, Handelsbedingungen und die Art der Preisermittlung sind im allgemeinen nicht so sehr verschieden, wenn man die unterschiedlichen Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten in den einzelnen Staaten einmal außer Betracht läßt. Störend macht sich bei den Verbraucherpreisindizes vor allem bemerkbar, daß sich diese Indizes nur auf einen bestimmten Ausschnitt aus der Gesamtbevölkerung beziehen, der in jedem Land anders abgegrenzt ist.

Zur Frage eines internationalen Vergleichs der Indizes der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr, die von den meisten Staaten berechnet und veröffentlicht werden, ist zu bemerken: Diese Indizes sind zumeist nach der Formel von Paasche aufgestellt, die es nicht gestattet, den Einfluß der laufenden Veränderung in der Zusammensetzung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs, der ständigen Qualitätsveränderungen und der Preisveränderungen voneinander zu trennen. Überdies berechnen die einzelnen Staaten die Indizes der Durchschnittswerte für verschiedene Basisjahre nach uneinheitlichen und verschieden tief gegliederten Warensystematiken, so daß die Reihen noch durch unterschiedlich starke, aber nicht näher quantifizierbare Struktureffekte in ihrer Vergleichbarkeit gestört sind. Soweit ausländische Staaten Laspeyres-Indizes verwenden, liegt jeweils ein anderer Ansatz für die Indexgewichte zugrunde. Schließlich werden in einigen Ländern für die Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr auch Indizes nach der Formel von Fisher verwandt.

Unter diesen Umständen erscheint es ratsam, bei der Interpretation internationaler Indexvergleiche entsprechende Vorsicht walten zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr
P. Schmidt

Anlage 1

Schematische Darstellung des Erhebungsmodus der Großhandels-

Land / Wirtschaftsstufe	In die Indexberechnung gehen unter anderem folgende Waren(-gruppen) ein: landwirtschaftliche Erzeugnisse	Metalle und Metallerzeugnisse	Baumaterialien	bergbauliche Erzeugnisse	Chemikalien, Pharmazeutika, Düngemittel	Mineralölerzeugnisse	Maschinen und Fahrzeuge	Holz, Holzwaren, Zellstoff und Papier	Kautschuk, Gummiwaren	Häute und Felle	Textilrohstoffe, Textilerzeugnisse einschließlich Bekleidung	Nahrungsmittel, Genußmittel und Getränke	Anzahl der Waren	Handelsbedingungen
Belgien .... Erzeuger- und Großhandelsstufe	×	×	×	×	×	×		×	×	×	×	×	135	nicht bekannt
Frankreich .... Erzeuger- und Großhandelsstufe	×	×	×	×	×	×		×	×	×	×	×	478	je nach Handelsusancen: ab Werk, frei Verbraucher, bei importierten Waren cef bzw. cif
Großbritannien ...... Erzeugerstufe		×			×		×	×		×	×	×	. [1])	überwiegend ab Werk
Italien .... Erzeuger- und Großhandelsstufe	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	212 [1])	nicht bekannt
Niederlande .... Erzeuger- und Großhandelsstufe	×	×	×		×			×	×	×	×	×	196	nicht bekannt
Schweden .... Erzeuger- und Großhandelsstufe	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	327 [1])	nicht bekannt
Schweiz .... Erzeuger- und Großhandelsstufe	×	×	×	×	×	×		×	×	×	×	×	800 [1])	ab Produzent, frei Empfangs-Station bzw. frei Empfänger, bei Importwaren franko verzollt schweizer Grenze
Kanada .... Erzeuger- und Großhandelsstufe	×	×	×	×	×	×		×	×	×	×	×	603	nicht bekannt
Vereinigte Staaten .. Erzeuger- und Großhandelsstufe	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	2 170 [1])	ab Produzent, ab Großhandel bzw. ab Hafenlager, ex dock, bei Importwaren cif Einfuhrhafen
Japan .... Erzeuger- und Großhandelsstufe	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	806 [1])	ab Produzent, ab Werk, cif Käuferhafen oder frei-station, bei Importwaren cif japanischem Hafen

[1]) Im Index sind — soweit bekannt — Fertigwaren mit einem Gewicht von etwa 20 vH und mehr des Gesamtgewichtes enthalten.

bzw. Erzeugerpreisindizes ausgewählter Länder

Anlage 1

Berichtsstellen	Original-basis	Erhebungs-zeitpunkt	Aktualität der Ergebnisse (Anzahl der Monate zwischen Berichtsmonat und Vorliegen der Ergebnisse im Statistischen Bundesamt)
Amtliche Stellen, Industrieunternehmen, Großhändler, Marktnotierungen	1936 bis 1938	Monatsmitte	1 bis 2
a) Offizielle Preise (durch Gesetz oder Verordnung), Journal Officiel, Bulletin, Official du Service des Prix b) kontrollierte Preise (Preislisten hinterlegt beim „Service des Prix") c) freie Preise: Erzeuger, Wirtschaftsunternehmen und deren Vereinigungen (Syndikate), Warenbörsen, Importeure, Marktnotierungen	1949	Monatsende	1 bis 2
Industrieunternehmen	1954	Durchschnitt	1
Landwirtschafts-, Industrie- und Handelskammern, Industrieunternehmen, Großhändler, Warenbörsen, Marktnotierungen	1966	Durchschnitt	1 bis 2
Großhandelsunternehmen, private Stellen	1948	Monatsende	3 bis 4
nicht bekannt	1949	Durchschnitt	2
Offizielle Stellen, Industrieunternehmen, Großhandel, Importeure	1963	Monatsende	2
Regierungsstellen, Industrieunternehmen	1935 bis 1939	Monatsmitte	2 bis 3
Industrieunternehmen, Wirtschaftsvereinigungen, Handelsunternehmen, offizielle Stellen, Preislisten, Börsennotierungen und Handelszeitschriften	1957 bis 1959	Monatsmitte	2 bis 3
Industrieunternehmen, Großhändler, Importeure	1965	Durchschnitt	2 bis 3

Anlage 2

Schematische Darstellung

Verbraucherpreisindizes

Land	Verbrauchsuntersuchung			Originalbasis
	Art der Haushalte und Höhe des Einkommens	Anzahl der Haushalte	Zeitraum	
Belgien	nicht bekannt	nicht bekannt	1961	1966 = 100
Frankreich	Mittelklasse- und Arbeitnehmerhaushalte in Städten mit über 10 000 Einwohnern	nicht bekannt	1956 bis 1957	1962 = 100
Italien	Arbeiter- und Angestelltenhaushalte	nicht bekannt	1963 bis 1964	1966 = 100
Niederlande	Vierpersonenhaushalte von Arbeitern (einschließlich landwirtschaftlicher Arbeiter) und Angestellten	2 500	April 1959 bis März 1960	April 1959 bis März 1960 = 100
Großbritannien	Arbeitnehmerhaushalte mit mittleren und kleineren Verdiensten bis 30 £ je Woche	3 500	ab 1957 jährlich	1962 = 100 [1]
Schweden	nicht bekannt	3 686	1958	1949 = 100
Schweiz	Haushalte von Arbeitnehmern bis 16 700 Franken jährlich	579	1963	1966 = 100
Japan	Stadt- und Landhaushalte	8 000	1965	1965 = 100
Kanada	Haushalte, bestehend aus zwei Erwachsenen und höchstens vier Kindern in Städten mit über 30 000 Einwohnern, Jahreseinkommen 2500 bis 7000 $.	10 000	(1949) Revision 1957	1949 = 100
Vereinigte Staaten	Angestellten- und Arbeiterhaushalte mit 2 und mehr Personen. Jahreseinkommen bis 10 000 $.	17 000	1960 bis 1961	1957 bis 1959 = 100

[1]) Jährlich wechselnde Gewichtung.

Anlage 2

des Erhebungsmodus der
ausgewählter Länder

Anzahl der Waren und Leistungen im Index	Anzahl der Preiserhebungs-gemeinden	Sonstige Anmerkungen
147	62	nichts bekannt
259	100 Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr	Monatliche Preiserhebung in 12 000 Einzelhandelsgeschäften.
256	92 Hauptstädte in Provinzen	Monatliche Preiserhebung in 19 500 Geschäften und 5 500 Dienstleistungsbetrieben; Mietpreiserhebung vierteljährlich.
432	34 Gemeinden	Monatliche Preiserhebung für Nahrungsmittel; Preise für langlebige Artikel werden in größeren Abständen, Mieten jährlich im November erhoben.
329	200 Gemeinden	Preiserhebung monatlich in 1 000 Einzelhandelsgeschäften. Die Wägung wird jährlich im Januar den Ergebnissen der laufenden Haushaltsuntersuchungen angepaßt.
227	70 Städte und Landesgemeinden	Die Wägung der Hauptgruppen wird jährlich im Dezember aufgrund der Berechnung des Volkseinkommens revidiert. Die Einzelgewichte basieren auf den Haushaltsuntersuchungen von 3 686 Haushalten im Jahre 1958. 1 500 Einzelhandelsgeschäfte und 700 Dienstleistungsbetriebe geben monatlich oder vierteljährlich Preise an.
250	34 Städte	Für Nahrungsmittel werden in 34, für Mietwohnungen in 32 Städten Preise erhoben. Mietpreiserhebung erfolgt halbjährlich.
364	170 Gemeinden	Preiserhebung in 20 000 Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsbetrieben, monatlich.
258	33 Städte mit 30 000 Einwohnern und mehr	Die Preise werden monatlich erhoben.
261	46 Städte	Nahrungsmittel- und Brennstoffpreise werden monatlich, Wohnungsmieten in den fünf größten Städten jeden zweiten Monat, in kleineren Städten jeden dritten Monat erhoben. 1 700 Lebensmittel- und 4 500 andere Geschäfte geben Preise an. Mietpreise von 30 000 Wohnungen aller Typen.

Anlage 3

Merkmale ausländischer Indizes der

Merkmal	Belgien-Luxemburg	Frankreich	Italien
Originalbasis	1953	bis 1967:1960 ab 1968:1966	1960
Erhebungsunterlage	ZD	ZD	ZD
Systematik			
der Erfassung	BZT	BZT	BZT
Anzahl der unterschiedenen Positionen	ca. 5 400	ca. 7 300	.
der Berechnung	BZT	BZT	.
Anzahl der unterschiedenen Positionen	ca. 4 200	ca. 2 000	.
Anteil der Erfassung am gesamten Warenverkehr	ca. 78 bis 80 vH	ca. 80 bis 88 vH	ca. 90 vH
Indexformel	Paasche	Paasche	Paasche
Gliederung			
bei der Einfuhr	keine	20 Warengruppen	Verbrauchsgüter, Investitionsgüter, Brennstoffe
bei der Ausfuhr	keine	20 Warengruppen	Verbrauchsgüter, Investitionsgüter, Brennstoffe

BZT = Brüsseler Zolltarif
CST = Classification Statistique et Tarifaire

Anlage 3

Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr

Niederlande	Großbritannien	Schweden	Schweiz	Japan
bis 1967:1958 ab 1968:1963	1961	1959	1961	1960
ZD	ZD	ZD	ZD	.
BZT	.	BZT	BZT	CST
ca. 5 400		ca. 5 400	ca. 3 200	.
.	CST	CST	BZT	CST
ca. 4 900	.	.	Einfuhr ca. 1 600 Ausfuhr ca. 1 150	284
ca. 90 vH	.	ca. 100 vH	ca. 67 vH	.
Fisher	.	Laspeyres	Laspeyres	Fisher
4 Wirtschafts-gruppierungen	Nahrungsmittel, Getränke, Rohstoffe, Brennstoffe, Fertigwaren	Nahrungsmittel, Getränke, Tabak, Bearbeitete Waren, Brennstoffe, Rohstoffe	12 Reihen nach Warenarten und 11 Reihen nach Verwendungszwecken	Gesamteinfuhr mit 8 Unterteilungen
2 Wirtschafts-gruppierungen mit 4 Unterteilungen	Bearbeitete Waren, Nichtbearbeitete Waren	Nahrungsmittel, Getränke, Tabak, Bearbeitete Waren, Rohstoffe	11 Reihen nach Warenarten und 10 Reihen nach Verwendungszwecken	Gesamtausfuhr mit 7 Unterteilungen

ZD = Alle für die Zollabfertigung deklarierten Waren
Handelsbedingungen: Einfuhr cif, Ausfuhr fob Landesgrenze

VI.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, um das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar darstellen zu können.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen".

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.**

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

Bruttoinlandsprodukt
\+ Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

---

= Bruttosozialprodukt
− Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
\+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Wegen fehlender statistischer Unterlagen sind bestimmte freiwillige Sozialleistungen, wie Aufwendungen zur zusätzlichen Alters- und Krankenvorsorge, noch nicht einbezogen.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Gewinn, Zinsen,

Nettomieten und -pachten, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nicht-entnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, den Sowjetsektor von Berlin und die deutschen Ostgebiete (zur Zeit unter fremder Verwaltung) umfaßt, bis 1959 auch das Saarland und Berlin (West). Für 1960 liegen Angaben ohne und einschließlich Saarland und Berlin (West) vor.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1954) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindices auf der Basis 1954. Diese Preisindices haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1954; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabelle 23

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige insgesamt	Erwerbstätige dar. Abhängige	Registrierte Arbeitslose	Arbeitslosenquote [2]
	1 000		vH	1 000			vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	1 221	*7,1*
1955 [3]	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	683	*3,6*
1959	51 634	24 857	*48,1*	24 381	18 531	476	*2,5*
1960	52 183	25 043	*48,0*	24 808	19 067	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 331	271	*1,3*
1961	56 175	26 772	*47,7*	26 591	20 730	181	*0,9*
1962	56 938	26 938	*47,3*	26 783	21 053	155	*0,7*
1963	57 587	27 066	*47,0*	26 880	21 303	186	*0,9*
1964	58 266	27 148	*46,6*	26 979	21 547	169	*0,8*
1965	59 012	27 300	*46,3*	27 153	21 841	147	*0,7*
1966	59 638	27 243	*45,7*	27 082	21 870	161	*0,7*
1967	59 873	26 751	*44,7*	26 292	21 180	459	*2,1*
1960 1. Hj.	55 246	26 387	*47,8*	26 002	20 076	385	*1,9*
2. Hj.	55 622	26 648	*47,9*	26 492	20 586	156	*0,8*
1961 1. Hj.	55 984	26 665	*47,6*	26 427	20 541	238	*1,1*
2. Hj.	56 488	26 879	*47,6*	26 755	20 919	124	*0,6*
1962 1. Hj.	56 752	26 887	*47,4*	26 690	20 917	197	*0,9*
2. Hj.	57 124	26 988	*47,2*	26 875	21 188	113	*0,5*
1963 1. Hj.	57 403	27 017	*47,1*	26 770	21 160	247	*1,2*
2. Hj.	57 771	27 114	*46,9*	26 990	21 445	124	*0,6*
1964 1. Hj.	58 061	27 054	*46,6*	26 833	21 364	221	*1,0*
2. Hj.	58 471	27 242	*46,6*	27 125	21 730	117	*0,5*
1965 1. Hj.	58 811	27 215	*46,3*	27 022	21 682	193	*0,9*
2. Hj.	59 212	27 385	*46,2*	27 284	22 000	101	*0,5*
1966 1. Hj.	59 481	27 253	*45,8*	27 084	21 839	169	*0,8*
	59 794	27 233	*45,5*	27 080	21 901	153	*0,7*
1967 1. Hj.	59 824	26 806	*44,8*	26 270	21 140	536	*2,5*
2. Hj.	59 922	26 697	*44,6*	26 314	21 220	383	*1,8*
1968 1. Hj.	60 036	26 548	*44,2*	26 099	21 077	449	*2,1*

[1] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + registrierte Arbeitslose).
[3] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 24

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft [1]		Produzierendes Gewerbe [2]		Handel und Verkehr [3]		Übrige Bereiche [4]	
	Selbständige [5]	Abhängige	Erwerbstätige							
			insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige	insgesamt	dar. Abhängige
1950	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955 [6]	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960	23,0	77,0	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,5	77,5	13,8	2,0	47,7	43,7	17,2	13,2	21,3	18,6
1961	22,0	78,0	13,0	1,8	48,1	44,2	17,4	13,3	21,6	18,7
1962	21,4	78,6	12,6	1,7	48,2	44,6	17,3	13,3	21,8	19,0
1963	20,7	79,3	12,0	1,6	48,2	44,7	17,6	13,6	22,1	19,3
1964	20,1	79,9	11,4	1,4	48,3	44,7	17,6	13,8	22,7	19,9
1965	19,6	80,4	10,9	1,4	48,7	45,1	17,6	13,9	22,8	20,0
1966	19,2	80,8	10,6	1,3	48,4	45,0	17,7	14,0	23,3	20,5
1967	19,4	80,6	10,4	1,2	47,1	43,7	18,0	14,2	24,5	21,4

[1]) Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.
[2]) Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[3]) Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.
[4]) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ohne Angabe des Wirtschaftsbereichs.
[5]) Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
[6]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 25

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe: insgesamt	Produzierendes Gewerbe: Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Produzierendes Gewerbe: Verarbeitendes Gewerbe	Produzierendes Gewerbe: Baugewerbe	Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]
	in jeweiligen Preisen									
1950	97,82	10,18	48,48	5,41	38,02	5,05	19,43	10,31	7,65	1,77
1951	119,43	12,27	61,27	6,67	48,38	6,22	23,06	12,01	8,78	2,04
1952	136,49	13,33	69,29	7,83	54,31	7,15	27,78	13,58	10,19	2,32
1953	147,01	13,43	76,11	9,12	58,46	8,53	28,55	15,19	11,06	2,67
1954	158,24	13,76	82,56	9,75	63,64	9,17	30,22	16,94	11,89	2,87
1955 [7]	180,83	14,54	95,78	10,54	73,85	11,39	35,20	19,15	13,06	3,10
1956	199,00	14,97	105,19	11,96	80,60	12,63	39,07	21,78	14,60	3,39
1957	216,39	15,62	113,24	12,96	87,13	13,15	43,49	24,24	16,15	3,65
1958	231,21	16,52	120,39	13,38	92,72	14,29	46,24	26,54	17,59	3,93
1959	250,75	16,88	131,70	13,68	101,01	17,01	50,31	29,58	18,16	4,12
1960	279,42	17,52	148,44	14,56	114,66	19,22	55,36	33,44	20,26	4,40
1960	296,64	17,72	158,08	15,67	122,18	20,23	58,49	35,66	22,04	4,65
1961	326,60	17,94	174,70	15,98	135,55	23,17	63,40	40,26	25,34	4,96
1962	354,88	17,97	189,91	16,76	146,82	26,33	69,67	44,27	27,79	5,27
1963	377,96	19,28	199,00	17,60	152,83	28,57	73,92	49,10	30,92	5,74
1964	414,60	20,51	218,91	17,61	168,42	32,88	80,61	54,39	33,98	6,20
1965	453,83	20,13	238,87	18,23	186,23	34,41	88,37	61,00	38,68	6,78
1966 [8]	481,61	20,27	248,27	18,53	193,77	35,97	93,93	68,70	43,16	7,28
1967 [8]	484,80	20,10	240,77	18,57	189,20	33,00	95,14	74,98	46,22	7,59
1960 1. Hj.	139,81	8,57	73,83	7,75	57,12	8,96	27,50	17,04	10,62	2,25
2. Hj.	156,83	9,15	84,25	7,92	65,06	11,27	30,99	18,62	11,42	2,40
1961 1. Hj.	155,94	9,24	82,90	7,91	64,80	10,19	29,72	19,37	12,31	2,40
2. Hj.	170,66	8,70	91,80	8,07	70,75	12,98	33,68	20,89	13,03	2,56
1962 1. Hj.	168,51	8,79	89,36	8,20	69,83	11,33	33,01	21,40	13,41	2,54
2. Hj.	186,37	9,18	100,55	8,56	76,99	15,00	36,66	22,87	14,38	2,73
1963 1. Hj.	176,89	9,14	91,72	8,67	71,77	11,28	34,58	23,70	14,98	2,77
2. Hj.	201,07	10,14	107,28	8,93	81,06	17,29	39,34	25,40	15,94	2,97
1964 1. Hj.	194,76	10,18	101,88	8,59	79,21	14,08	37,41	26,13	16,20	2,96
2. Hj.	219,84	10,33	117,03	9,02	89,21	18,80	43,20	28,26	17,78	3,24
1965 1. Hj.	214,14	10,19	112,29	9,01	88,56	14,72	40,83	29,13	18,46	3,24
2. Hj.	239,69	9,94	126,58	9,22	97,67	19,69	47,54	31,87	20,22	3,54
1966 1. Hj. [8]	230,32	9,93	119,17	9,21	93,99	15,97	44,40	32,96	20,38	3,48
2. Hj. [8]	251,29	10,34	129,10	9,32	99,78	20,00	49,53	35,74	22,78	3,80
1967 1. Hj. [8]	230,02	10,21	113,27	9,04	89,48	14,75	44,35	36,12	22,41	3,66
2. Hj. [8]	254,78	9,89	127,50	9,53	99,72	18,25	50,79	38,86	23,81	3,93
1968 1. Hj. [9]	246,72	9,60	124,54	.	.	.	46,88	39,63	27,17	

[7] bezieht sich auf die Jahre 1950 bis 1960 (Klammer).

1) Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
2) Einschließlich Wasserversorgung.
3) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
4) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.
5) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
6) Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Tabelle 25

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

DM

Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]	Zeitraum
		insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				in Preisen von 1954						
112,79	11,61	53,38	7,95	39,55	5,88	23,32	11,91	10,04	2,53	1950
125,10	13,29	60,92	9,03	45,35	6,54	25,07	12,81	10,47	2,54	1951
136,38	13,40	68,25	9,49	51,48	7,28	26,63	14,32	11,11	2,67	1952
147,21	13,45	75,45	9,42	57,30	8,73	28,36	15,80	11,32	2,83	1953
158,24	13,76	82,56	9,75	63,64	9,17	30,22	16,94	11,89	2,87	1954
177,34	13,67	95,73	10,77	74,19	10,77	34,01	18,42	12,55	2,96	1955 [7]
189,53	13,55	102,76	11,64	79,68	11,44	37,36	19,87	12,98	3,01	1956
200,32	14,00	108,02	11,89	84,88	11,25	39,84	21,53	13,83	3,10	1957
206,67	14,84	111,57	11,51	88,47	11,59	40,46	22,35	14,32	3,13	1958
221,07	15,33	120,50	11,77	95,83	12,90	43,58	23,83	14,70	3,13	1959
240,32	15,91	133,16	12,63	107,07	13,46	47,43	25,38	15,41	3,03	1960
254,98	16,09	141,88	13,57	114,15	14,16	50,01	27,07	16,73	3,20	1960
269,17	16,36	150,80	13,82	121,80	15,18	52,25	28,91	17,71	3,14	1961
280,18	15,71	157,46	14,45	127,28	15,73	54,58	30,48	18,77	3,18	1962
289,86	16,98	162,00	15,01	130,83	16,16	56,06	31,85	19,74	3,23	1963
309,40	17,89	175,66	15,52	142,33	17,81	58,79	33,23	20,57	3,26	1964
326,81	16,78	187,54	15,57	153,67	18,30	62,45	35,12	21,64	3,28	1965
334,16	16,73	191,24	15,62	156,86	18,76	63,54	36,78	22,54	3,33	1966 [8]
334,31	18,29	186,80	15,43	153,62	17,75	64,13	38,19	23,53	3,37	1967 [8]
120,94	7,52	66,96	6,69	53,95	6,32	23,43	13,18	8,23	1,62	1960 1. Hj.
134,04	8,57	74,92	6,88	60,20	7,84	26,58	13,89	8,50	1,58	2. Hj.
130,27	8,74	72,50	6,82	58,77	6,91	24,68	14,04	8,74	1,57	1961 1. Hj.
138,90	7,62	78,30	7,00	63,03	8,27	27,57	14,87	8,97	1,57	2. Hj.
134,25	7,48	74,97	7,09	60,98	6,90	25,96	14,95	9,30	1,59	1962 1. Hj.
145,93	8,23	82,49	7,36	66,30	8,83	28,62	15,53	9,47	1,59	2. Hj.
137,23	8,07	75,67	7,43	61,80	6,44	26,44	15,66	9,78	1,61	1963 1. Hj.
152,63	8,91	86,33	7,58	69,03	9,72	29,62	16,19	9,96	1,62	2. Hj.
147,40	9,01	82,71	7,60	67,41	7,70	27,64	16,25	10,18	1,61	1964 1. Hj.
162,00	8,88	92,95	7,92	74,92	10,11	31,15	16,98	10,39	1,65	2. Hj.
157,09	8,80	89,43	7,75	73,77	7,91	29,30	17,22	10,72	1,62	1965 1. Hj.
169,72	7,98	98,11	7,82	79,90	10,39	33,15	17,90	10,92	1,66	2. Hj.
162,17	7,93	92,96	7,79	76,81	8,36	30,38	18,07	11,18	1,65	1966 1. Hj. [8]
171,99	8,80	98,28	7,83	80,05	10,40	33,16	18,71	11,36	1,68	2. Hj. [8]
159,43	8,71	88,57	7,55	73,10	7,92	30,09	18,78	11,61	1,67	1967 1. Hj. [8]
174,88	9,58	98,23	7,88	80,52	9,83	34,04	19,41	11,92	1,70	2. Hj. [8]
169,20	9,30	95,61	.	.	.	31,28	19,35	13,66		1968 1. Hj. [9]

7) Ohne Saarland und Berlin.
8) Vorläufige Ergebnisse.
9) Erste vorläufige Ergebnisse. — Die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ist um 1,1 Mrd. DM — das ist der Vorsteuerabzug an Umsatzsteuern auf Investitionen in der Gesamtwirtschaft, vermindert um die Investitionsteuer — überhöht; diese Differenz läßt sich nicht auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche aufteilen.

Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 26

Sozialprodukt und

Mrd.

Zeitraum	Brutto-inlands-produkt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozial-produkt	Abschrei-bungen [1]	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen	Indirekte Steuern [2] abzügl. Subven-tionen	Netto-sozial-produkt zu Faktor-kosten (Volksein-kommen)
			in jeweiligen Preisen				
1950	97,82	+0,08	97,90	10,08	87,82	12,66	75,16
1951	119,43	+0,07	119,50	11,97	107,53	16,45	91,08
1952	136,49	+0,11	136,60	13,30	123,30	19,53	103,77
1953	147,01	+0,09	147,10	13,40	133,70	21,57	112,13
1954	158,24	−0,34	157,90	13,64	144,26	23,18	121,08
1955 [3]	180,83	−0,43	180,40	14,83	165,57	26,11	139,46
1956	199,00	−0,20	198,80	16,53	182,27	27,90	154,37
1957	216,39	−0,09	216,30	18,37	197,93	29,64	168,29
1958	231,21	+0,29	231,50	20,19	211,31	31,17	180,14
1959	250,75	+0,15	250,90	22,07	228,83	34,86	193,97
1960	279,42	+0,38	279,80	24,81	254,99	38,07	216,92
1960	296,64	+0,16	296,80	26,24	270,56	40,76	229,80
1961	326,60	−0,40	326,20	29,65	296,55	44,95	251,60
1962	354,88	−0,38	354,50	33,83	320,67	48,77	271,90
1963	377,96	−0,36	377,60	37,80	339,80	50,76	289,04
1964	414,60	−0,80	413,80	41,96	371,84	55,34	316,50
1965	453,83	−1,13	452,70	47,08	405,62	60,19	345,43
1966 [4]	481,61	−0,81	480,80	52,20	428,60	63,85	364,75
1967 [4]	484,80	−0,90	483,90	55,20	428,70	66,65	362,05
1960 1. Hj.	139,81	+0,26	140,07	12,66	127,41	19,33	108,08
2. Hj.	156,83	−0,10	156,73	13,58	143,15	21,43	121,72
1961 1. Hj.	155,94	+0,02	155,96	14,32	141,64	21,79	119,85
2. Hj.	170,66	−0,42	170,24	15,33	154,91	23,16	131,75
1962 1. Hj.	168,51	−0,05	168,46	16,40	152,06	23,81	128,25
2. Hj.	186,37	−0,33	186,04	17,43	168,61	24,96	143,65
1963 1. Hj.	176,89	−0,23	176,66	18,42	158,24	24,53	133,71
2. Hj.	201,07	−0,13	200,94	19,38	181,56	26,23	155,33
1964 1. Hj.	194,76	−0,46	194,30	20,32	173,98	26,65	147,33
2. Hj.	219,84	−0,34	219,50	21,64	197,86	28,69	169,17
1965 1. Hj.	214,14	−0,74	213,40	22,93	190,47	29,32	161,15
2. Hj.	239,69	−0,39	239,30	24,15	215,15	30,87	184,28
1966 1. Hj. [4]	230,32	−0,32	230,00	25,58	204,42	32,03	172,39
2. Hj. [4]	251,29	−0,49	250,80	26,62	224,18	31,82	192,36
1967 1. Hj. [4]	230,02	−0,22	229,80	27,34	202,46	32,68	169,78
2. Hj. [4]	254,78	−0,68	254,10	27,86	226,24	33,97	192,27
1968 1. Hj. [5]	246,72	−0,02	246,70	29,30	217,40	31,65	185,75

[1]) Einschließlich der in den Sachversicherungsprämien enthaltenen Risikoanteile.
[2]) Einschließlich der Einnahmen des Staates aus dem Preisausgleich, der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung und der von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) erhobenen Umlagen.

Tabelle 26

Volkseinkommen

DM

Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen [1]	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
		in Preisen von 1954			
112,79	+0,11	112,90	12,26	100,64	1950 [3]
125,10	+0,10	125,20	12,51	112,69	1951 [3]
136,38	+0,12	136,50	12,79	123,71	1952 [3]
147,21	+0,09	147,30	13,16	134,14	1953 [3]
158,24	−0,34	157,90	13,64	144,26	1954 [3]
177,34	−0,44	176,90	14,41	162,49	1955 [3]
189,53	−0,23	189,30	15,62	173,68	1956 [3]
200,32	−0,12	200,20	16,84	183,36	1957 [3]
206,67	+0,13	206,80	18,20	188,60	1958 [3]
221,07	−0,07	221,00	19,74	201,26	1959 [3]
240,32	+0,08	240,40	21,63	218,77	1960 [3]
254,98	−0,08	254,90	22,87	232,03	1960
269,17	−0,57	268,60	25,04	243,56	1961
280,18	−0,58	279,60	27,37	252,23	1962
289,86	−0,56	289,30	29,94	259,36	1963
309,40	−0,90	308,50	32,78	275,72	1964
326,81	−1,11	325,70	35,93	289,77	1965
334,16	−0,86	333,30	39,10	294,20	1966 [4]
334,31	−1,01	333,30	42,00	291,30	1967 [4]
120,94	+0,13	121,07	.	.	1960 1. Hj.
134,04	−0,21	133,83	.	.	2. Hj.
130,27	−0,11	130,16	.	.	1961 1. Hj.
138,90	−0,46	138,44	.	.	2. Hj.
134,25	−0,17	134,08	.	.	1962 1. Hj.
145,93	−0,41	145,52	.	.	2. Hj.
137,23	−0,33	136,90	.	.	1963 1. Hj.
152,63	−0,23	152,40	.	.	2. Hj.
147,40	−0,50	146,90	.	.	1964 1. Hj.
162,00	−0,40	161,60	.	.	2. Hj.
157,09	−0,69	156,40	.	.	1965 1. Hj.
169,72	−0,42	169,30	.	.	2. Hj.
162,17	−0,37	161,80	.	.	1966 1. Hj. [4]
171,99	−0,49	171,50	.	.	2. Hj. [4]
159,43	−0,33	159,10	.	.	1967 1. Hj. [4]
174,88	−0,68	174,20	.	.	2. Hj. [4]
169,20	−0,20	169,00	.	.	1968 1. Hj. [5]

[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.
[5]) Erste vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 27

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd. DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit [1])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen: insgesamt	der privaten Haushalte [2])	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit [3]) = unverteilte Gewinne [4])	des Staates [5])
1950	75,16	44,07	31,09	26,11	4,28	0,70
1951	91,08	53,43	37,65	31,88	4,69	1,08
1952	103,77	59,60	44,17	35,82	6,73	1,62
1953	112,13	65,77	46,36	37,16	7,44	1,76
1954	121,08	71,87	49,21	39,70	7,64	1,87
1955 [6])	139,46	81,95	57,51	45,89	9,10	2,52
1956	154,37	91,82	62,55	50,08	9,82	2,65
1957	168,29	100,52	67,77	53,66	10,98	3,13
1958	180,14	108,99	71,15	56,61	11,35	3,19
1959	193,97	116,83	77,14	61,38	12,80	2,96
1960	216,92	131,40	85,52	67,49	14,56	3,47
1960	229,80	139,77	90,03	70,91	15,48	3,64
1961	251,60	157,18	94,42	74,68	15,43	4,31
1962	271,90	173,86	98,04	78,35	15,10	4,59
1963	289,04	186,53	102,51	82,51	14,97	5,03
1964	316,50	204,36	112,14	90,16	16,61	5,37
1965	345,43	225,81	119,62	97,64	16,29	5,69
1966 [7])	364,75	242,97	121,78	100,10	16,00	5,68
1967 [7])	362,05	243,37	118,68	100,04	13,60	5,04
1960 1. Hj.	108,08	65,66	42,42	.	.	.
2. Hj.	121,72	74,11	47,61	.	.	.
1961 1. Hj.	119,85	44,58	44,58	.	.	.
2. Hj.	131,75	49,84	49,84	.	.	.
1962 1. Hj.	128,25	82,84	45,41	.	.	.
2. Hj.	143,65	91,02	52,63	.	.	.
1963 1. Hj.	133,71	88,34	45,37	.	.	.
2. Hj.	155,33	98,19	57,14	.	.	.
1964 1. Hj.	147,33	96,86	50,47	.	.	.
2. Hj.	169,00	107,50	61,67	.	.	.
1965 1. Hj.	161,15	106,57	54,58	.	.	.
2. Hj.	184,28	119,24	65,04	.	.	.
1966 1. Hj. [7])	172,39	116,30	56,09	.	.	.
2. Hj. [7])	192,36	126,67	65,69	.	.	.
1967 1. Hj. [7])	169,78	117,37	52,41	.	.	.
2. Hj. [7])	192,27	126,00	66,27	.	.	.
1968 1. Hj. [8])	185,75	123,16	62,59	.	.	.

[1]) Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer. Nicht einbezogen sind aus Mangel an statistischen Unterlagen bestimmte Lohnnebenkosten der Arbeitgeber, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit darstellen, wie Aufwendungen für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge, Verpflegungszuschüsse, Unterstützungen u. ä. — Werbungskosten sind nicht abgezogen.

[2]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. — Einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten, die nicht in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen werden konnten (vgl. Anmerkung 1). — Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

[3]) Einschließlich der in öffentlichen Haushalten netto verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

[4]) Vor Abzug der direkten Steuern u. ä. der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

[5]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

[6]) Ohne Saarland und Berlin.

[7]) Vorläufige Ergebnisse.

[8]) Erste vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 28

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner DM	Volkseinkommen je Einwohner 1960=100	Volkseinkommen je durchschnittlich Erwerbstätigen DM	Volkseinkommen je durchschnittlich Erwerbstätigen 1960=100	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer DM	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer 1960=100	Bruttoinlandsprodukt je durchschnittlich Erwerbstätigen (Produktivität) [1] DM	Bruttoinlandsprodukt je durchschnittlich Erwerbstätigen (Produktivität) [1] 1960=100
1950 [2]	1 602	39	3 759	43	3 223	47	5 647	58
1951 [2]	1 921	46	4 439	51	3 740	54	6 104	63
1952 [2]	2 174	52	4 963	57	4 040	59	6 533	67
1953 [2]	2 328	56	5 234	60	4 286	62	6 883	71
1954 [2]	2 486	60	5 505	63	4 501	65	7 207	74
1955 [2]	2 834	68	6 109	70	4 866	71	7 781	80
1956 [2]	3 100	75	6 587	75	5 252	76	8 104	83
1957 [2]	3 337	80	7 030	80	5 587	81	8 388	86
1958 [2]	3 528	85	7 467	85	5 992	87	8 624	88
1959 [2]	3 757	90	7 956	91	6 305	91	9 141	94
1960 [2]	4 157	100	8 744	100	6 891	100	9 759	100
1960	4 146	100	8 755	100	6 875	100	9 773	100
1961	4 479	108	9 462	108	7 582	110	10 176	104
1962	4 775	115	10 152	116	8 258	120	10 518	108
1963	5 019	121	10 753	123	8 756	127	10 839	111
1964	5 432	131	11 731	134	9 484	138	11 521	118
1965	5 854	141	12 722	145	10 339	150	12 084	124
1966 [3]	6 116	148	13 468	154	11 110	162	12 387	127
1967 [3]	6 047	146	13 770	157	11 491	167	12 775	131
1960 1. Hj.	1 956	94	4 157	95	3 271	95	4 680	96
2. Hj.	2 188	106	4 595	105	3 600	105	5 088	104
1961 1. Hj.	2 141	103	4 535	104	3 664	107	4 954	101
2. Hj.	2 332	112	4 924	112	3 916	114	5 220	107
1962 1. Hj.	2 260	109	4 805	110	3 960	115	5 059	104
2. Hj.	2 515	121	5 345	122	4 296	125	5 458	112
1963 1. Hj.	2 329	112	4 995	114	4 175	121	5 154	105
2. Hj.	2 689	130	5 755	131	4 579	133	5 683	116
1964 1. Hj.	2 538	122	5 491	125	4 534	132	5 520	113
2. Hj.	2 893	140	6 237	142	4 947	144	5 998	123
1965 1. Hj.	2 740	132	5 964	136	4 915	143	5 838	120
2. Hj.	3 112	150	6 754	154	5 420	158	6 244	128
1966 1. Hj. [3]	2 898	140	6 365	145	5 325	155	6 011	123
2. Hj. [3]	3 217	155	7 103	162	5 784	168	6 376	131
1967 1. Hj. [3]	2 838	137	6 463	148	5 552	161	6 097	125
2. Hj. [3]	3 209	155	7 307	167	5 938	173	6 677	137
1968 1. Hj. [4]	3 094	149	7 117	163	5 843	170	6 514	133

[1]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.
[4]) Erste vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 29

Verwendung des

Mrd.

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Aus-rüstun-gen	Anlageinvestitionen Bauten	Vor-ratsver-ände-rung	Aus-fuhr [1]	Ein-fuhr [1]	Außen-bei-trag [2]
	in jeweiligen Preisen									
1950	97,90	63,36	14,00	18,14	9,29	8,85	+3,67	11,31	12,58	− 1,27
1951	119,50	73,71	17,50	22,32	11,97	10,35	+3,72	18,72	16,47	+ 2,25
1952	136,60	81,82	20,80	25,57	13,92	11,65	+5,12	22,12	18,83	+ 3,29
1953	147,10	89,56	21,17	29,10	15,15	13,95	+1,91	25,36	20,00	+ 5,36
1954	157,90	95,11	22,03	32,76	17,26	15,50	+2,84	30,77	25,61	+ 5,16
1955 [3]	180,40	106,19	23,82	40,66	21,56	19,10	+5,59	36,62	32,48	+ 4,14
1956	198,80	117,75	25,35	44,83	23,43	21,40	+4,01	44,13	37,27	+ 6,86
1957	216,30	128,16	27,30	46,49	23,79	22,70	+5,32	52,50	43,47	+ 9,03
1958	231,50	137,71	30,59	50,43	25,63	24,80	+3,67	54,18	45,08	+ 9,10
1959	250,90	146,48	33,53	57,96	28,46	29,50	+4,20	60,58	51,85	+ 8,73
1960	279,80	158,87	37,73	67,03	33,90	33,13	+7,99	69,75	61,57	+ 8,18
1960	296,80	170,03	40,40	70,62	35,60	35,02	+8,59	62,91	55,75	+ 7,16
1961	326,20	186,76	46,05	80,71	40,66	40,05	+5,90	65,81	59,03	+ 6,78
1962	354,50	204,03	53,10	90,20	44,66	45,54	+3,50	68,95	65,28	+ 3,67
1963	377,60	215,94	59,18	95,34	45,97	49,37	+2,10	74,99	69,95	+ 5,04
1964	413,80	232,90	61,74	109,15	51,60	57,55	+4,70	83,53	78,22	+ 5,31
1965	452,70	255,71	69,67	118,92	58,20	60,72	+9,00	91,42	92,02	− 0,60
1966 [4]	480,80	274,89	75,51	121,90	57,60	64,30	+2,00	103,00	96,50	+ 6,50
1967 [4]	483,90	281,40	80,60	110,40	52,20	58,20	−4,50	111,25	95,25	+16,00
1960 1. Hj.	140,07	79,83	19,52	32,29	16,53	15,76	+5,27	30,07	26,91	+ 3,16
2. Hj.	156,73	90,20	20,88	38,33	19,07	19,26	+3,32	32,84	28,84	+ 4,00
1961 1. Hj.	155,96	87,68	21,27	37,61	19,52	18,09	+5,06	32,58	28,24	+ 4,34
2. Hj.	170,24	99,08	24,78	43,10	21,14	21,96	+0,84	33,23	30,79	+ 2,44
1962 1. Hj.	168,46	96,83	24,17	41,49	21,47	20,02	+3,78	33,48	31,29	+ 2,19
2. Hj.	186,04	107,20	28,93	48,71	23,19	25,52	−0,28	35,47	33,99	+ 1,48
1963 1. Hj.	176,66	101,71	27,85	41,47	21,63	19,84	+4,30	35,20	33,87	+ 1,33
2. Hj.	200,94	114,23	31,33	53,87	24,34	29,53	−2,20	39,79	36,08	+ 3,71
1964 1. Hj.	194,30	109,24	28,31	49,48	24,30	25,18	+3,40	40,69	36,82	+ 3,87
2. Hj.	219,50	123,66	33,43	59,67	27,30	32,37	+1,30	42,84	41,40	+ 1,44
1965 1. Hj.	213,40	119,62	31,70	54,46	27,90	26,56	+7,50	43,84	43,72	+ 0,12
2. Hj.	239,30	136,09	37,97	64,46	30,30	34,16	+1,50	47,58	48,30	− 0,72
1966 1. Hj. [4]	230,00	131,33	35,06	58,33	29,00	29,33	+4,00	48,84	47,56	+ 1,28
2. Hj. [4]	250,80	143,56	40,45	63,57	28,60	34,97	−2,00	54,16	48,94	+ 5,22
1967 1. Hj. [4]	229,80	134,70	38,10	51,30	24,30	27,00	−2,70	54,13	45,73	+ 8,40
2. Hj. [4]	254,10	146,70	42,50	59,10	27,90	31,20	−1,80	57,12	49,52	+ 7,60
1968 1. Hj. [5]	246,70	140,20	38,50	54,40	26,00	28,40	+5,50	58,12	50,02	+ 8,10

[1]) Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin.
[2]) Ausfuhr ./. Einfuhr.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 29

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Aus-rüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vor-ratsver-ände-rung	Aus-fuhr [1]	Ein-fuhr [1]	Außen-bei-trag [2]	Zeitraum
				in Preisen von 1954						
112,90	68,96	17,43	21,80	11,20	10,60	+3,90	13,63	12,82	+ 0,81	1950
125,20	74,44	19,41	23,15	12,44	10,71	+3,31	18,49	13,60	+ 4,89	1951
136,50	81,18	21,56	24,60	13,29	11,31	+4,84	21,04	16,72	+ 4,32	1952
147,30	90,06	21,43	28,78	14,76	14,02	+1,80	24,94	19,71	+ 5,23	1953
157,90	95,11	22,03	32,76	17,26	15,50	+2,84	30,77	25,61	+ 5,16	1954
176,90	104,54	22,97	39,46	21,34	18,12	+5,51	36,25	31,83	+ 4,42	1955 } [3] (1950–1960)
189,30	113,47	23,15	42,38	22,62	19,76	+3,86	42,27	35,83	+ 6,44	1956
200,20	120,45	24,15	42,59	22,34	20,25	+5,09	49,12	41,20	+ 7,92	1957
206,80	126,21	26,15	45,21	23,74	21,47	+3,45	50,89	45,11	+ 5,78	1958
221,00	132,97	28,45	51,00	26,60	24,40	+4,06	57,94	53,42	+ 4,52	1959
240,40	142,32	30,72	56,88	31,26	25,62	+7,68	65,67	62,87	+ 2,80	1960
254,90	152,43	32,78	60,00	32,87	27,13	+8,19	59,28	57,78	+ 1,50	1960
268,60	162,98	35,48	65,63	36,65	28,98	+5,50	61,25	62,24	− 0,99	1961
279,60	172,77	39,77	69,44	38,86	30,58	+3,10	63,86	69,34	− 5,48	1962
289,30	177,90	43,08	71,39	39,90	31,49	+2,00	70,02	75,09	− 5,07	1963
308,50	187,53	42,63	79,96	44,50	35,46	+4,40	77,26	83,28	− 6,02	1964
325,70	199,49	45,58	85,23	48,71	36,52	+8,20	83,18	95,98	−12,80	1965
333,30	206,50	46,04	85,41	47,37	38,04	+1,80	92,14	98,59	− 6,45	1966 [4]
333,30	207,69	47,60	79,06	43,47	35,59	−3,80	100,92	98,17	+ 2,75	1967 [4]
121,07	71,90	16,06	27,57	15,30	12,27	+5,00	28,49	27,95	+ 0,54	1960 1. Hj.
133,83	80,53	16,72	32,43	17,57	14,86	+3,19	30,79	29,83	+ 0,96	2. Hj.
130,16	77,13	16,48	31,18	17,64	13,54	+4,73	30,36	29,72	+ 0,64	1961 1. Hj.
138,44	85,85	19,00	34,45	19,01	15,44	+0,77	30,89	32,52	− 1,63	2. Hj.
134,08	82,49	18,22	32,43	18,73	13,70	+3,31	31,08	33,45	− 2,37	1962 1. Hj.
145,52	90,28	21,55	37,01	20,13	16,88	−0,21	32,78	35,89	− 3,11	2. Hj.
136,90	84,09	20,57	31,62	18,81	12,81	+4,07	32,86	36,31	− 3,45	1963 1. Hj.
152,40	93,81	22,51	39,77	21,09	18,68	−2,07	37,16	38,78	− 1,62	2. Hj.
146,90	88,48	19,82	36,68	21,04	15,64	+3,17	38,07	39,32	− 1,25	1964 1. Hj.
161,60	99,05	22,81	43,28	23,46	19,82	+1,23	39,19	43,96	− 4,77	2. Hj.
156,40	94,45	21,19	39,60	23,53	16,07	+6,80	40,22	45,86	− 5,64	1965 1. Hj.
169,30	105,04	24,39	45,63	25,18	20,45	+1,40	42,96	50,12	− 7,16	2. Hj.
161,80	99,64	21,93	41,44	23,99	17,45	+3,60	43,87	48,68	− 4,81	1966 1. Hj. [4]
171,50	106,86	24,11	43,97	23,38	20,59	−1,80	48,27	49,91	− 1,64	2. Hj. [4]
159,10	100,29	22,61	36,51	20,20	16,31	−2,30	49,21	47,22	+ 1,99	1967 1. Hj. [4]
174,20	107,40	24,99	42,55	23,27	19,28	−1,50	51,71	50,95	+ 0,76	2. Hj. [4]
169,00	102,50	22,30	38,40	21,45	16,95	+5,00	53,60	52,80	+ 0,80	1968 1. Hj. [5]

[4] Vorläufige Ergebnisse.
[5] Erste vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 30

Investitionen der Unternehmen

Jahr	Insgesamt [1]		Ausrüstungs- investitionen		Bau- [1] investitionen		Vorratsveränderung	
	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH
1950 [2]	15,62	*100*	9,02	*57,7*	2,93	*18,8*	+3,67	*23,5*
1951 [2]	18,35	*100*	11,59	*63,2*	3,04	*16,6*	+3,72	*20,3*
1952 [2]	21,61	*100*	13,50	*62,5*	2,99	*13,8*	+5,12	*23,7*
1953 [2]	20,29	*100*	14,71	*72,5*	3,67	*18,1*	+1,91	*9,4*
1954 [2]	23,79	*100*	16,80	*70,6*	4,15	*17,4*	+2,84	*11,9*
1955 [2]	32,34	*100*	21,06	*65,1*	5,69	*17,6*	+5,59	*17,3*
1956 [2]	33,63	*100*	22,88	*68,0*	6,74	*20,0*	+4,01	*11,9*
1957 [2]	35,87	*100*	23,20	*64,7*	7,35	*20,5*	+5,32	*14,8*
1958 [2]	36,87	*100*	24,97	*67,7*	8,23	*22,3*	+3,67	*10,0*
1959 [2]	41,02	*100*	27,75	*67,6*	9,07	*22,1*	+4,20	*10,2*
1960 [2]	51,24	*100*	33,02	*64,4*	10,23	*20,0*	+7,99	*15,6*
1960	54,14	*100*	34,67	*64,0*	10,88	*20,1*	+8,59	*15,9*
1961	57,97	*100*	39,60	*68,3*	12,47	*21,5*	+5,90	*10,2*
1962	60,52	*100*	43,41	*71,7*	13,61	*22,5*	+3,50	*5,8*
1963	60,57	*100*	44,50	*73,5*	13,97	*23,1*	+2,10	*3,5*
1964	71,22	*100*	50,06	*70,3*	16,46	*23,1*	+4,70	*6,6*
1965	83,27	*100*	56,50	*67,9*	17,77	*21,3*	+9,00	*10,8*
1966 [3]	77,12	*100*	55,92	*72,5*	19,20	*24,9*	+2,00	*2,6*
1967 [3]	62,74	*100*	50,46	*80,4*	16,78	*26,7*	−4,50	*−7,2*

[1]) Ohne Wohnungen.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 31

Bauinvestitionen

Jahr	Insgesamt	Unternehmen [1])	Staat [1]) insgesamt	Staat [1]) Verkehrsbauten	Staat [1]) sonstige Bauten	Wohnungen
			Mrd. DM			
1950 [2])	8,85	2,93	1,57	0,51	1,06	4,35
1951 [2])	10,35	3,04	1,94	0,69	1,25	5,37
1952 [2])	11,65	2,99	2,36	0,85	1,51	6,30
1953 [2])	13,95	3,67	2,88	1,02	1,86	7,40
1954 [2])	15,50	4,15	3,09	1,16	1,93	8,26
1955 [2])	19,10	5,69	4,09	1,67	2,42	9,32
1956 [2])	21,40	6,74	4,71	1,99	2,72	9,95
1957 [2])	22,70	7,35	4,90	2,06	2,84	10,45
1958 [2])	24,80	8,23	5,47	2,35	3,12	11,10
1959 [2])	29,50	9,07	6,98	3,13	3,85	13,45
1960 [2])	33,13	10,23	8,00	3,63	4,37	14,90
1960	35,02	10,88	8,40	3,74	4,66	15,74
1961	40,05	12,47	9,77	4,36	5,41	17,81
1962	45,54	13,61	12,16	5,57	6,59	19,77
1963	49,37	13,97	14,17	6,52	7,65	21,23
1964	57,55	16,46	16,72	7,12	9,60	24,37
1965	60,72	17,77	17,47	7,39	10,08	25,48
1966 [3])	64,30	19,20	17,69	7,59	10,10	27,41
1967 [3])	58,20	16,78	16,18	6,95	9,23	25,24
			Anteil in vH			
1950 [2])	*100*	*33,1*	*17,7*	*5,8*	*11,9*	*49,2*
1951 [2])	*100*	*29,4*	*18,7*	*6,7*	*12,0*	*51,9*
1952 [2])	*100*	*25,7*	*20,3*	*7,3*	*13,0*	*54,0*
1953 [2])	*100*	*26,3*	*20,6*	*7,3*	*13,3*	*53,1*
1954 [2])	*100*	*26,8*	*19,9*	*7,5*	*12,4*	*53,3*
1955 [2])	*100*	*29,8*	*21,4*	*8,7*	*12,7*	*48,8*
1956 [2])	*100*	*31,5*	*22,0*	*9,3*	*12,7*	*46,5*
1957 [2])	*100*	*32,4*	*21,6*	*9,1*	*12,5*	*46,0*
1958 [2])	*100*	*33,2*	*22,1*	*9,5*	*12,6*	*44,7*
1959 [2])	*100*	*30,7*	*23,7*	*10,6*	*13,1*	*45,6*
1960 [2])	*100*	*30,9*	*24,1*	*11,0*	*13,1*	*45,0*
1960	*100*	*31,1*	*24,0*	*10,7*	*13,3*	*44,9*
1961	*100*	*31,1*	*24,4*	*10,9*	*13,5*	*44,5*
1962	*100*	*29,9*	*26,7*	*12,2*	*14,5*	*43,4*
1963	*100*	*28,3*	*28,7*	*13,2*	*15,5*	*43,0*
1964	*100*	*28,6*	*29,1*	*12,4*	*16,7*	*42,3*
1965	*100*	*29,3*	*28,8*	*12,2*	*16,6*	*42,0*
1966 [3])	*100*	*29,9*	*27,5*	*11,8*	*15,7*	*42,6*
1967 [3])	*100*	*28,8*	*27,8*	*11,9*	*15,9*	*43,4*

[1]) Ohne Wohnungen.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 32

Einnahmen und Aus

Mrd.

Jahr	Einnahmen				
	insgesamt	Steuern u. ä. Übertragungen [1]	Erwerbs- und Vermögenseinkommen [2]	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen [3]	Veränderung der Verbindlichkeiten [4]
					Staat insgesamt (einschl.
1950	36,49	29,90	1,12	1,88	+ 3,59
1955	67,34	59,37	3,47	2,93	+ 1,57
1956	73,75	66,00	3,61	3,19	+ 0,95
1957 [10]	81,23	72,49	4,05	3,51	+ 1,18
1958	88,03	77,72	4,12	3,92	+ 2,27
1959	100,09	86,20	4,02	4,34	+ 5,53
1960	110,54	98,62	4,57	4,83	+ 2,52
1960	114,44	102,07	4,77	5,14	+ 2,46
1961	130,48	115,06	5,32	5,57	+ 4,53
1962	141,57	126,51	5,69	6,14	+ 3,23
1963	153,30	134,17	6,18	6,70	+ 6,25
1964	166,41	145,94	6,51	7,62	+ 6,34
1965	180,36	156,59	6,92	8,26	+ 8,59
1966 [11]	193,32	168,68	7,47	9,26	+ 7,91
1967 [11]	205,02	172,63	7,59	9,86	+14,94
					Sozialver
1950	.	8,92	0,11	0,01	.
1955	.	16,65	0,78	0,03	.
1956	.	18,57	1,03	0,02	.
1957 [10]	.	22,17	1,23	0,02	.
1958	.	25,00	1,32	0,02	.
1959	.	26,62	1,41	0,02	.
1960	.	29,72	1,53	0,03	.
1960	.	31,68	1,60	0,03	.
1961	.	34,58	1,78	0,03	.
1962	.	38,30	2,04	0,04	.
1963	.	41,13	2,33	0,04	.
1964	.	44,08	2,61	0,04	.
1965	.	48,83	2,82	0,04	.
1966 [11]	.	53,64	3,23	0,04	.
1967 [11]	.	55,09	3,24	0,04	.

1) Unterstellte Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.
2) Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen zuzüglich unterstellter Bankgebühren für Einlagen.
3) Gebühren und Entgelte von Unternehmen sowie von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.
4) Die Angaben über die Veränderung der Verbindlichkeiten sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen (einschließlich einer „statistischen Differenz").
5) Käufe von Waren und Dienstleistungen für die Bereitstellung von Verwaltungsleistungen und die Durchführung von Investitionen in eigener Regie.
6) Käufe von Unternehmen für Anlageinvestitionen (ohne selbsterstellte Anlagen) sowie Käufe von Land und gebrauchten Anlagen.

Tabelle 32

gaben des Staates

DM

Ausgaben insgesamt	Käufe für den laufenden Bedarf [5])	Investitionen [6])	Erwerbs- u. Vermögenseinkommen: Löhne, Gehälter u. ä. [7])	Erwerbs- u. Vermögenseinkommen: Zinsen auf öffentliche Schulden	Renten u. ä., Übertragungen, Subventionen [8])	Veränderung der Forderungen [9])	Jahr
Sozialversicherung)							
36,49	8,22	1,86	7,05	0,55	14,42	+ 4,39	1950 [10])
67,34	13,68	4,83	11,99	1,27	25,28	+10,29	1955 [10])
73,75	13,91	5,48	13,38	1,37	28,90	+10,71	1956 [10])
81,23	14,62	5,77	14,80	1,38	35,84	+ 8,82	1957 [10])
88,03	16,87	6,46	16,11	1,45	41,21	+ 5,93	1958 [10])
100,09	19,65	8,02	16,52	1,65	43,56	+10,69	1959 [10])
110,54	22,22	9,32	18,43	1,77	46,78	+12,02	1960 [10])
114,44	23,43	9,77	20,11	1,84	47,21	+12,08	1960
130,48	26,24	11,39	23,07	1,86	53,56	+14,36	1961
141,57	31,40	14,23	25,22	2,05	60,11	+ 8,56	1962
153,30	34,91	16,51	27,98	2,26	61,75	+ 9,89	1963
166,41	35,29	19,26	30,61	2,43	67,92	+10,90	1964
180,36	39,13	20,34	34,85	2,71	76,69	+ 6,64	1965
193,32	41,49	20,39	38,83	3,49	81,52	+ 7,60	1966 [11])
205,02	44,14	19,25	41,51	4,49	88,84	+ 6,79	1967 [11])
sicherung							
.	1,69	0,07	0,34	0,00	7,40	.	1950 [10])
.	3,43	0,11	0,65	0,00	14,32	.	1955 [10])
.	3,82	0,12	0,73	0,00	16,07	.	1956 [10])
.	4,32	0,13	0,78	0,00	21,10	.	1957 [10])
.	4,96	0,18	0,89	0,00	24,76	.	1958 [10])
.	5,49	0,17	0,93	0,00	26,05	.	1959 [10])
.	6,11	0,16	1,03	0,00	27,59	.	1960 [10])
.	6,59	0,17	1,10	0,00	29,75	.	1960
.	7,35	0,12	1,24	0,00	33,14	.	1961
.	8,27	0,18	1,32	0,00	36,49	.	1962
.	9,05	0,17	1,43	0,00	39,67	.	1963
.	9,91	0,17	1,56	0,00	42,35	.	1964
.	11,50	0,15	1,72	0,00	45,91	.	1965
.	13,52	0,21	1,87	0,00	50,43	.	1966 [11])
.	14,72	0,19	1,99	0,00	56,51	.	1967 [11])

[7]) Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung einschließlich unterstellter Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sowie Personalkosten für selbsterstellte Anlagen; ferner Sold und Verpflegung des Militärpersonals (einschließlich der Entgelte für die beiden Besatzungsmächten in Berlin (West) beschäftigten deutschen Arbeitnehmer).
[8]) Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.
[9]) Die Angaben sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen.
[10]) Ohne Saarland und Berlin.
[11]) Vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 33

Einkommen und Ersparnis

Mrd.

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Empfangene laufende Übertragungen [4]	Gesamtes Einkommen (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen [5]	Verfügbares Einkommen
	insgesamt	Einkommen aus unselbständiger Arbeit [2]	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [3]				
1950 [9]	70,18	44,07	26,11	12,08	82,26	13,70	68,56
1951 [9]	85,31	53,43	31,88	13,46	98,77	16,85	81,92
1952 [9]	95,42	59,60	35,82	15,85	111,27	20,33	90,94
1953 [9]	102,93	65,77	37,16	17,58	120,51	22,78	97,73
1954 [9]	111,57	71,87	39,70	18,58	130,15	23,95	106,20
1955 [9]	127,84	81,95	45,89	20,81	148,65	26,65	122,00
1956 [9]	141,90	91,82	50,08	23,19	165,09	29,79	135,30
1957 [9]	154,18	100,52	53,66	28,28	182,46	33,44	149,02
1958 [9]	165,60	108,99	56,61	31,82	197,42	36,51	160,91
1959 [9]	178,21	116,83	61,38	32,96	211,17	40,29	170,88
1960 [9]	198,89	131,40	67,49	34,22	233,11	47,05	186,06
1960	210,68	139,77	70,91	37,49	248,17	49,79	198,38
1961	231,86	157,18	74,68	41,05	272,91	57,61	215,30
1962	252,21	173,86	78,35	44,96	297,17	64,84	232,33
1963	269,04	186,53	82,51	47,96	317,00	70,55	246,45
1964	294,52	204,36	90,16	52,84	347,36	76,85	270,51
1965	323,45	225,81	97,64	59,09	382,54	82,92	299,62
1966 [10]	343,07	242,97	100,10	64,53	407,60	92,62	314,98
1967 [10]	343,41	243,37	100,04	71,16	414,57	94,07	320,50

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

[2]) Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer. Nicht einbezogen sind aus Mangel an statistischen Unterlagen bestimmte Lohnnebenkosten der Arbeitgeber, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit darstellen, wie Aufwendungen für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge, Verpflegungszuschüsse, Unterstützungen u. ä. — Werbungskosten sind nicht abgezogen.

[3]) Einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten, die nicht in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen werden konnten (vgl. Anmerkung 2). — Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

[4]) Öffentliche Renten und Pensionen, Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung und -hilfe, der Sozialhilfe und gesetzlichen Krankenversicherung, Hausrat- und Kriegsgefangenenentschädigung, gesetzliches Kindergeld u. a. m., Zuschüsse von Gebietskörperschaften an private Organisationen ohne Erwerbscharakter, ferner laufende Übertragungen von der übrigen Welt.

[5]) Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, ferner Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen sowie laufende Übertragungen an die übrige Welt.

Tabelle 33

der privaten Haushalte [1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis	Nicht-entnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. [6])	Ersparnis ohne nicht-entnommene Gewinne	Empfangene Vermögensübertragungen [7])	Geleistete Vermögensübertragungen [8])	Finanzierungssaldo	Jahr
63,36	5,20	3,13	2,07	—	0,12	1,95	1950 [9])
73,71	8,21	5,84	2,37	—	0,19	2,18	1951 [9])
81,82	9,12	4,72	4,40	0,04	0,28	4,16	1952 [9])
89,56	8,17	2,60	5,57	0,66	0,46	5,77	1953 [9])
95,11	11,09	4,21	6,88	1,32	0,69	7,51	1954 [9])
106,19	15,81	8,69	7,12	0,53	1,00	6,65	1955 [9])
117,75	17,55	10,27	7,28	0,45	1,50	6,23	1956 [9])
128,16	20,86	9,72	11,14	0,43	1,69	9,88	1957 [9])
137,71	23,20	10,40	12,80	0,93	2,09	11,64	1958 [9])
146,48	24,40	10,15	14,25	1,24	2,67	12,82	1959 [9])
158,87	27,19	12,05	15,14	2,12	3,08	14,18	1960 [9])
170,03	28,35	12,48	15,87	2,25	3,11	15,01	1960
186,76	28,54	10,66	17,88	2,80	3,81	16,87	1961
204,03	28,30	8,79	19,51	3,03	4,68	17,86	1962
215,94	30,51	6,72	23,79	3,01	5,06	21,74	1963
232,90	37,61	8,18	29,43	3,53	6,10	26,86	1964
255,71	43,91	8,12	35,79	3,82	6,74	32,87	1965
274,89	40,09	4,41	35,68	3,44	7,55	31,57	1966 [10])
281,40	39,10	3,69	35,41	4,14	9,18	30,37	1967 [10])

[6]) Einschließlich der Einlagen und Darlehen (netto) der privaten Haushalte u. ä. in Einzelunternehmen und Personengesellschaften, der Eigenmittel von privaten Haushalten u. ä. als Bauherren (ohne Auszahlungen der Bausparkassen und Tilgungen von Bauspardarlehen), des Erwerbs von GmbH- und Genossenschaftsanteilen (jedoch nicht Aktienerwerb) sowie der Zunahme (netto) der Pensionsrückstellungen.

[7]) Hauptentschädigung im Rahmen des Lastenausgleichs, Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener, Altsparerentschädigung, Wiedergutmachungsleistungen (soweit Kapitalentschädigung), Sparprämien, Gratisaktien u. a. m.

[8]) Erbschaftsteuer, Lastenausgleichsablösungsbeiträge, Rückzahlungen von Bauspareinlagen und Tilgungen von Bauspardarlehen.

[9]) Ohne Saarland und Berlin.

[10]) Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 34

Käufe der inländischen privaten

nach Verwen

Jahr	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel [2]		Kleidung, Schuhe		Wohnungsmieten u. ä. [3]		Elektrizität, Gas, Brennstoffe	
	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH
									in jeweiligen	
1950	62,15	*100*	26,68	*43,0*	9,56	*15,4*	4,45	*7,2*	1,87	*3,0*
1951	72,29	*100*	30,73	*42,5*	11,18	*15,5*	4,67	*6,5*	2,39	*3,3*
1952	80,21	*100*	34,39	*42,8*	11,88	*14,8*	5,10	*6,4*	2,98	*3,7*
1953	87,76	*100*	37,19	*42,4*	12,31	*14,0*	5,66	*6,4*	3,08	*3,5*
1954	93,17	*100*	39,03	*41,9*	12,95	*13,9*	6,04	*6,5*	3,70	*4,0*
1955 [5]	104,12	*100*	43,31	*41,6*	14,07	*13,5*	6,70	*6,4*	4,24	*4,1*
1956	115,49	*100*	47,12	*40,8*	15,66	*13,6*	7,60	*6,6*	4,93	*4,3*
1957	125,79	*100*	50,65	*40,3*	17,05	*13,6*	8,35	*6,6*	5,33	*4,2*
1958	135,21	*100*	54,14	*40,0*	17,35	*12,8*	9,13	*6,8*	5,61	*4,1*
1959	143,95	*100*	57,15	*39,7*	17,83	*12,4*	10,04	*7,0*	5,62	*3,9*
1960	156,19	*100*	60,23	*38,6*	19,60	*12,5*	11,64	*7,5*	6,08	*3,9*
1960	167,18	*100*	64,47	*38,6*	20,89	*12,5*	12,64	*7,6*	6,51	*3,9*
1961	183,62	*100*	69,26	*37,7*	22,87	*12,5*	14,87	*8,1*	7,24	*3,9*
1962	200,84	*100*	74,58	*37,1*	24,94	*12,4*	16,23	*8,1*	9,00	*4,5*
1963	212,49	*100*	77,07	*36,3*	25,70	*12,1*	18,31	*8,6*	10,75	*5,1*
1964	229,11	*100*	81,52	*35,6*	27,76	*12,1*	20,77	*9,1*	10,35	*4,5*
1965	251,57	*100*	87,61	*34,8*	31,07	*12,4*	23,44	*9,3*	10,97	*4,4*
1966 [6]	270,47	*100*	92,55	*34,2*	32,53	*12,0*	27,18	*10,0*	12,18	*4,5*
1967 [6]	276,77	*100*	92,84	*33,5*	32,06	*11,6*	30,81	*11,1*	12,78	*4,6*
									in Preisen	
1950	67,37	*100*	28,68	*42,6*	9,08	*13,5*	4,86	*7,2*	2,47	*3,7*
1951	72,78	*100*	31,24	*42,9*	9,49	*13,0*	5,04	*6,9*	2,87	*3,9*
1952	79,45	*100*	34,44	*43,3*	10,58	*13,3*	5,37	*6,8*	3,20	*4,0*
1953	88,23	*100*	37,49	*42,5*	12,12	*13,7*	5,71	*6,5*	3,24	*3,7*
1954	93,17	*100*	39,03	*41,9*	12,95	*13,9*	6,04	*6,5*	3,70	*4,0*
1955 [5]	102,53	*100*	42,51	*41,5*	14,14	*13,8*	6,54	*6,4*	4,14	*4,0*
1956	111,39	*100*	45,40	*40,8*	15,60	*14,0*	7,04	*6,3*	4,71	*4,2*
1957	118,37	*100*	48,05	*40,6*	16,28	*13,8*	7,67	*6,5*	4,93	*4,2*
1958	124,12	*100*	50,32	*40,5*	16,04	*12,9*	8,28	*6,7*	5,05	*4,1*
1959	130,87	*100*	52,05	*39,8*	16,64	*12,7*	8,93	*6,8*	5.26	*4,0*
1960	140,21	*100*	55,01	*39,2*	17,93	*12,8*	9,69	*6,9*	5,77	*4,1*
1960	150,18	*100*	58,94	*39,2*	19,16	*12,8*	10,51	*7,0*	6,18	*4,1*
1961	160,66	*100*	62,42	*38,9*	20,51	*12,8*	11,31	*7,0*	6,97	*4,3*
1962	170,50	*100*	65,31	*38,3*	21,71	*12,7*	12,12	*7,1*	8,52	*5,0*
1963	175,56	*100*	66,01	*37,6*	21,76	*12,4*	12,93	*7,4*	9,89	*5,6*
1964	185,08	*100*	68,10	*36,8*	23,03	*12,4*	13,64	*7,4*	10,12	*5,5*
1965	196,94	*100*	70,87	*36,0*	25,02	*12,7*	14,36	*7,3*	10,88	*5,5*
1966 [6]	203,93	*100*	72,17	*35,4*	25,50	*12,5*	15,06	*7,4*	11,81	*5,8*
1967 [6]	205,07	*100*	72,71	*35,5*	24,85	*12,1*	15,85	*7,7*	12,09	*5,9*

[1]) Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.
[4]) Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.

Tabelle 34

Haushalte für den Privaten Verbrauch

dungszwecken [1])

Übrige Haushaltsführung		Verkehr, Nachrichtenübermittlung		Körper- und Gesundheitspflege		Bildung und Unterhaltung		Persönliche Ausstattung u. ä. [4])		Jahr
Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	
Preisen										
7,54	*12,1*	3,55	*5,7*	2,01	*3,2*	4,11	*6,6*	2,38	*3,8*	1950
9,42	*13,0*	4,09	*5,7*	2,23	*3,1*	4,81	*6,7*	2,77	*3,8*	1951
10,07	*12,6*	4,67	*5,8*	2,52	*3,1*	5,50	*6,9*	3,10	*3,9*	1952
11,67	*13,3*	5,35	*6,1*	2,83	*3,2*	6,20	*7,1*	3,47	*4,0*	1953
12,36	*13,3*	5,76	*6,2*	3,00	*3,2*	6,46	*6,9*	3,87	*4,2*	1954
13,92	*13,4*	6,58	*6,3*	3,47	*3,3*	7,54	*7,2*	4,29	*4,1*	1955 [5])
15,57	*13,5*	7,64	*6,6*	3,81	*3,3*	8,36	*7,2*	4,80	*4,2*	1956
17,04	*13,5*	8,35	*6,6*	4,33	*3,4*	9,31	*7,4*	5,38	*4,3*	1957
18,27	*13,5*	9,74	*7,2*	4,81	*3,6*	10,15	*7,5*	6,01	*4,4*	1958
19,43	*13,5*	10,91	*7,6*	5,25	*3,6*	10,83	*7,5*	6,89	*4,8*	1959
21,09	*13,5*	12,40	*7,9*	5,70	*3,6*	11,70	*7,5*	7,75	*5,0*	1960
22,57	*13,5*	13,07	*7,8*	6,09	*3,6*	12,74	*7,6*	8,20	*4,9*	1960
24,58	*13,4*	14,54	*7,9*	6,55	*3,6*	14,17	*7,7*	9,54	*5,2*	1961
26,42	*13,2*	16,33	*8,1*	7,28	*3,6*	15,25	*7,6*	10,81	*5,4*	1962
27,26	*12,8*	17,95	*8,4*	7,86	*3,7*	15,98	*7,5*	11,61	*5,5*	1963
30,00	*13,1*	19,39	*8,5*	8,59	*3,7*	17,69	*7,7*	13,04	*5,7*	1964
32,80	*13,0*	21,74	*8,6*	9,65	*3,8*	19,47	*7,7*	14,82	*5,9*	1965
34,83	*12,9*	23,26	*8,6*	10,63	*3,9*	20,97	*7,8*	16,34	*6,0*	1966 [6])
34,87	*12,6*	23,20	*8,4*	11,29	*4,1*	21,70	*7,8*	17,22	*6,2*	1967 [6])
von 1954										
8,27	*12,3*	4,18	*6,2*	2,39	*3,5*	4,61	*6,8*	2,83	*4,2*	1950
9,15	*12,6*	4,38	*6,0*	2,36	*3,2*	5,03	*6,9*	3,22	*4,4*	1951
9,65	*12,1*	4,63	*5,9*	2,56	*3,2*	5,50	*6,9*	3,52	*4,4*	1952
11,66	*13,2*	5,36	*6,1*	2,84	*3,2*	6,25	*7,1*	3,56	*4,0*	1953
12,36	*13,3*	5,76	*6,2*	3,00	*3,2*	6,46	*6,9*	3,87	*4,2*	1954
13,71	*13,4*	6,61	*6,4*	3,35	*3,3*	7,38	*7,2*	4,15	*4,0*	1955 [5])
14,96	*13,4*	7,70	*6,9*	3,58	*3,2*	7,98	*7,2*	4,42	*4,0*	1956
15,86	*13,4*	8,29	*7,0*	3,95	*3,3*	8,64	*7,3*	4,70	*4,0*	1957
16,57	*13,3*	9,17	*7,4*	4,20	*3,4*	9,15	*7,4*	5,34	*4,3*	1958
17,48	*13,4*	10,29	*7,9*	4,51	*3,4*	9,79	*7,5*	5,92	*4,5*	1959
18,64	*13,3*	11,56	*8,2*	4,76	*3,4*	10,43	*7,4*	6,42	*4,6*	1960
20,01	*13,3*	12,28	*8,2*	5,11	*3,4*	11,40	*7,6*	6,59	*4,4*	1960
21,03	*13,1*	13,58	*8,5*	5,28	*3,3*	12,27	*7,6*	7,29	*4,5*	1961
21,58	*12,7*	15,11	*8,9*	5,62	*3,3*	12,73	*7,5*	7,80	*4,6*	1962
21,85	*12,4*	16,24	*9,3*	5,85	*3,3*	13,05	*7,4*	7,98	*4,5*	1963
23,72	*12,8*	17,50	*9,5*	6,17	*3,3*	14,12	*7,6*	8,68	*4,7*	1964
25,02	*12,7*	19,76	*10,0*	6,64	*3,4*	15,07	*7,7*	9,32	*4,7*	1965
26,01	*12,8*	20,83	*10,2*	6,90	*3,4*	15,78	*7,7*	9,87	*4,8*	1966 [6])
26,04	*12,7*	20,23	*9,9*	7,10	*3,5*	16,17	*7,9*	10,03	*4,9*	1967 [6])

[5]) Ohne Saarland und Berlin.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 35

Zahlungs

Mill.

Zeitraum	Saldo der Devisenbilanz [1])	Bilanz der laufenden Posten				
		insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der Übertragungen (eigene: −)
			zusammen	Handelsbilanz [2])	Dienstleistungsbilanz [3])	
1950	− 564	− 407	− 2 472	− 3 012	+ 540	+2 065
1951	+2 038	+2 341	+ 812	− 149	+ 961	+1 529
1952	+2 761	+2 528	+ 2 368	+ 706	+1 662	+ 160
1953	+3 614	+3 793	+ 4 244	+ 2 516	+1 728	− 451
1954 [7])	+2 782	+3 609	+ 4 083	+ 2 698	+1 385	− 474
1955	+1 851	+2 205	+ 3 039	+ 1 245	+1 794	− 834
1956	+5 014	+4 377	+ 5 600	+ 2 897	+2 703	−1 223
1957	+5 122	+5 764	+ 7 643	+ 4 083	+3 560	−1 879
1958	+3 188	+5 856	+ 7 874	+ 4 954	+2 920	−2 018
1959	−2 204	+4 249	+ 7 549	+ 5 361	+2 188	−3 300
1960	+8 007	+4 794	+ 8 253	+ 5 223	+3 030	−3 459
1961	−1 928 a)	+2 941	+ 7 387	+ 6 615	+ 772	−4 446
1962	− 552	−1 783	+ 3 413	+ 3 477	− 64	−5 196
1963	+2 572	+ 912	+ 5 968	+ 6 032	− 64	−5 056
1964	+ 12	+ 155	+ 5 370	+ 6 081	− 711	−5 215
1965	−1 506	−6 523	− 175	+ 1 203	−1 378	−6 348
1966	+1 030	+ 299	+ 6 545	+ 7 958	−1 413	−6 246
1967	+ 413	+9 713	+15 968	+16 862	− 894	−6 255
1967 1. Vj.	+ 142	+2 645	+ 4 197	+ 4 331	− 134	−1 552
2. Vj.	− 926	+2 506	+ 4 153	+ 4 439	− 286	−1 647
3. Vj.	+ 801	+1 540	+ 2 985	+ 3 795	− 810	−1 445
4. Vj.	+ 396	+3 022	+ 4 633	+ 4 297	+ 336	−1 611
1968 1. Vj.	+1 543	+3 110	+ 4 627	+ 4 336	+ 291	−1 517
2. Vj.	+1 190	+2 045	+ 3 636	+ 3 419	+ 217	−1 591
3. Vj.	+1 297	+8 666	+3 374	+4 156	− 782	−1 508

[7]) bezieht sich auf 1950 bis 1959

[1]) Veränderung der Währungsreserven (netto) der Deutschen Bundesbank (Zunahme: +). Ohne die bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigten Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank, bei denen es sich hauptsächlich um die in der Position „Wertpapiere" des Bundesbankausweises enthaltenen Weltbankbonds und Weltbanknotes handelt. Ab Januar 1959 einschließlich der Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskonten sowie einschließlich der Veränderung der Verbindlichkeiten aus „Einlagen ausländischer Einleger".

[2]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob; 1957 und 1958 einschließlich nachträglich gemeldeter und in der amtlichen Außenhandelsstatistik für diese Jahre nicht erfaßter Einfuhren der Bundesregierung.

[3]) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen.

Tabelle 35

bilanz

DM

Kapitalbilanz (Kapitalexport: —) [4]								Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs	Restposten der Zahlungsbilanz [6]	Zeitraum	
Saldo der gesamten Kapitalleistungen	Saldo der										
	langfristigen Kapitalleistungen			kurzfristigen Kapitalleistungen							
	zusammen	privat	öffentlich [5]	zusammen	privat	öffentlich					
+ 207	+ 458	.	+ 458	− 251	− 251	—	− 200	− 364	1950	7)
+ 87	− 149	.	− 149	+ 236	+ 236	—	+2 428	− 390	1951	7)
− 23	− 586	− 15	− 571	+ 563	+ 477	+ 86	+2 505	+ 256	1952	7)
+ 50	−1 645	− 61	−1 584	+1 695	+ 395	+1 300	+3 843	− 229	1953	7)
− 375	− 518	− 264	− 254	+ 143	+ 305	− 162	+3 234	− 452	1954	7)
− 450	− 381	− 110	− 271	− 69	+ 119	− 188	+1 755	+ 96	1955	7)
+ 152	− 455	+ 134	− 589	+ 607	+ 894	− 287	+4 529	+ 485	1956	7)
−2 305	− 440	+ 322	− 762	−1 865	− 55	−1 810	+3 459	+1 663	1957	7)
−2 305	−1 457	− 507	− 950	− 848	− 761	− 87	+3 551	− 363	1958	7)
−6 461	−5 660	−1 365	−4 295	− 801	−1 163	+ 362	−2 212	+ 8	1959	7)
+1 727	− 99	+1 140	−1 239	+1 826	+2 844	−1 018	+6 521	+1 486	1960	
−5 280	−4 236	+ 885	−5 121	−1 044	+ 281	−1 325	−2 339	+ 411	1961	
+ 186	− 336	+ 937	−1 273	+ 522	+ 358	+ 164	−1 597	+1 045	1962	
+2 178	+1 612	+2 993	−1 381	+ 566	+ 743	− 177	+3 090	− 518	1963	
−2 061	− 873	+ 373	−1 246	−1 188	+ 276	−1 464	−1 906	+1 918	1964	
+2 416	+ 942	+2 230	−1 288	+1 474	+ 644	+ 830	−4 107	+2 601	1965	
+ 292	−2 265	+1 825	−4 090	+2 557	+1 492	+1 065	+ 591	+ 439	1966	
−7 867	−3 208	−1 770	−1 438	−4 659	−4 852	+ 193	+1 846	−1 433	1967	
−3 390	− 355	− 154	− 201	−3 035	−2 688	− 347	− 745	+ 887	1967	1. Vj.
−2 577	− 984	− 635	− 349	−1 593	−1 258	− 335	− 71	− 855		2. Vj.
− 773	− 760	− 452	− 308	− 13	− 641	+ 628	+ 767	+ 34		3. Vj.
−1 127	−1 109	− 529	− 580	− 18	− 265	+ 247	+1 895	−1 499		4. Vj.
−3 431	−1 814	−1 633	− 181	−1 617	−1 783	+ 166	− 321	+1 864	1968	1. Vj.
−1 349	−2 867	−2 570	− 297	+1 518	+1 525	− 7	+ 696	+ 494		2. Vj.
−1 847	−3 932	−3 582	− 350	+2 085	+1 273	+ 812	+ 19	+1 278		3. Vj.

4) Für die Aufgliederung in „privat" und „öffentlich" ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört.
5) Vgl. Anmerkung 1).
6) Saldo der nicht erfaßten Posten und der statistischen Ermittlungsfehler; hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment.
7) Bis 5. Juli 1959 ohne Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland.
a) Ohne Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahme der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 36

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd. DM

Zeitraum		Inländische Sektoren							Übrige Welt	Insgesamt
		private Haushalte	Unternehmen: ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen: Wohnungsvermietung	Unternehmen: zusammen	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen		
		I. Vermögensbildung [1])								
1960		15,0	20,2	3,2	23,4	15,0	3,3	56,8	−3,8	53,0
1961		16,9	17,4	3,8	21,2	14,4	5,5	58,0	−1,0	57,0
1962		17,9	18,5	4,2	22,7	14,4	3,6	58,6	+1,3	59,9
1963		21,7	15,1	4,4	19,5	15,2	3,3	59,7	−0,1	59,6
1964		26,9	18,3	5,2	23,5	18,1	3,8	72,3	−0,4	71,9
1965		32,9	19,3	5,5	24,7	12,2	4,0	73,8	+7,0	80,8
1966		31,6	16,5	6,5	23,0	14,0	3,7	72,3	−0,6	71,7
1967		30,4	14,7	6,8	21,4	10,0	−1,2	60,6	−9,9	50,7
1967	1. Hj.	13,0	5,7	3,7	9,4	5,9	−1,7	26,6	−5,3	21,3
	2. Hj.	17,4	9,0	3,1	12,0	4,1	0,5	34,0	−4,6	29,4
1968	1. Hj.	14,0	12,1	4,3	16,3	6,3	−1,0	35,6	−5,0	30,6
		II. Sachvermögensbildung								
1960		—	30,7	13,6	44,4	8,5	0,2	53,0	—	53,0
1961		—	31,5	15,4	46,9	10,0	0,1	57,0	—	57,0
1962		—	30,2	17,0	47,2	12,5	0,2	59,9	—	59,9
1963		—	26,8	18,1	44,9	14,6	0,2	59,6	—	59,6
1964		—	33,9	20,6	54,5	17,2	0,2	71,9	—	71,9
1965		—	41,4	21,4	62,8	17,9	0,2	80,8	—	80,8
1966		—	31,6	22,2	53,8	17,7	0,2	71,7	—	71,7
1967		—	14,1	20,0	34,1	16,4	0,2	50,7	—	50,7
1967	1. Hj.	—	4,9	9,7	14,5	6,6	0,1	21,3	—	21,3
	2. Hj.	—	9,2	10,4	19,6	9,8	0,1	29,4	—	29,4
1968	1. Hj.	—	13,6	9,8	23,4	7,1	0,1	30,6	—	30,6
		III. Finanzierungssaldo [2]) (= I ./. II oder IV ./. V)								
1960		+15,0	−10,5	−10,4	−20,9	+6,5	+3,1	+3,8	−3,8	—
1961		+16,9	−14,1	−11,6	−25,7	+4,5	+5,4	+1,0	−1,0	—
1962		+17,9	−11,7	−12,8	−24,5	+1,9	+3,5	−1,3	+1,3	—
1963		+21,7	−11,7	−13,7	−25,4	+0,6	+3,1	+0,1	−0,1	—
1964		+26,9	−15,6	−15,4	−31,0	+0,9	+3,6	+0,4	−0,4	—
1965		+32,9	−22,2	−15,9	−38,1	−5,7	+3,8	−7,0	+7,0	—
1966		+31,6	−15,1	−15,7	−30,8	−3,6	+3,4	+0,6	−0,6	—
1967		+30,4	+ 0,6	−13,3	−12,7	−6,4	−1,4	+9,9	−9,9	—
1967	1. Hj.	+13,0	+ 0,8	− 6,0	− 5,2	−0,7	−1,8	+5,3	−5,3	—
	2. Hj.	+17,4	− 0,2	− 7,3	− 7,5	−5,7	+0,4	+4,6	−4,6	—
1968	1. Hj.	+14,0	− 1,5	− 5,6	− 7,1	−0,8	−1,1	+5,0	−5,0	—

noch Tabelle 36

Zeitraum		Inländische Sektoren							Übrige Welt	Insgesamt
		private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen		
			ohne Wohnungsvermietung	Wohnungsvermietung	zusammen					
		IV. Veränderung der Forderungen [3])								
1960		16,3	7,9	0,3	8,0	9,3	3,2	36,4	6,8	43,2
1961		18,0	10,7	0,3	10,9	11,2	5,1	43,3	2,1	45,4
1962		18,7	6,8	0,4	7,0	5,3	3,5	34,3	3,1	37,4
1963		22,7	9,3	0,4	9,5	7,2	3,1	42,1	4,8	46,9
1964		27,9	10,2	0,5	10,4	8,1	3,6	49,2	5,1	54,3
1965		34,0	11,0	0,5	11,3	4,1	3,8	51,9	7,7	59,6
1966		32,2	9,3	0,6	9,7	6,0	3,4	50,0	4,8	54,8
1967		31,3	18,7	0,6	19,1	9,7	−1,4	57,2	0,1	57,3
1967	1. Hj.	13,0	6,9	0,3	7,1	5,1	−1,8	23,1	0,8	23,9
	2. Hj.	18,4	11,8	0,3	12,0	4,6	0,4	34,0	−0,6	33,4
1968	1. Hj.	14,5	9,4	0,3	9,6	4,6	−1,1	28,0	3,6	31,6
		V. Veränderung der Verpflichtungen [3])								
1960		1,3	18,4	10,7	28,9	2,8	0,1	32,6	10,6	43,2
1961		1,2	24,8	11,9	36,6	6,7	−0,2	42,3	3,1	45,4
1962		0,9	18,5	13,1	31,5	3,5	—	35,6	1,8	37,4
1963		1,0	21,0	14,1	34,9	6,6	—	42,0	4,9	46,9
1964		1,1	25,9	15,9	41,5	7,2	—	48,9	5,4	54,3
1965		1,1	33,2	16,4	49,4	9,7	—	58,9	0,7	59,6
1966		0,6	24,5	16,2	40,5	9,6	—	49,4	5,4	54,8
1967		1,0	18,1	13,9	31,8	16,0	—	47,3	10,0	57,3
1967	1. Hj.	0,0	6,1	6,3	12,2	5,8	—	17,8	6,1	23,9
	2. Hj.	1,0	12,0	7,6	19,5	10,3	—	29,4	4,0	33,4
1968	1. Hj.	0,5	10,9	5,9	16,7	5,4	—	23,1	8,5	31,6

[1]) Ersparnis und Vermögensübertragungen.

[2]) Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit (—). — Änderung des Nettogeldvermögens (Kasse + sonstige Forderungen — Verbindlichkeiten) eines Sektors.

[3]) Im Sektor „Unternehmen" ohne die Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen der Banken, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen. — Die Zahlen für die Untersektoren „Unternehmen ohne Wohnungsvermietung" und „Wohnungsvermietung" sowie „Gebietskörperschaften" und „Sozialversicherung" enthalten innersektorale Ströme, die bei der Summenbildung nicht mitaddiert wurden.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 37

Entwicklung der Bankenliquidität

Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Mill. DM [1])

Zeitraum		Bestimmungsfaktoren der Bankenliquidität							Frei verfügbare flüssige Mittel der Kreditinstitute [3])
		Bargeldumlauf [2])	Netto-Guthaben von Nichtbanken bei der Bundesbank [2])	Netto-Devisenreserven der Bundesbank [3])	kurzfristige Auslandsanlagen der Kreditinstitute [3])	Bestand an Mobilisierungstiteln u. inländ. langfrist. Wertpapieren [4])	Reserve-Guthaben der Kreditinstitute bei der Bundesbank [2])	sonstige	
1962		−1 803	+1 260	− 515	+ 131	+ 553	−1 005	+ 323	−1 056
1963		−1 607	+1 414	+2 420	+ 376	+ 56	−1 222	− 161	+1 276
1964		−1 784	+ 309	− 481	+ 887	+ 68	−2 222	− 93	−3 316
1965		−1 922	+1 252	−1 098	− 153	− 87	− 934	− 723	−3 665
1966		−1 277	+ 555	+1 906	+ 876	+ 10	−1 038	−1 274	− 242
1967		−1 029	+ 682	− 206	+3 525	+1 186	+2 935	+ 102	+7 195
1967	1. Vj.	+1 377	−1 518	+ 16	+ 803	+ 51	+1 519	+ 158	+2 406
	2. Vj.	− 326	− 422	− 633	+1 344	− 24	+ 180	− 92	+ 27
	3. Vj.	− 382	− 764	+ 158	+ 294	+ 81	+2 870	− 285	+1 972
	4. Vj.	−1 698	+3 386	+ 253	+1 084	+1 078	−1 634	+ 321	+2 790
1968	1. Vj.	+1 629	−4 005	+1 824	+ 235	− 58	+ 361	−1 223	−1 237
	2. Vj.	−1 074	+1 003	+ 781	− 5	+ 34	− 701	− 49	− 11
	3. Vj.	− 236	−1 368	+ 886	+ 664	− 274	+ 99	− 312	− 568

Zeitraum		Liquiditätsdispositionen der Kreditinstitute			Frei verfügbare flüssige Mittel der Kreditinstitute [3])
		Bestand an Geldmarktpapieren [3]) (Verkehr mit der Bundesbank)	kurzfristige Auslandsanlagen der Kreditinstitute [5])	Refinanzierungskredite bei der Bundesbank [2])	
1962		− 660	+ 131	− 527	−1 056
1963		+ 704	+ 376	+ 196	+1 276
1964		−2 230	+ 887	−1 973	−3 316
1965		−1 870	− 153	−1 642	−3 665
1966		− 358	+ 876	− 760	− 242
1967		+2 098	+3 525	+1 572	+7 195
1967	1. Vj.	+1 297	+ 803	+ 306	+2 406
	2. Vj.	− 155	+1 344	−1 162	+ 27
	3. Vj.	+ 372	+ 294	+1 306	+1 972
	4. Vj.	+ 584	+1 084	+1 122	+2 790
1968	1. Vj.	−1 024	+ 235	− 448	−1 237
	2. Vj.	+ 158	− 5	− 164	− 11
	3. Vj.	− 148	+ 664	+1 084	− 568

[1]) Auf der Basis von Durchschnitten aus den vier Bankwochenstichtagen der Quartals- bzw. Jahres-Schlußmonate.
[2]) Zunahme: —; Abnahme: +.
[3]) Zunahme: +; Abnahme: —.
[4]) Offenmarktoperationen mit Nichtbanken sowie auf der Basis von langfristigen Wertpapieren. Abgabe: —; Rücknahme: +.
[5]) Bildung: +; Repatriierung: —.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 38

Konsolidierte statistische Bilanz der Banken [1])

Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Mrd. DM [2])

Zeitraum	Zunahme der Aktiva							
	insgesamt	KREDITGEWÄHRUNG						
		an inländische Nichtbanken				an alle Ausländer	inländische Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen	sonstige Forderungen [4])
		zusammen	durch Kreditinstitute		durch die Bundesbank [3])			
			kurzfristig	mittel- und langfristig				
1962	+22,99	+21,13	+4,43	+16,44	+0,26	−0,01	+0,90	+0,97
1963	+26,14	+22,59	+3,54	+19,02	+0,03	+2,25	+0,61	+0,69
1964	+30,58	+25,73	+4,21	+21,01	+0,51	+2,93	+1,20	+0,72
1965	+34,98	+30,41	+6,40	+23,31	+0,70	+0,70	+1,35	+2,53
1966	+32,94	+30,06	+6,81	+22,67	+0,58	+1,28	+0,05	+1,56
1967	+30,18	+19,50	+0,98	+18,14	+0,37	+5,66	+2,51	+2,52
1967 1. Vj.	+ 5,78	+ 2,79	−0,89	+ 3,96	−0,28	+1,28	+1,29	+0,43
2. Vj.	+ 7,14	+ 4,06	+0,56	+ 3,91	−0,42	+1,59	+0,44	+1,05
3. Vj.	+ 8,53	+ 4,75	+0,29	+ 4,38	+0,09	+1,52	+1,38	+0,88
4. Vj.	+11,23	+ 9,23	+0,49	+ 6,68	+2,06	+1,98	+0,44	−0,42
1968 1. Vj.	+14,54	+ 5,54	+0,01	+ 6,53	−0,99	+2,74	+1,38	+4,88
2. Vj.	+11,19	+ 8,85	+2,15	+ 6,65	+0,06	+2,49	+0,55	−0,70
3. Vj.	+13,48	+ 9,21	+2,14	+ 7,17	−0,10	+4,06	+0,93	−0,72

Zeitraum	Zunahme der Passiva								Saldo der sonstigen Passiva und der sonstigen Aktiva
	Veränderung des GELDVOLUMENS			GELDKAPITALBILDUNG					
	zusammen	Bargeldumlauf bei Nichtbanken	Sichteinlagen bei inländischen Banken [5])	zusammen	in Form von				
					Spareinlagen	Termineinlagen	aufgenommenen Geldern und Darlehen [6])	verschuldung gegenüber Ausländern	
					bei inländischen Banken				
1962	+5,73	+1,73	+4,00	+16,80	+ 8,23	+1,48	+7,08	+0,02	+0,46
1963	+4,19	+1,55	+2,63	+19,39	+10,35	+1,00	+7,88	+0,15	+2,56
1964	+5,28	+1,64	+3,63	+22,96	+11,86	+1,42	+9,22	+0,47	+2,34
1965	+6,01	+2,21	+3,79	+25,78	+14,49	+0,67	+9,95	+0,68	+3,20
1966	+3,19	+1,31	+1,88	+28,90	+15,44	+2,68	+9,91	+0,85	+0,86
1967	+2,60	+0,19	+2,41	+26,75	+16,92	+6,45	+3,27	+0,10	+0,83
1967 1. Vj.	−2,97	−0,96	−2,01	+17,57	+ 6,91	+2,73	+8,84	−0,91	−8,83
2. Vj.	+2,33	+0,76	+1,57	+ 4,22	+ 2,95	+0,81	+0,19	+0,27	+0,58
3. Vj.	+1,95	+0,36	+1,59	+ 4,04	+ 2,66	+0,35	+0,46	+0,58	+2,54
4. Vj.	+4,42	+0,13	+4,30	+ 9,74	+ 4,88	+2,49	+1,40	+0,97	−2,93
1968 1. Vj.	−2,91	−0,61	−2,30	+13,99	+ 8,00	+3,69	+2,10	+0,20	+3,46
2. Vj.	+2,39	+0,91	+1,48	+ 7,44	+ 3,19	+2,19	+1,33	+0,73	+1,36
3. Vj.	+2,14	+0,45	+1,69	+ 8,11	+ 3,20	+1,20	+1,87	+1,84	+3,23

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2]) Errechnet aus dem Durchschnitt der Monatsendbestände.
[3]) Ohne Forderungen an den Bund wegen Nachkriegswirtschaftshilfe und Änderung der Währungsparität.
[4]) Inländische Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, Deckungsforderungen, Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibungen.
[5]) Ohne Sichteinlagen inländischer öffentlicher Stellen bei der Bundesbank.
[6]) Einschließlich Bankschuldverschreibungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 39

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

a) Insgesamt

Zeitraum		Auftragseingang insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Auftragseingang in vH des Umsatzes insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
		Wertindex; Umsatz 1954 = 100				vH			
1954		107	111	111	99	*107*	*111*	*111*	*99*
1955		126	127	136	112	*105*	*105*	*108*	*101*
1956		137	136	147	126	*103*	*102*	*105*	*103*
1957		143	142	154	129	*99*	*99*	*101*	*98*
1958		142	137	163	119	*97*	*96*	*99*	*94*
1959		175	168	203	147	*109*	*107*	*111*	*109*
1960		201	185	255	148	*108*	*103*	*119*	*98*
1961		201	179	254	160	*101*	*97*	*105*	*99*
1962		207	188	253	170	*98*	*100*	*97*	*99*
1963		216	193	269	176	*100*	*101*	*99*	*99*
1964		247	223	310	196	*103*	*102*	*103*	*101*
1965		263	230	336	210	*101*	*99*	*103*	*100*
1966		263	236	332	206	*97*	*99*	*97*	*95*
1967		261	239	326	202	*100*	*100*	*101*	*99*
1967	1. Vj.	241	228	294	184	*99*	*104*	*99*	*89*
	2. Vj.	258	239	316	204	*102*	*99*	*100*	*110*
	3. Vj.	253	241	315	185	*99*	*98*	*103*	*92*
	4. Vj.	292	246	381	234	*101*	*100*	*100*	*107*
1968	1. Vj.	273	252	355	191	*110*	*107*	*119*	*97*
	2. Vj.	291	258	365	235	*109*	*103*	*109*	*117*
	3. Vj. [2])	294	264	387	208	*106*	*102*	*112*	*97*

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; ohne Saarland und Berlin. — 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 39

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

b) Inland

Zeitraum		Auftragseingang: insgesamt	Auftragseingang: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Auftragseingang: Investitionsgüterindustrien	Auftragseingang: Verbrauchsgüterindustrien	Auftragseingang in vH des Umsatzes: insgesamt	Auftragseingang in vH des Umsatzes: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Auftragseingang in vH des Umsatzes: Investitionsgüterindustrien	Auftragseingang in vH des Umsatzes: Verbrauchsgüterindustrien
		Wertindex; Umsatz 1954 = 100				vH			
1954		106	110	111	99	*106*	*110*	*111*	*99*
1955		125	127	135	112	*104*	*104*	*107*	*101*
1956		132	130	139	126	*101*	*99*	*100*	*103*
1957		137	137	146	129	*99*	*100*	*99*	*98*
1958		136	131	158	119	*97*	*96*	*100*	*93*
1959		167	160	194	146	*108*	*107*	*110*	*109*
1960		191	179	246	148	*107*	*103*	*117*	*98*
1961		193	173	248	159	*100*	*97*	*104*	*99*
1962		200	182	248	170	*98*	*100*	*97*	*98*
1963		203	182	255	174	*98*	*100*	*97*	*99*
1964		233	213	293	194	*102*	*102*	*102*	*101*
1965		248	216	321	208	*100*	*99*	*101*	*100*
1966		239	217	301	202	*96*	*99*	*94*	*95*
1967		231	211	286	195	*99*	*100*	*98*	*99*
1967	1. Vj.	209	197	253	177	*96*	*102*	*97*	*88*
	2. Vj.	227	212	272	197	*101*	*99*	*97*	*110*
	3. Vj.	227	221	278	180	*98*	*100*	*101*	*92*
	4. Vj.	259	216	342	227	*100*	*98*	*98*	*106*
1968	1. Vj.	239	224	306	184	*110*	*108*	*121*	*97*
	2. Vj.	256	231	314	227	*109*	*104*	*108*	*118*
	3. Vj. [2])	260	240	339	201	*106*	*103*	*113*	*98*

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; ohne Saarland und Berlin. — 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 39

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

c) Ausland

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
		industrien				industrien		
	Wertindex; Umsatz 1954 = 100				vH			
1954	114	118	113	106	*114*	*118*	*113*	*106*
1955	135	130	142	115	*112*	*109*	*116*	*103*
1956	168	172	175	126	*117*	*115*	*121*	*104*
1957	172	176	180	127	*101*	*97*	*104*	*99*
1958	168	171	177	119	*96*	*98*	*95*	*98*
1959	215	216	231	149	*112*	*109*	*114*	*109*
1960	248	226	281	160	*114*	*102*	*123*	*102*
1961	241	225	268	163	*104*	*99*	*107*	*101*
1962	241	228	265	169	*99*	*99*	*98*	*102*
1963	283	266	311	203	*106*	*106*	*105*	*107*
1964	318	286	357	224	*105*	*102*	*107*	*101*
1965	340	316	377	240	*104*	*100*	*106*	*103*
1966	385	361	425	268	*104*	*102*	*105*	*101*
1967	420	413	452	293	*104*	*101*	*106*	*102*
1967 1. Vj.	406	425	426	277	*106*	*109*	*105*	*98*
2. Vj.	423	415	455	306	*105*	*99*	*107*	*111*
3. Vj.	390	376	431	251	*102*	*93*	*109*	*87*
4. Vj.	460	439	497	340	*104*	*104*	*102*	*113*
1968 1. Vj.	458	433	509	300	*112*	*105*	*117*	*97*
2. Vj.	472	432	525	341	*108*	*102*	*111*	*110*
3. Vj. [2])	468	415	534	309	*105*	*97*	*111*	*91*

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; ohne Saarland und Berlin. — Ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 40

Umsatz in der Industrie [1])

a) Insgesamt

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951 [2])	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952 [2])	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953 [2])	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [2])	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955 [2])	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956 [2])	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957 [2])	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958 [2])	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959 [2])	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1967 1. Vj.	88 750	2 218	86 533	25 449	30 272	17 225	13 587
2. Vj.	92 858	2 299	90 558	27 934	32 154	15 912	14 558
3. Vj.	93 887	2 374	91 512	28 347	31 334	17 134	14 698
4. Vj.	105 164	2 582	102 582	29 448	39 260	18 741	15 133
1968 1. Vj.	97 099	2 451	94 649	29 373	32 274	18 617	14 384
2. Vj.	105 069	2 413	102 656	32 295	36 073	18 520	15 768
3. Vj.	110 779	2 544	108 235	34 559	37 664	20 005	16 007

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte), einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 40

Umsatz in der Industrie [1])

b) Inland

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien
1953	[2])	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	[2])	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	[2])	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	[2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	[2])	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	[2])	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	[2])	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960		225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961		244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962		259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963		266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964		292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965		315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966		321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967		309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1967	1. Vj.	71 851	1 745	70 105	20 139	21 010	15 670	13 286
	2. Vj.	75 031	1 837	73 194	22 274	22 332	14 349	14 240
	3. Vj.	76 883	1 879	75 003	22 891	22 234	15 507	14 372
	4. Vj.	85 537	2 032	83 505	23 631	28 079	17 027	14 767
1968	1. Vj.	79 708	2 001	77 707	24 379	22 294	16 936	14 098
	2. Vj.	85 863	1 922	83 941	26 411	25 274	16 829	15 428
	3. Vj.	90 612	1 981	88 631	28 350	26 600	18 104	15 577

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte), einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 40

Umsatz in der Industrie [1])

c) Ausland

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien
1953	[2])	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	[2])	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	[2])	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	[2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	[2])	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	[2])	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	[2])	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960		40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961		43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962		44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963		48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964		54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965		58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966		66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967		71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1967	1. Vj.	16 900	472	16 427	5 310	9 262	1 555	301
	2. Vj.	17 827	462	17 365	5 660	9 823	1 563	318
	3. Vj.	17 004	495	16 511	5 456	9 100	1 627	326
	4. Vj.	19 628	550	19 078	5 817	11 181	1 714	366
1968	1. Vj.	17 392	450	16 942	4 995	9 980	1 681	286
	2. Vj.	19 206	491	18 715	5 884	10 799	1 691	340
	3. Vj.	20 166	562	19 604	6 209	11 065	1 900	430

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte), ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 41

Beschäftigte

in

Zeitraum		Insgesamt		Bergbau		Ver	
						zusammen	
		Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	[1]	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	[1]	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	[1]	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	[1]	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	[1]	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	[1]	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	[1]	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	[1]	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	[1]	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	[1]	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960		8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961		8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962		8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963		8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964		8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965		8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966		8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967		7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1967	1. Vj.	7 973	6 043	400	341	7 573	5 703
	2. Vj.	7 826	5 910	383	325	7 443	5 585
	3. Vj.	7 799	5 890	370	314	7 429	5 576
	4. Vj.	7 773	5 864	358	304	7 414	5 560
1968	1. Vj.	7 746	5 837	349	295	7 397	5 542
	2. Vj.	7 811	5 893	340	288	7 470	5 606
	3. Vj.	7 958	6 019	333	282	7 625	5 738

[1]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 41

in der Industrie

1 000

arbeitende Industrie								
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien		Verbrauchsgüterindustrien		Nahrungs- und Genußmittelindustrien		Zeitraum
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950 [1]
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951 [1]
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952 [1]
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953 [1]
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954 [1]
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955 [1]
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956 [1]
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957 [1]
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958 [1]
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959 [1]
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 673	1 240	3 449	2 517	1 949	1 587	501	359	1967 1. Vj.
1 671	1 239	3 373	2 448	1 899	1 541	500	357	2. Vj.
1 675	1 242	3 359	2 439	1 880	1 524	515	372	3. Vj.
1 661	1 227	3 361	2 441	1 882	1 525	511	368	4. Vj.
1 643	1 210	3 380	2 457	1 878	1 523	496	352	1968 1. Vj.
1 673	1 238	3 414	2 486	1 886	1 531	497	352	2. Vj.
1 701	1 260	3 495	2 554	1 916	1 557	513	366	3. Vj.

Tabelle 42

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie [1])

Mill.

Zeitraum		Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien
1950	[2])	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	[2])	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	[2])	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	[2])	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	[2])	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	[2])	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	[2])	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	[2])	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	[2])	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	[2])	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960		13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961		13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962		12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963		12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964		12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965		12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966		12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967		10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1967	1. Vj.	2 788	148	2 640	590	1 149	720	181
	2. Vj.	2 715	133	2 582	599	1 120	683	180
	3. Vj.	2 678	132	2 546	597	1 090	671	188
	4. Vj.	2 806	133	2 673	605	1 162	713	193
1968	1. Vj.	2 773	132	2 641	589	1 164	712	176
	2. Vj.	2 757	120	2 638	599	1 168	695	176
	3. Vj.	2 808	122	2 686	621	1 179	701	185

[1]) Von Arbeitern (einschließlich gewerblicher Lehrlinge) geleistete Stunden.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 43

Industrielle Produktion

1962 = 100

Zeitraum		Index der industriellen Nettoproduktion [1]: Industrie insgesamt einschl. öffentliche Energiewirtschaft und Bauhauptgewerbe	Industrie insgesamt ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauhauptgewerbe	Bergbau	Verarbeitende Industrie: zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	Index der industriellen Bruttoproduktion [1]: Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
1950		36,4	36,6	74,4	33,9	35,9	28,0	38,3	40,5	29,5	30,3
1951		42,7	43,1	82,1	40,4	42,5	35,4	43,5	45,4	36,6	35,0
1952		45,6	45,9	86,1	43,1	44,5	39,5	44,6	48,4	42,1	37,6
1953		49,6	49,7	87,9	47,1	47,4	41,7	52,2	54,8	44,2	44,1
1954		55,3	55,5	90,1	53,1	54,0	48,6	57,3	58,0	51,4	49,0
1955		64,1	64,4	95,0	62,2	62,9	60,3	63,9	63,8	63,3	56,2
1956		69,5	69,7	98,6	67,7	67,0	66,3	70,3	69,4	69,2	63,1
1957		73,3	73,6	99,9	71,8	70,7	68,9	75,5	77,2	71,2	68,9
1958		75,4	75,6	98,9	74,0	71,3	72,9	75,9	80,6	74,0	71,8
1959		81,0	81,0	95,6	80,0	80,0	77,8	81,6	84,0	77,9	78,2
1960		90,2	90,5	97,5	90,0	90,9	90,1	89,6	88,6	88,4	88,0
1961		95,9	96,2	99,4	95,9	95,6	97,5	94,7	94,0	96,9	94,1
1962		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963		103,4	103,1	101,6	103,2	104,3	102,5	101,9	104,9	100,2	104,7
1964		112,3	111,7	103,3	112,3	118,1	110,2	108,6	110,5	106,3	112,7
1965		118,2	117,9	100,2	119,1	124,8	117,8	115,6	115,2	112,3	120,3
1966		120,3	119,6	95,8	121,2	129,2	117,3	118,4	118,8	113,0	122,6
1967		117,4	116,6	90,0	118,5	132,7	109,1	113,2	121,4	106,0	116,9
1967	1. Vj.	110,3	110,0	92,6	111,2	123,1	103,2	110,4	108,9	98,6	114,9
	2. Vj.	118,0	117,1	88,4	119,1	136,6	110,0	109,4	120,2	107,2	113,9
	3. Vj.	112,3	111,2	86,7	112,9	131,8	99,4	106,7	119,2	95,6	109,5
	4. Vj.	128,9	128,0	92,7	130,5	139,3	124,4	126,7	133,8	123,1	129,9
1968	1. Vj.	117,8	117,5	95,0	119,1	135,8	108,4	118,1	113,9	100,2	124,9
	2. Vj.	134,5	133,9	92,0	136,8	155,9	126,4	132,8	130,1	120,4	136,8
	3. Vj. [3]	126,9	126,0	89,0	128,5	153,5	113,9	122,3	123,9	108,4	123,8

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Einschließlich Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Die Zuteilung zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 44

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie

1962 = 100

Zeitraum		Industrie insgesamt [1]	Bergbau [2]	Verarbeitende Industrie [2] zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien
1950		51,6	53,8	51,0	48,2	52,9	48,4	51,7
1951		55,1	56,9	54,7	51,7	58,1	50,6	55,0
1952		57,1	58,5	56,7	53,1	61,4	51,7	57,2
1953		59,5	59,1	59,3	55,6	62,2	56,2	62,3
1954		62,7	62,5	62,6	59,7	66,2	59,0	63,8
1955		66,8	65,8	66,9	64,4	71,7	61,7	66,9
1956		69,3	67,7	69,4	66,3	74,1	65,1	69,7
1957		74,1	70,1	74,3	71,8	77,5	70,6	76,1
1958		77,1	72,9	77,4	74,3	80,6	74,0	80,2
1959		83,2	78,0	83,6	82,3	85,4	80,7	84,6
1960		90,0	86,2	90,3	90,0	92,4	87,6	89,5
1961		94,4	92,5	94,4	93,0	96,3	93,1	94,9
1962		100	100	100	100	100	100	100
1963		105,2	108,1	105,1	106,7	103,9	104,5	104,7
1964		114,0	114,8	114,0	119,2	110,8	112,9	112,8
1965		119,6	119,3	119,6	124,9	115,6	120,7	119,7
1966		123,9	126,6	123,9	133,6	116,9	124,4	124,1
1967		131,5	140,3	131,3	148,5	119,3	128,7	129,6
1967	1. Vj.	122,5	132,0	122,0	138,6	111,8	122,0	118,7
	2. Vj.	131,1	138,5	130,8	150,7	118,9	124,3	128,1
	3. Vj.	132,7	142,5	132,5	151,8	116,9	130,4	129,7
	4. Vj.	139,9	148,7	139,6	152,7	129,9	138,3	139,1
1968	1. Vj.	133,6	153,2	132,6	154,7	118,2	134,2	128,7
	2. Vj.	141,9	153,8	141,4	167,7	125,1	140,6	134,4

[1]) Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauhauptgewerbe.
[2]) Für Vierteljahre: Eigene Schätzung.

Tabelle 45

Baugenehmigungen

Zeitraum		Genehmigungen für Hochbauten [1]								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten
		umbauter Raum [2]				veranschlagte reine Baukosten [3]				
		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		
				von Unternehmen und Freien Berufen [4]	von Gebietskörperschaften [5]			von Unternehmen und Freien Berufen [4]	von Gebietskörperschaften [5]	
		1000 cbm				Mill. DM				1962 = 100
1950	[6]	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.	.
1951	[6]	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.	.
1952	[6]	230 108	135 652	94 456		9 693	6 216	3 478		.
1953	[6]	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510		.
1954	[6]	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313		.
1955	[6]	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425		.
1956	[6]	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 069		.
1957	[6]	286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	.
1958	[6]	311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	.
1959	[6]	343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	.
1960		392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	.
1961		422 657	248 582	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	79
1962		427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	100
1963		383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	104
1964		429 635	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665	109
1965		441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	122
1966		421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 617	6 508	112
1967		378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	122
1967	1. Vj.	78 906	45 045	25 147	8 714	8 542	5 358	1 845	1 339	70
	2. Vj.	95 359	58 237	28 951	8 171	10 513	6 971	2 236	1 306	119
	3. Vj.	101 929	59 618	32 315	9 996	11 076	7 078	2 391	1 607	167
	4. Vj.	102 340	56 420	33 180	12 740	11 354	6 655	2 427	2 272	131
1968	1. Vj.	84 218	49 529	25 969	8 720	8 971	5 819	1 816	1 336	82
	2. Vj.	103 785	59 660	34 136	9 989	11 233	7 179	2 373	1 681	173

[1]) Aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.

[2]) Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).

[3]) Alle Baumaßnahmen.

[4]) Einschließlich privater Bauherren.

[5]) Alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude.

[6]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 46

Umsatz und Beschäftigung im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2]) insgesamt	Umsatz [2]) Wohnungsbau	Umsatz [2]) landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Umsatz [2]) öffentlicher und Verkehrsbau	Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])
	Mill. DM				1 000	Mill.
1950 [5])	6 182	.	.	.	913	1 811
1951 [5])	7 783	.	.	.	922	1 862
1952 [5])	9 237	.	.	.	945	1 899
1953 [5])	10 690	.	.	.	1 051	2 179
1954 [5])	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262
1955 [5])	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498
1956 [5])	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551
1957 [5])	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379
1958 [5])	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340
1959 [5])	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 493
1960	25 018 a)	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604
1961	28 650 a)	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668
1962	33 359 a)	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706
1963	36 420 a)	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793
1967	44 329	16 414	8 921	18 994	1 467	2 475
1967 1. Vj.	8 602	3 126	1 912	3 563	1 372	497
2. Vj.	10 445	4 055	2 137	4 252	1 477	671
3. Vj.	11 762	4 355	2 281	5 126	1 520	695
4. Vj.	13 520	4 877	2 591	6 052	1 498	612
1968 1. Vj.	6 130	2 173	1 402	2 555	1 397	456
2. Vj.	7 921	3 063	1 768	3 090	1 499	678

[1]) Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte (einschließlich Umsatzsteuer).
[3]) Ohne mithelfende Familienangehörige.
[4]) Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlinge) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Stunden; ohne mithelfende Familienangehörige.
[5]) Ohne Saarland und Berlin.
a) Einschließlich Trümmerbeseitigung und Abbruch in Berlin (West).

Tabelle 47

Einzelhandelsumsatz [1]

1962 = 100

Zeitraum		Einzelhandel [2] insgesamt	mit Nahrungs- und Genußmitteln	mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen	mit Hausrat und Wohnbedarf	übriger Einzelhandel	insgesamt	mit Nahrungs- und Genußmitteln	mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen	mit Hausrat und Wohnbedarf	übriger Einzelhandel
		in jeweiligen Preisen					in Preisen von 1962				
1950		39	41	46	31	32	46	50	48	42	42
1951		44	46	51	39	37	48	52	48	46	44
1952		46	50	51	40	41	51	54	53	45	47
1953		50	53	53	44	44	57	61	59	53	52
1954		53	58	55	48	48	61	66	63	58	56
1955		59	63	60	55	54	67	70	69	65	63
1956		66	69	68	64	61	74	76	77	74	69
1957		71	74	74	70	65	77	80	81	78	72
1958		74	78	75	74	70	79	83	79	81	76
1959		78	82	77	79	74	83	86	83	86	80
1960		85	87	84	85	82	89	92	89	92	87
1961		92	93	94	93	90	96	97	96	97	93
1962		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963		104,9	104,7	104,3	101,8	107,3	102,7	103,4	102,1	99,6	104,0
1964		113,0	112,1	112,1	112,3	115,3	108,5	108,5	107,4	107,9	109,4
1965		124,3	122,2	124,1	125,3	127,2	115,3	113,6	115,9	116,3	116,5
1966		130,9	129,0	129,5	134,1	133,4	118,0	116,7	117,6	122,1	117,9
1967		132,4	133,2	128,4	133,7	134,6	118,4	120,6	115,4	121,3	116,0
1967	1. Vj.	119,3	124,1	112,5	113,9	120,3	106,7	112,5	101,1	103,2	103,8
	2. Vj.	127,9	133,5	119,5	119,0	131,1	114,1	119,7	107,3	107,8	114,1
	3. Vj.	125,9	133,0	114,9	125,9	125,1	112,6	120,4	103,3	114,3	107,7
	4. Vj.	156,9	142,0	166,5	175,9	161,8	140,6	129,6	149,8	159,9	138,3
1968	1. Vj.	119,0	128,1	106,9	109,3	120,7	106,1	116,4	96,2	99,3	101,9
	2. Vj.	134,3	140,0	125,0	126,0	137,5	119,9	127,0	112,4	114,5	117,1
	3. Vj.	131,7	138,1	119,0	135,3	131,9	.	.	.	.	.

[1] Ab 1962 neuer Berichtsfirmenkreis, der mit dem früheren nicht vergleichbar ist.
[2] Jeweils einschließlich der entsprechenden Umsätze der Warenhaus- und Versandhandelsunternehmen der Wirtschaftsklasse 43 00 0.

Tabelle 48

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1] [2]		Index der Durchschnittswerte [2]		Terms of Trade [3]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mill. DM				1962 = 100		
1950 [4]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951 [4]	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952 [4]	16 909	16 203	17 558	12 781	96,3	126,8	75,9
1953 [4]	18 526	16 010	19 643	14 077	94,3	113,7	82,9
1954 [4]	22 035	19 337	23 712	17 399	92,9	111,1	83,6
1955 [4]	25 717	24 472	27 525	21 681	93,4	112,9	82,7
1956 [4]	30 861	27 964	31 896	24 213	96,8	115,5	83,8
1957 [4]	35 968	31 697	36 258	26 970	99,2	117,5	84,4
1958 [4]	36 998	31 133	38 065	29 215	97,2	106,6	91,2
1959 [4]	41 184	35 823	42 352	34 609	97,2	103,5	93,9
1960	47 946	42 723	48 449	40 401	99,0	105,7	93,7
1961	50 978	44 363	51 351	43 421	99,3	102,2	97,2
1962	52 975	49 498	52 975	49 498	100	100	100
1963	58 310	52 277	58 285	52 719	100,0	99,2	100,8
1964	64 920	58 839	64 848	59 261	100,1	99,3	100,8
1965	71 651	70 448	70 407	69 186	101,8	101,8	100,0
1966	80 628	72 670	78 365	70 278	102,9	103,4	99,5
1967	87 045	70 183	85 379	68 657	102,0	102,2	99,8
1967 1. Vj.	20 777	16 446	20 147	16 092	103,1	102,2	100,9
2. Vj.	21 901	17 462	21 732	17 180	100,8	101,6	99,2
3. Vj.	20 688	16 893	20 327	16 485	101,8	102,5	99,3
4. Vj.	23 679	19 382	23 174	18 899	102,2	102,6	99,6
1968 1. Vj.	23 334	18 998	22 923	18 799	101,8	101,1	100,7
2. Vj.	22 835	19 416	22 779	19 287	100,2	100,7	99,5
3. Vj.	24 674	20 518	24 712	20 811	99,8	98,6	101,2

[1]) Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1962.
[2]) Werte 1952 bis 1957 von Originalbasis 1954, Werte von 1958 bis 1961 von Originalbasis 1960 umbasiert.
[3]) Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[4]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 49

Warenausfuhr nach Ländergruppen

— Verbrauchsländer —

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt [1])	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder [2])	Ostblockländer [3])	Außereuropäische Industrieländer zusammen [4])	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder
1950	[5])	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951	[5])	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952	[5])	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953	[5])	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954	[5])	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 167	1 237	5 053
1955	[5])	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 723	1 625	5 531
1956	[5])	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 446	2 089	6 422
1957	[5])	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 332	2 521	7 944
1958	[5])	36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 603	2 699	7 937
1959	[5])	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 914	3 835	8 119
1960		47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 111	3 767	8 979
1961		50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 875	3 497	9 103
1962		52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 334	3 858	8 242
1963		58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 862	4 195	8 382
1964		64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 873	4 785	9 193
1965		71 651	25 220	19 342	4 779	2 676	9 070	5 741	10 331
1966		80 628	29 281	20 303	5 494	3 309	10 744	7 178	11 244
1967		87 045	32 007	20 623	5 922	4 377	12 191	7 859	11 670
1967	1. Vj.	20 777	7 691	4 963	1 441	1 047	2 708	1 750	2 868
	2. Vj.	21 901	8 179	5 255	1 535	1 134	2 932	1 830	2 808
	3. Vj.	20 688	7 470	4 892	1 411	1 067	2 986	1 886	2 796
	4. Vj.	23 679	8 668	5 513	1 535	1 129	3 565	2 394	3 199
1968	1. Vj.	23 334	8 684	5 214	1 436	1 065	3 737	2 638	3 130
	2. Vj.	22 835	8 575	5 177	1 442	955	3 686	2 565	2 933
	3. Vj.	24 674	9 117	5 505	1 508	1 127	4 069	2 795	3 276

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2]) Ohne Ostblockländer.
[3]) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[4]) Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[5]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 50

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

— Herstellungsländer —

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt [1])	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder [2])	Ostblockländer [3])	Außereuropäische Industrieländer zusammen [4])	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder
1950	[5])	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951		14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952		16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953		16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954		19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 444	2 237	5 522
1955		24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 683	3 209	6 613
1956		27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 798	3 997	7 351
1957		31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 789	5 671	7 642
1958		31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 191	4 219	7 413
1959		35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 421	4 595	8 193
1960		42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	8 034	5 977	9 500
1961		44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 367
1962		49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 234
1963		52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 563
1964		58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 042
1965		70 448	26 648	12 133	2 905	2 917	12 296	9 196	13 451
1966		72 670	27 774	11 955	2 993	3 150	12 576	9 177	14 124
1967		70 183	27 636	10 993	2 694	3 015	12 055	8 556	13 702
1967	1. Vj.	16 446	6 489	2 577	671	652	2 620	1 911	3 414
	2. Vj.	17 462	6 906	2 669	531	686	3 278	2 460	3 369
	3. Vj.	16 893	6 642	2 569	594	757	2 880	1 998	3 429
	4. Vj.	19 382	7 598	3 177	899	920	3 277	2 187	3 490
1968	1. Vj.	18 998	7 558	3 051	757	796	2 922	2 042	3 893
	2. Vj.	19 416	7 832	3 040	655	746	3 233	2 301	3 888
	3. Vj.	20 518	8 625	3 139	699	854	3 370	2 311	3 806

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2]) Ohne Ostblockländer.
[3]) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[4]) Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[5]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 51

Warenausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt [1])	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2])		8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 [2])		14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 [2])		16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 [2])		18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2])		22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2])		25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 [2])		30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 [2])		35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 [2])		36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 [2])		41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960		47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961		50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962		52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963		58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964		64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965		71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966		80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967		87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1967	1. Vj.	20 777	576	20 104	687	1 855	17 563	3 957	13 606
	2. Vj.	21 901	620	21 182	726	1 859	18 597	4 244	14 353
	3. Vj.	20 688	563	20 020	693	1 775	17 552	3 967	13 585
	4. Vj.	23 679	716	22 860	774	2 085	20 001	4 402	15 599
1968	1. Vj.	23 334	693	22 539	750	2 200	19 589	4 323	15 265
	2. Vj.	22 835	683	22 050	759	1 938	19 352	4 196	15 157
	3. Vj.	24 674	754	23 803	779	2 107	20 917	4 631	16 286

[1]) Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 52

Wareneinfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt [1])	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft zusammen	Gewerbliche Wirtschaft Rohstoffe	Gewerbliche Wirtschaft Halbwaren	Fertigwaren zusammen	Fertigwaren Vorerzeugnisse	Fertigwaren Enderzeugnisse
1950	[2])	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	[2])	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	[2])	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	[2])	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	[2])	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	[2])	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	[2])	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	[2])	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	[2])	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	[2])	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960		42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961		44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962		49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963		52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964		58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965		70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966		72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967		70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1967	1. Vj.	16 446	3 874	12 376	2 792	2 441	7 144	2 277	4 866
	2. Vj.	17 462	4 215	13 012	2 785	2 563	7 663	2 326	5 337
	3. Vj.	16 893	4 014	12 665	2 923	2 749	6 993	2 233	4 760
	4. Vj.	19 382	4 496	14 595	3 328	3 208	8 059	2 617	5 442
1968	1. Vj.	18 998	3 920	14 861	3 355	3 285	8 221	2 924	5 297
	2. Vj.	19 416	4 133	15 030	3 391	3 134	8 505	2 948	5 557
	3. Vj.	20 518	4 202	16 034	3 362	3 457	9 214	3 271	5 943

[1]) Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 53

Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	Erzeugnisse der Investitionsgüter- industrien	Erzeugnisse der Verbrauchsgüter- industrien	Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittel- industrien	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
				Ausfuhr			
1958 [2])	36 998	2 243	10 007	19 947	3 475	657	344
1959 [2])	41 184	2 293	11 680	21 657	3 948	766	434
1960	47 946	2 595	14 037	24 963	4 470	867	439
1961	50 978	2 561	14 528	27 304	4 630	841	448
1962	52 975	2 520	14 527	28 901	4 960	909	476
1963	58 310	2 715	15 493	32 118	5 646	978	596
1964	64 920	2 551	17 433	35 576	6 523	1 209	682
1965	71 651	2 464	19 661	38 883	7 235	1 498	779
1966	80 628	2 361	22 545	43 853	8 185	1 553	783
1967	87 045	2 282	25 235	46 434	8 831	1 969	874
1967 1. Vj.	20 777	535	6 090	11 056	2 089	441	230
2. Vj.	21 901	526	6 404	11 753	2 135	511	205
3. Vj.	20 688	571	5 990	10 905	2 224	463	186
4. Vj.	23 679	651	6 750	12 720	2 382	555	253
1968 1. Vj.	23 334	626	6 851	12 401	2 308	531	251
2. Vj.	22 835	558	6 560	12 336	2 258	565	213
3. Vj.	24 674	638	7 152	12 970	2 665	626	222
				Einfuhr			
1958 [2])	31 133	4 011	8 161	2 856	2 912	2 565	9 569
1959 [2])	35 823	3 757	9 501	3 644	3 502	3 331	10 438
1960	42 723	4 808	12 376	4 740	4 375	3 639	10 996
1961	44 363	4 900	12 046	5 883	4 926	3 840	10 884
1962	49 498	4 744	12 823	7 006	5 653	4 662	11 992
1963	52 277	5 109	13 530	7 161	6 222	4 760	11 042
1964	58 839	6 205	16 650	8 453	7 123	5 020	12 275
1965	70 448	6 602	19 074	11 089	8 955	6 240	13 932
1966	72 670	6 891	19 544	12 284	9 696	6 597	14 186
1967	70 183	7 432	19 615	12 047	8 260	6 321	13 134
1967 1. Vj.	16 446	1 710	4 448	2 925	2 184	1 551	3 049
2. Vj.	17 462	1 705	4 690	3 165	1 901	1 518	3 394
3. Vj.	16 893	1 942	4 870	2 552	2 013	1 462	3 150
4. Vj.	19 382	2 075	5 606	3 406	2 161	1 789	3 541
1968 1. Vj.	18 998	2 102	5 877	3 265	2 396	1 625	3 163
2. Vj.	19 416	2 212	5 804	3 492	2 253	1 598	3 312
3. Vj.	20 518	2 244	6 325	3 432	2 725	1 715	3 199

[1]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 54

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Preisindex mit wechselnder Wägung

1954 = 100

Zeitraum		Bruttosozialprodukt	Einfuhr [1])	Letzte Verwendung von Gütern [2])	Letzte inländische Verwendung von Gütern				Ausfuhr [1])
					insgesamt	darunter			
						Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	
1950 [3])		86,7	98,1	87,9	88,5	91,9	80,3	83,2	83,0
1951 [3])		95,4	121,1	98,0	97,5	99,0	90,2	96,4	101,2
1952 [3])		100,1	112,6	101,4	100,9	100,8	96,5	103,9	105,1
1953 [3])		99,9	101,5	100,1	99,8	99,4	98,8	101,1	101,7
1954 [3])		100	100	100	100	100	100	100	100
1955 [3])		102,0	102,0	102,0	102,2	101,6	103,7	103,0	101,0
1956 [3])		105,0	104,0	104,9	105,0	103,8	109,5	105,8	104,4
1957 [3])		108,0	105,5	107,6	107,8	106,4	113,0	109,2	106,9
1958 [3])		111,9	99,9	109,8	110,6	109,1	117,0	111,5	106,5
1959 [3])		113,5	97,1	110,3	111,9	110,2	117,9	113,6	104,6
1960 [3])		116,4	97,9	112,6	114,3	111,6	122,8	117,8	106,2
1960		116,4	96,5	112,8	114,3	111,5	123,2	117,7	106,1
1961		121,4	94,8	116,4	118,5	114,6	129,8	123,0	107,4
1962		126,8	94,1	120,3	123,1	118,1	133,5	129,9	108,0
1963		130,5	93,2	122,8	126,6	121,4	137,4	133,5	107,1
1964		134,1	93,9	125,6	129,9	124,2	144,8	136,5	108,1
1965		139,0	95,9	129,2	133,9	128,2	152,9	139,5	109,9
1966 [4])		144,3	97,9	133,7	139,6	133,1	164,0	142,7	111,8
1967 [4])		145,2	97,0	134,2	141,6	135,5	169,3	139,6	110,2
1960	1. Hj.	115,7	96,3	112,1	113,6	111,0	121,5	117,1	105,5
	2. Hj.	117,1	96,7	113,4	114,9	112,0	124,9	118,2	106,7
1961	1. Hj.	119,8	95,0	115,2	117,1	113,7	129,1	120,6	107,3
	2. Hj.	123,0	94,7	117,6	119,8	115,4	130,4	125,1	107,6
1962	1. Hj.	125,6	93,5	119,2	121,9	117,4	132,7	127,9	107,7
	2. Hj.	127,8	94,7	121,3	124,2	118,7	134,2	131,6	108,2
1963	1. Hj.	129,0	93,3	121,5	124,9	121,0	135,4	131,2	107,1
	2. Hj.	131,9	93,0	124,0	128,1	121,8	139,2	135,5	107,1
1964	1. Hj.	132,3	93,6	124,1	128,5	123,5	142,8	134,9	106,9
	2. Hj.	135,8	94,2	126,9	131,1	124,8	146,6	137,9	109,3
1965	1. Hj.	136,4	95,3	127,1	131.6	126,6	149,6	137,5	109,0
	2. Hj.	141,3	96,4	131,1	136,0	129,6	155,7	141,3	110,8
1966	1. Hj. [4])	142,2	97,7	131,9	137,3	131,8	159,9	140,8	111,3
	2. Hj. [4])	146,2	98,1	135,4	141,8	134,3	167,8	144,6	112,2
1967	1. Hj. [4])	144,4	96,8	133,5	140,9	134,3	168,5	140,5	110,0
	2. Hj. [4])	145,9	97,2	134,9	142,1	136,6	170,1	138,9	110,5
1968	1. Hj. [5])	146,0	94,7	133,8	141,9	136,8	172,6	141,7	108,4

[1]) Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin.
[2]) Verbrauch, Investitionen und Ausfuhr.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.
[5]) Erste vorläufige Ergebnisse. — Hinsichtlich der Behandlung der Mehrwertsteuer bei der Berechnung der Preisentwicklung siehe „Wirtschaft und Statistik", Heft 9/68, S. 439 ff.

Begriffliche Erläuterungen Seite 116.

Tabelle 55

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) [1])

1962 = 100

Zeitraum		Industrieerzeugnisse insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektr. Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie: zusammen	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie: Investitionsgüterindustrien	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie: Verbrauchsgüterindustrien	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie: Nahrungs- und Genußmittelindustrien	Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [2])
1950 [3])		79,8	57,4	66,8	81,9	73,9	72,9	96,4	93,7	.	.
1951 [3])		94,7	64,2	70,9	97,9	93,7	85,1	117,7	101,3	.	.
1952 [3])		96,9	74,7	83,3	98,9	102,0	92,6	100,9	101,5	.	.
1953 [3])		94,4	85,9	92,7	94,7	97,3	91,1	93,7	98,0	.	.
1954 [3])		92,9	86,0	93,1	93,0	95,4	88,5	92,7	96,8	.	.
1955 [3])		94,5	86,0	92,8	94,9	100,2	89,5	93,0	97,4	85,0	92,6
1956 [3])		95,9	90,1	93,7	96,2	101,5	91,2	94,1	98,1	87,4	93,1
1957 [3])		97,6	96,4	96,2	97,6	102,5	93,0	97,1	97,8	90,2	94,8
1958 [3])		97,2	101,2	99,4	96,9	100,9	93,9	95,4	97,0	92,0	94,9
1959 [3])		96,5	100,7	100,3	96,0	99,9	93,1	93,3	97,8	91,9	94,0
1960 [4])		97,6	100,0	100,7	97,2	100,8	94,5	96,6	96,8	93,3	95,6
1961		98,9	99,2	100,9	98,8	100,6	97,2	99,1	98,3	96,2	97,8
1962		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963		100,5	101,8	99,8	100,5	99,3	100,4	101,6	101,1	101,0	101,1
1964		101,6	101,4	100,7	101,6	100,1	101,6	103,6	101,9	102,8	101,9
1965		104,0	105,7	103,5	104,0	102,2	104,6	106,0	103,2	105,9	104,4
1966		105,8	105,4	104,7	105,9	103,3	106,7	108,7	105,4	108,6	106,7
1967		104,9	105,3	105,8	104,8	100,7	105,6	108,0	106,3	108,3	107,3
1967	1. Vj.	105,5	105,6	105,3	105,5	102,1	106,2	108,8	105,9	108,8	107,4
	2. Vj.	104,7	104,7	105,7	104,7	99,4	105,8	108,2	107,0	108,5	107,0
	3. Vj.	104,6	104,8	105,9	104,6	100,4	105,3	107,6	106,3	108,1	107,5
	4. Vj.	104,7	106,0	106,2	104,6	100,9	105,1	107,6	106,0	108,0	107,4
1968	1. Vj.	109,0	111,5	114,9	108,6	106,0	109,0	111,9	108,4	112,1	111,1
	2. Vj.	108,3	110,4	114,9	108,3	103,8	108,9	111,9	107,8	112,2	110,6
	3. Vj.	109,3	111,6	115,8	108,9	104,8	110,2	113,3	107,9	113,9	111,7

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 56

Preisindizes für Bauwerke, Preise für Bauland [1])

Zeitraum	Preisindizes für Bauwerke [2])						Preise für Bauland [3])	
	Wohngebäude	Bürogebäude	Betriebsgebäude: gewerbliche	Betriebsgebäude: landwirtschaftliche	gemischt genutzte Gebäude	Straßenbau	baureifes Land	Rohbauland
	1962 = 100						DM je qm	
1950	54,8	.	.	.	.	.	.	.
1951	63,4	.	.	.	.	.	.	.
1952	67,5	.	.	.	.	.	.	.
1953	65,3	.	.	.	.	.	.	.
1954	65,6	.	.	.	.	.	.	.
1955	69,1	.	.	.	.	.	.	.
1956	71,0	.	.	.	.	.	.	.
1957	73,5	.	.	.	.	.	.	.
1958	75,8	77,1	79,0	78,1	77,1	80,5	.	.
1959	79,8	81,2	82,1	81,1	80,8	85,2	.	.
1960	85,8	86,8	87,4	86,7	86,5	88,8	.	.
1961	92,3	92,7	93,0	92,7	92,5	93,3	.	.
1962	100	100	100	100	100	100	14,83	9,50
1963	105,2	105,0	104,5	105,1	105,1	103,7	16,92	11,44
1964	110,0	109,5	108,6	109,5	109,7	102,7	1846	12,12
1965	114,6	113,6	112,8	113,5	114,3	97,5	21,89	13,70
1966	118,5	117,4	115,9	117,2	118,2	95,3	23,61	14,61
1967	115,9	114,5	110,3	114,7	115,2	90,6		
1967								
Februar	117,3	115,9	112,3	116,2	116,7	92,6	23,24	12,76
Mai	116,0	114,6	110,6	114,8	115,3	90,4	26,85	15,52
August	115,5	114,0	109,3	114,3	114,6	89,7	25,51	14,70
November	114,8	113,5	109,0	113,3	114,1	89,7	26,08	15,61
1968								
Februar	119,9	118,1	114,2	118,3	119,1	93,8	27,02	13,89
Mai	119,9	118,1	114,4	118,4	119,1	94,2	...	...
August	121,5	119,7	117,3	120,0	121,0	95,3	...	...

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.

[2]) Gebäude: Bauleistungen am Gebäude; Straßenbau: Bauleistungen insgesamt für Straßentyp mit einem Regelquerschnitt (Kronenbreite) von 28,5 m, überwiegend für Bundesfernstraßen gültig. Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, 1960 bis 1965 ohne Berlin.

[3]) Bis einschließlich 1964 ohne Berlin.

Tabelle 57

Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	darunter	
							Investitionsgüter [1]	Verbrauchsgüter [1]
1954	94,9	97,2	94,8	92,0	101,4	94,2	84,8	100,1
1955	96,9	96,0	96,9	92,4	106,2	96,1	87,1	99,5
1956	99,6	99,1	99,6	96,6	110,4	98,4	90,8	99,1
1957	101,9	101,7	101,9	103,0	113,5	100,4	94,2	99,5
1958	99,5	104,8	99,4	101,7	104,2	98,7	92,0	99,5
1959	98,9	98,7	99,0	102,1	104,1	98,2	92,3	98,9
1960	100,2	97,9	100,2	101,6	105,4	99,6	94,5	98,6
1961	99,9	96,2	100,0	100,1	102,3	99,7	97,1	99,2
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,1	109,5	100,0	100,9	98,7	100,0	101,2	100,6
1964	102,5	110,3	102,3	104,9	102,6	102,1	103,3	102,3
1965	104,8	111,1	104,6	104,7	105,2	104,6	106,6	104,8
1966	107,0	113,8	106,8	104,8	108,0	106,8	109,7	108,4
1967	106,9	112,0	106,8	101,1	108,0	106,9	110,9	110,0
1967 1. Vj.	107,1	113,5	106,9	102,0	107,2	107,2	111,0	109,6
2. Vj.	106,7	112,6	106,5	100,5	105,3	107,0	110,9	110,0
3. Vj.	106,9	111,4	106,8	100,8	109,2	106,8	110,9	110,1
4. Vj.	106,9	110,4	106,9	101,2	110,4	106,8	110,8	110,2
1968 1. Vj.	106,2	108,7	106,1	100,4	110,6	105,9	110,1	109,1
2. Vj.	105,5	107,5	105,5	99,4	106,4	105,7	110,0	109,1
3. Vj.	105,5	107,5	105,5	99,5	105,1	105,8	110,2	109,4

[1]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Indexzahlen für die Jahre 1954—1957 umbasiert von Originalbasis 1958; mit den Zahlen ab 1958 nur bedingt vergleichbar.

Tabelle 58

Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter

1962 = 100

Zeitraum		Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
				zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
							zusammen	darunter	
								Investitionsgüter [1]	Verbrauchsgüter [1]
1958		109,5	109,5	109,5	116,3	106,7	107,1	101,8	114,5
1959		105,4	103,8	106,0	110,2	104,9	104,3	101,9	105,2
1960		105,0	101,9	106,3	109,3	107,1	104,3	101,9	102,9
1961		100,8	97,8	102,1	103,7	102,2	101,2	99,6	99,5
1962		100	100	100	100	100	100	100	100
1963		102,0	104,4	101,0	100,5	100,9	101,3	102,5	102,1
1964		103,7	105,9	102,8	101,4	104,5	102,8	104,0	98,7
1965		106,3	110,8	104,3	100,9	109,2	103,8	106,0	97,0
1966		108,2	110,8	107,0	102,5	113,9	106,0	109,0	99,0
1967		105,9	107,1	105,4	99,7	112,2	105,0	107,7	101,9
1967	1. Vj.	106,3	108,9	105,1	99,1	110,7	105,4	108,3	98,6
	2. Vj.	105,3	109,3	103,6	97,6	107,5	104,8	107,2	99,1
	3. Vj.	105,6	105,4	105,7	100,7	112,9	104,8	107,3	104,6
	4. Vj.	106,5	104,6	107,2	101,4	117,8	105,1	107,8	105,3
1968	1. Vj.	107,0	106,4	107,3	100,6	120,2	104,4	108,6	104,7
	2. Vj.	105,4	105,8	105,2	99,6	113,4	104,1	108,0	101,0
	3. Vj.	103,6	100,0	105,1	99,8	112,7	104,0	107,9	101,3

[1]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 59

Verbraucherpreisindizes in ausgewählten Ländern

1962 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich (Paris)	Italien	Niederlande	Großbritannien	Schweiz	Vereinigte Staaten
1950	78,8	80,6	53,5	65,1	70	62,3	81,7	79,5
1951	84,9	88,3	62,6	78,7	79	68,0	85,6	85,9
1952	86,7	89,1	69,9	80,3	79	74,2	87,8	87,8
1953	85,1	88,8	69,1	81,1	79	76,6	87,2	88,4
1954	85,3	89,9	68,9	83,4	82	77,9	87,8	88,8
1955	86,7	89,5	69,7	85,3	83	81,4	88,6	88,5
1956	88,9	92,1	71,0	88,2	85	85,4	89,9	89,8
1957	90,7	94,9	73,0	89,4	91	88,6	91,7	93,0
1958	92,7	96,2	84,0	91,9	92	91,3	93,4	95,5
1959	93,6	97,4	89,1	91,5	93	91,8	92,8	96,3
1960	94,9	97,6	92,4	93,6	96	92,7	94,1	97,8
1961	97,1	98,6	95,4	95,5	98	95,9	95,8	98,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	102,1	104,9	107,5	104	102,0	103,4	101,2
1964	105,4	106,4	108,2	113,8	110	105,3	106,6	102,6
1965	109,0	110,7	111,3	119,0	115	110,3	110,3	104,3
1966	112,8	115,4	114,8	121,7	122	114,7	115,5	107,3
1967	114,4	118,7	118,4	126,3	126	117,5	120,2	110,3
1967 1. Vj.	114,2	117,0	116,8	125,2	123	116,7	118,4	108,9
2. Vj.	114,8	118,6	117,4	125,9	128	117,7	119,5	109,7
3. Vj.	114,5	119,0	118,8	126,9	127	117,1	121,1	110,8
4. Vj.	114,1	120,0	120,4	127,4	126	118,5	121,8	111,8
1968 1. Vj.	115,7	120,8	121,9	127,6	128	120,2	122,6	112,9
2. Vj.	115,9	121,4	122,7	128,0	130	123,1	122,5	114,2
3. Vj.	115,9	122,2	124,5	127,8	130[a]	123,7	122,9	115,7

a) Juni, Juli, August.

Tabelle 60

Preisindex für die Lebenshaltung [1]

Alte Systematik

1962 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Ernährung	Gesamtlebenshaltung ohne Ernährung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung [2]	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950 [3]	78,8	82,1	75,1	117,5	67,7	66,9	89,2	90,1	81,6	73,8	72,7
1951 [3]	84,9	87,7	82,0	115,2	68,9	72,4	98,5	99,9	88,1	79,9	81,5
1952 [3]	86,7	87,6	85,7	117,0	70,2	77,8	97,8	93,1	87,0	82,0	85,0
1953 [3]	85,1	86,0	84,3	109,6	72,4	80,4	92,8	88,2	84,7	81,0	85,8
1954 [3]	85,3	85,2	85,4	101,7	72,5	84,8	91,1	87,0	84,2	79,7	86,3
1955 [3]	86,7	86,3	87,0	100,8	74,7	86,8	91,8	87,0	86,5	81,4	86,8
1956 [3]	88,9	88,3	89,6	100,6	79,5	88,5	93,7	87,8	88,1	83,5	86,0
1957 [3]	90,7	90,3	91,1	100,5	80,6	90,7	97,2	91,1	89,5	86,2	86,7
1958 [3]	92,7	92,3	93,0	100,2	82,0	94,6	97,7	93,8	91,6	88,6	93,2
1959 [3]	93,6	92,7	94,6	99,2	83,9	95,4	96,4	93,5	92,5	90,0	94,7
1960 [4]	94,9	94,6	95,2	99,1	89,1	96,5	96,3	95,2	94,0	92,4	96,1
1961 [4]	97,1	97,6	96,2	99,1	96,8	98,1	98,3	97,4	96,5	95,7	98,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	102,8	103,3	101,0	105,8	102,6	100,4	102,3	102,4	103,7	104,1
1964	105,4	105,2	105,8	101,6	112,4	104,1	101,1	104,3	104,2	107,4	105,1
1965	109,0	108,1	110,6	101,8	118,9	105,9	102,9	107,1	107,4	111,4	106,3
1966	112,8	112,5	113,3	105,9	129,6	107,3	104,2	110,6	112,1	115,7	110,5
1967	114,4	115,4	112,7	108,9	137,6	108,4	103,5	112,1	113,9	119,7	114,0
1967 1. Vj.	114,2	114,7	113,2	107,5	135,4	109,4	104,1	112,2	113,5	118,4	113,3
2. Vj.	114,8	115,1	114,1	109,3	137,2	106,1	103,8	112,2	113,7	119,0	113,5
3. Vj.	114,5	115,6	112,5	109,4	138,5	108,1	103,3	112,1	114,2	120,2	114,5
4. Vj.	114,1	116,0	110,8	109,3	139,4	109,8	102,9	112,0	114,3	121,2	114,8
1968 1. Vj.	115,7	118,1	111,3	110,8	142,9	116,5	102,7	112,0	119,1	124,5	116,0
2. Vj.	115,9	118,4	111,4	110,7	146,2	113,2	102,6	112,0	119,5	125,0	116,2
3. Vj.	115,9	119,3	109,6	111,4	149,0	115,2	102,7	112,1	120,4	125,5	116,8

[1] 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Bis 1956 Warenkorb 1950, von 1957 bis 1960 Warenkorb 1958, ab 1961 Warenkorb 1962.
[2] Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Ohne Berlin.

Tabelle 61

Preisindex für die Lebenshaltung [1])

Neue Systematik

1962 = 100

Zeitraum		Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [2])	Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963		103,0	103,1	102,9	102,2	105,6	102,7	102,0	104,6	102,9	101,4	103,3
1964		105,4	105,7	105,0	104,3	112,1	104,2	103,4	105,7	105,6	103,4	106,7
1965		109,0	108,9	109,0	107,1	118,5	106,1	106,2	106,8	109,2	106,3	109,7
1966		112,8	113,4	112,0	110,5	129,7	107,5	108,3	111,2	115,2	109,2	113,4
1967		114,4	116,3	112,0	112,1	138,2	108,5	108,3	114,3	117,6	111,6	117,8
1966	1. Vj.	111,8	111,9	111,7	109,5	126,2	108,0	107,8	108,2	113,3	108,2	111,9
	2. Vj.	113,1	113,1	113,2	110,2	128,9	105,9	108,3	112,2	114,6	109,1	112,3
	3. Vj.	112,9	113,9	111,6	110,7	130,8	106,9	108,5	112,3	116,2	109,6	113,9
	4. Vj.	113,4	114,7	111,6	111,6	132,9	109,0	108,7	112,0	116,6	109,9	115,3
1967	1. Vj.	114,2	115,7	112,2	112,1	135,8	109,6	108,6	113,5	116,9	111,0	116,7
	2. Vj.	114,8	115,9	113,3	112,2	137,8	106,2	108,4	113,7	117,3	111,5	116,7
	3. Vj.	114,5	116,5	112,0	112,0	139,2	108,3	108,1	114,8	118,0	111,7	118,4
	4. Vj.	114,1	116,9	110,6	111,9	140,2	110,0	107,9	115,1	118,2	112,2	119,5
1968	1. Vj.	115,7	119,0	111,4	111,9	143,9	116,9	108,2	116,4	124,5	114,7	121,5
	2. Vj.	115,9	119,4	111,4	111,9	147,3	113,4	108,3	116,6	124,8	115,2	121,5
	3. Vj.	115,9	120,4	110,2	112,0	149,9	115,5	108,7	117,2	125,9	115,2	122,7

[1]) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Gliederung nach Hauptgruppen des Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).

[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

[3]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Tabelle 62

Löhne und Gehälter

1960 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer [1]	Bruttostundenverdienste in der Industrie [2]	Bruttomonatsverdienste in Industrie [2] und Handel [3]	Tariflöhne und -gehälter in der Gesamtwirtschaft [4]	Tarifliche Stundenlöhne in der Industrie [2]	Tarifliche Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften [2]	Tarifliche Monatsgehälter in der Industrie [2]	Tarifliche Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften [2]
1957	81	81,3	84,8	86,6	.	.	.	.
1958	87	86,8	89,5	90,8	90,1	89,8	90,8	90,6
1959	91	91,5	93,2	93,6	93,6	93,3	93,8	93,6
1960	100	100	100	100	100	100	100	100
1961	111	110,3	108,6	108,5	108,0	108,2	108,4	107,9
1962	121	123,0	117,9	116,8	119,2	118,9	117,6	115,9
1963	128	132,2	125,6	122,8	126,9	126,9	123,8	122,6
1964	139	143,3	133,8	128,8	135,6	135,3	129,6	128,3
1965	152	157,3	144,9	137,8	145,9	145,8	138,6	136,6
1966	163 a)	167,8	155,4	146,4	156,3	156,4	147,1	145,0
1967	168 a)	173,1	161,6	150,7	163,6	163,3	150,9	149,6
1967 1. Vj. [5]	162 a) (1. und 2. Vj.)	171,2	160,3	149,8	162,3	162,1	150,0	148,3
2. Vj. [5]		172,4	160,8	150,5	162,9	162,8	151,1	149,6
3. Vj. [5]	174 a) (3. und 4. Vj.)	173,9	161,9	151,1	164,0	163,7	151,1	149,9
4. Vj. [5]		174,8	163,2	151,5	165,1	164,6	151,8	150,3
1968 1. Vj. [5]	170 b) (1. und 2. Vj.)	175,4	165,7	153,1	165,9	165,9	152,1	151,7
2. Vj. [5]		177,9	167,0	156,2	169,6	169,1	155,6	154,2
3. Vj. [5]		184,1	171,1	157,9	173,2	172,2	158,0	155,7

[1]) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau; bis 1959 ohne Saarland.
[3]) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe; bis 1959 ohne Saarland.
[4]) Tariflöhne und -gehälter je Woche; ohne Berlin, bis 1959 ohne Saarland. — Quelle: Deutsche Bundesbank.
[5]) Für Bruttostundenverdienste bzw. -monatsgehälter und tarifliche Stundenlöhne bzw. Monatsgehälter (Spalte 2, 3, 5 bis 8): Januar, April, Juli, Oktober.
a) Vorläufige Ergebnisse.
b) Erste vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 63

Belastung der Einkommen durch direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge

vH

Zeitraum		Volkseinkommen	Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte [2]	Einkommen aus unselbständiger Arbeit [1]					Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der privaten Haushalte [2] [3]
				insgesamt	direkte Steuern	Sozialversicherungsbeiträge			
						insgesamt	Arbeitgeberbeiträge	Arbeitnehmerbeiträge	
1950	[4]	21.7	19,2	21,1	4,1	16,9	9,7	7,3	14,6
1951	[4]	22,0	19,3	22,2	5,5	16,7	9,5	7,2	12,9
1952	[4]	23,2	20,9	22,8	6,2	16,6	9,6	7,0	15,7
1953	[4]	24,2	21,7	22,7	5,6	17,0	9,8	7,3	18,0
1954	[4]	23,6	21,1	22,3	5,5	16,8	9,6	7,2	16,8
1955	[4]	22,5	20,5	22,6	5,7	16,9	9,8	7,2	14,5
1956	[4]	22,8	20,6	22,8	6,0	16,8	9,7	7,1	14,1
1957	[4]	23,5	21,3	23,4	4,7	18,7	10,8	7,9	15,0
1958	[4]	23,8	21,6	24,5	4,9	19,6	11,2	8,3	13,5
1959	[4]	24,2	22,2	24,2	4,7	19,4	11,1	8,4	15,8
1960	[4]	25,2	23,1	25,2	5,7	19,5	11,1	8,4	16,5
1960		25,1	23,1	25,1	5,6	19,5	11,1	8,4	16,4
1961		26,3	24,2	25,5	6,5	19,0	10,9	8,2	18,4
1962		27,1	24,9	25,8	6,8	19,0	10,8	8,2	19,5
1963		27,3	25,4	26,1	7,1	19,0	10,7	8,2	19,9
1964		27,0	25,2	26,1	7,7	18,4	10,3	8,2	19,1
1965		26,3	24,6	25,5	7,0	18,5	10,2	8,3	18,2
1966 [5]		27,1	25,7	26,6	7,7	18,9	10,5	8,4	19,1
1967 [5]		27,7	26,2	27,0	7,8	19,2	10,6	8,6	19,1
1966	1. Hj. [5]	27,5	.	25,5	6,6	18,9	10,5	8,4	.
	2. Hj. [5]	26,8	.	27,6	8,8	18,9	10,5	8,4	.
1967	1. Hj. [5]	28,0	.	26,0	6,6	19,3	10,7	8,6	.
	2. Hj. [5]	27,4	.	28,0	9,0	19,1	10,6	8,5	.
1968	1. Hj. [6]	27,9	.	27,5	7,1	20,4	11,2	9,2	.

[1] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung für Arbeitnehmer. Nicht einbezogen sind aus Mangel an statistischen Unterlagen bestimmte Lohnnebenkosten der Arbeitgeber, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit darstellen, wie Aufwendungen für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge, Verpflegungszuschüsse, Unterstützungen u. ä.

[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

[3] Nicht zurechenbar auf die beiden angegebenen Einkommensarten ist die Belastung durch die Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch, wie Kraftfahrzeugsteuer, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer, ferner die Lohnsteuer der Pensionäre sowie die freiwilligen Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen.

[4] Ohne Saarland und Berlin.

[5] Vorläufige Ergebnisse.

[6] Erste vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 64

Zur Preis- und Kostenentwicklung

1963

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Niederlande	Großbritannien
						Verbraucher
1964	102	104	103	107	106	103
1965	106	109	106	111	111	108
1966	110	113	110	114	117	113
1967	111	117	112	118	121	116
1968 1. Hj.	112	119	116	120	123	120
						Großhandels
1964	100	104	101	104	107	103
1965	102	105	103	105	110	107
1966	103	108	105	107	116	110
1967	103	107	104	107	116	111
1968 1. Hj.	106 a)	106	105	108	115	117
						Durchschnittswerte
1964	100	102	104	103	102	102
1965	102	102	105	101	104	105
1966	103	105	108	99	104	108
1967	102	104	107	99	104	110
1968 1. Hj.	101	104	106	98	104	118
						Durchschnittswerte
1964	100	102	102	104	102	104
1965	103	101	104	104	103	104
1966	104	103	105	105	104	105
1967	103	100	104	106	103	105
1968 1. Hj.	102	102	103	106	102	117
						Bruttostundenverdienste
1964	109	111	107	114	116	105
1965	119	120	113	124	128	111
1966	127	131	120	128	141	118
1967	132	139	127	134	150	123
1968 1. Hj.	135	...	132	140	159	132
						Anteil am Warenhandel [4]) der
1963—1967	*100*	*7,5*	*11,3*	*8,0*	*9,8*	*4,2*

[1]) Nationale Quellen.
[2]) Quelle: OECD.
[3]) Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Schweiz: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.

Tabelle 64

in wichtigen Industrieländern

= 100

Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Zeitraum
preise [1])					
103	104	102	102	104	1964
109	107	103	104	111	1965
116	113	106	108	117	1966
120	117	109	112	121	1967
122	119	113	116	127	1968 1. Hj.
preise [1])					
105	101	100	100	100	1964
109	102	102	102	101	1965
113	104	105	106	103	1966
113	104	105	108	105	1967
114	104	108	106	110	1968 1. Hj.
der Ausfuhr [2])					
103	104	101	101	99	1964
107	106	104	103	98	1965
108	110	107	107	98	1966
109	114	109	109	101	1967
110	119	109	112	100	1968 1. Hj.
der Einfuhr [2])					
104	102	103	101	102	1964
106	103	104	101	105	1965
108	106	105	102	105	1966
108	106	...	103	105	1967
109	109	...	106	106	1968 1. Hj.
in der Industrie [2]) [3])					
106	106	103	104	111	1964
118	111	106	109	120	1965
127	118	111	115	134	1966
139	124	115	123	152	1967
147	128	121	130	145	1968 1. Hj.
Bundesrepublik Deutschland in vH					
4,2	*4,9*	*10,6*	*1,2*	*1,3*	1963—1967

[4]) Einfuhr + Ausfuhr.
a) Einschließlich Mehrwertsteuer.

Tabelle 65

Haushaltsansätze der Gebietskörperschaften

Art der Einnahmen bzw. Ausgaben	Bund		Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen		Länder		Gemeinden (Gv.) [1]		Insgesamt	
	1967 [2]	1968	1967	1968	1967	1968	1967	1968	1967	1968
	Mrd. DM									
Gesamtausgaben ..	78,4 a)	79,1	4,8 b)	5,1 b)	59,5 c)	61,8 c)	47,1 d)	49,8 d)	163,7 e)	169,7 e)
Personalausgaben	8,5 f)	9,3 f)	—	—	21,6	22,7	11,1	11,6	41,1	43,7
Sachinvestitionen ..	5,9	5,0	—	—	3,8	4,1	13,9	15,3	23,6	24,4
Darlehen an Dritte	4,2	2,4	1,1	1,2	2,9	2,7	1,1	1,0	9,3	7,3
Tilgung	1,9	1,3	0,4	0,2	0,7	0,9	1,9 g)	2,1 g)	5,0	4,5
Zinsen	1,9	2,2	0,2	0,2	1,4	1,8	1,9	2,0	5,4	6,2
Sonstige unmittelbare Ausgaben	44,4	47,0	3,1	3,5	16,1	16,8	15,9	16,2	79,4	83,6
Zahlungen an Gebietskörperschaften anderer Ebene	11,7	11,8	0,0	0,0	13,0	12,9	1,3	1,4	.	.
Nettoausgaben [3] ..	78,1	78,8	3,3	3,6	49,3	51,2	34,2	36,3	164,8	169,8
Gesamteinnahmen .	78,4 h)	79,1	4,9 b)	5,0 b)	59,4 c)	61,6 c)	46,9 d)	49,4 d)	164,8 e)	169,4 e)
Steuereinnahmen	64,5	66,4	1,6	1,5	39,4	38,9	13,0	13,1	118,5	119,8
Schuldenaufnahmen aus Kreditmarkt und öffentlichen Sondermitteln	11,0 h)	8,1	0,3	0,3	3,2	5,0	5,4	5,9	19,8	19,4
Sonstige unmittelbare Einnahmen ...	2,6	4,3	1,5	1,7	6,6	7,1	15,7	17,2	26,4	30,2
Zahlungen von Gebietskörperschaften anderer Ebene	0,3	0,4	1,6	1,5	10,2	10,6	12,7	13,2	.	.

noch Tabelle 65

Haushaltsansätze der Gebietskörperschaften

Art der Einnahmen bzw. Ausgaben	Bund		Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen		Länder		Gemeinden (Gv.) [1]		Insgesamt	
	1967 [2]	1968	1967	1968	1967	1968	1967	1968	1967	1968
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH									
Gesamtausgaben ..	+ 15,3	+ 1,0	−1,9	+5,8	+ 4,4	+ 4,0	− 1,8	+ 5,7	+ 6,8	+ 3,6
Personalausgaben	+ 9,1	+10,3	—	—	+10,2	+ 5,2	+11,1	+ 4,6	+10,2	+ 6,1
Sachinvestitionen ..	+ 20,1	−15,1	—	—	−13,3	+ 7,2	−17,9	+10,6	−10,0	+ 3,7
Darlehen an Dritte	+123,0	−42,2	−2,4	+4,1	−26,3	− 6,0	−28,7	− 3,0	+ 9,9	−20,9
Nettoausgaben [3] ..	+ 15,4	+ 0,9	−4,7	+9,3	+ 4,7	+ 3,9	− 4,2	+ 6,0	+ 7,1	+ 3,0
Gesamteinnahmen .	+ 15,3	+ 1,0	−0,8	+1,4	+ 4,3	+ 3,8	− 2,4	+ 5,4	+ 7,0	+ 2,8
Steuereinnahmen	+ 1,3	+ 2,9	−5,9	−3,1	+ 5,9	− 1,3	− 0,2	+ 0,2	+ 2,5	+ 1,1
Schuldenaufnahmen aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln	+823,5	−25,6	±0,0	±0,0	−13,8	+57,6	−27,2	+ 9,7	+57,5	− 2,3

[1]) Einschließlich Gemeinden unter 10 000 Einwohner und Ämter (geschätzt).
[2]) Einschließlich zweites Programm für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68.
[3]) Nach Abzug aller Zahlungen von Gebietskörperschaften.
a) Einschließlich Zuteilung von Schuldbuchforderungen an die Träger der Sozialversicherung.
b) Ohne Liquiditätshilfe an die Kreditanstalt für Wiederaufbau.
c) Ohne Zahlungen der Länder untereinander.
d) Ohne Zahlungen der Gemeinden (Gv.) untereinander.
e) Ohne Zahlungen der Gebietskörperschaften untereinander.
f) Ohne Versorgung gemäß Artikel 131 GG.
g) Einschließlich Tilgung an Gebietskörperschaften.
h) Einschließlich Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung.

Tabelle 66

Ausgaben des Bundes und der Länder

Art der Ausgaben	Bund: Ist-Ausgaben im 1. Halbjahr 1967 (Mrd. DM)	Bund: 1968 (Mrd. DM)	Bund: 1968 vH [1]	Länder: Ist-Ausgaben im 1. Halbjahr 1967 (Mrd. DM)	Länder: 1968 (Mrd. DM)	Länder: 1968 vH [1]	Haushaltsansätze 1968 Bund vH [1]	Haushaltsansätze 1968 Länder vH [1]
Ausgaben insgesamt	37,0	36,4	− 1,7	27,7 [a]	28,8 [a]	+ 3,9 [a]	+ 1,0	+ 3,9 [a]
Personalausgaben einschließlich Versorgung	4,4	4,5	+ 1,3	11,1	11,5	+ 3,8	+10,3	+ 5,2
Renten und Unterstützungen	4,9	4,8	− 1,0	0,5	0,5	+ 1,7	+ 0,9	−14,0
Versorgung gemäß Gesetz zu Artikel 131 GG	1,2	1,3	+ 7,0	—	—	—	− 0,0	—
Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung	5,8 [b]	6,9	+20,1	—	—	—	− 9,0 [b]	—
Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz	— [c]	— [c]	— [c]	1,0	1,2	+26,3	— [c]	+34,8
Zinsen	1,0	1,0	+ 0,1	0,6	0,8	+16,1	+17,7	+25,3
Sachinvestitionen	2,0	1,1	−43,2	1,4	1,4	− 0,1	−15,1	+ 7,2
darunter: Bauten	1,7	0,9	−45,5	1,2	1,0	− 9,3	−15,9	+ 6,1
Darlehen an Dritte	1,1	1,1	− 0,1	1,6	1,2	−27,0	−42,2	− 6,0
Tilgungen	0,7	1,1	+45,2	0,6	0,7	+10,5	−30,1	+16,1
Zuweisungen und Darlehen an Gebietskörperschaften	4,2	5,1	+20,9	5,2	5,4	+ 4,4	+ 1,3	− 1,3
Übrige Ausgaben	11,8	9,5	−19,0	5,7	6,1	+ 7,7	+16,8	+ 3,8

[1] Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
a) Bereinigt um Zahlungen von Ländern.
b) 1967 einschließlich Zuteilung von Schuldbuchforderungen an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.
c) Unter „Zuweisungen und Darlehen an Gebietskörperschaften" nachgewiesen (1. Halbjahr 1967: 649 Mill. DM, 1. Halbjahr 1968: 662 Mill. DM).

Tabelle 67

Gesamtwirtschaftliche Alternativrechnungen [1])

	1968	1969 Strategie III „Konjunkturneutrale Aufwertung"	1969 Strategie IV „Konjunkturdämpfende Aufwertung"	1969 Strategie V „Konjunkturpolitik des Laissez-Faire"
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH [2])		
Nachfrage in jeweiligen Preisen	Mrd. DM			
Ausfuhr	122,1	+ 4,5	+4,5	+10,5
Inlandsnachfrage	508,4	+ 9,0	+7,5	+ 8,0
Bruttoinvestitionen	128,2	+12,0	+9,5	+10,0
Privater Verbrauch	296,2	+ 8,5	+6,5	+ 7,5
Staatsverbrauch	84,0	+ 7,0	+6,5	+ 7,5
Gesamtnachfrage	630,5	+ 8,0	+7,0	+ 8,5
Angebot in jeweiligen Preisen				
Einfuhr	105,5	+10,5	+9,0	+12,0
Bruttosozialprodukt	525,0	+ 7,5	+6,5	+ 7,5
Komponenten des Inlandsangebots				
Zahl der Erwerbstätigen	.	+ 0,8	+0,6	+ 0,8
Arbeitszeit	.	— 0,6	—0,6	— 0,5
Arbeitsvolumen	.	+ 0,2	±0,0	+ 0,3
Produktivität	.	+ 4,2	+3,6	+ 4,4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954	.	+ 4,4	+3,6	+ 4,7
Preisindex	1954 = 100			
Ausfuhr	108,8	+ 0,8	—0,2	+ 1,8
Einfuhr	95,0	— 1,5	—2,5	+ 1,5
Privater Verbrauch	137,9	+ 2,2	+1,8	+ 3,0
Gesamtnachfrage	135,2	+ 1,8	+1,1	+ 2,2
Bruttosozialprodukt	147,8	+ 3,1	+2,7	+ 2,9
Einkommensverteilung	Mrd. DM			
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	260,0	+ 8,0	+6,5	+ 8,5
Unternehmertätigkeit und Vermögen	133,5 a)	+ 9,5	+7,5	+ 8,0

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) Veränderungsraten zum Teil gerundet.
a) Ohne steuerliche Entlastung der Altvorräte.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern.)